

**DIE LÄNDLICHE WIRTSCHAFT IM POLNISCHEN UND SOWJETISCHEN TEIL  
DES WEISSRUSSISCHEN POLESIEN  
(1921-1939):  
Ein Vergleich**

Hausarbeit zur Magisterprüfung  
an der Philosophischen Fakultät  
der Universität zu Köln

vorgelegt von  
Diana Siebert  
Melchiorstraße 23  
5 Köln 1

Gutachter: Prof. Dr. Andreas Kappeler

Köln, im September 1990

## INHALTSVERZEICHNIS

### DIE LÄNDLICHE WIRTSCHAFT IM WEISSRUSSISCHEN POLESIIEN (1921-1939). Ein Vergleich des polnischen und des sowjetischen Gebiets

1. EINLEITUNG		1
1.1. Fragestellung		2
1.2. Methodische Fragen		7
1.3. Quellenlage und Forschungsstand		12
2. ALLGEMEINE GESCHICHTE POLESIIENS VOR 1914		
2.1. Der Naturraum Polesien		16
2.2. Ständische und soziale Verhältnisse	17	
2.3. Nationale und kirchliche Verhältnisse	20	
2.4. Politik und Verwaltung		21
3. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN POLESIIEN VOR 1914		
3.1. Agrarverfassung und Agrarstruktur	22	
3.1.1. Die Agrarverfassung		22
3.1.2. Die Agrarstruktur: Bevölkerung, Grundbesitzstruktur, Dorfverwaltung, Einbindung in die Geldwirtschaft, Siedlungsformen, Flurverfassung, materielle Lage der Bevölkerung		25
3.2. Die ländliche Produktion und Arbeit	31	
3.2.1. Melioration als Maßnahme zur Erhöhung der Anbaufläche	31	
3.2.2. Anteile einzelner Bodennutzungsarten	32	
3.2.3. Der Landbau		33
3.2.4. Die Viehhaltung		35
3.2.5. Die bäuerlichen Nebengewerbe	37	
3.2.6. Transport als bäuerliche Arbeit	39	
3.2.7. Arbeitsorganisation, Arbeitsteilung und Gemeinschafts- arbeit		39
4. DIE EREIGNISSE VON 1917 BIS 1920		
4.1. Die Ereignisse in Weißrußland unter besonderer Berücksichtigung Polesiens		42
4.2. Agrarverfassung und Agrarpolitik	48	

5. DER POLITISCHE UND KULTURELLE RAHMEN IN DER BSSR		
5.1. Die Politik in der BSSR in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik 1921- 1929	53	
5.2. Die Politik in der BSSR in der Periode der Zwangskollektivierung 1930-1939		55
5.3. Die öffentliche Hand auf den Dörfern	56	
5.4. Die kulturelle Infrastruktur: Kirche, Sprache, Presse	56	
5.5. Die soziale Entwicklung		58
6. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN OSTPOLESIEN		
6.1. Agrarverfassung und Agrarpolitik		
6.1.1. Die Agrarreform und die Agrarpolitik in der BSSR in den 20er Jahren	60	
6.1.2. Die Agrarverfassung und Agrarpolitik im Jahrzehnt der Kollektivierung (1930-1939)		63
6.1.3. Monetäre Politik als Agrarpolitik: Marktquote, Kreditvergabe, Steuerpolitik		67
6.1.4. Agrarpolitik: Landwirtschaftliche Beratung und Agromomie	70	
6.1.5. Agrarpolitik als Melioration	72	
6.1.6. Agrarpolitik als Siedlungspolitik	73	
6.1.7. Die Rajonierung der BSSR		75
6.2. Die Agrarstruktur in Ostpolesien		
6.2.1. Die Bevölkerung		76
6.2.2. Grundbesitzstruktur und Genossenschaften in den 20er Jahren		78
6.2.3. Die Grundbesitzstruktur in den 30er Jahren	82	
6.2.4. Siedlungsform und Flurverfassung		83
6.2.5. Die Einbindung in die Geldwirtschaft	86	
6.2.6. Die materielle Lage der Landbevölkerung	88	
6.3. Die ländliche Produktion und Arbeit in Ostpolesien		
6.3.1. Anteile einzelner Bodennutzungsarten	89	
6.3.2. Der Landbau		90
6.3.3. Die Viehhaltung		100
6.3.4. Andere bäuerliche Gewerbe		103
6.3.5. Familienstruktur, Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung		108
7. DER POLITISCHE UND KULTURELLE RAHMEN IN WESTWEISSRUSSLAND		
7.1. Die Nationalitätenfrage in Westpolesien	114	
7.2. Die politische Landschaft in Westweißrußland	116	
7.3. Die kulturelle Infrastruktur: Kirche, Schule und Presse	121	
7.4. Die soziale Entwicklung in Westpolesien	124	
7.5. Die öffentliche Hand in Westpolesien	125	

7.6. Die Grenze		126
8. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN WESTPOLESIIEN		
8.1. Agrarverfassung und Agrarpolitik	128	
8.1.1. Die Agrarreform		128
8.1.2. Agrarpolitik als monetäre Politik: Marktquote, Kreditvergabe, Steuerpolitik	136	
8.1.3. Agrarpolitik :Landwirtschaftliche Beratung und Agro nomie	140	
8.1.4. Agrarpolitik als Melioration	142	
8.1.5. Agrarpolitik als Siedlungspolitik	145	
8.2. Die Agrarstruktur in Westpolesien	148	
8.2.1. Die Bevölkerung		148
8.2.2. Die Grundbesitzstruktur	151	
8.2.3. Genossenschaften		155
8.2.4. Die Einbindung in die Geldwirtschaft	156	
8.2.5. Siedlungsform und Flurverfassung		158
8.2.6. Die materielle Lage der Landbevölkerung	160	
8.3. Die ländliche Produktion und Arbeit	161	
8.3.1. Anteile einzelner Bodennutzungsarten	161	
8.3.2. Der Landbau		162
8.3.3. Die Viehhaltung		166
8.3.4. Bäuerlicher Fischfang		172
8.3.5. Andere bäuerliche Gewerbe		174
8.3.6. Transport und Handel als bäuerliche Arbeit	182	
8.3.7. Familienstruktur, Arbeitsorganisation und Arbeits teilung		184
9. VERGLEICH UND SCHLUSS		186
ANHANG		
10.1. Gebietsreformen in der BSSR		197
10.2. Das Beispiel eines prämierten Kolchos	198	
11. Tabellen		199
12.1. Wichtige Abkürzungen und Glossar		227
12.2. Zur Orthographie und Umschrift	230	
13. Literaturverzeichnis		231
14. Karten		243

---

"Zagljane soncu i u nase akoncu"

Die Sonne wird auch an unserem  
Fenster vorbeischaun  
(Bekannter weißrussischer Spruch)

## 1. EINLEITUNG

Hinter dem Wald, im Becken der Prypjac', liegt ein Sumpfgebiet, ein "merkwürdiges, exotisches Land"<sup>1</sup>, Polesien<sup>2</sup>. Diese Region, die heute infolge der atomaren Katastrophe von Cernobyl verseucht ist, schien noch im 20. Jahrhundert von den Errungenschaften der Zivilisation nichts abbekommen zu haben.

Die Bewohner Polesiens, die Poleschuken, wie sie sich auch selbst heute nennen<sup>3</sup>, wurden mit einer kaum zu überbietenden Überheblichkeit betrachtet: sie wurden als "Eingeborene" im negativen Sinne des Wortes, als "tubylcy" bezeichnet<sup>4</sup>. Es hieß, in ihren Behausungen stinke es<sup>5</sup>. Man habe "von Jauche und Dungkonservierung keinen Begriff außer dem, daß jeder Hof wie eine Jauche aussieht."<sup>6</sup>

Ihr Bezug zum Boden habe "einen sehr urtümlichen und zoologischen Charakter"<sup>7</sup>, dementsprechend soll es sich um einen "Typus eines amphibischen Menschen"<sup>8</sup> gehandelt haben; folgerichtigerweise schlug ein ungenannter Wissenschaftler vor, in Polesien ein Reservat zu errichten, das neben Flora und Fauna auch die dort lebenden Menschen umfassen sollte.<sup>9</sup>

Selbst ein Weißrusse, der in Berlin promovierte, bescheinigte den dortigen Menschen eine "asoziale Veranlagung, entstanden aus seiner jahrhundertealten Lebensart in seiner einsamen Hütte zwischen weiten Wäldern und Sümpfen"<sup>10</sup>. So verwundert es um so weniger, daß in der Zeit des 2. Weltkrieges, als die deutschen Kriegsstrategen über die Rolle Weißrußlands nachdachten und verschiedene Wissenschaftler sich mit Weißrußland zu beschäftigen begannen, das "zurückgebliebene Menschentum"<sup>11</sup> der "Osteuropiden"<sup>12</sup> in allen Begriffen der selbsternannten Übermenschen geschildert wurde. Aber nicht nur Deutsche beschrieben die "Rasse" und ihre Schädelmaße<sup>13</sup>. Auch Mydlarski beschrieb die angeblichen Rassen mit ihrer angeblichen Durchmischung<sup>14</sup>. Niezbrzycki verglich die Körpergrößen<sup>15</sup> zwischen Poleschuken und Weißrussen.

Auch nach der Entnazifizierung waren die wissenschaftlichen Kenntnisse noch nicht in Vergessenheit geraten: haben wir "es doch gerade im Gebiet der

<sup>1</sup>Ossendowski 7 <sup>2</sup>oder auch Polesie <polnisch>, Poles'e <russisch>, Palesse <weißrussisch> Polis'se <polesisch> <sup>3</sup>Balesy Polis'sja Nø 4(8), Juli 1989, S.1f  
<sup>4</sup>z.B. von Niezbrzycki 1930:300; Marczak 1935:38; Grodzicki 1936b:245;  
ausführlicher über das Bild der Polen von Polesien: Tomaszewski 1985a <sup>5</sup>Bürgener 1939:53 <sup>6</sup>Niezbrzycki 1930:309 <sup>7</sup>Biskupski 21, zitiert in Tomaszewski 1963:83  
<sup>8</sup>Ormicki 1929:236 <sup>9</sup>Tomaszewski 1963:195 <sup>10</sup>Kaleko 1929:479 <sup>11</sup>Bürgener 1939:36 <sup>12</sup>Rhode 1941:57; Bürgener 1939:44f <sup>13</sup>Rhode 1941:57-61 <sup>14</sup>Mydlarski 1939:24-34, über Polesien S.26 <sup>15</sup>Niezbrzycki 1930:291

Pripetsümpfe, in Polesien, mit einer urtümlichen, kulturell ganz unentwickelten Bevölkerung zu tun, die bis in die Zeiten des Zweiten Weltkrieges noch in fast steinzeitlichen Verhältnissen lebte".<sup>16</sup>

Die Konstatierung steinzeitlicher Verhältnisse läßt aufhorchen, insbesondere, seit Marshall Sahlins in seinem "Stone Age Economics" von 1972 mit der These aufwartete, daß in der steinzeitlichen Welt die Menschen ihre Arbeit optimaler einsetzen als in der technisierten. Sollte es wirklich im 20. Jahrhundert in Europa noch Enklaven uralter Wirtschaftsweise und Lebenskunst gegeben haben?

Polesien, eine hierzulande fast unbekannt Region, gehört im nördlichen und mittleren Teil zu Weißrußland, im südlichen zur Ukraine - die Übergänge sind fließend. In der Zwischenkriegszeit war Polesien in eine westliche, zu Polen gehörende, und eine östliche, zur Sowjetunion gehörende Hälfte aufgeteilt. In dieser Arbeit soll die bäuerliche Wirtschaft dieser Region in einem Vergleich untersucht werden.

### 1.1. Fragestellung

Die bäuerliche Wirtschaft vormoderner Gesellschaften kann nicht mit den Methoden der politischen Ökonomie, das Wirken der einzelnen Höfe nicht mit denen der Betriebswirtschaftslehre ausreichend erklärt werden. Dies liegt nicht nur daran, daß die Bauernfamilien die von ihnen produzierten Produkte zum großen Teil selbst verbrauchten, also in einer Einnahmen-Ausgaben-Analyse einige Faktoren zusätzlich berücksichtigt werden müssen. Vielmehr reicht die Reduktion des Menschen auf den homo oeconomicus in der Untersuchung grundsätzlich nicht aus. Das Verhalten, auch die Arbeit (das "wirtschaftliche" Verhalten) der Bauern (letztlich übrigens aller Menschen) ist nie nur ökonomisch. Was man sich an dem Verhalten der Bauern nicht erklären konnte, wurde leichtfertig als Konservatismus - oder im Falle Polesiens gar als Primitivität - der Bauern abgetan; dennoch hatten diese Verhaltensweisen ihre Rationalität, ihren Sinn, allerdings nur für die Bauern selbst. Weil ein Bauernhof als "ganzes Haus" sich andere Maximen der Produktion als ein Industriebetrieb gab, und weil in der Landwirtschaft unter anderen Bedingungen als in der Industrie produziert wurde, blieb die Institution des bäuerlichen Familienbetriebes auch im 20. Jahrhundert lebendig und wurde daher nicht weg-rationalisiert.

Schon Aleksandr I. Cajanov untersuchte einige wesentliche Elemente dessen, was der einzelbäuerlichen Wirtschaft solche Zähigkeit und Stabilität verlieh. Es ist wohl nicht nur ein Zufall, daß ausgerechnet ein russisch-sowjetischer

<sup>16</sup>Scheibert 1962:209f

Agrarwissenschaftler diese Untersuchungen anstellte. Seine Thesen besagen zusammengefaßt:

- Auch im Industriezeitalter beherrschen Familienwirtschaften die landwirtschaftliche Produktion.
- Diese Wirtschaften können gerade deshalb besser überleben, weil sie nicht auf Expansion und Überschußverwertung zielen, sondern auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Familie: es geht nicht nur um einen maximalen Ertrag, sondern auch um einen minimalen Einsatz, anders gesagt, die Familien wollen die Produktion nicht maximieren, sondern optimieren.
- Der Grad der Einbindung der bäuerlichen Familienwirtschaft in die Markt- und in die Geldwirtschaft wird von diesen Produktionszielen negativ beeinflusst, was wiederum auf die Stabilität der Familienproduktion positiv zurückwirkt.
- Je mehr Konsumenten ("Esser") eine Familie hat, umso mehr Arbeit verschafft sie sich.

Allerdings sind Familienwirtschaft (Produktion einer - nicht unbedingt blutsverwandten - Familie) und Subsistenzwirtschaft (Produktion, die zur Sicherstellung des Lebensunterhalts der Hofmitglieder nötig ist) begrifflich zu trennen; nicht immer fällt das eine Phänomen mit dem anderen zusammen.

Die Thesen Cajanovs wurden zwar außerhalb der Sowjetunion beachtet (in der Sowjetunion selbst wurde Cajanov 1930 verhaftet), aber erst seit den 60er Jahren<sup>17</sup> fand über sie eine intensivere Diskussion statt. In Zweifel gezogen wurde, ob sich seine an Rußland gewonnenen Thesen auch auf andere Gebiete übertragen lassen, in denen z.B. weder die typisch großrussische Landumverteilungs- und Steuerhaftungsgemeinde, die "obscina",<sup>18</sup> noch die Sitte der Realernte existierten, statt dessen aber unterbäuerliche Schichten, Gesindekräfte oder dergleichen.<sup>19</sup> Verschiedene Aspekte wurden in die Diskussion seither eingebracht; sie können hier nicht dargestellt werden. Ehmer und Mitterauer<sup>20</sup> gehen den umgekehrten Weg und untersuchen die Abhängigkeit der Familiengröße von der (gegebenen) Hofgröße.

Der Hang der Bauernfamilien zur Familien- und zur Subsistenzwirtschaft kann aber nicht allein als ein wirtschaftlicher, sondern muß auch als ein

<sup>17</sup>Spittler in Tschajanov 1923=1987, S.X

<sup>18</sup>In der westeuropäischen und amerikanischen Forschung über die Bauern des russischen Reiches gibt es fast ausschließlich Interesse an Gebieten, in denen die obscina existierte, vgl.Eklof 1988

<sup>19</sup>vgl. Spittler in Tschajanoff 1923=1987,S. XII f

<sup>20</sup>Ehmer und Mitterauer 1986:13

gesellschaftlicher begriffen werden; denn er ist Ursache und Ausdruck bestimmter bäuerlicher Strategien.

Spittler wies nachdrücklich darauf hin, daß bisher zwar die spektakulären Manifestationen bei der Durchsetzung bäuerlicher Interessen - Bauernbewegungen, Bauernrevolten - in der Historiographie untersucht worden sind<sup>21</sup>, kaum aber die alltäglichen Strategien<sup>22</sup>. Diese bestanden nicht in einer Politik (einem vormodernen Lobbyismus), sondern in Passivität. Die Bauern informierten ihren Gegenpart, die Verwaltung, nicht oder falsch, zahlten Steuern schleppend, wollten möglichst wenig mit der Verwaltung zu tun haben. Dies drückte sich wiederum darin aus, daß die Bauernschaft nur mäßig ihre Güter auf dem Markt verkaufen wollte, denn dies hätte der Verwaltung Informationen über "Überschüsse" bäuerlicher Produktion gegeben. Auch gegenüber der Aufnahme von Saatgut- und Geldkrediten waren die Bauernfamilien mißtrauisch, sie verzichteten lieber auf Bareinnahmen. So verstärkte sich noch der "konservative" Trend zu einem geschlossenen ganzen Haus, in dem Produktion und Konsum nicht genau zu trennen sind. Familienwirtschaft sowie Subsistenzproduktion als Wirtschaftsform einerseits und Passivität als bäuerliche Strategie andererseits bedingten und förderten sich gegenseitig. Zur Erklärung der bäuerlichen Wirtschaft muß daher deren Totalität untersucht werden.

Seit der Veröffentlichung von Cajanovs Werk sind über 60 Jahre vergangen, und es ist offenkundig, daß seine Thesen in historischer Perspektive beurteilt werden müssen. Das "cajanovsche" Verhalten der Bauernfamilien entsprach nicht nur einer bestimmten Agrarverfassung und einer bestimmten wirtschaftlichen Situation sowie entsprechenden sozialökonomischen Strategien, sondern auch einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Lage. Allein etwa durch eine andere Subventions- und Steuerpolitik konnte sich das Verhalten der Bauern ändern. Dies kam auch in der Debatte darüber, ob Cajanovs Modell auf andere Zeiten und Regionen übertragbar ist, sofort zum Ausdruck. Auch die Bedürfnisstruktur der Bauernfamilien blieb nicht unverändert. Vor allem stiegen im 20. Jahrhundert in Europa die Konsumbedürfnisse der Bauernschaft.<sup>23</sup>

Erst heute, wo die Ziele der Moderne von breiteren Kreisen hinterfragt werden und nicht mehr als "allgemeingesellschaftlich" gelten können, wird deutlich, daß in klassischen ökonomischen Analysen ein bestimmtes Erkenntnisinteresse herrschte. Während früher in der Nationalökonomie wie im Marxismus

21Eine Bibliographie dazu liefert Hildermeier 1979 22Spittler 1983:46  
23Spittler in Tschajanoff 1923=1987:XVII f



allzu unbewußt das Wohl und Weh der Gesellschaft oder gar des Staates der Bewertungsmaßstab der bäuerlichen Wirtschaft war, soll in dieser Arbeit die bäuerliche Wirtschaft auch aus der Perspektive der Bäuerinnen und Bauern selbst betrachtet werden, damit die Triebkräfte der Produktion untersucht werden können. Dies hat Cajanov schon begonnen, indem er - im Gegensatz zu Smith, Ricardo und Marx - den Bedarf nach Minimierung der Arbeit (oder auch der Arbeitszeit) als eine der Grundmaximen der bäuerlichen Wirtschaft in Rechnung stellte und Kategorien wie "Arbeitsanspannung" und "subjektiv eingeschätzte Beschwerlichkeit eines Arbeitstages"<sup>24</sup> einführte.

Aus dieser Perspektive gesehen sind höhere ha-Erträge, eine höhere Überschußproduktion der Höfe an Nahrungsmitteln und die Verwendung moderner Geräte und stärkerer Zugkraft keine unmittelbaren Ziele des Wirtschaftens, und - in einem kontrastiven Vergleich - keine positiv zu bewertenden Größen. Maßstab soll vielmehr der Wohlstand und vor allem das Wohlbefinden der Bauern selbst sein.

Noch ein anderer Aspekt soll in dieser Arbeit beleuchtet werden. Erst in den letzten Jahrzehnten wurden nicht nur die Ursachen, sondern auch die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen dieser bäuerlichen Grundhaltung analysiert, obwohl doch anzunehmen ist, daß gerade agrarische Gesellschaften und Staaten wesentlich durch das wirtschaftliche Verhalten der Bauernfamilien beeinflußt wurden. Die Staaten mit modernem Anspruch verfolgten mehr oder weniger einheitlich und konzentriert das Ziel, die Landwirtschaft auf neue Standards zu bringen. Hierbei bissen sich die staatlichen und halböffentlichen Organe meist die Zähne aus, es kam zu konfliktgeladenen Situationen zwischen "Staat" und Bauern.

Auch Polen und die Sowjetunion waren in der Zwischenkriegszeit (1921-1939) Staaten, die diesen Anspruch hatten. Zudem waren es neuerstandene Staaten, die sich beide in Polesien an Auswirkungen und Resten der ständisch geprägten Agrarverfassung abzarbeiten hatten. Der Bruch, den die Errichtung neuer Staaten mit sich brachte, machte das Modernisierungsvorhaben einerseits leichter, weil eine neue Verwaltung frischen Wind bringen konnte. Andererseits wurde die Verwirklichung solcher Vorhaben in den 20er Jahren dadurch erschwert, daß die Machtzentren dieser Staaten noch wenig regieren konnten, zumal sie - in Weißrußland - ohne (vielleicht sogar gegen) den Willen der örtlichen Bevölkerung errichtet wurden.

<sup>24</sup>Tschajanoff 1923=1987:27

Bauern werden - bewußt oder unbewußt - oft auch deshalb für eine konservative Bevölkerungsgruppe gehalten, weil die Entwicklungen hin zu den modernen Gesellschaften nicht ihnen zugeschrieben werden; vielmehr ist von den Händlern, den Unternehmern, dem Staat selbst, vielleicht allgemein "dem Volk" oder in der leninistischen Variante von den Arbeitern die Rede.<sup>25</sup> Wie sah die Entwicklung in Polesien aus, und welche allgemeinen Rückschlüsse lassen sich aus der Analyse der polesischen bäuerlichen Wirtschaft ziehen?

In Polesien, wo nicht die *obscina* [siehe hierzu unten], aber die Realerbteilung existierte, fällt dieser Einbruch der modernen Welt in die bäuerliche Wirtschaft auf allen Ebenen in eine ziemlich späte Zeit, vor 1917 wurde dem Sumpfgebiet wenig Beachtung zuteil. Erst in der Zwischenkriegszeit traten die Vorgaben der Modernisierung auf die Tagesordnung. Zunächst war die zaristische, auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft noch vom Ständesystem geprägte Agrarverfassung aufzulösen.<sup>26</sup>

Wie hat sich also die Zugehörigkeit zu diesen Staaten auf die Agrarverfassung und Agrarstruktur von Polesien ausgewirkt? Welche Aspekte der Bauernwirtschaft erwiesen sich für die traditionelle bäuerliche Wirtschafts- und Arbeitsweise als förderlich, und welche als nur oberflächlich verwurzelt? Mit welcher Politik und mit welchen geldpolitischen Mitteln versuchten die Staaten, in die bäuerliche Wirtschaft einzugreifen? Wurde die bäuerliche Wirtschaft kapitalisiert, oder überhaupt stärker in die Geldwirtschaft eingebunden? Wie wirkten sich Politik und allgemeine demographische und soziale Faktoren auf die Produktion der Bauernfamilien aus? Gab es ein neues Verhältnis zwischen Ackerbau, Viehwirtschaft, Waldwirtschaft, Fischerei und anderen Nebengewerben? Wurden neue Gerätschaften eingesetzt, neue Produktionsmethoden angewandt? Gab es neue Formen der Arbeitsorganisation, der Lebenskunst? Welche Konflikte brachte die Modernisierung oder auch ihr Ausbleiben mit sich? Hatten die Bauern gleiche Interessen, und wenn ja, wie versuchten sie diese durchzusetzen? Welche Ausdrucksformen nahm die bäuerliche Strategie der Passivität in Polesien an? Gab es Selbstorganisationsversuche der Bauern?

<sup>25</sup>Sowohl von den Modernisten als auch von denen, die den Sinn der Stabilität der bäuerlichen Produktionsweise betonen, wird gewöhnlich nicht davon ausgegangen, daß sich Agrargesellschaften von innen heraus modernisieren könnten. Das mag daran liegen, daß die klassischen Beispiele für die Industrialisierung wie England, Frankreich, Deutschland und auch das von Staats wegen industrialisierte Russische Reich, in denen die industrielle Entwicklung von der agrarischen abgekoppelt war, als Paradebeispiele dienten, während in Europa die skandinavischen Länder, die Länder des Habsburgerreiches oder auch die Balkanländer vernachlässigt wurden.

\*

In der historischen Analyse ist es schwer, die einzelnen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren voneinander zu trennen; erst recht gilt dies, wenn wie in dieser Arbeit das Geflecht vieler Einzelaspekte eine Rolle spielt.

Da Polesien nun 1921 zwei völlig unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftssystemen zugeschlagen wurde, können die Fragen aber jeweils an zwei Fallbeispielen gestellt werden.

Ein kontrastiver Vergleich von zwei Gebieten mit gleichen geographischen und historischen Bedingungen, aber unterschiedlichen struktur- und landwirtschafts-politischen Umständen ist daher besonders zu dieser "Faktorenisolierung" geeignet; denn das Allgemeingültige und tief Verwurzelte in der Bauernwirtschaft müßte - eben durch die Vergleichsmöglichkeit - von den "oberflächlichen" politischen Faktoren trennbar sein. Geschichtsschreibung oder überhaupt wissenschaftliche Analysen werden meist nur dann für gültig gehalten, wenn "das Faktische" zur Stützung von Hypothesen anerkannt wird. Demgegenüber erscheinen Hinweise, ein Geschehen, eine Entwicklung hätte auch anders ablaufen können, als spekulativ, es genügt der Hinweis, so sei es nun einmal eben nicht geschehen. Auch in dieser Hinsicht bietet ein kontrastiver Vergleich etwas, da zwei tatsächliche Entwicklungen gegenübergestellt werden können und nicht nur eine tatsächliche einer hypothetischen.

## 1.2. Methodische Fragen

Ein kontrastiver Vergleich erfordert bestimmte Methoden. Zuerst muß vor diesem Vergleich herausgestellt werden, daß die verglichenen Teile sehr ähnliche Voraussetzungen aufweisen. In dem konkreten Fall der vorliegenden Arbeit muß also gezeigt werden, daß Ost- und Westpolesien in der Zarenzeit nahezu gleiche politische, soziale und wirtschaftliche Bedingungen aufwiesen.

Zweitens müssen die zu vergleichenden Teile auf eine möglichst gleiche Art beschrieben und analysiert werden, damit die Vergleichbarkeit nicht darunter leidet.

\*

Dies ist der erste Grund, warum eine überschaubare (wenn auch mit 60.000 - 100.000 km<sup>2</sup> flächenmäßig große) Naturregion gewählt wurde: der gewählte Raum

26Cajanovs Beobachtungen gelten nicht mehr für die heutigen durchkapitalisierten Bauernwirtschaften der 1. und 2. Welt, in denen im anteilig immer bedeutungsloseren Agrarsektor hauptsächlich für den Markt oder den sogenannten Plan (besser: für die staatliche Verwaltung) produziert wird, und in denen die soziale Mobilität der Bäuerinnen und Bauern weitaus größer ist. Dieser Zustand ist aber auf unterschiedlichen Wegen hergestellt worden. Es ist daher interessant, den Einbruch der modernen Welt auch unter diesem Aspekt des Übergangs zur heutigen bäuerlichen Wirtschaft zu betrachten. Dies soll in der vorliegenden Arbeit aber nicht ausdrücklich geschehen.

sollte ein möglichst großes Maß an Homogenität aufweisen. Hier bot sich Polesien an. Zweitens wurde eine bestimmte Region gewählt, weil "Regionalstudien am ehesten geeignet sind, komplexe gesellschaftliche Beziehungen zu erfassen"<sup>27</sup>; denn der Reichtum des Konkreten braucht durch die Analyse nicht allzu sehr eingeebnet zu werden. Drittens ging ich davon aus, daß ein bestimmter Naturraum auch bestimmte Wirtschaftsweisen begünstigt; die natürlichen Begebenheiten stellen bis ins 20. Jahrhundert hinein einen kaum Veränderungen unterliegenden Faktor dar (hierzu ist auch die Beständigkeit von Veränderungen zu rechnen; vgl. Karte #6 der Flußlaufänderungen der Prypjac' bei Cernobyl im Anhang); daher wählte ich das Prypjac'-Becken als Bezugsraum und nicht ein Staatsgebiet, ein Agrarverfassungsgebiet oder ein Ethnikum; allerdings gibt es auch in diesen Bereichen zwischen Ost- und Westpolesien starke Übereinstimmungen.

\*

Unter dem Gebiet Polesien werden gleichwohl sehr unterschiedliche Terrains verstanden, da es keine markanten geographischen und ethnographischen Grenzen gibt.<sup>28</sup> Im Polen der Zwischenkriegszeit wurde von Polesien als einem Dreieck auf der Landkarte gesprochen, das im Westen mit Brest eine Spitze bildet und im Nordosten mit MahileŹ und Südosten mit Kyiv begrenzt sei<sup>29</sup>; diese Festlegung geht aber ziemlich eindeutig von den Begrenzungen durch die Eisenbahnlinien aus. Obrebski gliedert die Gebiete um Drahycyn und Kobryn im Süden Polesiens aus<sup>30</sup>. Pietkiewicz kennt auch ein Polesien bei Recyca<sup>31</sup>. In Balesy Polis'sja<sup>32</sup> werden verschiedene Angaben über die Grenzen des Dialektes der Poleschuken auf einer Karte aufgeführt, die aber alle die Gebiete nordöstlich der Linie Mazyr-TuraŹ-Luninec-Ivacevicy aus dem Gebiet ausgrenzen.

Während alle diese Festlegungen die Gebiete östlich ("links") des Dnepr nicht zu Polesien rechnen, darf es dennoch nicht verwundern, wenn im Bürgerkrieg Homeł' das Zentrum des Polesskij Komitet der Kommunistischen Partei darstellte<sup>33</sup>. Bürgener und Kazakov sehen Polesien eher als Rechteck, das ein sehr großes Gebiet von 80.000-100.000 km<sup>2</sup> umfaßt<sup>34</sup>, welches ungefähr je zur Hälfte damals zu Polen und zur Sowjetunion gehörte und über die Grenzen der Wojewodschaft Polesien (Polen) und der Okruge Mazyr und R,cyca (BSSR) hinausging. Diese Fläche entspräche in etwa, wenn auch nicht hundertprozentig<sup>35</sup>, dem Prypjac'-Becken und soll in dieser Arbeit unter Polesien verstanden werden.

<sup>27</sup>Ehmer und Mitterauer 1986:8 <sup>28</sup>vgl. Karte #1 im Anhang <sup>29</sup>Librowicz 1923:373f; Pruchnik 1932:300; Niezbrzycki 1930 <sup>30</sup>Obrebski 1936b:Karte <sup>31</sup>Pietkiewicz 1938 <sup>32</sup>Nr. 2(6), Mai 1989, S.4f <sup>33</sup>etwas Orientierung bietet Karte #1 im Anhang <sup>34</sup>Bürgener 1939:Abb. S.14; Kazakov 1953:4 <sup>35</sup>Kazakov 1953:3

Wenn die Wahl eines Naturraums aus prinzipiellen Erwägungen erfolgte, so beschränke ich mich auf das weißrussische Polesien aus rein pragmatischen Gründen: es wäre noch mehr Aufwand gewesen, neben den weißrussischen und den allgemein polnischen bzw. allgemein russischen Texten und Statistiken verschiedener Disziplinen noch die ukrainischen systematisch heranzuziehen.

Unter bäuerlicher Wirtschaft wird - gemäß dem "ganzheitlichen" Ansatz - all das verstanden, was die männliche und weibliche Landbevölkerung in allen Jahreszeiten unternahm, um ihr Auskommen zu sichern, ihren Haushalt zu stabilisieren. Es handelt sich also nicht nur um Landwirtschaft im engeren Sinne (Ackerbau plus Viehzucht), sondern auch um Wald- und Wasserwirtschaft, Hausarbeit und Hausindustrie, bäuerlichen Transport und Handel. Der russische Begriff sel'skoe chozjajstvo (wörtlich etwa: Dorfwirtschaft) trifft das, was gemeint ist, recht gut. Ausgeklammert ist in dieser Arbeit die Erörterung der Wirtschaft der Gutshöfe, die nur den polnischen Teil betreffen würde.

Mit der Analyse der bäuerlichen Wirtschaft in Polesien, unter welcher Fragestellung auch immer, wird der Großteil der Wirtschafts- und Sozialgeschichte dieser Region berührt. Eine vollständige Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen - und damit eigentlich auch nationalen - Beziehungen in Polesien müßte aber auf jeden Fall auch die Juden, die als Städter in Handwerk und Handel und als Arbeiter tätig waren, miteinbeziehen.<sup>36</sup> In der vorliegenden Arbeit ist diese Problematik ausdrücklich ausgeklammert worden.<sup>37</sup>

Wie bei jeder kontrastiv vorgehenden Arbeit gab es Gliederungsprobleme. Eine direkte Gegenüberstellung einzelner Aspekte der bäuerlichen Wirtschaft hätte zwar den Vorteil unmittelbarer Vergleichbarkeit gehabt, aber die Entwicklung in den beiden Gebieten wäre beim Lesen nur schlecht nachvollziehbar gewesen. So wurde die Arbeit in folgende Abschnitte eingeteilt: in den Kapiteln 2 und 3 wird

<sup>36</sup>Halpern bedauert, daß Obrebski sich an diese Aufgabe nicht herangemacht hat (Obrebski 1976:5)

<sup>37</sup>Es werden auch verschiedene umstrittene Fragen, die im Zusammenhang mit Polesien gewöhnlich gestellt werden, nur soviel als nötig Beachtung finden, wie etwa die, ob die Poleschuken ein eigenes Ethnikum bilden und eine eigene Sprache sprechen, also auch, warum sie in Volkszählungen bald als Weißrussen, bald als Ukrainer, bald als Polen und dann wieder als "Hiesige" bezeichnet werden. Selbst die Frage, ob, und wenn ja, wie der Landwirtschaft betreibende verarmte Adel sich ethnisch zuordnete und warum, ob er ein eigenes Selbstbewußtsein pflegte und ob er sich im Wirtschaftsstil von den gar nicht mal ärmeren Kollegen aus dem Bauernstand unterschied, bleibt unbeachtet.

die Ausgangsbasis der bäuerlichen Wirtschaft im Zarenreich geschildert und dort, wo es das Material gestattete, verglichen, ob West- und Ostpolesien wirklich ähnliche Voraussetzungen aufwiesen. Nach einer knappen Schilderung der Ereignisse im Bürgerkrieg (Kapitel 4) werden in den Kapiteln 5 und 6 bzw. 7 und 8 die Entwicklungen der bäuerlichen Wirtschaft in Ost- bzw. Westpolesien einzeln nachvollzogen; in Kapitel 9 werden in einem Zuge der Vergleich durchgeführt und die Schlußfolgerungen gezogen.

Während in dem Kapitel über die bäuerliche Wirtschaft in der Zarenzeit zuerst Agrarverfassung und -struktur beschrieben werden, danach die sich darauf beziehende Politik und zuletzt die bäuerliche Produktion, stellt für die Zwischenkriegszeit die jeweilige Landwirtschaftspolitik und die durch sie geschaffene Verfassung (Kapitel 6.1. bzw. 8.1.) den Ausgangspunkt zur Herausbildung einer neuen Agrarstruktur dar (Kapitel 6.2. bzw. 8.2.); dadurch werden dann wiederum Form und Inhalt der Produktion verändert (Kapitel 6.3. bzw. 8.3.). Form und Inhalt der Produktion sollen als ein Ergebnis der materiellen und sozialen Lage geschildert werden.

Es war mir unmöglich, auf allgemeine Bemerkungen zur weißrussischen Geschichte der Zaren- und Zwischenkriegszeit zu verzichten und vorzugeben, als seien die Inhalte in Handbüchern gut zugänglich<sup>38</sup>. In den einzelnen Hauptabschnitten werden daher unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Fragestellung allgemeine Entwicklungen nachvollzogen.

\*

In dieser Arbeit werden viele Zahlen, Tabellen und Statistiken aufgeführt werden, daher sollen schon an dieser Stelle kritische Bemerkungen zu diesem bekannten Thema vorangestellt werden.

Heute ist es zwar mit Hilfe der EDV leicht, Rechenfehler in den Statistiken aus der Vorkriegszeit nachzuweisen (etwa, wenn die Summe einer Zahlenreihe nicht dem als "Summe" ausgewiesenen Wert entspricht) und widersprüchliche Angaben nachzuweisen.

Im Bereich Landwirtschaft spiegeln Statistiken aber oft ein völlig falsches Bild wieder; für Polesien gilt dies in besonderem Maße, da nicht einmal gesagt werden kann, ob eine Fläche als Wasser oder als Sumpf, als Weide oder als Sumpf, als Ödland oder als Nutzland, als Weide oder als langjährigige Ackerbrache zu bezeichnen ist.

<sup>38</sup>In englischer Sprache gibt es die Standardwerke von Vakar 1956 und Lubachko 1972

Einige Aspekte der Schwierigkeiten, Statistiken zu bewerten, sollen hier aufgeführt werden:

A. Die Ersteller von Statistiken über Regionen Weißrußlands berücksichtigen wissentlich oder unwissentlich oft nicht, daß Gebiete, auf die sie sich beziehen, durch Gebietsreformen verändert wurden. Oft ist zum Beispiel von 22 Kreisen [uezden], die in die BSSR eingegangen sind, die Rede, obwohl die BSSR-Grenzen und die Grenzen früherer uezde nicht identisch waren. Es werden sogar zuweilen die kleine Zwischenkriegs-BSSR und die gesamte BSSR in den Grenzen des wiedervereinigten Weißrußlands ab 1939 kommentarlos nebeneinandergestellt<sup>39</sup>.

B. Oft finden sich widersprüchliche Angaben in den Werken. Ein Beispiel: Der Perspektivplan zur Entwicklung der Land- und Waldwirtschaft der BSSR bringt auf Seite 360, daß 1925 41.825 Desjatinen mit Lupinen bebaut wurden, auf S.336 dieses Rahmenplans ist dagegen von 49.900 ha die Rede, was nicht dasselbe ist.<sup>40</sup>

C. Vor allem ergeben sich Widersprüche und andere Merkwürdigkeiten in Statistiken oft daraus, daß die befragten Menschen falsche Angaben machten. Auch dies ist nur in Grenzen rechnerisch aufspürbar. Wichtig ist daher zu erkunden, welche Daten von den Betroffenen aus welchem Interesse verheimlicht oder übertrieben wurden. In der Landwirtschaftsstatistik lassen sich grob drei Interessengruppen trennen:

1. Die Auftraggeber der Statistik mit ihrem Interesse, besser zu planen.
2. Die mit der Erhebung und Verarbeitung der Statistiken Beauftragten.
3. Die Bauernfamilien oder überhaupt die Erhobenen als Betroffene mit dem Interesse, Steuern zu sparen und Subventionen zu erhalten.

Innerhalb der einzelnen Gruppen kann es noch gegensätzliche Interessen je nach Stufe in der Hierarchie geben.

Dabei werden die quantitativen Verzerrungen in den Angaben nicht immer in der gleichen Richtung erfolgt sein. Ein Beispiel: Wird die gesamte Bodenfläche besteuert, so wird von den Bauern eine kleinere Bodenmenge angegeben; der ha-Ertrag in der Statistik würde wachsen. Werden aber die Produkte besteuert, so wird ein nicht über die Bücher laufender Schwarzhandel begünstigt. In den Statistiken würden niedrigere Produktionsmengen und damit - bei gleicher Saatfläche - auch niedrigere Hektarerträge auftreten.

Die Mängel in den Statistiken spiegeln also direkt die Informationsmängel der Verwaltung wieder, an denen die Bauern ein großes Interesse haben.<sup>41</sup> Zudem ist ein Vergleich auch unverfälschter Ziffern über Bruttoerträge und über Preise nicht unmittelbar aussagekräftig.<sup>42</sup>

39z.B. in Razvitie II 1975:156      40Perspektivnyj plan 1927:360,336

41vgl. Spittler 1983:49f      42vgl. Nove 1985:333f

Trotz ihrer offenkundigen Mängel stellen Landwirtschaftsstatistiken dasjenige Moment dar, mit dem die beiden Gebiete unmittelbar verglichen werden können. Denn es reicht ja nicht, das Empfinden der Bauernschaft oder ihrer Beschreiber heranzuziehen und mit unpräzisen Begriffen wie "Überproduktion", "Bauernhof mittlerer Größe", "eine armselig dahinvegetierende Familie", "ein beträchtlicher Ernteertrag" "eine mühsame Arbeit" usw. zu arbeiten. Da bei der vorliegenden Arbeit nicht bei jeder Statistik einzeln eine Quellenkritik vorgenommen werden wird, sollen die eben angeführten Bemerkungen solche vorbeugend ersetzen.

### 1.3. Quellenlage und Forschungsstand

#### Westliche Historiographie

In der westlichen Historiographie wurden Weißrußland und die Weißrussen aus verschiedenen Gründen wenig beachtet.

A. Erstens bildete sich keine nennenswerte weißrussische Exilhistoriographie heraus. Es gibt weniger Weißrussen als etwa Ukrainer oder Großrussen, und die Weißrussen waren im Exil auf einzelne Orte in Europa, Amerika und Australien verstreut; so gab oder gibt es weißrussische Exilzeitschriften in Sydney, South River, London, Toronto, New York, Paris, München, Backnang, Windsberg, Stuttgart, Berlin; den meisten Zeitschriften war keine lange Lebensdauer beschieden. Da zudem die weißrussische Bewegung immer sehr schwach war und es traditionell keine "Hohe Gesellschaft" der Weißrussen gab - die Weißrussen waren ein Bauernvolk -, gedieh die Historiographie nicht so gut.

Mit wissenschaftlichem Anspruch tritt das Journal of Byelorussian Studies (bisher 5 Bände) hervor; in den 50er Jahren erschien beim Institut zur Erforschung der UdSSR in München der Belaruskі Zbornik und die englischsprachige Zeitschrift Belorussian Review.

B. Zweitens gilt die Geschichte Weißrußlands als langweilig. Wiederholte sich in der BSSR nicht - etwas abgewandelt - das, was in der ganzen Sowjetunion geschah? Wenn schon eine Regionalstudie durchgeführt wurde, wollte man sich mit den "eigentlichen Russen" beschäftigen.

So befassen sich die führenden westlichen Osteuropa-Zeitschriften nur selten mit Weißrußland, die Zahl der Artikel läßt sich über Jahrzehnte hinweg an einer Hand abzählen; auch Monographien fehlen, es gibt im wesentlichen die Übersichten von Vakar [Vakar 1956] und Lubachko [Lubachko 1972] sowie den Band "Byelorussian Statehood" über die Ereignisse um die weißrussische Republik 1918 und danach [Kipel 1988].

Diese Materialien sind zur Erforschung Polesiens als einem Teilgebiet Weißrußlands wenig ausreichend.



Materialien aus der BSSR in der Zeit bis 1939

Es ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wie viele und wie wertvolle Dokumente in den Archiven der BSSR erhalten sind. Das Staatliche Archiv führt Zweigstellen auch in kleineren Städten Polesiens, die nicht einmal oblast'-Hauptstädte sind, wie z.B. Pinsk, Kobryn und Mazyr<sup>44</sup>. Aus den Zitaten der BSSR-Historiker ist zu schließen, daß eine angesichts der Verhältnisse (Provinz, Stalinismus, zwei Weltkriege) beachtliche Materialgrundlage erhalten blieb.

Während in der Bewertung durch die polnischen Zeitgenossen die Suche nach dem Anderen, dem Eigentümlichen der polesischen Verhältnisse überwiegt, war für die Sowjetautoren das Gemeinsame und das Verbindende zwischen Polesien einerseits und Weißrußland und überhaupt der Sowjetunion andererseits herauszustellen. Es finden sich keine drastischen Beschreibungen über eine ganz besondere Rückständigkeit der Poleschuken oder der polesischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen.

Als Quelle verwendbar ist das Material, das in den 20er Jahren aus praktischen und politischen Zwecken über die weißrussische Wirtschaft von den staatlichen Stellen gesammelt wurde; es handelt sich nicht nur um unkommentierte Statistiken.

Herausragend ist ein "Perspektivnyj plan razvitija sel'skogo i lesnogo chozjajstva BSSR na 1925/26-1929/30 g." über 960 Seiten, eigentlich ein vorweggenommener Fünfjahresplan, der optimistische, aber noch nicht voluntaristische Töne anschlägt<sup>45</sup>. Der "echte" Fünfjahresplan, Teil des unionsweiten Plans, bringt bedeutend weniger konkrete Vorgaben und Orientierungen zu land- und forstwirtschaftlichen Fragen<sup>46</sup>. Ab 1930 allerdings sind die Materialien aus der BSSR voller Fälschungen oder uninteressant, da sie die Probleme und Tatsachen verschweigen. Überhaupt werden sie rarer und sind schwer zugänglich.

Sowjetgeschichtsschreibung

Die traditionelle kontrollierte und zensierte Geschichtsschreibung der Sowjetunion erfuhr bei ihrem Anliegen, die Sowjetunion positiv herauszustellen, die üblichen Schwierigkeiten: je nach Generallinie der Partei hatte die Geschichte neu bewertet zu werden.

Die Geschichte der BSSR in den 20er Jahren wurde bis zur Unkenntlichkeit vereinfacht, die damals geführten Auseinandersetzungen um die Agrarfrage ausgeblendet und Ministernamen aus den Lexika gestrichen. Bis 1956 durfte die Tätigkeit der 1938 von der KomIntern aufgelösten KPZB (wie auch der KPP und der KPZU) noch nicht einmal erwähnt werden.<sup>47</sup> Aber auch nach 1956 blieben

44Gosudarstvennye archivy 1989:24-28,32-34 45Perspektivnyj plan 1927

46Pjatiletnyj plan 1929:1-72

47Leanavec 1986:65

die Arbeiten schematisch und angesichts der Größe der "weißen Flecken" oft geradezu punktuell.

Dennoch ist man für eine Magisterarbeit auf die Sekundärliteratur aus der BSSR angewiesen, in der Archivmaterialien verwertet werden, und ohne die zu vielen Themen überhaupt nichts zu erfahren wäre. Wenigstens über Maßnahmen im polnischen Teil Weißrußlands berichtete die BSSR-Historiographie etwas umfassender.<sup>48</sup>

Die sich für Weißrußland interessierenden alternativen Geschichtsschreiber wie Ales' Adamovic und Z.Paznjak befassen sich mit den Massenmorden der Stalinzeit, besonders mit dem Massenlager in Kuropaty bei Minsk.<sup>49</sup> Ihre Arbeiten wie auch die ersten perestrojka-geprägten aus dem Wissenschaftsbetrieb zeichnen die politische Geschichte nach und können für diese Arbeit nur am Rande dienlich sein.

#### Zeitgenössische Texte aus Polen

Aus der Zwischenkriegszeit sind aus Polen hauptsächlich polnische Materialien erhalten, die Weißrussen durften nur wenige Zeitschriften herausbringen.

Unter den polnischen Quellen sind folgende erwähnenswert:

A. Landeskundliche Schriften hatten wenige methodische Zwänge, aber ihre Mängel ergeben sich nicht so sehr aus ihrer wenig wissenschaftlichen Herangehensweise, als vielmehr daraus, daß sie, wie auch oft in der Ethnologie üblich, ihre Betrachtungen nicht in einen historischen Kontext stellen. Konkret besteht die Gefahr darin, daß irgendwelche Sitten oder auch geographischen Eigentümlichkeiten der Menschen auch dann noch als gegenwärtig beschrieben werden, wenn sie es in Wirklichkeit schon nicht mehr sind; zudem besteht noch mehr als bei anderen Wissenschaften die Gefahr, daß Eigentümlichkeiten der betreffenden Region generalisiert oder übertrieben werden, um das Leserinteresse zu wecken. Die Autoren stellten heraus, daß vieles rückständig und beim Alten geblieben war, versuchten jedoch nicht herauszufinden, was sich geändert hatte.

B. Ein Glücksfall ist, daß sich der polnische Ethnologe Obrebski näher mit (West-)Polesien befaßt hat.

C. Eine weitere Quelle stellen die halbamtlichen Provinzzeitungen dar, die besonders in den 30er Jahren zur Unterstützung der Warschauer Politik herausgegeben wurden.

Diese zeitgenössischen polnischen Quellen unterscheiden sich durch größere Heterogenität und die teilweise Kritik an staatlichen Maßnahmen stark von den

<sup>48</sup>Einen Überblick über die Sowjethistoriographie über Westweißrußland in der Zwischenkriegszeit gibt Leanavec 1986

<sup>49</sup>Adamovic 1989

sowjetischen Quellen.

Aus den polnischen Texten ist eher die Beschreibung der Produktion der bäuerlichen Wirtschaft verwendbar, während in den Sowjetquellen mehr Hinweise zu Agrarverfassung, -politik und -struktur enthalten sind.

#### Polnische Historiographie

Die Darstellung von Fragen, die die ehemaligen Ostgebiete des polnischen Staates, die sogenannten "kresy", u.a. also auch Westweißrußland betreffen, ist an sich nur bis 1956 in der polnischen Historiographie ein Tabu gewesen. Dagegen unterlag die Bewertung und die entsprechende Themenauswahl noch längere Zeit hindurch Beschränkungen<sup>50</sup>, aber selbst davon ist z.B. in den Arbeiten Tomaszewskis, des Spezialisten für Fragen der Wirtschaft und der Minderheiten in der 2. polnischen Republik, wenig zu spüren.

#### Beschreibungen Weißrußlands von Deutschen im 1. und 2. Weltkrieg

Schon im ersten Weltkrieg wurden deutsche Wissenschaftler, vorwiegend Geographen (Bernhardt Brandt, Rebhann, Jäger, Curschmann, Zechlin) auf Weißrußland aus dem schlichten Grund aufmerksam, daß deutsche Truppen den westlichen Teil Weißrußlands erobert hatten; dadurch wurden die Weißrussen als Volk wahrgenommen, allerdings wurde viel Falsches berichtet.

In Friedenszeiten ließ das Interesse nach, als aber im 2. Weltkrieg die nationalsozialistischen Truppen Minsk erobert hatten, erschienen verschiedene Aufsätze unterschiedlicher Qualität (Vaatz, Hasselblatt, Rhode, Wehde-Textor, Scheibert, Bürgener, Regel). Aus den Schriften ragt die Monographie von Engelhardt heraus; unterhalb der nationalsozialistischen Terminologie ist in diesem Werk ein echtes Interesse am Schicksal der "Weißruthenen", wie sie damals auf deutsch genannt wurden, erkennbar.

\*

Für den polnischen und den sowjetischen Teil ist die Quellenlage also unterschiedlich: Während für den polnischen landeskundliche Materialien überwiegen, gibt es für den sowjetischen nahezu ausschließlich landwirtschaftliches Material aus der staatlichen Perspektive.

<sup>50</sup>z.B. beschäftigte sich A. Bergman nur mit Biographien linker weißrussischer Politiker

## 2. ALLGEMEINE GESCHICHTE POLESIENS VOR 1914

### 2.1. Der Naturraum Polesien

Das ganze Prypjac'-Becken erhielt sein oberflächengeologisches Gepräge dadurch, daß das Wasser eines "riesigen Gletschers"<sup>51</sup> zum Ende der Eiszeit nach Osten hin abfloß. Das geringe Gefälle der Flüsse (die Prypjac' fällt über 500 km hinweg von 132,8 m ü.d.M. bei der Pina-Mündung auf 88 m bei der Dnepr-Mündung<sup>52</sup>) ruft alle typischen Erscheinungen hervor wie starkes Mäandrieren, unberechenbare Veränderungen der Flußläufe und "faule" Seitenarme, die nur sporadisch Zu- und Abfluß haben.<sup>53</sup> Bezeichnend ist daher der Name eines Nebenflusses der Prypjac', Stochod ("Hundertlauf"). Sogar die Wasserscheide mancher Flüsse ändert sich, anders gesagt, es ist schwer, die Fließrichtung überhaupt zu ermitteln<sup>54</sup>. Daher sind manche Flüsse nicht einmal eindeutig zu identifizieren; dies schlug sich in unterschiedlichen Namen für verschiedene Abschnitte ein- und desselben Flusses nieder: so heißt die Prypjac' vor Pinsk Strumen, weiter oberhalb aber wieder Prypjac'. Und an der Stelle, an der der Stochod in die Prypjac' fließt, ist er breiter und wasserreicher als der Hauptfluß.

Angesichts des langsamen Abflusses gehen die Flüsse entsprechend breit über die Ufer, wenn die Tauwetterperiode beginnt. Die Prypjac' führt Ende März/Anfang April gewöhnlich Hochwasser und ist von Anfang Dezember an 4 bis 4 1/2 Monate lang vereist. In der Hochwasserzeit ist sie stellenweise 8-15 km breit und wirkt angesichts der langsamen Fließgeschwindigkeit wie ein riesiger See<sup>55</sup>.

Dieses hydrologische System begünstigt die Moorbildung. Moorlandschaften machten einen erheblichen Teil Polesiens aus. Durch die Gewässer und Sümpfe waren manche Orte bei Hochwasser von der Außenwelt abgeschnitten<sup>56</sup>.

Man unterscheidet zwischen Niedrig-, Übergangs- und Hochmooren. Hochmoore entstehen dadurch, daß die Torfschichten sich im Lauf der Zeit übereinanderschichten; sie sind in Polesien aber sehr selten<sup>57</sup>.

Die trockenen Böden sind sehr sandig; ein beträchtlicher Teil der Fläche Polesiens ist, wie der Name schon andeutet, von Wald bedeckt gewesen. In dieser Landschaft, die gewisse Ähnlichkeiten mit dem Spreewald aufweist<sup>58</sup>, erhielten sich aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte und den geringen Eingriffen in die Landschaft alle möglichen Arten von wilden Säugetieren und Vögeln, aber auch von Insekten<sup>59</sup>, die den Menschen eine Qual waren.

51Jäger 1919:14 52Kazakov 1953:8 53vgl. Karte #6 im Anhang

54Bürgener 1939:27

55Kazakov 1953:9; Bürgener 1939:29

56Bürgener 1939:29 u.v.a.m.

57Atlas BSSR 1958:77f; Dabowska 1939:89;

Bürgener 1939:Karte 1

58Bürgener 1939:36

59Bürgener 1939:37







Auch die Struktur des Volkseinkommens war also im Westen und Osten Weißrußlands nahezu gleich. Speziell in Polesien dürfte der Anteil der Industrie noch geringer gewesen sein. Die Tabelle zeigt gleichzeitig, daß in der Landwirtschaft in beträchtlichem Maß für den Eigenbedarf produziert, die Holzwirtschaft aber schon für den Markt betrieben wurde.

### 2.3. Nationale und kirchliche Verhältnisse

In Polesien standen sich der russisch-orthodoxe Staat und der polnisch-katholische Adel gegenüber. Die zaristische Politik versuchte, die vor 1795 polonisierten und katholisierten Adeligen aus Weißrußland wieder der Orthodoxie zuzuführen. Im Gebiet Pruzany stieg z.B. das Verhältnis der Orthodoxen gegenüber den Katholiken von 1,16:1 (bei 1187 Katholiken) im Jahre 1860 auf 2,5:1 im Jahre 1870) und 4,1:1 im Jahre 1897/68. Die polnische Oberschicht konnte es z.T. nicht verwinden, daß "ihre" von Weißrussen besiedelten Gebiete unter die Zarenherrschaft fielen und nannte diese Gebiete weiterhin "kresy wschodnie" (Ostgebiete) oder "ziemie zebrane"<sup>69</sup>. Die Katholiken ließen sich nicht so ohne weiteres orthodoxisieren.<sup>70</sup> Das Verbot der unierten griechisch-katholischen Kirche war dagegen in Polesien offensichtlich sehr einfach durchzusetzen; jedenfalls bekannten sich 1921 in der ganzen Wojewodschaft Polesien, also in Westpolesien, nur 93 Menschen als "griechisch-katholisch".<sup>71</sup>

Ein ausdrücklich weißrussisches Nationalbewußtsein trat in seinen ersten Anfängen im 19. Jahrhundert auf, wurde aber von der zaristischen Verwaltung bekämpft. Von 1859 bis 1906 wurde der Druck in der weißrussischen Sprache<sup>72</sup> und die Bezeichnung Weißrußland für Weißrußland verboten. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die weißrussische Nationalbewegung zu einem bescheidenen politischen Faktor. Im Dezember 1903 wurde die Belaruskaja Sacyjalistycznaja Hramada (BSH) gegründet.<sup>73</sup> Nach der Revolution von 1905 scharte sich die weißrussische Nationalbewegung um die Zeitschrift Nasa Niva ("Unser Feld"), die in Vilnius erschien.<sup>74</sup> In die Dumas gelangten aus Weißrußland fast ausschließlich rechtsstehende Abgeordnete. Aus Weißrußland war nie ein Sozialdemokrat oder Sozialrevolutionär in der Duma. Der Nationalität nach waren die Abgeordneten der weißrussischen Gebiete in der 3. Duma 23 Russen, 11 Weißrussen, 6 Polen, 1 Litauer, kein Jude.<sup>75</sup>

<sup>68</sup>Rozanow 1935:27 <sup>69</sup>Kieniewicz 1989 <sup>70</sup>vgl. Tuskiewicz 1936:11-16 für das polesische Stetl Davidharadok <sup>71</sup>Skorowidz 1924, S.X <sup>72</sup>Szporluk 1979:79; Engelhardt 1943:82 meint, das Verbot sei 1865 erfolgt <sup>73</sup>Byelorussian Statehood 1988:16,363; Ochota 1928:1 <sup>74</sup>Kipel 1985:61; Lubachko 1972:6-10; Engelhardt 1943:89-91; Curschmann 1918:286-288 <sup>75</sup>Zaprudnik 1975:229f; Zaprudnik 1984:35



#### 2.4. Politik und Verwaltung

Die Opposition von polnischer Oberschicht und russischer Staatsverwaltung kann zum Teil auch erklären, warum in Weißrußland die Industrialisierung und Urbanisierung zurückblieb: diese Region war kein Lieblingskind der zaristischen Verwaltung. Die zemstva, regionale Einrichtungen der zaristischen Verwaltung mit nicht geringem Maß an Selbstverwaltung, zudem Hoffnungsträger liberaler und moderner Kräfte im Zarenreich, waren in Weißrußland mit der offiziellen Begründung, daß man dort am polnischen Aufstand von 1863/64 teilgenommen hatte, nicht eingerichtet worden<sup>76</sup>; sie wurden in Polesien erst "nach der ersten russischen Revolution" eingeführt<sup>77</sup>, nämlich am 14.3.1911 auf der Grundlage eines schon am 12.6.1890 herausgegebenen Statuts.

In Polesien gab es keine besonders interessanten Rohstoffe. Dennoch wurden die "Westgebiete", wie Weißrußland genannt wurde, nicht vollends vernachlässigt. Einen Einschnitt in die Wirtschaft Polesiens bedeutete der Eisenbahnbau in den 1880er Jahren. Entlang der Eisenbahn entstanden Orte neu oder entwickelten sich rasch. Die Nähe zur Eisenbahnstation wirkte sich auf die Chancen der Vermarktbarkeit landwirtschaftlicher Produkte aus. Es wurden auch großangelegte Sumpftrockenlegungsarbeiten durchgeführt. [siehe unten]  
Schon im 18. Jahrhundert wurden noch unter polnischer Herrschaft der Oginski-Kanal und der Königskanal (heute: Dnepr-Bug-Kanal) gebaut.<sup>79</sup> Bis 1917 sind diese Kanäle nicht mehr erweitert oder sonstwie verbessert worden.

<sup>76</sup>Zabołski 1987:62; vgl. Lipinskij 1978:54 <sup>77</sup>Bienkiewicz 1927:39

<sup>79</sup>Tillinger 1935:210; Pohl 1936:384

### 3. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN POLESIIEN VOR 1914

#### 3.1. Agrarverfassung und Agrarstruktur

##### 3.1.1. Die Agrarverfassung

Im 16. Jahrhundert wurde zusammen mit der Durchsetzung der Leibeigenschaft eine gewisse Ordnung in die weißrussischen Gebiete gebracht, die damals zum Großfürstentum Litauen gehörten<sup>1</sup>. Damit der polnisch-litauische Staat eine bessere Übersicht bekomme, wurden je 21 1/2 Desjatinen in drei Felder aufgeteilt<sup>2</sup> und Einzelhöfen zugeordnet. Damit war der Weg zu einem Einzelhofsystem vorgezeichnet, das auch einer bestimmten Siedlungs- und Flurstruktur (Hufenverfassung) und einer bestimmten bäuerlichen Wirtschaftsweise entsprach. An dieser Agrarverfassung und -struktur änderte sich auch wenig, als Weißrußland und Polesien nach den drei Teilungen Polens zum Russischen Reich gehörten. Nur ganz allmählich setzte sich im Osten Weißrußlands die obscina-Verfassung durch.

Am 19.2.1861 wurde die Leibeigenschaft im Russischen Reich aufgehoben, in Weißrußland waren 58% der Bauern von dem Dekret betroffen<sup>3</sup>. Für die Nicht-obscina-Gebiete in West- und Mittelweißrußland war zusammen mit den litauischen Gebieten ein besonderes Dekret zuständig.<sup>4</sup> Die Bauern wurden persönlich frei; je nach ihrem vorhergehenden Status konnten sie auch ein Stück Boden, das sogenannte Anteilland [nadel] erwerben. Es gab somit nach 1861 drei wesentliche Kategorien des Bodenbesitzes: das Privatland, das Nadelland und das Eigentum in Kirchen-, Klöster-, Staats- oder sonstiger institutioneller Hand.

Die Großgrundbesitzer wurden durch die zaristische Landwirtschaftspolitik nicht allzu sehr geschädigt. Die adligen polnischen Gutsbesitzer sahen aber die zaristischen Dekrete [ukazy] als gegen sich in ihrer Eigenschaft als Polen gerichtet an. Auf dem Gebiet des späteren Kreises Pruzany konfiszierte man 4643 Desjatinen (Ds.)<sup>5</sup>, die Gutsbesitzer mußten hier von 1864 bis 1873 23.828 Ds. "freiwillig verkaufen"<sup>6</sup>, der Staat kaufte 3545 Ds. zwischen 1867 und 1872 an<sup>7</sup>; es handelte sich also um nicht allzu große Bodenflächen.

Die Feldumverteilungs- und Steuerhaftungsgemeinde, die obscina, jene für das russische Bauerntum spezifische Agrarverfassungsinstitution, gab es in Polesien nicht. Auf ethnisch weißrussischem Gebiet gab es die obscina nur in den

<sup>1</sup>French 1983:72 <sup>2</sup>Perspektivnyj plan 1927:126; Conze 1940:71

<sup>3</sup>Lubachko 1972:4u <sup>4</sup>abgedruckt in: Belorussia v ,pochu kapitalizma #12,S.36

<sup>5</sup>Rozanow 1935:59 <sup>6</sup>Rozanow 1935:72 <sup>7</sup>Rozanow 1935:64

ostweißrussischen Gebieten, also in den Breitengraden Polesiens östlich des Dnepr, im damaligen Gouvernement MahileŹ und den östlichen Teilen des Gouvernements Vicebsk.

1887 wurde das Nadelland in folgenden Anteilen nach dem obscina-Prinzip genutzt:

im Gouvernement Minsk	4,0 %
im Gouvernement Vicebsk	34,3 %
im Gouvernement MahileŹ	83,3 % <sup>8</sup>

Aber auch in Gebieten mit hohem obscina-Anteil bedeutete "in der Mehrheit der Fälle [...] das obscina-Recht nur eine Formalität, und Landumverteilungen wurden nicht praktiziert".<sup>9</sup>

Das bäuerliche Anteilland wurde also in Polesien nicht periodisch umverteilt. Dieses "Podvornyj"-Prinzip (Einzelhof-Prinzip) wurde durch die Bauernbefreiung noch gefestigt"<sup>10</sup>.

Hauptsächlich die Gemengelage der Felder und der damit zusammenhängende Flurzwang legten die Form der Bodennutzung fest.

Ansonsten waren die Institutionen, die im Dorf oder zwischen den Familien regelten, was zu geschehen habe, schwach kodifiziert, es herrschten Gewohnheitsrechte.

Dennoch gab es auch in Mittel- und Westweißrußland, und somit in Polesien, kollektive Rechte an der Bodennutzung.

Eine Besonderheit, die es in Großrußland nicht gegeben hatte, waren die Servitude. Dabei handelte es sich um jahrhundertealte Rechte der Bauern, grundherrliche Wälder als Weideplätze für Schweine und anderes Vieh zu nutzen, dort Beeren zu sammeln u.ä.<sup>11</sup> Die Grundherren verschenkten mit den Servitudenrechten nichts, denn sie konnten ohnehin nicht neben jeden Bauern einen Aufpasser stellen. Diese Rechte wurden einem ganzen Dorf en bloc verliehen; hierdurch trat also das Dorf als Rechtskörper auf. Dies erforderte und förderte eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des Dorfes. Die Servitude waren den modernen Grundbesitzern, die den Boden mehr und mehr als eine Kapitalanlage betrachteten, hinderlich<sup>12</sup>, für die Bauern aber sehr wichtig. "Die Bauern, die alle Bequemlichkeiten schätzen, die ihnen die Weideservitude darstellen, verweigern entweder ganz ihre Zustimmung [zur Auflösung der Servitude] oder wenden sich an den Eigentümer mit solchen Forderungen, die jener nicht zu er-

<sup>8</sup>Statistika zemlevladenija 1907:89-91 <sup>9</sup>Perspektivnyj plan 1927:36; vgl. auch Kaleko 1929:474f <sup>10</sup>Perspektivnyj plan 1927:127 <sup>11</sup>Bergman 1962:376=612 geht fälschlicherweise davon aus, die Servitude seien erst seit 1861 genutzt worden <sup>12</sup>Sabunja 1961:446

füllen in der Lage ist", heißt es daher in einem Bericht über das Gouvernement Minsk<sup>13</sup>. Von 1167 Gutsländereien konnten in 25 Jahren bis 1899 nur 120 die Servitute auflösen<sup>14</sup>.

Diese Felder und die - oft konkrete - Zusammenarbeit auf diesen Feldern nannte man talaka. Im weiteren Sinne bedeutete talaka aber jedwede Art von organisierter Nachbarschaftshilfe.<sup>15</sup>

Bauern bildeten aber auch Gesellschaften und Genossenschaften; die bäuerlichen machten den Löwenanteil an den landwirtschaftlichen Genossenschaften aus.<sup>16</sup> Diese Genossenschaften waren zwar rechtlicher Träger des Bodens; aber es handelte sich selten um Ackerboden, sondern meist um Wiesen und Weiden. Ansonsten betrieben die Genossenschaften die Weiterverarbeitung (Molkereien, Flachs- und Hanfverarbeitung) und den Absatz der Produkte <sup>17</sup>. Im Gouvernement Minsk wurden aber nur wenige Flächen von Genossenschaften bedient.

In Weißrußland war die Stolypin-Reform, durch die ein prosperierendes Großbauerntum geschaffen werden sollte, recht erfolgreich. Dies lag aber daran, daß die Gemeinden im Osten Weißrußlands, in denen die obscina-Verfassung nur formal bestanden hatte, diese nun auflösten. In Polesien hingegen, wo die obscina überhaupt nicht existierte, bedeutete die Stolypin-Reform nur eine rechtliche Legalisierung und politische Festigung des bestehenden Zustands der Agrarverfassung. Bedeutung hatte diese Reform aber wegen der damit verbundenen Absicht, Einzelhöfe ohne Gemengelage innerhalb des Dorfes (otrub-Höfe) oder außerhalb des Dorfes (chutor-Höfe) zu schaffen.

Im Gouvernement Minsk, zu dem Ostpolesien gehörte, war aber bis 1916 nur bei 8,4% aller Bauernhöfe das Anteilland (nadel-Land) ausgelöst worden.<sup>18</sup> Auf dem Anteilland wurde nur bei 14460 von 312.726 Höfen die Gemengelage beseitigt (auf 188.500 Ds.), was 4,6% der Höfe entspricht. Man kann also sagen, daß es den Höfen zwar darauf ankam, das alleinige Nutzungsrecht über ihr Land zu erhalten, nicht aber, eine "komplizierte" Flurverfassung (Gemengelage) zu beseitigen. Warum hatten die landbesitzenden Bauern so wenige Otrub- und Chutorhöfe gebildet, wo ihnen doch von allen Seiten ein Streben nach Absonderung attestiert wird? Kaleko erklärt es mit "den ungünstigen agrogeologischen Bedingungen: der Streubesitz war im Gebiete der großen Sümpfe und weiten Wälder unvermeidlich"<sup>19</sup>. Doch Streubesitz heißt nicht unbedingt Gemengelage. Gelegentlich wird auch auf die soziale und emotionale Bindung der

<sup>13</sup>Lickov 1899:60m <sup>14</sup>ebd. <sup>15</sup>vgl. Obscestvennyj 1987:26-28; Kaleko 1929:480f; Lamaha 1926:34f; Seit 1987 nennt sich eine "informelle" weißrussische Jugendgruppe "talaka" (Küppers 1989:Sp.5) <sup>16</sup>Statistika zemlevladenija 1907:32-35; vgl. auch Kaleko 1929:477 <sup>17</sup>Kaleko 1929:478 <sup>18</sup>Perspektivnyj plan 1927:36; vgl. auch S.127; vgl. Kaleko 1929:492 <sup>19</sup>Kaleko 1929:491

Bauern an das Dorf hingewiesen. Auch die Servitutenrechte standen der Individualisierung der Feldbesitze entgegen, da sie hätten miteinbezogen werden müssen. Da dieselbe Frage wieder im polnischen Teil Polesiens in der Zwischenkriegszeit auftauchte, sei auf die Erörterung unten in Kapitel 8.1. verwiesen.

### 3.1.2. Die Agrarstruktur

Um beurteilen zu können, welche Wirtschafts- und Sozialstruktur im Agrarbereich sich aufgrund dieser Agrarverfassung im Spätzarismus herausbildete, sollen zunächst die demographischen Entwicklungen untersucht werden.

Die Bevölkerungsdichte in Polesien war sehr gering. Im Januar 1897 betrug sie in den 6 polesischen uezden: 38,0 Einwohner pro Verstý (Pruzany), 39,9 (Kobryn), 50,9 (Brest), 22,3 (Pinsk), 12,8 (Mazyr) und 20,0 (Recyca).<sup>20</sup>

Im 19. Jahrhundert gab es - wie vielerorts in Europa - auch in Polesien eine in vormoderner Zeit nicht gekannte Bevölkerungsexplosion. So erhöhte sich in den beiden ostpolesischen uezden (Mazyr und R,cyca) die Einwohnerzahl zwischen 1870 und 1897 von 199.628 auf 402.932 um 102% und in den 4 westpolesischen uezden von 462.171 auf 772.695 um 67%,<sup>21</sup> jährlich also um 2-3%. Wenn hier nicht eine Einwanderung - als "innere Kolonisierung" - vorlag, über die aus der Fachliteratur keine Berichte zu entnehmen sind, kann es sich nur um ein natürliches Bevölkerungswachstum (d.h. mehr Geburten als Tode) gehandelt haben. Man erkannte schon früh, daß dieser Bevölkerungsanstieg problematisch werden würde. Sowohl für die Politiker und die "Öffentlichkeit" des Russischen Reiches, als auch später Polens und der BSSR stellte insbesondere die "landwirtschaftliche Überbevölkerung" ein großes Problem dar. Bei der Verwendung dieses Begriffes wird davon ausgegangen, daß zur Bestellung der besäten Flächen eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften und ihrer nichtarbeitsfähigen Angehörigen nötig ist. In einem Statistikband von 1892 wird z.B. von 0,4286 nötigen Arbeitenden pro Desjatine besäter Fläche ausgegangen<sup>22</sup>, sonstige wirklich lebende Menschen sind danach in der Landwirtschaft überflüssig. Aber dieser "systemübergreifende" modernistische Gedanke wurde von der betroffenen ländlichen Bevölkerung nicht geteilt. Diese dachte weniger darüber nach, wieviele Menschen nötig sind, um den Boden zu bestellen, sondern wieviele zu ernähren möglich ist. Und dieser Wert liegt weit über 0,4 Menschen/Ds. Selbst, wenn man von einem Saat-Bruttoernte-Verhältnis von 1:3, von der Besäung von zwei Dritteln der Felder und einem ha bzw. Ds.-Ertrag von 6 dt ausgeht, ist es möglich, einen Menschen aus 1 ha absoluter landwirtschaftlicher Nutzfläche (6 dt \* 2/3 Saatfläche \* 2/3 Nettoernte = 266 kg Getreide/ha) oder entsprechend weniger Saatfläche zu ernähren.

<sup>20</sup>Pervaja perepis' 1904:jeweils S.1 <sup>21</sup>vgl. Tabelle #47 im Anhang <sup>22</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma 1983:122, #67

Für die Landbevölkerung ist also der kritische Punkt, von dem an die Bevölkerungszahl pro landwirtschaftlicher Nutzfläche Sorgen bereitet, erst ab einer höheren Bevölkerungszahl erreicht.

Demnach war in Ostpolesien, vor allem aber in Westpolesien ein ganz beträchtlicher Teil der Bauern überzählig.<sup>23</sup>

In Polesien, wo ein beträchtlicher Teil der bäuerlichen Wirtschaft die Ernährung durch Viehhaltung und Fischfang sicherstellte, sind solche Berechnungen besonders absurd. Sie zeigen aber gut die staatliche und gutsherrliche Perspektive, aus der heraus bestimmte Maßnahmen zur Aussiedlung wie auch zu Intensivierung (Fruchtwechselwirtschaft) und zur Vergrößerung der Anbaufläche (Melioration) propagiert und durchgeführt wurden. Daß Polesien trotz der geringen Bevölkerungsdichte (1870: Ostpolesien 7 Einwohner/Verstý, Westpolesien 20,1 Einw./Vý) unter "Überbevölkerung" litt, lag daran, daß nur ein geringer Teil der Fläche landwirtschaftlich genutzt werden konnte.

Man versuchte daher, Teile der Bevölkerung seit den 1880er Jahren nach Sibirien auszusiedeln. In den Gouvernements Minsk und Horadnja wurden Bauern in nennenswertem Maß jedoch erst ab 1896 ausgesiedelt (822 bzw. 1938 Menschen), 1901 waren es 2255 bzw. 943 Menschen<sup>24</sup>. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung blieb dies aber unbedeutend, es waren in 16 Jahren nur unter 1% der Gesamtbevölkerung ausgesiedelt worden. Nach 1905 stieg die Zahl der Aussiedler rapide an. 1896-1915 sollen in den Gouvernements Minsk, Vicebsk, MahileŹ und Smolensk 642.000 Menschen ausgewandert sein, rund 10% der Bevölkerung.<sup>25</sup> Aus dem polesischen Uezd Mazyr wanderten z.B. allein 1905 13.000 Menschen aus<sup>26</sup>, vor allem die landlosen und landarmen Bauern.<sup>27</sup>

Das Problem, das durch die Bevölkerungsexplosion entstand, verstärkte sich noch durch die soziale Immobilität der Bauern und durch die Realerbteilung, die hier traditionell herrschte.

Einen Hinderungsgrund für die ausreichende Versorgung der polesischen Bevölkerung mit Land stellte aber auch die Grundbesitzstruktur dar.

<sup>23</sup>Tabelle #52 zum Vergleich im Anhang <sup>24</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma, S.103  
<sup>25</sup>Kaleko 1929:496; vgl. Sjamejnych 1982:56 <sup>26</sup>French 1959:177f; vgl. Tab # 53 im Anhang; siehe auch Rakov 1969:84 <sup>27</sup>Sjamejnych 1982:58







Das Nadelland umfaßte 1877 im Gouvernement Minsk bei den ehemaligen Gutsbauern (Staatsbauern) 16,8 (19,5) Ds. pro Hof oder 5,1 (6,6) Ds. pro Kopf; rein rechnerisch eine beträchtliche Menge<sup>35</sup>, allerdings handelte es sich ja in Polesien bei einem bedeutenden Teil um Weide- und Waldgebiete, wie z.B. im uezd Kobryn, wo die ehemaligen Gutsbauern (Staatsbauern) 13 (20) Ds. erhielten.<sup>36</sup> Allerdings verkleinerten sich die Anteile mit dem Bevölkerungswachstum, so daß 1905 im Gouvernement Minsk die ehemaligen Gutsbauern (Staatsbauern) nurmehr 8,9 (10,5) Ds. nutzen konnten<sup>37</sup>. Zudem gab es 1905 eine signifikante Differenzierung bei den Besitzgrößen.<sup>38</sup>

Der restliche Boden, also der Staats-, Kirchen- und Kronbesitz, war größtenteils in staatlicher Hand, etwa im Gouvernement Minsk im Jahre 1877 zu 91,6%<sup>39</sup>; im Jahre 1905 betrug der Anteil nur noch rund 66%.<sup>40</sup>

Es war nötig, etwas ausführlicher auf die Besitzverhältnisse einzugehen, da so besser die verschiedenen Komplikationen in ihrer Spezifik verständlich werden können, die bei der Auflösung der standesgeprägten Agrarverfassung nach 1917/1920 auftreten konnten.

#### Siedlungsformen und Flurstruktur

Es bildeten sich keine bestimmten Dorfformen heraus, verhältnismäßig häufig waren aber die Straßendörfer<sup>41</sup>. Durch die Hufenverfassung hatten sich langgezogene Dörfer mit einzeln stehenden Höfen herausgebildet.

Die Äcker wurden voneinander abgegrenzt. Durch den Erbteilungsprozeß entstanden schmale und längliche bäuerliche Zwergparzellen. Viehweiden und Fischteiche hingegen waren teilweise Gemeindebesitz (Allmende), teilweise grundherrlicher Besitz, der legal oder illegal genutzt wurde. Dieser gemeindliche Besitz hatte Auswirkungen auf die konkrete Arbeitsorganisation.

Und auch "die Sitte der Realerbteilung wurde mit den gemeindlichen Interessen der ganzen Bevölkerung in Einklang gebracht. Die Gemeinde [obscestvo] kontrollierte die Allmende [mirskie zemli], also den bäuerlichen Anteil an Weiden, Wäldern, Wiesen, Fischteichen usw."<sup>42</sup>

#### Dorfversammlung, Dorfverwaltung

Auch ohne obscina gab es in Polesien die Einrichtung der Dorfversammlung [obscej schod]. Durch das Dekret vom 19.2.1861 wurden die sonn- und feiertäg

<sup>35</sup>Kaleko 1929:470 <sup>36</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma 1983:#112, S.188

<sup>37</sup>Statistika zemlevladienija 1907:91 <sup>38</sup>Zu den Besitzverhältnissen am Anteiland siehe Tabelle #55A im Anhang <sup>39</sup>Kaleko 1929:471 <sup>40</sup>Statistika zemlevladienija;

vgl. Tabelle #55 im Anhang <sup>41</sup>Curschmann 1918:279 <sup>42</sup>Obscestvennyj 1987:16

lichen dörflichen Versammlungen zu einer Verwaltungsangelegenheit; die Dorfversammlung erhielt dadurch den Doppelcharakter einerseits einer Einrichtung als unterste Stufe der öffentlichen Hand, andererseits eines unmittelbaren Interessenvertretungsorgans der Dorfbewohner.

Der "vernünftigen" Idee, sowieso schon bestehende Zusammenkünfte zu legalisieren und zu institutionalisieren, stand kontrastiv die Praxis gegenüber: gegen den Willen der Grundherren und der Polizei lief nichts. Und der Schriftführer haute die oft analphabetischen Versammelten ab und an übers Ohr.<sup>43</sup> Stimmberechtigt waren im obcsij schod nur Männer, und zwar zwei Jahre nach Zuzug oder Eheschließung, oder auch, sobald aus der Ehe Kinder hervorgegangen waren.<sup>44</sup>

#### Die Einbindung in die Geldwirtschaft

Die bisher beschriebene Agrarverfassung und Agrarstruktur haben in Polesien eine Familienwirtschaft in Form der Subsistenzwirtschaft begünstigt: Die Bauernfamilien hatten genug oder zuwenig, aber nicht zuviel Boden, die ständisch geprägte Agrarverfassung und die soziale Immobilität wirkten stabilisierend. Die Familien legten das "cajanovsche" Verhalten an den Tag. Dazu gehörte, daß die Familien nur dann für den Markt produzierten, wenn Geldeinkünfte zum Kauf von Konsumgut oder zur Begleichung von Steuern nötig waren.<sup>45</sup> Dadurch war die Einbindung der Bauern in die Geldwirtschaft gering. Nur zu einem kleinen Teil wurde für den Markt produziert. Das Ausleihen von Geräten, der Austausch von Produkten und Dienstleistungen vollzog sich ohne Geldgebrauch.

#### Die materielle Lage der Bevölkerung

Bei der Betrachtung der Grundbesitzstruktur blieb die nicht zu unterschätzende Gruppe der landlosen Bauern (Batraken) und Landarbeiter<sup>46</sup> unberücksichtigt. Viele Familien besaßen nach der Aufhebung der Leibeigenschaft keinen Boden, sondern allenfalls eine Kuh. 15-20% der Familien galten als landlos oder landarm<sup>47</sup>. Da in den polesischen Sümpfen auch ein flächenmäßig mittlerer Besitz nicht ausreicht und die Bevölkerung ständig wuchs, bildete sich eine Masse landhungriger und arbeitssuchender Familien heraus, die keinen Boden hinzupachten konnten und sich bei den Gutsherren verdingen mußten. Auch ohne Leibeigenschaft waren die Bauern aufgrund ihrer materiellen Lage vom Gutsherren abhängig. Da das saisonale Arbeiten außerhalb der Heimat [otchodni-cestvo] in Weißrußland wenig entwickelt war<sup>48</sup>, die Industrialisierung wenig

<sup>43</sup>Obscestvennyj 1987:31    <sup>44</sup>Obscestvennyj 1987:30    <sup>45</sup>Kolberg 1968:73

<sup>46</sup>über den Unterschied siehe Glossar im Anhang

<sup>47</sup>Kaleko 1929:487        <sup>48</sup>Sabunja 1961:439

voran gekommen war<sup>49</sup> und die Stetl schon überbevölkert waren, konnten die Gutsherren das Angebot an Arbeitskräften weidlich ausnutzen und niedrige Löhne zahlen<sup>50</sup>. Die Magnaten errichteten eigene Brennereien, Molkereien und Käsereien<sup>51</sup>. In diesem Milieu entwickelte sich ein Teil der Gutshöfe kapitalistisch, es wurde die verbesserte Dreifelderwirtschaft eingeführt, also Klee, Lupinen, Kartoffeln und Flachs angebaut<sup>52</sup> und moderne Geräte angeschafft; der Warenanteil der Produktion erhöhte sich. Diese organisierten und spezialisierten Wirtschaften waren es, die Lenin und später den Strategen der LitBelSSR allzu sehr gefielen. Daneben gab es aber Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Gutswirtschaft betrieben und nur von Verpachtung lebten.<sup>53</sup>

Aus bäuerlicher Sicht stellten die Gutshöfe keine Errungenschaft dar. Die geringe Bezahlung auf den Gutshöfen erfolgte für manche Landarbeiter, Batraken und Bednjaken gänzlich in Naturalien<sup>54</sup>; die Bauern wurden besonders in der Zeit, in der die Steuern fällig waren, zur Arbeit herangezogen, da sie dann bereit waren, sich billiger zu verkaufen.<sup>55</sup>

Eine andere Möglichkeit, die materielle Lage zu verbessern, war das Hinzupachten von Boden, was mehr Risikobereitschaft erforderte. Als Pacht mußte meist ein hoher prozentualer Teil des Bruttoertrages in Naturalien bezahlt werden, in der Regel ein Drittel. 1892 wurden von den Bauern je 100 Ds. Nadelland noch hinzugepachtet:

uezd	Mazyr	7,2	Brest	6,8
	Pinsk	5,1	Pruzany	6,6
	R,cyca	7,8	Kobryn	12,956

### 3.2. Die bäuerliche Produktion in Polesien

#### 3.2.1. Melioration als Maßnahme zur Erhöhung der Anbaufläche

Im Jahre 1875 organisierte man unter der Leitung von General Zylinski eine Meliorationsexpedition. Diese baute "in den Jahren 1875 bis 1900 ungefähr 4500 km Entwässerungskanäle"<sup>57</sup> und schuf so die gewaltige Menge von ca. 1.000.000 ha<sup>58</sup> nutzbaren Landes, hauptsächlich handelte es sich um Wiesen und nutzbaren Wald<sup>59</sup>.

<sup>49</sup>Sabunja 1961:438 <sup>50</sup>Sabunja 1961:437 <sup>51</sup>Sabunja 1961:443f <sup>52</sup>Sabunja 1961:442 <sup>53</sup>Sabunja 1961:436m <sup>54</sup>Sabunja 1961: 439 <sup>55</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma #112, S.188 <sup>56</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma #71, S.125f <sup>57</sup>Pruchnik 1932:300

<sup>58</sup>Die Menge trockengelegten Landes, die durch den Bau der Entwässerungskanäle geschaffen worden sei, wurde stark überschätzt: z.B. ist von 2.576.000 ha die Rede [Rebhann in Geographische Zeitschrift 6(1900) S.222f, hier S.223]

<sup>59</sup>French 1959:175r

Die von der russischen Verwaltung organisierte Expedition mit dem Polen Zylinski an der Spitze verbesserte hauptsächlich die Lage Ostpolesiens, da sie am Unterlauf der Prypjac' begann.<sup>60</sup>

Die Instandhaltung der Kanäle wurde aber vernachlässigt oder überhaupt nicht betrieben. Ostpolesien wies daher auch in der Zwischenkriegszeit keine besseren Entwicklungsmöglichkeiten als Westpolesien auf; denn mangels Wartung und durch die kriegerischen Auseinandersetzungen "sind die Kanäle jetzt so verschlammmt und verschüttet, daß sie fast gar keine Rolle spielen".<sup>61</sup>

Jäger meinte 1919 über die Sümpfe Polesiens: "Ihrer Austrocknung steht jedoch nichts im Wege, da das Land 100 bis 150 m über dem Meeresspiegel liegt."<sup>62</sup> Gleichwohl ist die Lage über dem Meeresspiegel noch das Wenigste, was bei einer Trockenlegung zu berücksichtigen ist. Wir werden unten vergleichen, welcher Staat beim Versuch, die Sümpfe trockenulegen, mehr erreichte.

### 3.2.2. Anteile einzelner Bodennutzungsarten

Polesien unterschied sich durch die oben beschriebenen natürlichen Bedingungen auch in der Wirtschaftsweise von anderen Gebieten Weißrußlands, von Polen und Rußland. Da die natürlichen Wald- und Weidegebiete, - die z.T. durch die jährlichen Überschwemmungen im Frühjahr nicht ohne besondere, sehr schwierig durchzuführende Maßnahmen zu Ackerland hätten umgebaut werden können, eine brauchbare natürliche Futterbasis darstellten, wurde die Viehhaltung gegenüber dem Ackerbau begünstigt. Angesichts der zudem vorhandenen Möglichkeiten der Fisch- und Waldwirtschaft ergab sich eine andere ökologische Balance der polesischen Landwirtschaft als in Ackerbaugebieten.

Anderswo war der Übergang zur intensiveren Bodennutzungsform des Ackerbaus nicht ohne gesellschaftlichen Druck erfolgt - sie wurde aufgrund einer steigenden Bevölkerungszahl und auch im Interesse des Staates und der Oberschicht in vormoderner Zeit eingeführt und mit der klassischen Dreifelderwirtschaft mit Flurzwang vollendet.

In Polesien jedoch hatten sich uralte extensive Wirtschaftsformen bis zur letzten Jahrhundertwende erhalten, weil eine Intensivierung nicht einfach zu bewerkstelligen gewesen wäre. Während also anderswo die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zur Intensivierung der Wirtschaft zwangen, gab es in Polesien einen Zwang zur extensiven Wirtschaftsweise, die im Einzelnen folgende Aspekte aufwies: - Da wenig Ackerbau betrieben wurde, wurden immer noch Ochsen als ausreichende Zugkraft angesehen.

60Bienkiewicz 1927:39; Pruchnik 1932:300; Bürgener 1939:70 61Pruchnik 1932:300 62Jäger 1919:15

- Da viele Heuschläge vorhanden waren, war Heu das Hauptfutter. Stroh wurde weniger verfüttert. Der Anbau von Futterpflanzen, z.B. als Grünbrache oder im Rahmen der Fruchtwechselwirtschaft, war nicht nötig.
- Da die meisten Weideflächen sowieso nicht in Ackerflächen hätten umgewandelt werden können, gab es nicht den Drang, Weideflächen zugunsten von Ackerflächen "einzusparen" und daher das Vieh einzustallen.
- Da genug Wald vorhanden war, konnte die Urwechselwirtschaft (auch mit Brandrodung) und die Feldgraswirtschaft aufrechterhalten werden.<sup>63</sup>
- Der Anteil des Wintergetreides (fast ausschließlich Roggen) war anteilmäßig überdurchschnittlich hoch.
- Wegen der Frühjahrsüberschwemmungen wurden schnellreifende Sommergetreide (Buchweizen, Gerste, Hirse) angebaut, deren Nettoertrag gering war.

Aufgrund dieser Gegebenheiten war Polesien ein Getreidezufuhrgebiet. Auch durch die Meliorationsarbeiten wurden ja Wiesen und Weiden geschaffen. "In [...] Polesien haben die Leute sehr wenige Äcker, sondern meist Moore und Weiden"<sup>64</sup>.

### 3.2.3. Der Landbau

Die in Polesien im Spätzarismus verwendeten Ackergeräte sind außerordentlich gut untersucht. Es wurden schon seit Jahrhunderten bekannte Geräte verwendet. Um den Boden für die Saat vorzubereiten, wurde weiterhin die zweizinkige socha (ein Hakenpflug) verwandt, die auf leichten Böden besser als der Pflug zur Bodenbearbeitung geeignet ist. Sie war insofern gegenüber den mittelalterlichen Modellen verfeinert worden, als sie die Erde nur zu einer Seite hin auswarf (unsymmetrische socha)<sup>66</sup>.

Der Pflug verbreitete sich nur allmählich; er war zwar 1896 in den Gouvernements Minsk in 21% und Horadnja in 25% der Orte "weit verbreitet"<sup>67</sup>, wahrscheinlich aber nicht in den polesischen uezden dieser Gouvernements. Vor allem die Gutshöfe besaßen Pflüge, die Bauern erst ab 1905.<sup>68</sup>

Bei den Eggen ging man von geflochtenen Reisigeggen zu Balkeneggen über; es fanden sich an ihnen gelegentlich schon Eisenzinken.<sup>69</sup>

Wie überall im Russischen Reich wurde die Sense nur zur Heumahd, zur

<sup>63</sup>Zu den Begriffen siehe Glossar im Anhang <sup>64</sup>Kolberg 1968:70; über die einzelnen Anteile siehe obige Tabelle über 1892; vgl. auch die Tabellen für 1860 in French 174 <sup>66</sup>Molcanova 1968:10 <sup>67</sup>Belorussija v ,pochu kapitalizma #76, S.134 <sup>68</sup>Molcanova 1968:23 <sup>69</sup>Serzputovskij 1910:52; Molcanova 1968:31,33

Getreideernte aber, auf daß kein Korn verloren gehe, die Sichel verwandt.<sup>70</sup> Das Sprichwort "Für einen Poleschuken ist sogar eine Sichel ein Wunder"<sup>71</sup> ist also eine ungültige Übertreibung.

Als Zugkraft war, wie schon kurz erwähnt, ein Gespann mit zwei Ochsen vorherrschend. Die ärmsten Bauern nutzten sogar Kuh und Ochse, und zwar zusammen in einem Geschirr.<sup>72</sup> Besaß ein Hof "nur ein Tier, dann war es fast immer ein Ochse".<sup>73</sup>

Im damals zu Litauen gehörenden Weißrußland existierte seit 1557 offiziell bei neugeschaffenen Siedlungen eine Fruchtfolge, in der drei Felder markiert waren<sup>74</sup>, aber in Polesien hatte sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine klassische Dreifelderwirtschaft mit der Fruchtfolge Wintergetreide, Sommergetreide, Brache nicht durchgesetzt;<sup>75</sup> hier wurde weiterhin "prostopolje" (Urwechselwirtschaft) betrieben.<sup>76</sup>

Ob hier eine bestimmte Fruchtfolge vorherrschte, und wenn ja, welche, ist schwer zu bestimmen. French spricht davon, daß "manchmal nur Zweifelderwirtschaft" geherrscht habe.<sup>77</sup> Wir sahen aber oben, daß die in Polesien herrschende extensive Wirtschaftsweise nicht den Übergang zu modernen Fruchtfolgeformen erzwang. Tatsächlich wurden viele Ackerfelder in langjähriger Ackerbrache [pereloz'] gehalten.<sup>78</sup>

Die Saatfläche war (1890) im Verhältnis zur Gesamtfläche mit nur 8,7% in Ostpolesien auch nach der Durchführung der Meliorationsarbeiten geringer als in Westpolesien mit 15,9%; dies braucht angesichts der geringeren Bevölkerungsdichte nicht zu verwundern. Pro Kopf (unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen von 1897) war die Saatfläche in Ostpolesien mit 0,56 Ds. pro Seele (= 1,78 Seelen pro Ds.) etwas höher als in Westpolesien (0,45 Ds./Seele).<sup>79</sup>

Das Getreide wurde nicht in Scheunen, sondern in kleinen Schobern,<sup>80</sup> teilweise auf Pfählen gelagert. Dort standen sie, bis sie genutzt wurden; verkaufen wurde "als Sünde bezeichnet".<sup>81</sup> Gedroschen wurde wie eh und je auf der Tenne, geworfelt wurde mit Handwurfeln<sup>82</sup>. Die Bauern mahlten ihr Mehl in Handmühlen

<sup>70</sup>Serzputovskij 1910:57f <sup>71</sup>Prykazki i prymałki 1976:508; zitiert aus: Federowski, M.: Lud bialoruski na Rusi Litowskiej Warszawa 1935

<sup>72</sup>French 1959:173 <sup>73</sup>Ulascik 1965:197 <sup>74</sup>French 1983:72 <sup>75</sup>Molcanova 1968:11 <sup>76</sup>Moszynski 1928:55 <sup>77</sup>French 1959:176; vgl. Molcanova 1968:11

<sup>78</sup>Molcanova 1968:11 <sup>79</sup>Berechnet nach Belorussija v ,pochu kapitalizma; Pervaja perepis' 1904 <sup>80</sup>Kolberg 1968:71 <sup>81</sup>Kolberg 1968:71

<sup>82</sup>Moltschanowa 1972:237

<sup>83</sup>Molcanova 1968:45f



Tabelle 9

Zahl der Nutztiere in Polesien in den Jahren 1870 und 1897/1900 auf 100 Einwohner  
«»

Quellendaten zu 1870 siehe Tabelle #56 im Anhang;  
zu 1900 siehe Belor. v ,pochu kapitalizma #90, S.150f

	1870	Ostpolesien	Westpolesien
Pferde	17	15	
Rinder	37	47	
Schafe	46	48	
Ziegen	6	2	
Schweine	33	26	
Tiersumme	138	138	

-----  
1897 (Einwohner) 1900 (Nutztiere)

Pferde	16	11	
Rinder	62	48	
Schafe, Hammel & Ziegen	38	37	
Schweine	33	20	
Tiersumme	149	116	

«»¼

Die Versorgung pro Kopf der Bevölkerung war also zwischen 1870 und 1900 ungefähr gleich geblieben, obwohl die Einwohnerzahl so rapide gestiegen war.<sup>89</sup> Das meiste Vieh gehörte nicht den Großgrundbesitzern, sondern der Bauernschaft.<sup>90</sup> Dies galt für alle Tierarten. Zahlen über die Gesamtentwicklung des Viehstands sind daher für die bäuerliche Wirtschaft einigermaßen aussagekräftig.

Das Heu als Futterbasis des Viehs war zwar reichlich vorhanden, und obwohl die Heuschlagflächen sogar zunahmen,<sup>91</sup> wurde es durch die noch schneller steigende Bevölkerungszahl knapp. Die Bauern ernteten das Heu zuweilen im Sumpfwasser stehend. Für sie war das Futterproblem besonders bedrückend. Es gab immer wieder Streit um Weideplätze. Ein Beispiel: 1874 ließen die Bauern des uezd Kobryn ihnen nicht gehörende Flächen abweiden. Daraufhin wurden 166 Landwirte gemeinsam zu einer Geldstrafe von 1643 Rubel 20 Kopeken verurteilt. Nach einer demonstrativen Zahlungsverweigerung wurden erst Polizisten, dann Soldaten geschickt.<sup>92</sup>

Der Zweck der Vieh-, besonders der Rinderhaltung war in Polesien ein spezifischer: als sehr wichtig wurde die Dungproduktion der Tiere angesehen.<sup>93</sup> Bauern gaben in Polesien sogar ihre Weiden den Nachbarn in der Gemeinde zum Abgrasenlassen frei, und zwar nicht aufgrund moralischer oder halbinstitutioneller Verpflichtungen, sondern nur, um Mist zu erhalten<sup>94</sup>, während die Fleischleistung im Hintergrund stand.<sup>95</sup> Die Kuh sorgte für Milch,

89 Ausführliche Tabelle #56 in Anhang; Vgl. French 1959:176f 90 Belorussija v ,pochu kapitalizma #82, S.150; siehe Tabelle 56A im Anhang 91 French 1959:176f  
92 Belorussija v ,pochu kapitalizma 1983:#127, S.207-210 93 Molcanova 1968:53  
94 Obscestvennyj 1987:17 95 Molcanova 1968:53



Schafe für Schafspelze. Vieh wurde auch verkauft.<sup>96</sup> So wurde das Vieh Dutzende von Kilometern weit auf Weiden und in Wälder getrieben.<sup>97</sup>

### 3.2.5. Die bäuerlichen Nebengewerbe

Ackerbau und Viehzucht zählen zu den anerkannten landwirtschaftlichen Tätigkeiten, Wald- und Fischwirtschaft sowie die Hausindustrie jedoch zu den Nebengewerben.<sup>98</sup> Dies hatte für Polesien keine Berechtigung: "In many villages, fishing rather than agriculture was the main form of livelihood, especially in the neighborhood of Lake Chervonoe"<sup>99</sup>. Der hohe Eiweißgehalt der Fischnahrung sorgte für eine ausgewogenere Diät.

Die Waldbestände in Weißrußland waren beträchtlich, obwohl hier "gewissenloseste Geschäftemacherei und systematische Raubwirtschaft"<sup>100</sup> betrieben wurden, wobei "nur ein ganz geringer Bruchteil des Holzes der einheimischen Industrie zugute kam",<sup>101</sup> unbearbeitet wurden die Flöße ins Ausland überführt. Nach Kolberg begann der Aufschwung beim Verkauf von Holz, nachdem in Polesien die Eisenbahn fertiggestellt worden war.<sup>102</sup> Aber auch die Flößerei hatte Hochkonjunktur; sie war für die Poleschuken ein ideales Gewerbe, da es ohne großen organisatorischen Aufwand durchgeführt werden konnte. Sogar Städter kauften Grundstücke aus dem einzigen Grunde, weil sie ein Holzschlagreservoir besitzen wollten. Beim Abholzen blieben forstwirtschaftliche Gesichtspunkte unberücksichtigt, was schon den Zeitgenossen auffiel: man verfare nach dem Grundsatz: "Nie bylo nas, bylo las; nie bedzie nas, bedzie las."<sup>102a</sup>

Auch Wildfrüchte bereicherten den bäuerlichen Speiseplan; 1913 wurden auf den größeren Eisenbahnstationen der späteren BSSR rund 330.000 kg getrocknete Pilze abgefertigt.<sup>103</sup>

### Die Dorfindustrie

Die Zahl der im Handwerk Beschäftigten schnellte in Weißrußland in der Zeit von 1900 bis 1917 in die Höhe<sup>104</sup>; eine Industrie entwickelte sich in Weißrußland und erst Recht in Polesien aber kaum, wenn auch relativ schneller als das Handwerk<sup>105</sup>.

<sup>96</sup>Molcanova 1968:53 <sup>97</sup>ebd. <sup>98</sup>Zudem läßt sich Hausarbeit von Hausindustrie schwer trennen; nur die Städter halten Waschen und Speisezubereiten für alltäglich, Schuhfertigen dagegen für etwas Besonderes <sup>99</sup>French 1959:174r <sup>100</sup>Jäger 1919:61 <sup>101</sup>Jäger 1919:62 <sup>102</sup>Kolberg 1968:72 <sup>102a</sup>Etwa: "Vor uns gab es Wald, nach uns wird es auch Wald geben"; Kolberg 1968:73 <sup>103</sup>Perspektivnyj Plan 1927:809 <sup>104</sup>Titov 1976:14 <sup>105</sup>Titov 1976:15

Die ärmeren Bauernschichten, die ins Handwerk wechselten, wurden zumeist keine selbständigen Handwerker, sondern Arbeiter bei schon eingesessenen anderen Handwerkern. Mit der Entwicklung des Handwerks soll eine Verschlechterung der Qualität der Produkte einhergegangen sein.<sup>106</sup>

Auf dem Lande blieb das Kleingewerbe von dieser Entwicklung unberührt. Das Dorfgewerbe [promysel]<sup>107</sup> war fast synonym für Nebenbeschäftigung der weißrussischen Landbevölkerung. Zwar wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum Hausbau schon Meister bestellt, ansonsten blieb alles wie zuvor. Übrigens war die Tätigkeit im Dorfgewerbe, abgesehen von der Weberei, Männerarbeit.<sup>108</sup> In der Gegend um Mazyr hatte sich als besonderer Zweig des Dorfgewerbes das Korbgerbe herausgebildet<sup>109</sup>; im uезд Pruzany war das Böttchergewerbe besonders verbreitet, während man in der Gegend um Sluck auf die Herstellung von Schlitten spezialisiert war.<sup>110</sup>

Zum Verkauf der selbstgefertigten Güter gingen die Bauern nicht nur zum nächsten Markort, sondern zuweilen Hunderte von Kilometern, bis in die waldarme Ukraine. Auch zur Materialbeschaffung ging man weit weg, sei es nun gemeinsam mit dem Meister oder in dessen Auftrag<sup>111</sup>.

So besaß das Dorfgewerbe also noch einen festen Platz in der bäuerlichen Wirtschaft. Bei der Frage nach der Entwicklung des Dorfgewerbes in der BSSR und in Polen muß die Frage so gestellt werden, wie sie für die Entwicklung des Verlagswesens in Mitteleuropa in der frühen Neuzeit gestellt wird: Welche Zweige der bäuerlichen Gesamtwirtschaft wurden den Produzenten in welcher Form und in welchem Maße aus der Hand genommen? Oder vermarkteten sie selber, wurden selber zu Handwerkern oder Handwerksgenossen?

Rohstoffe gibt es in Polesien sehr wenige, die rohstoffverarbeitenden Gewerbe waren nicht als gesonderte Berufszweige entwickelt. Die Sumpferze waren sehr phosphorhaltig und "enthalten kein besonders wertvolles Erz". Zudem gab es "Braunkohle schlechter Qualität".<sup>112</sup>

Auch der Torfabbau war unbedeutend geblieben. "Ihrer Eigenschaft nach stellen die Niedermoore Polesiens einen Wert für die Landwirtschaft dar, weil sie mit Erfolg auf die kultivierten Wiesen, Weiden und Ackerparzellen geführt werden können, und der Torf kann so als Dünger für die Mineralböden dienen".<sup>113</sup>

Diese Nutzbarkeit des Torfes wurde noch gar nicht erkannt.

<sup>106</sup>Titov 1976:15 <sup>107</sup>promysel ist ein Begriff, der mit den entsprechenden Adjektiven "Jagd", "Fischfang" wie auch "Bergbau" heißen kann <sup>108</sup>Titov 1976:18 <sup>109</sup>Titov 1976:19 <sup>110</sup>Titov 1976:20 <sup>111</sup>Titov 1976:20 <sup>112</sup>Kazakov 1953:18 <sup>113</sup>Kazakov 1953:19u

### 3.2.6. Transport als bäuerliche Arbeit

Der Transport war mit altertümlichen Verkehrsmitteln zu bewerkstelligen, die den örtlichen Gegebenheiten angepaßt waren. Die Beschreiber haben stets bewundert, wie Polesier es fertig brachten, Wagen ohne jegliches Eisen selbst zu bauen. Das Quietschen der Räder war schon von weitem zu hören.<sup>114</sup>

Der bäuerliche Transport diente teils zum Transport eigener Güter im "innerbetrieblichen Verkehr" oder zum Transport von Waren zum Markt, teils wurden aber auch gewerbliche Transportaufträge ausgeführt. Auch die Flößerei kann man als auswärtige Saisonarbeit im Transportgewerbe bezeichnen.<sup>115</sup>

### 3.2.7. Arbeitsorganisation, Arbeitsteilung und Gemeinschaftsarbeit

Die obscina-Verfassung ist in der wissenschaftlichen Literatur zu sehr als eine Institution beschrieben worden; weniger wurde beachtet, inwieweit die Familien auch konkret zusammenarbeiteten.

Das podvornyj-Prinzip unterscheidet sich von der obscina-Verfassung durch die Agrarverfassung und das Steuersystem. In der Bedeutung für die konkrete Arbeitsorganisation und -teilung im Dorf hatte diese Unterscheidung jedoch weniger Bedeutung. In beiden Verfassungen wurde der Garten- und Ackerbau, die Hausarbeit und die Hausindustrie familienweise betrieben, während Wiese, Weide, Wald und Wasser zum größten Teil gemeinsam genutzt wurden. Flurzwang gab es hier wie dort.

Die Gefahr, das Konkrete nicht zu beachten, ist bei der Untersuchung der talaka [siehe oben] weniger gegeben. Denn die talaka stellte eine nicht genau institutionalisierte Gemeinschaftsarbeit dar, dieser Brauch wurde nur ad hoc in Bewegung gesetzt. Es handelte sich um "einen alten Volksbrauch kollektiver Hilfe bei wirtschaftlichen Arbeiten [...] Man lud für einen Tag die Verwandten, die Nachbarn zu einer Terminarbeit oder einer mühseligen Tätigkeit ein, welche viele Arbeiter erforderte". Konkret ging es um Tätigkeiten wie "Holz <aus dem Wald> herausführen, Jagd auf dem Felde, eine Hütte aus Balken bauen [zrubic' chatu], Heu sensen, Getreide oder Kartoffeln ernten" und dergleichen. "Man half zuerst den Brandgeschädigten, Witwen, Soldatenfrauen und solchen Bauern, die kein Pferd besaßen. Die talaka begann gewöhnlich bei Tische, es wurden talaka-Lieder gesungen. Bei der talaka zeigen sich Umrisse eines althergebrachten Kollektivismus und Reste eines gemeinschaftlichen Alltags [absynnaha pobytu]"<sup>116</sup>.

Die Hilfsbedürftigen besaßen zwar ein moralisches Recht auf Unterstützung durch

<sup>114</sup>Alles nach Kolberg 1968:71 <sup>115</sup>vgl. Belorussija v ,pochu kapitalizma 1983:#112  
<sup>116</sup>Etnahrafija Belarusa£ 1980:139f

Bildung einer talaka, aber man kann allenfalls sagen, es bestünde ein Gewohnheitsrecht - solch ein Recht wäre vor der zaristischen Landjustiz nicht einklagbar gewesen.

Zwar trat die Solidarität bei der Arbeit in einer polesischen Gemeinde in Extremfällen am deutlichsten zutage, darin ist jedoch nichts ungewöhnliches oder spezifisch polesisches zu sehen. Es gab aber auch regelrechte Gemeinschaftsarbeit. Besonders häufig fand kollektive Arbeit bei der Heumahd und der Ernteeinbringung statt. Wenn nicht die zu mähende Fläche nach Einzelparzellen [po snuram] aufgeteilt wurde, fuhr das ganze Dorf hinaus, mähte das Gras, errichtete Heuhaufen, und erst zeitlich danach wurde alles auf die Familien aufgeteilt - nach Anzahl der Familienangehörigen und nach Arbeitsanteil.<sup>117</sup>

Die Heumahd war derjenige Arbeitsprozeß, bei dem am meisten Leute gleichzeitig auf den Beinen waren. Es handelte sich dabei jedoch wohlgerne nicht um eine Arbeit, die aufgrund der Produktionsweise ein gemeinschaftliches Vorgehen zwingend erforderlich machte.

Ansonsten gab es noch gemeinsame Arbeit als Nachbarschaftshilfe. Es kam auch vor, daß sich zwei Familien oder zwei Höfe ein Pferd und damit eine Anspannung teilten<sup>118</sup>. Selbstverständlich wurde Alten und Kranken geholfen, indem ihr Getreide oder ihre Kartoffeln geerntet oder der Gemüsegarten in Schuß gehalten wurden.

Dies war nichts Besonderes für eine dörfliche Gemeinde.

Gar nicht selten teilten sich auch zwei Familien eine Behausung.<sup>119</sup> Auch in diesem Fall lag Gemeinschaftsarbeit nahe.

\*

Wir haben gesehen, daß allein schon die Bevölkerungsexplosion auf die Bauern pauperisierend wirkte. Unter anderem durch das Beibehalten des Ansiedlungsrajons für die Juden wurde die soziale Mobilität der Bauern verhindert; eine Verschiebung der Prioritäten zwischen den einzelnen Zweigen innerhalb der Produktion war aufgrund der natürlichen Bedingungen nicht möglich.

Allein eine Erhöhung der Warenproduktion hätte - unter bestimmten Bedingungen - den Teufelskreis durchbrechen können, in dem sich die Wirtschaft der ärmeren Bauern befand. Die Strategien der Bauern waren aber aus guten Gründen auf ein weiterhin hohes Maß an Autarkie ausgerichtet; die Lohnarbeit in Wald- und Landwirtschaft bei den Gutsherren war schlecht bezahlt. So waren die Bäuerinnen und Bauern weiterhin universell tätig, sorgten für all ihre Grundbedürfnisse - Nahrung, Kleidung, Wärme - selbst. Auch die "Auflösung"

117Obscestvennyj 1987:28 118Obscestvennyj 1987:26 119Lipinskij 1978:25; Obscestvennyj 1987:127

dieses Teufelskreises schien auf durchaus klassische Weise, nämlich durch eine Bevölkerungsdezimierung mittels eines Krieges, zu erfolgen: Doch brachte der Krieg kein erneuertes Kaiserreich, sondern zwei Republiken.

---

#### 4. DIE EREIGNISSE VON 1917 BIS 1920

Die Abhandlung der Zeit von Besetzung und Bürgerkrieg erfolgt in zwei Teilen. Im ersten werden die politischen und militärischen Ereignisse dargestellt, im zweiten deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Situation auf dem Lande vorwiegend am Beispiel Polesien beleuchtet.

4.1. Die Ereignisse in Weißrußland unter besonderer Berücksichtigung Polesiens  
Nur der östliche Teil Weißrußlands und Polesiens mit Minsk konnte die Februarrevolution mitgestalten<sup>1</sup>, da der westliche Teil einschließlich der Linie Pinsk-Baranowicz-Navahrudak von den Deutschen besetzt war.<sup>2</sup>

Viele ortsansässige Familien waren im Krieg aus Sicherheitsgründen aus Weißrußland nach Zentralrußland evakuiert worden.<sup>3</sup> Dagegen waren 1.500.000 Soldaten nach Weißrußland an die Front geschickt worden, die dann die Hauptaktiven bei der Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten in den Städten im März 1917 wurden.<sup>4</sup>

Wie in anderen minderheitlich von Russen bewohnten Regionen des Russischen Reiches etablierte sich nach der Februarrevolution auch in Weißrußland die Nationalbewegung, organisatorisch getragen von den regionalen Abteilungen der reichsweit organisierten Parteien (Men'seviki, Sozialrevolutionäre, Bol'seviki), vor allem aber von der BSH und dem jüdischen Bund. Am 25.-27.3.1917 tagte erstmals ein Weißrussisches Nationalkomitee [Belaruski Nacyjanal'ny Kamit,t]; im Juli wurde ähnlich wie in der Ukraine eine Zentralrada [Belaruskaja C,ntral'naja Rada] gegründet.<sup>5</sup>

Die BSH wurde die einflußreichste Kraft in der weißrussischen nationalen Bewegung.<sup>6</sup>

In Homel' wurde schon am 3. und 4.3.1917 von 25.000 Menschen ein 200-köpfiger Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, in dem hauptsächlich Men'seviki, Sozialrevolutionäre und Bundisten saßen<sup>7</sup>. Bis Ende März gab es Räte auch in Recyca, Zlobin, Rohace£, Mazyr und Dobrus<sup>8</sup>. Örtliche Bauern- und Landarbeiterkomitees sowie ein uezd-Bauern-Komitee bildeten sich erst im April bis Mai.<sup>9</sup> Auf der 1. Sitzung des Bauernsowjets im uezd Mazyr beschloß man die

<sup>1</sup>zum Verhalten der Weißrussen in der Zeit des 1. Weltkrieges vgl. Engelhardt 1943:92-100 <sup>2</sup>Atlas historyczny swiata 1986:132; Kriegsstandkarte nø1; Atlas BSSR 1958:138; Historyja BSSR III 1973:Karte zwischen S.80/81 <sup>3</sup>Sukiennicki 1965:85 <sup>4</sup>Sukiennicki 1965:86 <sup>5</sup>Kipel 1988:363 <sup>6</sup>Auszüge aus ihrem Programm sind abgedruckt in Engelhardt 1943: Anl. IV, S.229-231 <sup>7</sup>Direnok 1976:9 <sup>8</sup>Direnok 1976:10 <sup>9</sup>ebd.

Unterstützung der Provisorischen Regierung und forderte eine Landaufteilung ohne Entschädigung<sup>10</sup>. Im uezd Recyca fand die 1. Sitzung des Bauernrates Ende Mai statt<sup>11</sup>.

Wie sonstwo auf dem Terrain des Russischen Reiches nutzten auch die ostpolesischen Bauern die Schwäche der staatlichen Macht und beließen es nicht nur bei Resolutionen: In Morocy teilten sie am 18.5.17 Kirchenland auf<sup>12</sup>, in der Volost' Mikulic (uezd R,cyca) verjagten sie Anfang Juni alle alten Amtsträger, so daß der Landgutbesitzer Rudakov das Militär um Hilfe bat: es möge die "Republik Mikulic" liquidieren<sup>13</sup>. Es ist schwer, die Bauernbewegung des Jahres 1917 in Polesien zu beurteilen; es scheint aber, als wäre sie etwas schwächer als in anderen Gebieten entwickelt gewesen.

Auch die Oktoberrevolution wirkte sich schnell auf die Situation im östlichen Polesien aus. Bei den Neuwahlen des Arbeiter- und Soldatenrates von Homel' in der ersten Novemberhälfte wurde dieser mehrheitlich bol'sevistisch: er setzte sich aus 109 Bol'seviki, 65 Vereinigten [Obedinennye], 26 linken Sozialrevolutionären und 98 Parteilosen zusammen, wobei letztere meist für die Bol'seviki stimmten; im IspolKom hatten die Bol'seviki nunmehr 4 von 7 Sitzen<sup>14</sup>. In Recyca hatten die Bol'seviki sogar schon im August nach Neuwahlen den Vorsitzenden, den Sekretär und den Zeitungsherausgeber stellen können<sup>15</sup> und hatten schon vor der Oktoberrevolution die Ratsmehrheit inne; eine Neuwahl am 29.10.1917 verlief daher für die Leninisten problemlos<sup>16</sup>. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Mazyr blieb dagegen noch in der Mehrheit der sogenannten versöhnlerischen Kräfte<sup>17</sup>. Die noch getrennt arbeitenden Bauernsowjets stimmten zwar für die Sowjetherrschaft, aber gegen die führende Rolle der Bol'seviki.<sup>18</sup>

Bei den Wahlen zur Konstituante im Oktober und November 1917 errangen die Bol'seviki, obwohl sie in Ostpolesien immerhin über einige Zellen in Stadt und Land verfügten, nur bei den Soldaten der Garnisonen in Homel' (64,2%) und Mazyr (70%) die Mehrheit; in der Stadt Homel' errangen sie einen Achtungserfolg von 29,6%<sup>19</sup>. In der ersten Hälfte des Jahres 1918 hatten auch nach dem Ausschluß der Men'seviki und rechten Sozialrevolutionäre die linken Sozialrevolutionäre 44% der Sowjetsitze auf uezd-Ebene inne, die Bol'seviki nur 37,8%; auf Gouvernementebebene waren die Sowjets aber schon zu 70% bol'sevistisch.<sup>20</sup>

<sup>10</sup>Izvestija Mozyrskogo Soveta 4.5.1917 laut Direnok 1976:26 <sup>11</sup>Direnok 1976:279  
<sup>12</sup>ebd. 1976:26 <sup>13</sup>ebd. 1976:28 <sup>14</sup>ebd. 1976:60 <sup>15</sup>ebd. 1976:36 <sup>16</sup>ebd.  
1976:60 <sup>17</sup>ebd. 1976:67 <sup>18</sup>ebd. 1976:63 <sup>19</sup>ebd. 1976:47 <sup>20</sup>Asmalofski  
1975:43

Die Bol'seviki in Weißrußland bildeten keine monolithische Partei, es gab Rivalitäten zwischen einer Gruppe um A.Carvjaka<sup>21</sup> und einer um A.F.Mjasnikov, die grob als nationalkommunistische und zentralkommunistische Strömung qualifizierbar sind.<sup>22</sup> Ungeachtet des Sieges der Oktoberrevolution in Petrograd konstituierte sich am 17.12.1917 in Minsk der 1. Allweißrussische Kongreß [Persy Usebelaruski Kanhres] mit 1167 stimmberechtigten Delegierten, der das Recht der Weißrussen auf Selbstbestimmung verkündete, eine 71-köpfige Rada und ein Exekutivkomitee wählte<sup>23</sup>; bol'sevistische Verbände lösten den Kongreß jedoch nach einigen Tagen auf.

Erst als nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen der kommunistischen Regierung und Deutschland die deutschen Truppen am 18.2.1918 zum Angriff übergingen und bald das ganze Gebiet der heutigen BSSR besetzt hatten<sup>24</sup>, konnten die weißrussischen Nationalisten erneut zusammentreten. Die Reichswehr förderte die von sozialistischen Parteien getragene weißrussisch-nationale Bewegung halbherzig, als aber von den national-weißrussischen Kräften am 25.3.1918 die Belaruskaja Narodnaja R,spublika (BNR) ausgerufen wurde, bremste die deutsche Militärverwaltung.

In Polesien gab es zwischen 1918 und 1921 kleinere Trupps, die offiziell, auf eigene Faust oder mit Unterstützung einflußreicherer Kreise in den Kampf zogen. Seit Dezember 1917 machte z.B. ein weißgardistisches polnisches Korps unter Dowbór-Musnicki von sich reden. Im Januar 1918 erklärte er der Sowjetmacht offiziell den Krieg<sup>25</sup>, 25.000 Mann nahmen Rohace£, Zlobin, Babrujsk und Parycy ein und zerstörten kleinere Orte. In Azaricy (uezd Recyca) flohen die Einwohner in den Wald<sup>26</sup>. Am 31.1. (13.2.)1918 wurden diese Truppen von den Sowjettruppen besiegt.

Die Reichswehr hatte Anfang März Rohace£, Zlobin, R,cyca und Homel' eingenommen.<sup>27</sup> Die bisherigen Grundbesitzer bekamen das Land wieder zurück, sofern es aufgeteilt worden war. Ein Herr von Poton z.B. nahm den Bauern das von ihnen besäte Land sowie das Vieh wieder weg<sup>28</sup>. Vieh<sup>29</sup> und Nahrungsmittel<sup>30</sup> wurden requiriert.

21Kurzbiographie in Kipel 1988:313f 22vgl. hierzu den Aufsatz von Sukiennicki 1965; Bergmanowa 1968:257

23Byelorussian Statehood 1988:364 24Direnok 1976: 70,77,79 25Direnok 1976: 71 26Direnok 1976:71 27Direnok 1976:84; vgl. Fich 1966:93 28Direnok 1976:84f 29Bor'ba za sovetskuju 1968:#127 30Bor'ba za sovetskuju 1968: #148, Nø5, S.171

Die Kommunisten und andere Widerstand Leistende gingen hinter der Frontlinie in den Untergrund.<sup>31</sup> Schon Mitte Mai explodierte im Hotel Savoj in Homel' eine Bombe, durch die "einige Dutzende Soldaten und Offiziere" getötet wurden<sup>32</sup>. Auch die Bauern im uezd Recyca bekämpften die Deutschen.<sup>33</sup> Im Mai und Juni fanden in Recyca, Mazyr, Homel' und Dobrus Streiks statt,<sup>34</sup> im Juli brach ein Eisenbahnerstreik aus,<sup>35</sup> im August 1918 gab es erneute Erhebungen.<sup>36</sup> Bei den deutschen Truppen sollen sich gemäßigte Soldatenräte gebildet haben.<sup>37</sup> Nachdem im November 1918 in Deutschland die Republik ausgerufen wurde, annullierte am 13.11.1918 die Sowjetmacht den Brester Frieden vom 3.3.1918 auch offiziell, und die Bol'seviki versuchten nicht länger mit politischen, sondern mit militärischen Mitteln ihre Herrschaft auszudehnen; doch die Rote Armee konnte nicht ungehindert nach Polesien vordringen. Ende November überschritt sie den Dnepr, Ende Dezember erst konnte sie sich in Homel' festsetzen; aus Naraŕlja und Ovruca mußten erst unter dem Kommando von Symon Petljura stehende Truppen verdrängt werden<sup>38</sup>, und schon vor der Ankunft der Roten Armee hatten nicht näher charakterisierte Partisanen ostpolesische Gebiete befreit<sup>39</sup>.

Auf gesamtweißrussischer Ebene schlugen die Leninisten eine neue Strategie ein. Obwohl sie sich früher nicht für eine weißrussische Republik stark gemacht hatten, gründeten sie am 30.-31.12.1918 die KP(b)B und riefen am 1.1.1919 die SSRB aus. Nichtbol'sevistische Sowjets wurden nun nicht mehr geduldet. Nachdem auf der ersten Sitzung der weißrussischen Sowjets am 2.2.1919 und in Litauen am 18.-21.2.1919 eine Vereinigung avisiert worden war, wurde schon am 27.2.1919 die junge weißrussische Republik mit der litauischen zur LitBelSSR zwangsvereinigt. Auch dieser zweite Versuch, in Weißrußland eine Herrschaft der Kommunistischen Partei zu errichten, hatte keinen besonderen Rückhalt in der Bevölkerung. Im östlichen Polesien z.B. bildete sich unter dem rechten Sozialrevolutionär Strekopytov ein Polesisches Aufstandskomitee [Polesskij povstanceskij komitet] heraus, das aus zwei dort stationierten Abteilungen der 8. Division von Tula

31vgl. einen Befehl Mjasnikovs vom 4.3.1918, abgedruckt in Iz istorii ustanovlenija 1954:#521, S.383 32Direnok 1976:8; vgl. auch Bor'ba zu sovetskuju vlast' 1968:#38, S.48 33Iz istorii ustanovlenija 1954:#524 34Direnok 1976: 91 35ebd. 1976:91-94 36ebd. 1976:99 37ebd. 1976:103 38ebd. 1976:105 39ebd. 1976:106 40Vakar 1956:108

41Fich 1966:250; Kaval' 1953:44; Sukiennicki 1965:106f; Vakar 1956:108f bringt den alten und neuen Kalender durcheinander; die SI□ nennt den 28.2.1919



gebildet wurde. Von Kalinkavicy aus zog man in der Nacht vom 23. zum 24.3.1919 nach Homel',<sup>42</sup> überwältigte dort die aus leninistischen Eisenbahnern gebildete Miliz und hielt die Stadt fünf Tage lang besetzt. Während ein Teil der Soldaten eigentlich weiter nach Hause wollte, plünderten andere<sup>43</sup>. Erst als am 28. März eine Verstärkung der Roten Armee eintraf, konnten die Bol'seviki bis zum 29.3. die Stadt zurückerobern.<sup>44</sup>

Die bisherigen Schilderungen bezogen sich allesamt auf Ostweißrußland bzw. Ostpolesien. Was war aus den schon im 1. Weltkrieg von den Deutschen besetzten Regionen - in Polesien die westlich von Pinsk gelegenen - geschehen? Diese Gebiete hatten die Deutschen zum Teil unmittelbar an Verbände des im November 1918 wiedererstandenen Polen übergeben, in Bialystok wurde am 10.2.1919 ein nicht von den Parlamenten ratifizierter und auch nicht sofort in allen seinen Teilen öffentlicher Vertrag zwischen Polen und Deutschland unterschrieben<sup>45</sup>. Das ganze Gouvernement Hrodna (Grodno) wurde aber auch von der BNR und der LitBelSSR beansprucht, da die Mehrheit der Bevölkerung Weißrussen waren. Die schwache BNR wurde auf dem internationalen diplomatischen Parkett nicht anerkannt.<sup>46</sup> Um so einfacher war es für polnische Trupps, - sei es unter der Losung einer Föderation oder eines Nationalstaates, sei es in offiziellem Auftrag oder auf eigene Verantwortung -, im Gouvernement Hrodna bei den Bauern Nahrung und andere Güter zu requirieren.

Die Weißrussen hatten zwar eigene Truppen bescheidener Stärke aufgebaut<sup>47</sup> und im November 1918 die "erste weißrussische Division" zusammen mit Litauern unter LaŹrencie£ gebildet,<sup>48</sup> die polnischen Verbände nahmen jedoch diese nur "400 Soldaten"<sup>49</sup> umfassende Truppe am 1.6.1919 auseinander<sup>50</sup>. Die polnische Verwaltung ordnete ungeachtet der Proteste seitens der BNR Wahlen zur polnischen Konstituante in Westweißrußland an.<sup>51</sup>

Die BNR konnte sich nicht zwischen der Sowjetmacht auf der einen und Polen auf der anderen Seite behaupten. Es gab aber auch weißrussische Gruppen, die die Versprechungen einer Föderation aus dem Pilsudski-Lager ernst nahmen und zugunsten Polens Partei ergriffen<sup>52</sup>; Weißrussen gab es also in allen drei Lagern: BNR, Polen und Sowjetstaat.

<sup>42</sup>Direnok 1976: 126/127 <sup>43</sup>ebd. 1976: 129 <sup>44</sup>ebd. 1976:130

<sup>45</sup>Deruga 1969:insbesondere S.171-177 <sup>46</sup>vgl. unbeantwortete Schreiben, abgedruckt in Za Dżarza£nuju 1960:37-39 <sup>47</sup>Engelhardt 1943:106m

<sup>48</sup>Kaval' 1953:44 <sup>49</sup>Deruga 1969:179; vgl. auch Lewandowski 1962:207f <sup>50</sup>Kaval' 1953:44

<sup>51</sup>Za dżarza£nuju 1960:34-39; Übersetzte Dokumente in Engelhardt 1943:332-338 = Anlagen V-VII

<sup>52</sup>Shotwell 1976:45f; Lewandowski 1962:208-210

Die polnische Armee war schon im Februar 1919 auch in ein Gebiet eingedrungen, das auch von der LitBelSSR beansprucht wurde<sup>53</sup>. Der polnisch-sowjetische Konflikt eskalierte zum Bürgerkrieg.

Die Truppen Pilsudskis stießen zunächst in Polesien vor und nahmen Anfang März 1919 Mazyr, Kalinkavicy und Vasilevicy ein: Während die Sowjetverbände Kalinkavicy panikartig verließen, verteidigten sie Vasilevicy.<sup>54</sup>

Am 22.4. eroberten die Heere Pilsudskis Vilnius. Im Mai wurden in einem neuen Vorstoß Minsk (22.5.)<sup>55</sup> und in Ostpolesien Recyca und Loe£ erobert, die Polen standen am Dnepr. Ein Jahr lang sollten sie die militärische Herrschaft in Polesien in einer zumindest oberflächlichen Weise innehaben.

Die Wende im polnisch-sowjetischen Krieg trat am 12.6.1920 mit der Rückeroberung von Kyiv (Kiev) durch die Rote Armee ein. Zwischen dem 18. und dem 28.6. mußten die Polen aus Mazyr, Recyca, Vasilevicy, Chojniki und Kalinkavicy abziehen, am 11.7. aus Minsk. Ab diesem Zeitpunkt war Ostpolesien in der Hand der Roten Armee, während sich in Westpolesien keine feste Herrschaft etablieren konnte. Nachdem die Rote Armee am 16.8.1920 vor Warschau gescheitert war, stießen die Polen im Gegenzug wieder über ethnisch mehrheitlich von Polen besiedeltes Gebiet (= über die Curzon-Linie) hinaus vor. Am 12.10.1920<sup>56</sup> wurde der Waffenstillstand zwischen Polen und den Sowjetrepubliken RSFSR und USSR unterzeichnet; die BSSR war nicht am Verhandlungstisch vertreten.<sup>57</sup>

Danach herrschte keinesfalls Ruhe im Prypjac'-Becken. Mitte November 1920 hinterließ eine polnische Truppe unter Bulak-Balachovic ihre Spuren im ganzen uezd Mazyr und im Großteil des uezd Recyca, noch im Februar und März 1921 besetzten Balachovics Mannen unter seinem Nachfolger, einem gewissen Halaka, Orte im Süden der uezde Recyca und Mazyr<sup>58</sup>; sie waren auch im uezd Pinsk, der nun zu Polen gehörte, ungern gesehene Gäste<sup>59</sup>.

Ende 1920 brach in Sluck (zu BSSR) ein bewaffneter Aufstand aus; es ist unklar, ob dieser Aufstand von Luckevic von der BNR in Vilnius oder auch von den Schergen Bulak-Balachovics unterstützt wurde oder nicht.<sup>60</sup>

Polesien war also vom Bürgerkrieg nicht verschont geblieben. Die Bauern in den Dörfern und die jüdischen Handwerker und Händler in den Stetl<sup>61</sup> versuchten, sich bewaffnet zu verteidigen.

<sup>53</sup>Direnok 1976:120-164; Fich 1966:221 <sup>54</sup>Direnok 1976:170 <sup>55</sup>Vakar 1956:109; Fich 1966 und Kaval' 1953 sagen: 8.8.1919 <sup>56</sup>Borba trudjasciesja I 1962: #1, S.25; vgl. Direnok 1976:177 <sup>57</sup>Auszüge des Vertrages in Bor'ba trudjasciesja I 1962:#1, S.25f <sup>58</sup>Direnok 1976:186 <sup>59</sup>Biegun 1982:93-96

<sup>60</sup>Vakar 1956:115; Kipel in Byelorussian Statehood 1988:209-17 <sup>61</sup>Biegun 1982:70

Am 18.3.1921 wurde der endgültige Frieden zwischen Polen und den Sowjetrepubliken unterzeichnet. Nicht nur die Resteverwalter der BNR im Exil (seit 13.11.1919 mit Sitz in Riga<sup>62</sup>), sondern auch die Repräsentanten der BSSR nahmen an den Friedensverhandlungen nicht teil: auf sowjetischer Seite führten die RSFSR und die USSR die Verhandlungen<sup>63</sup>. Die Grenze trennte Weißrußland und auch Polesien mittenzwei; hier verliefen weder "historische" noch ethnische Grenzen - das Nationalstaatsprinzip, das auf der Versailler Konferenz von Finn-land bis Rumänien durchgesetzt werden sollte, blieb hier vollkommen unberücksichtigt.

Bei näherer Betrachtung stellt sich dieser Grenzverlauf jedoch nicht ganz so willkürlich dar. Pragmatische Gründe schienen bei dieser Grenzziehung den Ausschlag gegeben zu haben. Polen wollte unbedingt Lemberg und Vilnius bekommen; die Sowjetseite aber hatte genauso wie die polnische im Auge, ein solches Gebiet zu bekommen, in dem die Aussicht bestand, die jeweilige Herrschaft ohne größere Schwierigkeiten installieren zu können. In diesem Punkt unterschieden sich West- und Ostweißrußland sehr. Je weiter östlich ein Ort lag, um so längere Zeit hatte sich zwischen Oktober 1917 und März 1921 die Herrschaft der Bol'seviki etabliert, um so größer war die Zahl zuverlässiger Parteikader usw. Während in Ostpolesien die Februarrevolution und die Oktoberrevolution miterlebt und mitgestaltet wurden, hatte man in Westpolesien, wo die Deutschen die Region besetzt gehalten hatten, nur davon gehört. Brest wurde z.B. von den Deutschen direkt an Polen übergeben, und die Landbevölkerung hatte die Revolution nur im Juli und August 1920 in Gestalt der Truppen der Roten Armee kennengelernt, die wie jede andere Partisanengruppe von der Requirierung von Nahrungsmitteln und anderen Gütern lebte. Auch 200 km weiter östlich, in Davidharadok, mißtraute die jüdische Stadtbevölkerung auch dann der Roten Armee, als sie behauptete, Vieh nur von den Gütern der Radziwills requirieren zu wollen.<sup>64</sup>

#### 4.2. Agrarverfassung und Agrarpolitik

Von 1917 bis 1920 gab es in Weißrußland mangels stabiler politischer Verhältnisse auch keine einheitliche Agrarverfassung. Die Periode soll in vier Phasen unterteilt werden, die in Polesien je nach geographischer Lage in den Orten Polesiens unterschiedlich lange währten: 1. Die Phase von der Oktoberrevolution bis zur deutschen Besatzung, 2. Die Phase der deutschen Besatzung, die im Westen schon während des 1. Weltkriegs, im Osten seit März 1918 begann; 3. die Phase

<sup>62</sup>Kaval' 1953:46    <sup>63</sup>Die BSSR hatte die RSFSR mit der Verhandlungsführung beauftragt; Auszüge des Vertrages in Bor'ba I #6, S.32-35    <sup>64</sup>Biegun 1982:64,71f

der SSRB bzw der LitBelSSR Ende 1918 bis April 1919, 4. Die Phase der polnischen Besatzung von April 1919 bis Mitte 1920.

In den mittleren und westlichen Gebieten Weißrußlands, also dort, wo es keine obscina gab, bereitete eine Aufteilung des Bodens mit dem Ziel, den Vorgaben der sowjetischen Bodendekrete (zunächst "Dekret über den Boden" vom 26.10.1917) gerecht zu werden, von Anfang an Schwierigkeiten.<sup>65</sup> Eben weil es keine obscina gab, gab es nicht die Tradition, das Land nach Essern oder nach Arbeitsnorm aufzuteilen.<sup>67</sup>

Das Dekret über den Boden<sup>68</sup> wurde in Weißrußland gar nicht sofort bekannt<sup>69</sup>. Das für Weißrußland zuständige Sowjetorgan ObllsKomZap gründete am 26.11.1917 eine Bodenabteilung<sup>70</sup>, die aber insbesondere im Gouvernement Minsk nicht durchsetzen konnte, daß das Dekret durchgeführt wurde. Dies lag nicht nur an den kriegerischen Aktivitäten Dowbçr-Musnickis, sondern auch an der gemäßigten Linie der Bodenkomitees im Gouvernement. In "Vorläufigen Regeln über die Übergabe der Gutshöfe in die Verwaltung von Bodenkomitees" vom 23.11.1917 wurde festgelegt<sup>71</sup>, daß nur in bestimmten Fällen enteignet werden sollte und den Gutsherren der Hof, Nahrungsmittel für die Familie, Futter für Vieh, 2-3 Kühe, Geld und sogar zwei Pferde belassen werden sollten. Die Enteignungen wurden zum Teil diszipliniert, zum Teil unter Zerstörungen durchgeführt.<sup>72</sup> Manche Gutsherren wurden ausgesiedelt und durften in anderen Gouvernements mit ihrer persönlichen Habe und einem kleinen Bodenstück ein neues Leben beginnen<sup>73</sup>; widersetzten sie sich, wurden sie jedoch verhaftet: am 23.1.1918 wurden z.B. W.Wasilewski, Fürst Radziwill und andere nach Mahile£ ins Gefängnis gebracht<sup>74</sup>. Bis Mitte Februar 1918 waren 13.000 Grundbesitzer enteignet worden<sup>75</sup>. In dieser Zeit waren in Ostweißrußland nominell 1 bis 1,8 Millionen Desjatinen an die Bauern gegangen. Die Bauern teilten das Land aber nur zum Teil wirklich auf. Es gab große regionale Unterschiede: Während in den Gouvernements Vicebsk und Mahile£ die Aufteilung durchgeführt wurde, blieben im Gouvernement Minsk, zu dem Ostpolesien gehörte, die von den Linken Sozialrevolutionären und Bol'seviki geführten Bodenkomitees oft untätig. Es mag an der unterschiedlichen Agrarverfassungstradition gelegen haben, vielleicht war aber einfach die Frontnähe der Grund. Die

<sup>65</sup>Vor Oktober 1917 traten die Bauernsowjets gemäßigt auf; in R,cyca forderten sie eine Umverteilung des Viehs [Umeckij 1963:18] <sup>67</sup>Leninskij dekret 1970:112]

<sup>68</sup>auf deutsch in:Hellmann 1969:#87e,S.315 <sup>69</sup>vgl. Fich 1966:31 <sup>70</sup>Fich 1966:42

<sup>71</sup>Fich 1966:48f <sup>72</sup>Fich 1966:53f <sup>73</sup>Fich 1966:57 <sup>74</sup>Pobeda 1957 II:829

<sup>75</sup>Marcenko 83 laut Fich 1966:59

Frühjahrsaussaat konnte in Ostpolesien nicht mehr durchgeführt werden, ehe die Deutschen es besetzten.

Die Deutsche Besatzung requirierte in den eroberten Gebieten Getreide und Vieh, um sich selbst und die hungernde Heimat zu versorgen. Eine Landwirtschaftspolitik wurde nicht betrieben, nur an einer Ausplünderung der Gebiete bestand Interesse. Dies war verheerend für die landwirtschaftliche Produktion und die materielle Lage der Landbevölkerung.

Die Aktivisten der in der Zeit zwischen der deutschen und der polnischen Okkupation ausgerufenen Republiken BSSR (1.1.1919) und LitBelSSR (ab 27.2.1919) machten sich bei der Bauernschaft sehr unbeliebt, weil sie noch weiter gingen als diejenigen der RSFSR und unmittelbar die gesamten Gutswirtschaften für verstaatlicht erklärten; sie teilten sie nicht auf, ließen sie den Bauernfamilien nicht zukommen.<sup>76</sup> So wurde z.B. im Gebiet Homel' der Meierhof "Prudok", der vorher dem Fürsten Paskevic' gehört hatte, zum "Volkseigentum" erklärt<sup>77</sup>. Die II. Konferenz der KPLiB [2.-4.2.1919] wandte sich entschieden "gegen die Aufteilung der Gutsländereien, die dem Land unbeschreibliche Armut bringen kann"<sup>78</sup>; Im März 1919 gab es im uezd R, cyca 41, in uezd Mazyr 14 Sovchose (staatliche Landgüter)<sup>79</sup>

Als Leiter der Sovchose wurden oft die ehemaligen Gutshofverwalter, manchmal sogar deren ehemalige Besitzer eingesetzt<sup>81</sup>. Damit die Sovchose funktionierten, half der Staat mit Geld; aber es fehlte ihnen an allem: an Zugkraft und Inventar<sup>82</sup>, an Leitern und Landarbeitern<sup>83</sup>. Infolgedessen wurde wie schon 1918 (deutsche Okkupation) auch 1919 eine beträchtliche Fläche nicht besät. Als dies im April bekannt wurde, wurde verfügt, daß die Ackerböden der Sovchose gegen eine Abgabe von 1/6 bis 1/3 der Ernte und die Wiesen gegen Abgabe von 1/4 bis 1/2 des Heus verpachtet werden sollten<sup>84</sup>: Dennoch wurden nur 32% des Bodens der Sovchose besät.<sup>85</sup>

Die Bauern meinten, früher hätten sie es besser gehabt als unter dieser neuen Form der Ausbeutung. "In allen volosti des uezd Recyca hungerten die Bauern im Frühjahr 1919 buchstäblich"<sup>86</sup>.

Ausgerechnet dort, wo es keine obscina gegeben hatte und die Bauern in Kategorien des privaten Bodenbesitzes dachten, sollten die Landarbeiter Landarbeiter bleiben. Die marxistischen Gedanken der Strategen der LitBelSSR,

<sup>76</sup>Leninskij dekret 1970:113; Fich 1966:229 <sup>77</sup>Vecernjaja gazeta (Homel') vom 29.12.1918 laut Direnok 1976: 121 <sup>78</sup>Fich 1966:231 <sup>79</sup>Fich 1966:234; im Herbst 1919 gab es im uezd Recyca 40, im uezd Mazyr 18 Sovchose [Direnok 1976:122] auf ehemaligen Gutsländereien <sup>81</sup>Fich 1966:235 <sup>82</sup>ebd. 1966:236 <sup>83</sup>ebd. 1966:237 <sup>84</sup>ebd. 1966:238,241 <sup>85</sup>ebd. 1966:239 <sup>86</sup>ebd. 1966:327

daß ein Gutshof eine entwickelte Form ländlicher Wirtschaft darstelle und nur noch mit einem staatswirtschaftlichen Vorzeichen versehen werden müsse, wurden von Lenin eigentlich zwar - zumindest aus taktischen Gründen - abgelehnt, jedoch gab er diesem weißrussischen Sonderweg seinen Segen.<sup>87</sup>

Als Argument gegen eine Landaufteilung wurde auch angeführt, daß sie angesichts der landwirtschaftlichen Überbevölkerung ohnehin sinnlos sei<sup>88</sup> und man Landarbeiter besser als Bauern organisieren könne.

Auf der anderen Seite scheint man aber die Organisationsfähigkeit der Bauern nicht unterschätzt zu haben: zur Ernte im August wurden Milizen gebildet, zum Produktionseinsatz wurden - wohl nicht nur zum Schutz vor polnischen Verbänden - "erfahrene Parteigenossen" geschickt.<sup>89</sup>

Außerdem beanspruchte der Staat das Handelsmonopol, verbot den Getreideverkauf ("Kriegskommunismus")<sup>90</sup>. Diese Wirtschaftspolitik diskreditierte die Bol'seviki bei den Bauern, in deren Augen sie nun endgültig als eine feindliche Organisation erschienen, die deswegen zu ihnen kam, um ihnen etwas abzunehmen. Ab Februar 1919 gab es Aufstände von sogenannten Kulaken (Großbauern). In Kapatkevicy nahmen Bauern im Februar oder März die Mitglieder des IspolKom der Volost' fest und zerstückelten zwei von ihnen.<sup>91</sup> Auch der zeitweise Erfolg des oben erwähnten Strekopytov-Aufstands wird auf die "kriegskommunistischen" Getreiderequisitionen zurückgeführt. Selbst der KP-geführte Sowjet von Homel' faßte im März 1919 eigenmächtig einen Beschluß über freien Getreidehandel,<sup>92</sup> auf dessen Illegalität seine Mitglieder auf dem 8. Parteitag der RKP(b) hingewiesen wurden.

Im Jahr 1920 sah die sowjetweißrussische Führung ihre "Fehler" ein, und übte am 2.3.1920 Selbstkritik<sup>93</sup>. Auf der 3. Sitzung der Sowjets des uezd R,cyca forderte man, die Entnationalisierung der bestehenden Sovchose durchzuführen und die Böden der örtlichen Bevölkerung zu übergeben<sup>94</sup>. Am 24.5.1920, also zur Zeit des weitesten polnischen Vorstoßes, änderte die LitBel-Regierung ihre Agrarpolitik: nun plädierte sie für eine Landaufteilung bei gleichzeitigem Erhalt von Sovchosen "zur Versorgung der Stadtbevölkerung".<sup>95</sup> Aber erst im November 1920 - nach dem Waffenstillstand mit Polen - wurden die organisatorischen Voraussetzungen zur Landaufteilung geschaffen<sup>96</sup>.

87Fich 1966:241 88ebd. 1966:242 89ebd. 1966: 239 90ebd. 1966:231

91Direnok 1976:125 92Direnok 1976:132 93Fich 1966:254 94Fich 1966:266

95Leninskij dekret 1970:114 96Fich 1966:259

Nun orientierte man sich an der RSFSR: Der Boden wurde aufgeteilt, es wurde eine Arbeitsnorm aufgestellt, gemäß der eine Familie nur einen Hof mit einer solchen Größe führen dürfe, den sie selbst auch bearbeiten kann. Verpachtung von Boden wurde verboten. All dies wurde dann auf dem 2. Allbelorussischen Kongreß der Sowjets (17.12.20) bestätigt. Der NarkomZem der Republik gab am 30.12.20 spezielle Anweisungen heraus.<sup>97</sup>

Zuvor waren aber die Polen auch nach Ostpolesien einmarschiert: Die polnischen Verbände, die z.T. nur locker von oben befehligt wurden und deren Ausschreitungen daher von Warschau geduldet wurden, machten sich bei der einheimischen Bauernschaft mit ihren Requirierungen und Pogromen sehr unbeliebt, in den meisten Fällen wohl noch unbeliebter als die Rote Armee. Im Homel'schen Gebiet sollen daher die Bauern z.B. 2700 Pferde gegen Polen gestellt haben<sup>98</sup>. Auf dem Rückzug der polnischen Truppen im Juni und Juli 1920 schlug ihnen der Haß der Bevölkerung entgegen<sup>99</sup>. Der Bauer V.I. Talasa, der in der Erzählung "Ded Talasa" von Jakub Kolas in die Literatur einging, sammelte 300 Leute, die in Dryhva die Polen verjagten<sup>100</sup>. Das Verhalten der polnischen Truppen beeinflusste auch das spätere Verhältnis der Menschen in Westpolesien zur polnischen Obrigkeit in der Friedenszeit<sup>101</sup>.

Im Ergebnis waren beträchtliche Teile Weißrußlands zerstört worden, in Westpolesien waren 1924 erst 24% wiederaufgebaut, die Bevölkerung sehnte sich nach Frieden<sup>102</sup>, aber der Haß gegen die nichtörtliche Bevölkerung war ebenso groß. So wurde durch das Verhalten der Kommunisten, der Deutschen, der Polen wie auch der verschiedenen Partisanenverbände die Bauernschaft in ihrer überkommenen Erfahrung bestätigt, daß all das, was von außen kommt, nichts Gutes zu bedeuten hat.

97Leninskij dekret 1970:114

99Direnok 1976:175

101Obrebski 1936a:427

98Direnok 1976:173

100Direnok 1976:175

102vgl. Korus-Kabacinska 1961:164

---

## 5. DER POLITISCHE UND KULTURELLE RAHMEN IN DER BSSR

Bei der Untersuchung Ostpolesiens ist es unbedingt nötig, zwei Perioden der Entwicklung zu unterscheiden: die Periode der Neuen Ökonomischen Politik [Novaja ,konomiceskaja politika - N□P] bis 1929 und die der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ab 1929/30.

### 5.1. Die Politik in der BSSR in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik 1921-1929

Genauso wie andere Parteien auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches war auch den Bol'seviki ein wenig hinterfragter großrussischer Nationalismus eigen. Dieser wurde aber durch nichtrussisch-kommunistische Kräfte auch in Weißrußland angeprangert. Die auf diesem Hintergrund von Lenin entwickelte Nationalitätenpolitik - sei sie nun rein taktisch oder längerfristig und strategisch konzipiert gewesen - hob sich vom großrussischen Chauvinismus ab: Jedes Volk sollte selbst über den Beitritt zur - Ende 1922 gebildeten - Sowjetunion, aber auch über den Austritt entscheiden können. Durch die korenizacija-Politik ("Verwurzelung"), die in der BSSR unter dem Schlagwort "belorussizacija" geführt wurde, sollte sich die Partei mit aus den jeweiligen Regionen stammenden Kadern in eben diesen Regionen etablieren. Doch wie weit die Eigenständigkeit der Nationen und Regionen des ehemaligen Russischen Reiches gehen sollte, wurde zu einer Frage, die in der politischen Praxis ausgefochten wurde.

An diesem Punkt spannte sich das politische Feld auf, auf dem nicht nur die Nationalitätenfrage entschieden werden sollte. Auf der einen Seite versuchte Moskau, die BSSR eng an die Sowjetunion anzubinden und durch eine einheitliche Politik den Spielraum für Sonderstellungen der BSSR auf das Maß zu reduzieren, das Moskau selbst anstrebte. Auf der anderen Seite versuchten verschiedene weißrussische Kräfte, die Politik der Zentrale über die nationale Schiene zu unterlaufen. Dies gelang insbesondere im Kultur- und Bildungssektor. Es konnten ein immer mehr expandierendes Institut für die weißrussische Kultur (InBelKult) und eine weißrussische Akademie der Wissenschaften in Minsk errichtet werden, der Schulunterricht, die Behörden- und Parteisprache wurden auf die weißrussische Sprache umgestellt.<sup>1</sup>

Weniger Erfolg hatte diese Politik jedoch auf den machtpolitisch wichtigen Gebieten. Eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik gab es kaum: 1921 wurde zeitlich nach der Unterzeichnung des Rigaer Friedens, also eigentlich ziemlich spät<sup>2</sup>, ein Bündnisvertrag zwischen RSFSR und BSSR geschlossen.

<sup>1</sup>Engelhardt 1943:175

<sup>2</sup>Dies stellt Engelhardt 1943:164-166 heraus



Die KP(b)B war der RKP(b) und später der VKP(b) direkt unterstellt: "Die KP(b)B ist eine regionale Organisation der RKP, die die Prinzipien und Taktiken der RKP ins Leben führt, sie auf die örtlichen Gegebenheiten anwendet", hieß es in einer Erklärung des 3. Parteitages der KP(b)B im November 1920<sup>3</sup>. Wenn auch die KP(b)B in den folgenden Jahren sich etwas mehr Eigenständigkeit erkämpfte, so blieben doch die entscheidenden Posten von Moskau aus ein- und absetzbar.

Die jüdische Bevölkerung war unter den Hauptleidtragenden des 1. Weltkriegs gewesen. Ihre Zahl war auf dem Gebiet der BSSR infolge der Pogrome in Krieg und Bürgerkrieg 1923 sogar auf einen niedrigeren Stand als 1897 zurückgegangen.<sup>4</sup> Zudem wanderten Juden in andere Gebiete der UdSSR, da die Ansiedlungsbeschränkungen nun fortgefallen waren. Von Antisemitismus, der sich auch früher schon in Weißrußland nicht so oft in Pogromen niedergeschlagen hatte wie in der Ukraine, war in den 20er Jahren nichts zu spüren, die Juden nahmen am politischen und kulturellen Leben der BSSR einen starken Anteil. Der jüdischen und polnischen Minderheit wurden, besonders auf kulturellem Gebiet, eigene Institutionen gewährt.<sup>5</sup>

Aber auch, nachdem der Bürgerkrieg offiziell für beendet erklärt worden war und sich die großen Nationen mit der UdSSR arrangiert hatten, gab es Widerstand gegen die bol'sevistische Herrschaft in der BSSR. Ende 1924 standen in Sluck nahe der polnischen Grenze Bauern, (die sowjetische Geschichtsschreibung spricht von Kulaken) für ein "Unabhängiges Weißrußland" unter einem gewissen JU. Listapad auf. Erst 1925 wurde der Aufstand niedergeschlagen<sup>6</sup>, am 5.3.1926 begann in Minsk der Prozeß gegen die Anführer<sup>7</sup>. Außerdem existierte eine "Union für die Wiedergeburt Weißrußlands" unter Nekrasevic und Lesik<sup>8</sup>. Im Jahr 1925 gab es politisch-ökonomisch interpretierte Morde in der BSSR<sup>9</sup>.

Trotz der rüden Methoden der Einparteienherrschaft faszinierten die bescheidenen belorussizacija-Maßnahmen jedoch die im Exil lebenden Politiker der

<sup>3</sup>KP(b)B u r,zalucijach, Minsk 1934, S.167; zitiert in Lyc 1987:56

<sup>4</sup>Pjatiletnyj plan 1929:59

<sup>5</sup>Lubachko 1972:89f; Hlybinny 1959:40; ein anderes Bild bezüglich der polnischen Minderheit wird in Polityka norodowosciowa na Bialorusi sowieckiej 1927:22f

entworfen <sup>6</sup>Istorija BSSR II 1961:213 <sup>7</sup>Kaval' 1953: 46

<sup>8</sup>Die Namen sind auf russisch wiedergegeben; Istorija BSSR II 1961:214; es handelte sich wohl um dieselben Personen, die später am 22.7.1926 einen Aufruf gegen Polen und für die BSSR unterschrieben - vgl. Dokumenty V(1966):408, #221

<sup>9</sup>Istorija BSSR II 1961:214

BNR, deren Sitz zwischendurch nach Kaunas und am 2.11.1923 nach Prag verlegt worden war<sup>10</sup>. In einer Konferenz mit dem BSSR-Vertreter Zylunovic<sup>11</sup> in Berlin am 20.10.1925 gab die BNR, vertreten durch V. Lasto£ski und A.Cvikevic, offiziell den papiernen Kampf für die Wiedererrichtung der BNR auf, sie unterstellte sich der BSSR<sup>12</sup>.

Dadurch wurde eine noch breitere Welle der Belorussizacija ermöglicht; die aus dem Exil Zurückgekehrten erhielten hohe Stellungen, allerdings keine politischen Schlüsselstellungen, sondern Positionen im Bereich Wissenschaft und Kultur.<sup>13</sup>

## 5.2. Die Politik in der BSSR in der Periode der Zwangskollektivierung (1930-1939)

In der Zeit des Stalinismus wurden alle Ansätze zu einer gewissen Autonomie der BSSR wieder zurückgenommen. Die Formel Stalins - "National in der Form, sozialistisch im Inhalt" - drückte Sprache, Kultur, Bräuche als "nationale Phänomene" auf eine folkloristische Ebene herab. In einer großangelegten Kampagne wurde der "NacDemokratizm", der weißrussisch-national orientierte "Demokratismus", angeprangert, und die dieser Ideologie oder einer angeblichen entsprechenden Organisation anhängenden Personen wurden verhaftet und liquidiert. In der BSSR waren tatsächlich mit U.Ihnato£ski, A.Smolic, Z.Zylunovic und CIK-Chef A.Carvjaka£ Männer in hohe Positionen gelangt, die nun nicht nur mit A.Cvikevic und R.Lasto£ski Verstärkung aus dem Exil bekommen hatten, sondern die auch außerhalb der BSSR lebende Radikale (S.Rak-Michajlouski, I.Dvarcanin, B.Taraskevic) und Nicht-Radikale (R.Astro£ski, JA.Varonka, A.Luckeovic, F.Jaremic) noch aus alten BSH-Zeiten oder aus dem Jahr 1917 kannten. Aber egal, wie diese Leute wirklich zueinander standen, die stalinistische Paranoia witterte überall Verschwörungen und liquidierte die weißrussische Intelligenz. Das Lied ist aus der allgemeinen Geschichte der UdSSR bekannt: mit der Methode der Salamtaktik wurde die erste große Repressionswelle 1930/14, die zweite 1933/15, die dritte 1936/37 durchgeführt. Parallel dazu wurden Säuberungen der Partei in den Jahren 1933 (16% der Mitglieder)<sup>16</sup> und 1935/36<sup>17</sup> durchgeführt. Im Ergebnis war nach Mord und Selbstmord kein einziger Mensch mehr lebendig, der Wissenschaft, Kultur, Partei oder Staat der BSSR mit aufgebaut

<sup>10</sup>Kaval' 1953:46 <sup>11</sup>Z.Zylunovic, stets auf der Seite der Nationalkommunisten, ist besser unter seinem literarischen Pseudonym Ciska Hartny bekannt [Randow 1987:464f; Kipel 1988:361f] <sup>12</sup>Die Erklärung ist abgedruckt in Za dzjarza£nuju 68f; vgl. Kaval' 1953:48; Lubachko 1972:83; Bergman 1972:Anm.25; Staskevic 1985:291 <sup>13</sup>Hlybinny 1959:37-39; Lubachko 1972:84f

<sup>14</sup>Krushinsky 1953:25-29 <sup>15</sup>Krushinsky 1953:48-52 <sup>16</sup>Ocerki istorii KP(b)B 1967:193; Krushinsky 1953:47f <sup>17</sup>Ocerki istorii KP(b)B 1967:200

hatte.18 Linksradikale und Kommunisten aus dem zu Polen gehörenden Teil Weißrußlands, die durch Gefangenen austausch aus polnischen Gefängnissen "befreit" und in die UdSSR entlassen worden waren, wurden einige Jahre später in der UdSSR hingerichtet<sup>19</sup>. Aufständische Vereinigungen wurden liquidiert.<sup>20</sup> Auch die einfachen Leute wurden serienweise verhaftet<sup>21</sup>. Durch die Entdeckung der Massengräber von Kuropaty<sup>22</sup> ist heute erwiesen, daß in "Friedens"zeiten Zehn-, wenn nicht gar Hunderttausende von Weißrussinnen und Weißrussen verschickt, gefoltert, getötet wurden; behauptet wurde dies schon länger<sup>23</sup>.

### 5.3. Die öffentliche Hand auf den Dörfern

Einen Prüfstein für das Ausmaß, in dem die Sowjetmacht unter KP-Vorherrschaft etabliert war, stellten die Sowjetwahlen dar. Diese waren im Dezember 1924 "von wenigen besucht" gewesen; sie wurden daher im Februar und März 1925 in 55% der Gemeindegewerkschaften wiederholt.<sup>24</sup> Wie in anderen Regionen der UdSSR war die Sowjetverwaltung auf dem Dorf nicht allzu sehr verwurzelt. Sie trat vielmehr dem Dorf als außenstehende Obrigkeit entgegen. Ein Sel'sowet umfaßte in der Regel mehrere Dörfer.<sup>25</sup> In den örtlichen Räten waren die Bauern völlig unterrepräsentiert.<sup>26</sup>

Nachdem sich in den 20er Jahren der "Staat im Dorf" (H. Altrichter) nicht hinreichend etablieren konnte, verschaffte er sich im Zuge der Zwangskollektivierung mit Terror Respekt. Im Grenzgebiet nach Polen war ein besonderer Grenzschutz des NKVD tätig.<sup>27</sup>

### 5.4. Die kulturelle Infrastruktur: Kirche, Sprache, Presse

Die Infrastruktur der Kommunikation (oder der Kultur) wurde auf den Dörfern außer von den Ämtern und der Exekutive von der Kirche, den Presseorganen und der allgemeinen Sprachenpolitik geprägt. Daher sollen in diesem Kapitel wie auch im entsprechenden Kapitel über die polnischen Verhältnisse diese Themen gestreift werden.

Wie auch sonst in der Sowjetunion üblich, wurden die Kirchen und überhaupt die Religionen bekämpft. Nur solange keine Repressionen beim Kirchgang zu erwarten waren, ging die Bevölkerung weiterhin der Ausübung ihres

<sup>18</sup>Kipel 1985:66; Lubachko 1972:123-126; Listen Hingerichteter und Verschollener führen auf: Kaval' 1953:84-94; Za DżarzaŁnuju 1960:185-194; Hlybinny 1959:63

<sup>19</sup>Bergman 1972:271f; Engelhardt 1943:174 <sup>20</sup>Communist takeover 1955:18f

<sup>21</sup>vgl. Adamovic in Osteuropa 6/89, S. A297r+A299r <sup>22</sup>in deutscher Sprache: Adamovic ebd.; Posnjak, S. [Paznjak, Z.] 1988:18 <sup>23</sup>Kabysh 1958:81f; Abramcyk 1950:31

<sup>24</sup>Istorija BSSR II 1961:215

<sup>25</sup>vgl. Vsesojuznaja perepis' 1928:3 <sup>26</sup>Kosman

1979:309

<sup>27</sup>Krushinsky 1953:63

jeweiligen Glaubens nach.<sup>28</sup> In Sluck waren Anfang der 30er Jahre von 15 Kirchen [cerkev'] noch 2 offen<sup>29</sup>.

Die Alphabetisierung, eine Aufgabe, die in der UdSSR als sehr wichtig angesehen wurde, schritt voran, jedoch waren die Erfolge gerade in Polesien unterschiedlich. Wie die Statistik zeigt, konnten besonders die Frauen in der ländlichen Bevölkerung in keiner Sprache lesen; im okrug Mazyr waren es zwischen 10 und 20%. Und dies war nicht nur eine Nachwirkung des Zarismus: In den ländlichen Gebieten des okrug Mazyr konnten von den 18.450 Mädchen im Alter von 15-19 Jahren nur 4.420 lesen, bei den Knaben waren es von 16.405 immerhin 11.02330. Im okrug R,cyca war die Alphabetisierungsquote der Jugendlichen besser: 5.913 von 13.941 Mädchen und 10.214 von 12.997 Jungen<sup>31</sup>.

Insgesamt waren 41% der älter als neun Jahre alten Gesamtbevölkerung des okrug Mazyr lesefähig, im okrug R,cyca 49% (zum Vergleich: in der BSSR 53%)<sup>32</sup>.

Gerade in den östlichen Regionen Ostpolesiens, im okrug R,cyca, der ja erst 1926 an die BSSR kam, war überdies die weißrussische Sprache nicht mehr sehr verbreitet: nur 28,4% der Sprecher sprachen diese Staatssprache<sup>33</sup>. Das Weißrussische blieb trotz der intensiven Bemühungen seitens des "belorussisierten" Staates, der das Weißrussische als Amtssprache eingeführt hatte,<sup>34</sup> eine Bauernsprache. Besonders krass kommt dies in den ostpolesischen Städten der okrug R,cyca und Mazyr zum Ausdruck: Zwar bezeichneten sich hier 27 bzw. 46% der Bevölkerung national als Weißrussen, aber nur 2 (!) bzw. 35% gaben 1926 diese Sprache als ihre Muttersprache an.<sup>35</sup>

In der stalinistischen Epoche wurde die Alphabetisierung weiterbetrieben, dabei aber das Weißrussische auf Kosten des Russischen zurückgedrängt.<sup>36</sup> Eine Sprach- und Orthographiereform vom 28.8.1933<sup>37</sup> glich das Weißrussische an das Russische an, zum Polnischen hatte diese neue Norm einen größeren Abstand geschaffen. Offiziell galten im Januar 1939 die 9- bis 49-Jährigen zu 98,7% (Männer) bzw. 92,5% (Frauen) als lesefähig.<sup>38</sup>

Im Buchwesen hielt sich die belorussizacija bis etwa 1935. Bücher wurden "nur" wegen ihres Inhalts vernichtet.<sup>39</sup> Die absolute Zahl der jährlich erschienenen

<sup>28</sup>Für Polesien: Melesh 1974:215-217; auch Sitten wie die "Speisung der Ahnen" hatten sich wohl noch erhalten vgl. ebd.S.230 <sup>29</sup>Minskij Muzik 1937:89f

<sup>30</sup>Vsesojuznaja perepis' 1928:168 <sup>31</sup>Vsesojuznaja perepis' 1928:198

<sup>32</sup>Vsesojuznaja 1928, vgl. Tabelle #58 im Anhang

<sup>33</sup>Guthier 1977:56 <sup>34</sup>Lubachko 1972:84f

<sup>35</sup>Vsesojuznaja perepis' 1928:220; ausführliche Tabelle im Anhang ca.S.10 <sup>36</sup>vgl.

Minskij Muzik 1937:78 <sup>37</sup>Hlybinny 1959:65f <sup>38</sup>Itogi perepisi 1963:#26,S.39

<sup>39</sup>Communist takeover 1955:16

Bücher und Broschüren hatte 1932 mit 1520 Titeln ihren Höhepunkt; darunter befanden sich 157 Titel über landwirtschaftliche Fragen, 1300 Texte waren in weißrussischer Sprache abgefaßt<sup>40</sup>. Danach ging es quantitativ und sicherlich auch qualitativ bergab; der Anteil weißrussischer Titel verringerte sich, ab 1937 wurden zudem vorwiegend Nachauflagen gedruckt.<sup>41</sup> Zeitungen wurden in den 30er Jahren auch in kleineren Orten Polesiens herausgebracht.<sup>42</sup> Es handelte sich aber um meist kurzlebige Ausgaben, die von Sovchosen, MTS oder Kolchosen herausgegeben wurden.<sup>43</sup>

Mit dem Verbot unabhängiger Presse und der Einschränkung religiösen Lebens schon in den 20er Jahren sowie mit der Russifizierungspolitik in den späten 30er Jahren wurde der Bauernschaft die Möglichkeit genommen, alte wie moderne Ausdrucks- und Kommunikationsmittel zu benutzen. Die Alphabetisierung hob zwar das Niveau der Ausdrucksfähigkeit, diese zu benutzen wurde aber nicht gestattet.

### 5.5. Die soziale Entwicklung

Eine Urbanisierung hätte das Problem des Landhungers entschärfen können. Daher stellt sich die Frage, ob eine solche stattgefunden hatte.

Die Stadt Homel' hatte gegenüber 1897 (36.775 Einwohner) einen starken Anstieg zu verzeichnen; 1926 lebten hier schon 86.393 Menschen. Von den 86.393<sup>44</sup> Sowjetbürgern dieser Stadt waren 37.745 Juden, 24.926 Russen, 18.833 Weißrussen, 1.804 Ukrainer und 1.683 Polen. Der Umweg über die Kategorie Nationalitäten zeigt, daß die Stadt Neuzugänge gegenüber 1897 vor allem von Weißrussen aufwies, also von Bevölkerung ländlicher Herkunft. Auch in den beiden größeren Stetln von Ostpolesien, Mazyr und R,cyca, nahm

Tabelle 10

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung von Homel', Mazyr und R,cyca im Jahre 1926

[Vsesojuznaja Perepis'; Tom X; BSSR, Moskva 1928:218-223]

°	Homel'			Mazyr			R,cyca		
	°	°	°	°	°	°	°	°	
° Städte	Absolut			Prozentual			°		
° Weißrussen	18833	2481	5584	21,8	25,8	33,7°			
° Juden	37745	5901	7386	43,7	61,3	44,6°			
° Russen	24926	893	3030	28,9	9,3	18,3°			
° Polen	1683 148	192	1,9	1,5	1,2°				
° Ukrainer	1804 121	235	2,1	1,3	1,4°				
° Sonstige	1402 79	132	1,6	0,8	0,8°				
° UdSSR-Bürger	86393	9623	16559	100,0	100,0	100,0°			

40Druk 1983:15,31,53 41Druk 1983:31 42Hazety 1984f II:156  
43Hazety 1984f II:65-69 44Vsesojuznaja 1928:287

der Anteil der Juden ab und der der Weißrussen zu. Dieser Prozeß verlief nicht so radikal wie in Homel' auf der anderen DneprSeite.

Dennoch blieb die BSSR ein wenig urbanisiertes Land. Ende 1926 gab es hier nur 5 Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern und 12 Städte mit über 5000 Einwohnern.<sup>45</sup> In der Volkszählung vom Januar 1939, über die nur oberflächliche Daten vorliegen, wurden BSSR-weit 24,6% städtische Bevölkerung gezählt.<sup>46</sup>

Diese Verstädterung wurde zum Teil durch die Industrialisierung hervorgerufen. Die Industrialisierung kam laut den offiziellen Quellen der BSSR ständig voran, aber selbst deren eigene Statistiken zeigen ein etwas anderes Bild. Im Gebiet Mazyr hatte es 1913 43 Unternehmen mit 1267 Beschäftigten gegeben, darunter allerdings 27 Schnapsbrennereien; 1927 waren es 25 Unternehmen mit 1101 Beschäftigten, darunter nurmehr 2 Branntweinbrennereien.<sup>47</sup> In der gesamten BSSR gab es am 1.1.1925 nur 13 Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten.<sup>48</sup> In den 30er Jahren wurde zwar die Sowjetunion insgesamt, nicht aber Polesien industrialisiert. Es ist schwer zu beurteilen, inwiefern die soziale Mobilität oder zumindest die Chancen dazu gestiegen waren. Auffällig ist die Herausbildung der Kategorie der "Angestellten": 1939 gehörten 14,5% aller in der BSSR Beschäftigten dieser Berufsgruppe an.<sup>49</sup>

Der Bau von Eisenbahnen, Chausseen und Wasserwegen sollte die Verbindung zwischen Stadt und Dorf verbessern; dies sollte einerseits den Warenverkehr (in beiden Richtungen) wie auch den kulturellen und Wissensverkehr (nur in eine Richtung) verbessern.<sup>50</sup> Daraus wurde jedoch nichts. In Polesien wurde nur eine neue Eisenbahnlinie nach Oktjabr'skij gebaut. Den Anschluß mehr abgelegener Dörfer ans Verkehrsnetz sollten Dorfbewohner in "freiwilligen" Kampagnen besorgen.<sup>51</sup>

<sup>45</sup>vgl. Tabelle #66 im Anhang über Ostpolesien 461.372.522 von 5.567.976 Einwohnern ; Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens 1942:3 <sup>47</sup>Wie überall in der Sowjetunion wurde der Kampf gegen den Alkoholismus propagiert. Die Bauern brannten sich ihre Getränke auch in Polesien selbst (vgl. auch Melesh 1974:220) <sup>48</sup>Vosstanovlenie 1981:#130 <sup>49</sup>Itogi perepisi 1963: #27,S.40 <sup>50</sup>Lajko£ 1929:4 <sup>51</sup>Melezs Roman [Melesh 1974] handelt von solch einer Kampagne, bei der ein Knüppeldamm gebaut wurde

--

---

## 6. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN OSTPOLESIEN

### 6.1. Agrarverfassung und Agrarpolitik

#### 6.1.1. Die Agrarverfassung und Agrarpolitik in der BSSR in den 20er Jahren

Die von den Bauern spontan aufgeteilten Böden waren schon vor dem Waffenstillstandsabkommen mit Polen von den Sowjets noch einmal neu verteilt worden [siehe oben]. Aber auch dies war nicht im Sinne des 3. Allweißrussischen

Sowjetkongresses (10.-16.12.1921); er segnete eine Neuaufteilung des vergebenen Bodens ab: gemäß eines Gesetzes des CIK der BSSR vom 7.9.1922 wurde dasjenige Land den Großbauern wieder abgenommen, das sie selbst nicht bewirtschaften konnten, auf dem sie Lohnarbeiter beschäftigten oder welches sie verpachteten.<sup>1</sup>

Was aus den einzelnen Elementen der zaristischen Agrarverfassung wurde, wird bezeichnenderweise in keiner Quelle genau unterschieden. Zwar gab es - bei abstrakt staatlichem Eigentum - in den 20er Jahren nur die beiden Nutzungsformen staatlich und privat, aber auf die interessante Frage, welche der Böden in welche Nutzung übergingen, wird nirgends eingegangen. Eindeutig ist lediglich, daß das nadel- und das bäuerliche Land in die bäuerliche Nutzung übergingen, das gutsherrliche, öffentliche und kirchliche in die staatliche; was jedoch aus den Servituten, den genossenschaftlichen Böden wurde, bleibt unklar.<sup>2</sup>

Rund 80% des konfiszierten grundherrlichen Bodens der BSSR wurde in einen Fond gegeben, aus dem der "arbeitenden Bauernschaft" (nach sowjetischer Terminologie wären hierzu auch die Kulaken zu rechnen) Land zur kostenlosen Nutzung zugeteilt wurde.<sup>3</sup> Einzelheiten regelte eine spezielle Anweisung der volost'- und uezd-Bodenabteilungen vom 28.1.1921.<sup>4</sup> Dabei wurde keine für die ganze BSSR gültige Norm aufgestellt. Vielmehr hing die Größe des zuzuteilenden Bodens von der Masse und Qualität des enteigneten Bodens, der Menge der Nutzungswilligen und der "Esser", also der Konsumenten auf der Hofstelle ab. Ein 3-4-Personen-Haushalt bekam durchschnittlich 4-5 Desjatinen, eine Menge, durch die bei günstigen Bodenbedingungen die Subsistenz gesichert ist.

Die Böden wurden schnell und ohne katasterliche Erfassung verteilt. Die Flurverfassung - einerseits Gemengelage der Flure, andererseits einige Chutorwirtschaften - blieb dabei zunächst unangetastet.

<sup>1</sup>Leninskij dekret 1970:116; Istorija BSSR II 1961:188

<sup>2</sup>vgl. S-ezdy sovetov II 1960:257 = Tesisy po agrarnomu voprosu Nø26d (vom Dezember 1920) <sup>3</sup>Leninskij dekret 1970: 114 <sup>4</sup>Leninskij dekret 1970: 115

Durch diese revolutionären Ereignisse konnten von den 10.049.819 Desjatinen der BSSR, die 1917 zu 54,6% den Bauern, 39% den Einzelbesitzern und zu 6,4 % sonstigen gehörten, über eine Million Desjatinen (also 10%) zugunsten der Bauern umverteilt werden; ungefähr 500.000 Desjatinen aber gingen in die Hände des Staates über, der zur Verwaltung dieses Bodens das Amt für staatliches Bodenvermögen [GosZemlmuſceſtvo] einrichtete<sup>5</sup>. Von der Enteignung waren rund 3000 Landgüter und andere Privatländer betroffen.<sup>6</sup> So konnte auch später mit dem "staatlichen Boden-Vermögen" eine gezielte Politik der Landumverteilung durchgeführt werden, indem aus diesem Bestand Privaten, Genossenschaften, Sovchosen Land zugeteilt, verkauft, verpachtet oder eine staatliche Landreserve gebildet werden konnte.<sup>7</sup>

Am 29.3.1923 wurde vom 2. Kongreß des CIK der BSSR ein Landgesetz [Zjamelnyj kod,ks] verabschiedet, laut dem - wie in der RSFSR - der Boden als vollständig nationalisiert bezeichnet wurde. Dies kümmerte die Bauern jedoch wenig, da ihnen der Boden zur Nutzung überlassen wurde<sup>8</sup>. Als Richtlinie für die Bodenmenge, die ein Hof zu erhalten habe, gab es eine Mindest- und eine Höchstgrenze der Norm. Je nachdem, in welcher von 5 Regionen der BSSR sich der Hof befand, lag das Minimum bei 5-7,5 ha, das Maximum bei 10-16 ha.<sup>9</sup> Da in den Gebieten der damaligen Rumpf-BSSR<sup>10</sup> die obščina-Verfassung im Zarenreich nicht existiert hatte, kannte auch der Landkodex keinen kommunalen Bodenbesitz<sup>11</sup>.

Für die Weide- und Waldgebiete in Polesien ergab sich somit die rechtliche Lage von Staatsgebieten, die für alle zugänglich<sup>12</sup> und de facto Niemandsländer waren. Mangels einer staatlichen Norm dürfte die Nutzung der Flächen nach Gewohnheitsrechten erfolgt sein. Und da aus Vorfällen in der zu Polen gehörenden Wojewodschaft Polesie bekannt ist, daß die Bauern auch die formal grundherrlichen Wälder und Weiden als die ihren betrachteten, so ergibt sich, daß der Landkodex das Denken und Handeln der örtlichen Bevölkerung lediglich legalisierte. Die Bauern nutzten weiterhin die ehemaligen Servitute.

Als am 3.3.1924 die BSSR auf die doppelte Größe erweitert wurde, galt in den dazugekommenen neuen Gebieten der früheren Gouvernements Vicebsk und Mahileŕ der RSFSR-Kodex zunächst weiter. Im September 1924 wurde dann vom

<sup>5</sup>Perspektivnyj plan 1927:497; vgl. Ocerki istorii KP(b)B 1967:218

<sup>6</sup>Narodnaja 1974:93 <sup>7</sup>Perspektivnyj plan 1927:28u <sup>8</sup>Lubachko 1972:73; Razvitie I 1973:103; Istorija BSSR II 1963:204

<sup>9</sup>Ocerki istorii KP(b)B 1967:120 <sup>10</sup>vgl. Karte 3 im Anhang

<sup>11</sup>Lubachko 1972:73; Istorija BSSR 1961:II:204 behauptet hingegen, durch den Landkodex sei Gemeinschaftsbesitz ermuntert worden <sup>12</sup>Kosman 1979:313



ZK-Plenum der KP(b)B die Einführung eines für die ganze BSSR einheitlichen Kodexes beschlossen, der am 1.9.1925<sup>13</sup> erlassen wurde: nun gab es auch im Osten der BSSR keine Verfassung mehr für kommunalen Landbesitz.<sup>14</sup> Die Chutor- und Otrubbildung sollte der Sowjethistoriographie zufolge durch den Landkodex beschränkt werden, allzu gut situierten Höfen sollte Land abgenommen werden können<sup>15</sup>.

Als "Besonderheit der BSSR" kannte der Kodex den pasjolak (etwa: kleine Neusiedlung). Solche pasjolki errichtete die Regierung auf ehemaligen Gutshöfen und anderswo.<sup>16</sup>

Das Bodengesetz der BSSR enthielt auch schon Richtlinien für den Fall, daß Bauernfamilien sich zur gemeinsamen Bodennutzung und -bearbeitung entschließen sollten. Dieser Fall trat aber kaum ein.

Da Weißrußland und erst Recht Polesien schwach industrialisierte Gebiete waren, hatte die Einführung der NEP wie auch ihre Beseitigung 1929/1930 den überwältigenden Teil der Bevölkerung, die ganze Volkswirtschaft betroffen. Wie in den anderen Sowjetrepubliken bedeutete die NEP die Einführung von Steuern auf Ackerfläche statt einer Zwangsabgabe und einen freien Klein- und Mittelhandel. Eine bestimmte durchgängige landwirtschaftspolitische Linie in der BSSR ist aber nicht zu erkennen. Vermutlich gab es auch Auseinandersetzungen in Regierung und Verwaltung. Zuweilen waren Beschlüsse über die landwirtschaftlichen Ziele gegenläufig: einerseits wurden z.B. Kooperativ- und Kollektivwirtschaften mit Subventionen und Krediten gefördert<sup>17</sup> und Schulden landarmer Höfe erlassen, andererseits hatte man sichtlichen Gefallen an prosperierenden Einzelhöfen. Kaleko bezeichnet die Kulaken sogar als die "Lieblingskinder der Regierung".<sup>18</sup> Der seit 1925 amtierende<sup>19</sup> Landwirtschaftskommissar Pryscepa£, ein ehemaliger Sozialrevolutionär<sup>20</sup>, versuchte wiederum, große Dorfeinheiten durch Aussiedlung zu verkleinern.

Im Ergebnis bewirkte die Politik der 20er Jahre, daß das Land aufgeteilt wurde, die Agrarstruktur und -produktionsweise jedoch nur mäßig und mit den klassischen Mitteln (Geldpolitik) beeinflußt wurde. Experimente wurden gefördert und nebenher durchgeführt. Willkürmaßnahmen wie z.B. neuerliche Verordnungen über Landumverteilungen, Steuern und selbst Requisitionen wurden von der

<sup>13</sup>Istorija BSSR 1961 205 sagt: 1.4.1925 <sup>14</sup>Lubachko 1972:73; Istorija BSSR 1961:II 204f <sup>15</sup>Istorija BSSR 1961 II:205 <sup>16</sup>siehe hierzu unten 5.1.7.; Lubachko 1972:74 <sup>17</sup>Die einzelnen Arten der Kooperativ- und Kollektivwirtschaften sind im Glossar erklärt <sup>18</sup>Kaleko 1929:59 <sup>19</sup>Lagun 1970:169 <sup>20</sup>Krushinsky 1953:11

Bevölkerung ständig für möglich gehalten, niemand rechnete jedoch mit der Zwangskollektivierung.

Die frühsowjetische Bodenverfassung - staatliches Eigentum, private Nutzung - hätte, wäre es nach den Bauern und dem Landwirtschaftskommissariat der BSSR gegangen, weitergeführt werden können und wäre dort auch weitergeführt worden, wenn nicht die auf Stalin eingeschworene Unions-KP nach einigen taktischen Schwenks auf die Kollektivierung gedrängt hätte.<sup>21</sup>

#### 6.1.2. Agrarverfassung und Agrarpolitik im Jahrzehnt der Kollektivierung (1930-1939)

Daß die politischen Maßnahmen in der NEP-Zeit angeblich nicht erfolgreich nivellierend gewirkt hatten und das Genossenschaftswesen sich schlecht entwickelt hatte [siehe unten], schien den Anhängern einer Kollektivierung, den "Linken", Recht zu geben. Gegen Ende der NEP-Periode wurde daher die Kollektivierung der Landwirtschaft immer nachdrücklicher gefordert, bis Stalin nach der Liquidierung der "Linksabweichler" selbst für sie eintrat.

In den 30er Jahren waren in der BSSR wie überhaupt in der UdSSR Agrarverfassung und Agrarpolitik nicht mehr voneinander zu trennen. Denn abgesehen davon, daß ohnehin eine Verwaltungsgerichtsbarkeit fehlte, - die Sowjetrepubliken waren ja keine Rechtsstaaten -, wurden die die Agrarverfassung betreffenden Maßnahmen immer willkürlicher, sie wurden nur noch von oben nach unten befohlen (d.h. es gab keine beschränkte Autonomie der BSSR mehr). Die Trennung von Partei und Sowjets hob man nun auch formal fast auf, man nannte Partei und CIK in einem Atemzug (d.h. es gab keine beschränkte Autonomie der Sowjets mehr gegenüber der Partei).

Die Zwangskollektivierung wurde nicht aufgrund bestimmter einklagbarer Gesetze durchgeführt, sondern mit einer Kombination aus wirtschaftlichem, fiskalischem, politischem und halb-militärischem Druck. Formalrechtlich war auch in den 30er Jahren die Individualwirtschaft nicht verboten, und tatsächlich gab es einen - freilich immer kleiner werdenden - Anteil privater Höfe in der BSSR.

Beschlossen wurde die Förderung der Kollektivierung als sehr wichtige Aufgabe erstmals auf dem XI. Parteitag der KP(b)B im November 1927<sup>22</sup>, und begünstigt wurden Kollektive schon seit Bestehen der BSSR. Da die Beschlüsse zur Kollektivierung nicht ernstgenommen wurden, gab es einen erneuten Beschluß auf dem XII. Parteitag der KP(b)B im Februar 1929.<sup>23</sup>

<sup>21</sup>zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen der VKP(b) gibt es eine Reihe von westlicher Literatur

<sup>22</sup>Podgotovka 1976:#1,S.28

<sup>23</sup>Kalhasy 1929:8; vgl. Provedenie 1973:#65,S.151

In einem Projektentwurf für ein neues Bodengesetz der BSSR aus dem Jahre 1929 wurde ausführlich auf die Kollektivwirtschaft eingegangen.<sup>24</sup>

Örtlich war die Kollektivierung schon 1929 erfolgreich. In Polesien waren im Gebiet des Dorfsowjets Ruceev (Rajon Loe£) zum 15.6.1929 50% der Höfe in einen Kolchos eingetreten.<sup>25</sup>

Aber erst, nachdem die Entscheidungsträger im Landwirtschaftsministerium ausgewechselt und verhaftet worden waren (Pryscepa£ am 14.9.1929)<sup>26</sup> und ein verbindlicher Beschluß über die Kollektivierung gefaßt war (26.11.29)<sup>27</sup>, konnte das Stadium der "forcierten Kollektivierung" [splosnaja kollektivizacija] eingeläutet werden. In den "Kulaken" erblickte man eine Klasse, und "als Klasse" sollten sie auch liquidiert werden.

Nach dem am 5.1.1930 in Moskau verabschiedeten Plan sollte in der BSSR die Kollektivierung erst in einer "dritten Zeitstufe" erfolgen; danach hätte die BSSR bis Ende 1933, also fast vier Jahre Zeit gehabt. Am 8.1.1930 beschloß aber das neue ZK der KP(b)B, die weißrussischen Höfe schon bis Ende 1931 vollständig zu kollektivieren.<sup>28</sup>

Wie in der ganzen Union herrschte bei der Kollektivierung das Chaos. Die Aktivisten vor Ort waren übereifrig. In Polesien (okrug Mazyr) waren bis zum 20.2.1930 80% der Höfe mit 90% der Ackerfläche kollektiviert<sup>29</sup>. 11% aller Höfe im okrug Mazyr wurden "entkulakisiert", mit anderen Worten, enteignet, obwohl nur 4% der Höfe als von Kulaken bewohnt galten<sup>30</sup>.

Nachdem aber Stalin mit seinem Aufsatz "Vor Erfolg vom Schwindel befallen" vom 2.3.30<sup>31</sup> die allzu schnelle Kollektivierung kritisiert hatte und auch das Büro des ZK der KP(b)B am 17.4.1930 eine Resolution "Über den Kampf gegen die Übertreibungen" faßte<sup>32</sup>, traten in Polesien die Leute sofort wieder aus den Kolchos aus<sup>33</sup>. Nach 2 Monaten und 10 Tagen waren nur noch 11,7% der Höfe mit 12,6% der Ackerfläche in Kolchosen organisiert, in der BSSR waren es 17,1% am 20.5.1930<sup>34</sup>. Die Kooperativen fielen ebenfalls auseinander.<sup>35</sup>

24Zjamelnyj kod,ks BSSR.(Pra,kt) 1929:#62-126 25Lagun 1970:189

26Lubachko 1972:94; vgl. Ocerki istorii KP(b)B 1967:II 120; Schon in der Juli/August-Nummer 1929 der Zeitschrift Socialisticeskoe stroitel'stvo, der BSSR-Zeitschrift für volkswirtschaftliche Fragen, zeichnete Pryscepa£ nicht mehr als Mitherausgeber

27Provedenie 1973:15 28Istorija BSSR 1961 2:270; vgl. Provedenie 1973: #52, S.95, Punkte 5+7 29Siehe Tabelle #62 im Anhang 30Lagun 1970:190

31auf deutsch: Stalin 1976:168-175 32Provedenie 1973:#52, S.92-96

33Provedenie 1973:S.96 #53 34Haladzed 1930:12; genauere Aufstellungen siehe Anhang Tabellen #62 und 63; vgl. auch Lagun 1970:195 35Haladzed 1930:66

Als Austrittsgründe wurden von den Aktivisten selbst genannt, der Absatz der Produkte sei nicht gesichert, es seien keine Industrieprodukte zu erhalten gewesen oder eingekauft worden, es sei keine Arbeit vorhanden und die Lohnzahlungsweise sei nicht organisiert gewesen<sup>36</sup>. Aus dem Kolchos "Novae zycc," im Rajon Pjatoryka£ seien acht, im Kolchos "Nova Lenina" 14 von 200 Höfen ausgetreten.<sup>37</sup> Diese Werte waren noch stark beschönigend.

Auch die Entkulakisierung sollte z.T. wieder rückgängig gemacht werden. So berichtet auch das BelKalHasC,ntr an die Central'naja Kontrol'naja Komissija (CKK) der KP(b)B und das NK der Raboce-Krest'janskaja Inspekcija (RKI) am 18.4.1930 "Über die Liquidierung von Übertreibungen und Fehlern bei der Kollektivierung": "Den unrechtmäßig entkulakisierten mittelbäuerlichen Wirtschaften wurde das Vermögen zurückgegeben, aber bis heute noch gibt es Fälle der Nichtrückführung des Vermögens und der unrechtmäßigen Zuteilung von vergesellschaftetem [abahulena] Eigentum (Schweinen, Schafen, Hühnern, Wohngebäuden usw.)".<sup>38</sup> Um den desorientierten Aktivisten, vielleicht aber auch den potentiell Betroffenen Verhaltensempfehlungen an die Hand zu geben, wurde eine am 18.4.1930 von dem noch nicht gestürzten CIK-Chef Carvjaka£, der übrigens bei den Bauern beliebt gewesen sein soll<sup>39</sup>, sowie von Haladzed und Chackevic unterschriebene Verordnung herausgebracht, in der erklärt ist, unter welchen ganz genauen Umständen ein Hof als Kulakenhof einzustufen ist.<sup>40</sup> Es ist schierig zu sagen, ob mit dieser Veröffentlichung versucht wurde, einen Funken Rechtssicherheit in die Zwangskollektivierung zu bringen. Jedenfalls war es auf diese Weise für die reicheren bäuerlichen Gruppen möglich zu versuchen, die Zwangskollektivierung durch eine Art Selbstenteignung zu unterlaufen.

Nach dieser "künstlichen Kolchosbildung auf dem Verwaltungsweg" fielen manche Kolchose ganz in sich zusammen.<sup>41</sup> Man versuchte aber, soviele Kolchose wie möglich wenigstens in kleinerer Größe zu erhalten. In der BSSR umfaßten

am 1.3.1930	3665 Kolchose	457.513 Höfe;
am 15.5.1930	3021 Kolchose	87.255 Höfe.

Dennoch war die Kritik an der Eilkollektivierung nur aus Taktik ausgeübt worden, gleichzeitig mit der Kritik wurde nämlich am 1.3.1930 ein Musterstatut über die Kolchose herausgegeben [siehe unten]; noch im Jahr 1930 wurde die Kollektivierung erneut vorangetrieben. Die Mittelbauern (serednjaken) sollten dabei nicht mehr durch die Kollektivierung benachteiligt oder gar "nach Solovki, Sibirien usw." geschickt werden<sup>42</sup>.

36Provedenie 1973:S.98 37ebd. 38Provedenie 1973:97 39Krushinsky 1953:54f  
40Provedenie 1973:169, #97 41Provedenie 1973:#97 42Haladzed 1930:15

Teile der Landbevölkerung der BSSR nutzten die geographische Lage ihrer Heimat: "Unternehmungslustigere Elemente, die an der Grenze siedelten, versuchten mit dem Rest ihrer Habe nach Polen durchzukommen". "Die Zahl der vor den Folgen der Kollektivisierung [!] nach Polen geflohenen Personen erreicht gegenwärtig [1930/31] eine Zahl von 1000 und wächst weiter an."<sup>43</sup>

Nach der Errichtung der Mustersatzung gab es noch gelegentliche politische Eingriffe per Dekret. Diese Dekrete waren zum Teil direkte Eingriffe in die bäuerliche Produktion, eher aber war es eine Politik des informellen Terrors, durch die Stalin seine Ziele durchsetzte.

Im Jahre 1932 sah es noch einmal so aus, als würde die Kollektivierung wieder zusammenbrechen<sup>44</sup>. Wieder traten Höfe aus den Kolchosen aus. Doch diesmal war alles besser vorbereitet worden, so daß von nun an zäh und stetig die Kollektivierung von oben durchgesetzt wurde. In der BSSR dauerte dies länger als in anderen Unionsrepubliken. Bis zum 1.7.1934 waren in der BSSR erst die Hälfte aller Höfe Kolchosen beigetreten, am 1.7.1939 92%<sup>45</sup>. Außerhalb der Kolchose blieben vor allem chutora und kleine pasjolki.<sup>46</sup>

Zur Durchführung der Kollektivierung wurden gemäß dem Beschluß des Plenums von ZK und CKK der VKP(b) im Januar 1933 Politabteilungen eingerichtet. Und "unter unmittelbarer Teilnahme der Politabteilungen wurden in Weißrußland 174.000 Höfe kollektiviert."<sup>47</sup>

Außer den Politabteilungen wurden aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen wahlweise Trupps zur Durchführung von Stoßkampagnen zusammengestellt. Im einzelnen handelte es sich um

- a) die sogenannten 25.000er<sup>48</sup>
- b) den KomSoMol<sup>49</sup>
- c) Arbeiter, die die Fürsorge über die Kolchose übernahmen [sefstvo]
- d) Gewerkschaften<sup>50</sup>
- e) Torfarbeiter<sup>51</sup>.

Zur Hebung der Moral wurden "Tage der Ernte" und dergleichen eingeführt.<sup>52</sup> Trotz der immer beklagten Überbevölkerung waren diese Erntekampagnen aus politischen Gründen nötig, da sonst die staatliche Verwaltung keine Übersicht über die bäuerliche Produktion gehabt hätte.

Am 17.2.1935 wurde unionsweit ein "Neues Musterstatut" für Kolchose eingeführt.<sup>53</sup>

<sup>43</sup>Elski 1931:dt.53 =poln.104f <sup>44</sup>Ocerki istorii KP(b)B 1967:173f <sup>45</sup>Genauere Tabelle #63 im Anhang <sup>46</sup>vgl. Ocerki istorii KP(b)B 1967:196; Was genau hinter den Kulissen vor sich ging, wird erst in den nächsten Jahren herauszubekommen sein. <sup>47</sup>Ocerki istorii KP(b)B 1967:189f; vgl. Razvitie II 1975:122; vgl. auch Ekonomika 1967:241 <sup>48</sup>vgl. Provedenie 1973:#48 <sup>49</sup>Ocerki istorii LKSMB 1975:193-195 <sup>50</sup>German 1968:227 <sup>51</sup>Provedenie 1973:#150,S.290 <sup>52</sup>Provedenie 1973:#86 Nø7,S.154 <sup>53</sup>Schiller 1960:23; für die BSSR Lagun 1970:224

6.1.3. Monetäre Politik als Agrarpolitik: Marktquote, Kreditvergabe, Steuerpolitik  
Mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik wurde der freie Verkauf landwirtschaftlicher Produkte legalisiert; dadurch sollten Anreize zu einer Mehrproduktion über die Subsistenz hinaus geschaffen werden. Tatsächlich nahm der Warenanteil der bäuerlichen Produktion ein solches Ausmaß an, daß die Marktmechanismen wirkten.

Daß eine Erhöhung von Ertrag und Produktivität der bäuerlichen Produktion nicht zuletzt im Interesse der Versorgung der städtischen Bevölkerung und des Exports anzustreben sei, darüber war man sich einig. Unterschiedlicher Meinung war man jedoch, welche Rolle das Geld in der staatlich gelenkten Marktwirtschaft der NEP einnehmen sollte. Es bestanden unterschiedliche Vorstellungen über die einzuschlagende Preispolitik: sollten die Preise für landwirtschaftliche Produkte mit staatlichen Mitteln niedrig gehaltene Festpreise, reine Marktpreise oder gar gestützte Preise sein? Praktisch setzte sich ein wenig gesteuerter Marktpreis durch; eine Umsatzsteuer auf Einnahmen aus Land- und Waldwirtschaft wurde nicht erhoben.<sup>54</sup> Aber egal, welche Politik sich durchgesetzt hatte, die geldlichen Umsätze (und Ausgaben) aller bäuerlicher Schichten stiegen erheblich an; vor allem die wohlhabenderen Bauern begannen, ihre Überschüsse auf dem Markt zu verkaufen (s.u., Kapitel 6.2.5.).

Damit verhalf man aber denjenigen zu einem Geldumsatz und band diejenigen in die sowjetische Volkswirtschaft ein, die gemäß der ideologischen Grundsätze am wenigsten geeignet waren, das Bündnis [smyčka] zwischen Arbeitern und Bauern beim Übergang zum Sozialismus zu gewährleisten. Gerade in Weißrußland machte dies aber den Verantwortlichen in Regierung und Verwaltung nichts aus - nicht, weil sie "den Kapitalismus restaurieren" wollten, sondern weil sie um den Staatshaushalt und dessen Außenhandelsbilanz bedacht waren.

Die handels-, kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen, die vom (Moskauer) Zentrum aus getroffen wurden, um das angebliche Entstehen einer Handelsgewalt in den Händen der Kulaken zu unterbinden, bewirkten jedoch, wie insbesondere Merl [Merl 1981] herausstellt, das Gegenteil der beabsichtigten Nivellierung zwischen reicheren und ärmeren Bauern. Denn die ärmeren Bauern nutzten die Steuererleichterungen nicht zu einer Ausweitung der Marktproduktion, sondern - entsprechend dem Hang zur Subsistenzwirtschaft - zu einer Einschränkung ihrer Produktion oder Erhöhung ihres Konsums.

Schon bestehende bäuerliche Absatzgenossenschaften wurden in ein flächendeckendes, der staatlichen Politik unterstehendes Netz eingebunden, das zu niedrigen Festpreisen die Produkte aufkaufte. Die - gegen ärmere wie reichere Bauernfamilien gerichtete - Politik niedriger Preise wurde jedoch von der BSSR zunächst nur widerwillig mitgetragen. Zuletzt führte diese Politik zu zwei verschiedenen Preisen für dasselbe Produkt<sup>55</sup>, wobei der Marktpreis für Getreide im Oktober 1929 doppelt so hoch wie der staatlich verordnete war:

Tabelle 11

Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte in der Stadt Mazyr im Oktober 1928 und Oktober 1929 gegenüber 1913

|||||

[Statystyka. Bjulet, n 1930, Nø7, S.42-45]

1913=100

	Getreide		Gemüse		Fleisch		Milch	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929
Gesellschaft-								
licher Sektor	219	217	245	275	225	241	319	301
Privatsektor	399	505	278	369	242	456	412	597
Basarpreise	366	453	240	322	291	475	368	490

|||||

Schließlich ging man wegen der unbefriedigenden Versorgungslage von dem freien Handel teilweise ab und führte die Kontrahierung (auch: "Kontraktion"; [kontraktacija]) ein. Die Bauern verpflichteten sich, bestimmte Mengen bestimmter Produkte zu liefern.<sup>56</sup> Dadurch und aufgrund der Herabdrückung der Bauern zu Lohnarbeitern in den Kolchosen wurde die Eingliederung der bäuerlichen Wirtschaft in die Volkswirtschaft unterbunden. Die Bauern erhielten zwar - zumindest z.T. - Geldlohn, aber nicht auf dem Markt. Ob und wieviele nichtlandwirtschaftliche Konsumgüter und landwirtschaftliche Maschinen der ländlichen Wirtschaft zugänglich wurden, darüber entschied jetzt sowieso die Verwaltung.

Vertrauen in die Geldwährung konnte schon in den 20er Jahren deshalb nicht aufkommen, weil die Währung unter dramatischer Inflation zu leiden hatte, 1922 wurde eine neue Währung, der Rubel Cervonec eingeführt.

Kredite wurden vom jungen BSSR-Staat nicht nur in Geldform gegeben, sondern auch in Form von Saathilfe. Schon 1921 wurden trotz der miserablen Ernährungslage in den Sowjetrepubliken 445000 Pud Samen an die Bauern der BSSR verborgt <sup>57</sup>. Dies nützte zwar den Bauern, der Staat hatte jedoch die Versorgung der nichtbäuerlichen Gruppen sicherzustellen. Einer der Hebel, die man ansetzte, war die Kreditvergabepolitik. Den Bauern sollte ermöglicht werden, ihre

<sup>55</sup>vgl. auch Minskij Muzik 1937:116  
BSSR 1961 II:188

<sup>56</sup>Podgotovka 1976:176f <sup>57</sup>Istorija

Kapitalausstattung zu verbessern und so ihre Wirtschaft zu intensivieren. Dies galt gleichzeitig als Maßnahme zur Reorganisierung der ganzen Volkswirtschaft. Das Problem war jedoch, daß nur die wohlhabenderen Bauern darauf aus waren, die Kredite zur Verbesserung der Produktivität und zur Erhöhung der Produktion zu verwenden, um so höhere Geldeinkünfte zu erzielen. Die ärmeren Bauern verwendeten sie zur Bezahlung von Steuern und von Waren des Grundbedarfes wie Salz und Petroleum. Kredite verlockten die ärmeren Bauern eher zum Schuldenmachen, sie banden sie in die Geldwirtschaft auf eine andere, ganz unbeabsichtigte Weise ein.

In den 20er Jahren wurden besonders Kooperativen und Kollektivwirtschaften mit Krediten oder sogar Subventionen ausgestattet. Aber selbst das Kreditvolumen für solche Einrichtungen wurde 1924/25 in den ersten 3 Quartalen nur zu 48% ausgeschöpft.<sup>58</sup> Die Bauern traten nicht alle gerne in die Kreditgenossenschaften ein.<sup>59</sup>

Die Umstellung der Steuern von der Getreideablieferungspflicht auf die Naturalsteuer war ein anderes der Hauptmerkmale der Neuen Ökonomischen Politik. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob diese Umstellung bei der Bauernschaft so viel Anklang gefunden hätte, wenn sie nicht mit einer quantitativen Verringerung der Steuern<sup>60</sup> einhergegangen wäre. Nachdem schon 1922 als Verrechnungseinheit eine Gewichtseinheit Roggen fungierte, wurden ab 1924 die Steuern in Geld statt in Naturalien entrichtet.<sup>61</sup>

UdSSR-weit wurden die landwirtschaftlichen Steuern jedes Jahr neu festgelegt.<sup>62</sup> Die einzelnen Republiken modifizierten diese Abgaben noch. Die Bauern erwarteten mit Spannung die neuesten Festlegungen und richteten ihre Aussaat danach ein. Die Unsicherheiten bezüglich der Besteuerung trugen aber auch dazu bei, daß die Bauern sich mehr in jenen Zweigen der Produktion engagierten, deren Produkte sie selbst gebrauchen konnten.

Besteuert wurde nach dem erwarteten Ertrag, nicht aufgrund der Angaben der Bauernhaushalte selbst;<sup>63</sup> die Berechnungen waren kompliziert: sowohl der zu versteuernde Wert als auch die davon zu erhebende Steuer setzten sich aus mehreren Einzelgrößen zusammen. Der Bodenbesitz ließ sich nicht so einfach von den Bauern verheimlichen. Bei dem Vieh, das auch besteuert wurde, war dies anders. Die Besteuerung nach Saatfläche einerseits und nach gesamter

<sup>58</sup>Istogi raboty 1927:44 <sup>59</sup>Kooperativno-kolchosnoe stroitel'stvo 1980:#107,S.213

<sup>60</sup>Istorija BSSR 1961 II:180 <sup>61</sup>Auhagen 1929:223 <sup>62</sup>Auhagen 1929:220

<sup>63</sup>Auhagen 1929:224



landwirtschaftlicher Nutzfläche andererseits bestanden zunächst nebeneinander.<sup>64</sup> In der BSSR waren die Steuern gegenüber den anderen Sowjetrepubliken weder besonders niedrig noch besonders hoch.<sup>65</sup>

Von den 119.300.000 Rubeln Einnahmen, die die BSSR im Haushaltsjahr 1927/28 auswies, wurden 10.039.000 Rubel durch direkte Steuern aus der Landwirtschaft erzielt.<sup>66</sup> Dies machte bei 369 Millionen Rubel Nettoeinkommen der Landwirtschaft rund 2,7% aus. Während der Anteil der direkten Steuern an den Staatseinnahmen allgemein steigen sollte, waren die landwirtschaftlichen Steuern nach einem Allunionsbeschluß vom 20.2.1929 durchschnittlich um 11-12% gesenkt worden.<sup>67</sup> Gleichzeitig wurde aber die Progression in der Besteuerung verschärft.<sup>68</sup> Die Steuerentwicklung sollte in der BSSR "stabilisiert" werden, die Einnahmen mit der Zahl der aktiven Bevölkerung steigen. Die Steuern für die Landwirtschaft waren nicht hoch. Die Einnahmen aus dem Holzverkauf waren mit 30.000.000 Rubel drei mal so hoch<sup>69</sup>.

Die landwirtschaftlichen Kooperativen und besonders die Kolchose wurden in den 30er Jahren mit geldpolitischen Maßnahmen begünstigt. So bekamen z.B. "die Kolchose und Kolchosmitglieder" im Jahre 1933 5.000.000 Rubel Kredithilfe, 1936 waren es schon 23.000.000 Rubel<sup>70</sup>. Es ist anzunehmen, daß damit nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Kolchose und deren Attraktivität für die Einzelbauern erhöht, sondern überhaupt deren Überleben sichergestellt werden sollte. Auch die Besteuerung wurde als einfaches Instrument benutzt, die Bauern in den Kolchos zu führen. Kolchose wurden z.B. auf Beschluß des SovNarKom der BSSR und des ZK der KP(b)B vom 29. April 1934 zwei Jahre lang von Steuern befreit, während den "Kulaken" eine Steuererhöhung ins Haus stand.<sup>71</sup>

#### 6.1.4. Landwirtschaftliche Beratung und Agronomie

Es gab neben dieser wechselvollen allgemeinen Agrarpolitik aber auch eine einheitlichere "technische Seite" der Landwirtschaftspolitik. Sowohl in den 20er als auch in den 30er Jahren sollten die Böden sowohl extensiver als auch intensiver genutzt werden. Ob es gelang, wird weiter unten zu überprüfen sein. An dieser Stelle sind erst einmal die Maßnahmen zu schildern.

<sup>64</sup>Auhagen 1929:224f; es wäre interessant zu erfahren, wie in Polesien besteuert wurde, wo es schwer zu definieren ist, was "landwirtschaftliche Nutzfläche" ist

<sup>65</sup>Auhagen 1929:226f <sup>66</sup>Pjatiletnyj plan 1929: 289 <sup>67</sup>Pjatiletnyj plan 1929:289

<sup>68</sup>Auhagen 1929:231-234 <sup>69</sup>Pjatiletnyj plan 1929:290

<sup>70</sup>Historyja III 1973:547 <sup>71</sup>Historyja III 1973:548

Der Propagierung von (aus ihrer Sicht) verbesserten Anbaumethoden widmeten Regierung und Verwaltung der BSSR in den 20er Jahren viel Aufmerksamkeit. Die Ernteerträge im Ackerbau sollten erhöht, der Milchertrag der Kühe gesteigert und eine "b, konizacyja"<sup>72</sup> der Schweine bewirkt werden.

In Hory-Horki wurde schon am 7.4.1919 die im 19. Jahrhundert gegründete landwirtschaftliche Hochschule wieder neugegründet, am 21.8.1925 mit dem 1922 gegründeten Minsker Landwirtschaftsinstitut vereinigt<sup>73</sup> und auf 4 Fakultäten erweitert. 1928 studierten hier "etwa 1500" Leute. Auch in den 30er Jahren gedieh der Lehrbetrieb.<sup>74</sup>

Auf niederer Ebene führte man Kurse durch, "deren Dauer 3-4 Wochen nicht überschreitet"<sup>75</sup> und deren Kosten von den Bezirksbudgets zu begleichen waren. Landwirtschaftliche Ausstellungen sollten<sup>76</sup> vorwiegend auf Bezirksebene abgehalten werden. Offensichtlich ging es den Agronomen zunächst um die Vermittlung grundsätzlicher Kenntnisse moderner bäuerlicher Wirtschaftsweise. Seltener sollten Spezialausstellungen durchgeführt werden.

Es wurden auch Wettbewerbe durchgeführt, bei denen es Preise für den besten Bauernhof, den besten pasjolak, den besten landwirtschaftlichen Kreis, die beste Kooperative gab<sup>77</sup>.

Man besuchte landwirtschaftliche Musterfarmen in Dänemark und in den Niederlanden, übrigens ein Anhaltspunkt für eine begrenzte eigenständige Außenpolitik der BSSR zu jener Zeit.<sup>78</sup>

Es wurde aber beklagt, daß die Agronomie nicht über eine Hilfe in Notfällen hinauskomme, daß es zuwenig agronomisches Personal gäbe, das zudem schlecht ausgebildet sei.<sup>79</sup> Soziale Verbesserungen würden als Allheilmittel angesehen, die Agronomie daher vernachlässigt.<sup>80</sup>

Auch in den 30er Jahren gab es landwirtschaftliche Ausstellungen, jedoch verkümmerten sie immer mehr zu einem panegyrischen Gesang auf vollbrachte Leistungen. Durch die Förderung der Stachanov-"Bewegung" wurden Menschen gefeiert,<sup>81</sup> die für ihre Arbeitsrekorde ihre Gesundheit aufs Spiel setzten.

72Lajko£ 1929:5 73Istorija BSSR II 1961:226 74Gruber 1943:87f; Lubachko 1972:75; Istorija BSSR 1961 II:226 75Perspektivnyj plan 1927:371  
76laut Perspektivnyj plan 1927:372 77S-ezdy sovetov II 1960:257 Punkt 26z; Perspektivnyj plan 1927:373; Vosstanovlenie 1981:#143; Krushinsky 1953:11  
78Lubachko 1972:74; Hlybinny 1959:41; Kabysh 1959:103 spricht von Deutschland und Dänemark 79Lajko£ 1929:57 80Lajko£ 1929:5 81vgl. Razvitie II 1975:130

#### 6.1.5. Agrarpolitik als Melioration

Das Problem der sogenannten agrarischen Überbevölkerung<sup>82</sup> sollte durch Ausdehnung der Anbaufläche vermindert werden. Ein Mittel dazu sollte die Urbarmachung ungenutzten Bodens sein. 1921/22 wurden erste Entwürfe zu Meliorationsarbeiten angefertigt. Aber bis 1924/25 wurden in der ganzen BSSR lediglich 45 Verst Abwässerkanäle nachgebessert und 11 Verst neue Kanäle errichtet.<sup>83</sup>

Der Staat nahm in den 20er Jahren die Meliorationstätigkeit selbst nur auf der Ebene der Rahmenplanung in die Hand; die praktische Ausführung wurde Meliorationsgenossenschaften in die Hand gelegt, von denen es Ende 1925 immerhin 425 gab; diese waren für ein Gebiet von über 70.000 Ds. zuständig.<sup>84</sup> Im okrug Mazyr sollten die Früchte der "in früherer Zeit durchgeführten Arbeit" erhalten werden.<sup>85</sup> Sehr viel mehr schien vorerst nicht möglich zu sein: "Die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen des okrug Mazyr behindern eine breite Heranziehung der Bevölkerung zu Meliorationsarbeiten; bedeutende Flächen versumpfter Massive, und eine arme und dürrtliche [redkost'] Bevölkerung legen den Staat darauf fest, [...] sich auf das Zugänglichmachen dieser Gebiete zu beschränken".<sup>86</sup>

Laut Perspektivplan wollte man sich auf die Stützung der Genossenschaften im Becken der Uborc' (größter Ort: Lel'cycy) und auf die Regulierung der Oressa und einiger ihrer Nebenarme konzentrieren<sup>87</sup>. Im okrug Mazyr sollten 1925/26 1000 Dejatinen, 1926/27 3200 Ds., 1927/28 5000 Ds., 1928/29 7000 Ds. und 1929/30 8000 Ds. trockengelegt werden.<sup>88</sup>

Wenn man sich auch nicht allzu viel vorgenommen hatte, so war doch im Perspektivplan von 1927 schon ein detailliert anmutender Zeitplan zur Melioration der BSSR aufgestellt worden.<sup>89</sup>

55.000 ha des Oressabeckens wurden einem Kolonisierungsfond zugeschrieben.<sup>90</sup> Wie diese Böden am besten trockenzuliegen seien und was mit ihnen anzufangen ist, wurde bei Minsk auf einem 110 ha großen Versuchsgelände erforscht.<sup>91</sup>

<sup>82</sup>vgl. Perspektivnyj plan 1927:110 <sup>83</sup>Perspektivnyj plan 1927:207; vgl. Lupinovic 1953:29 <sup>84</sup>in der BSSR; Perspektivnyj plan 1927:207  
<sup>85</sup>Perspektivnyj plan 1927:215 <sup>86</sup>Perspektivnyj plan 1927:215 <sup>87</sup>ebd.  
<sup>88</sup>Perspektivnyj plan 1927: 242f <sup>89</sup>Perspektivnyj plan 1927:206-251  
<sup>90</sup>Pjatiletnyj plan 1929:350 <sup>91</sup>Syperka 1930:20

Der Fünfjahresplan sah folgende Meliorationsarbeiten in den einzelnen Flußbecken vor:

Tabelle 12

Meliorationspläne des Fünfjahresplanes für den okrug Mazyr

«»

°[Pjatiletnyj plan 1929:248f]

°Oben (gerade): km; unten (kursiv): Kosten in 1000 Rubel

° Sumpffläche

°Fluß	in ha	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	Summe		
°Tur'ja	5000						20	20	
°Slovecna	25000		13		16	20		28	30 30
°Uborc'	20000			60		75	100		77 145 380
°Oressa	138000	12	25		25	30	30	122	
°Summe	150 300		300 360			360 1470			90 256
			150 360			575 660			715 2460

¼

Bis 1941 wurden in der BSSR 179.000 ha trockengelegt; hierbei fiel nur ein Teil auf Polesien. Erst am 7. März 1941 kam es in der BSSR zu einem Beschluß, in den folgenden 15 Jahren 4.000.000 ha trockenenzulegen.<sup>92</sup> Dieses wegen der Ereignisse des 2. Weltkriegs nicht mehr in Angriff genommene Projekt war es wahrscheinlich, welches 1952 wiederaufgenommen wurde.<sup>93</sup>

#### 6.1.6. Agrarpolitik als Siedlungspolitik

Die ländliche Überbevölkerung sollte aber auch ausdrücklich wie schon zur Zarenzeit durch die Siedlungspolitik vermindert werden.<sup>94</sup> Dazu gab es drei Methoden: Aussiedlung in andere Regionen, Abwanderung in die Städte, Schaffung neuer Siedlungen.

Die Industrialisierung sollte eine Urbanisierung, also eine Abwanderung aus dem Dorf ermöglichen, um die dortige versteckte Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verstädterung ohne Schaffung von Arbeitsplätzen wäre hingegen wenig hilfreich gewesen: in den Stetln gab es ebenfalls "ungenutzte Arbeitskraft", und unter anderem aus diesem Grund versuchte man, jüdische Ackerkolonien zu gründen (s.u.).

Außerdem sollte die Bevölkerungszahl durch Aussiedlung nach Sibirien, in den Ural und auf die Krim<sup>95</sup> vermindert werden. Auch in Richtung Westen ließ man die Menschen Anfang der 20er Jahre gehen<sup>96</sup>. In den 20er Jahren wurde noch

<sup>92</sup>Notiz in der Geographischen Zeitschrift 47 (1941): 343r; Kabysch 1960:71; Lupinovic 1953:31 <sup>93</sup>Kazakov 1953:24; French 1959:179l <sup>94</sup>Perspektivnyj plan 1927:110 <sup>95</sup>vgl. Historyja III 1973:368; zu Krim: Itogi raboty 1929:23,52; Vosstanovlenie 1981:#145 <sup>96</sup>Vosstanovlenie 1981:#156

ganz offiziell und offen darüber geredet, wie die Menschen zur freiwilligen Umsiedlung zu bewegen seien<sup>97</sup>. Es wurden Berechnungen aufgestellt, wieviel den Staat solche Umsiedlungen kosten würden; der Staat stellte Finanzmittel für die Überfahrt und selbst für Fotografierarbeiten bereit<sup>98</sup>. Es wurden Siedlungsgenossenschaften gegründet<sup>99</sup>. Der Entwurf für ein neues Bodengesetz der BSSR von 1929 sah aber schon in Ausnahmefällen die Möglichkeit einer zwangsweisen Umsiedlung vor.<sup>100</sup>

In den 30er Jahren wurde dann die Aussiedlungsprozedur "vereinfacht": es ist oft auf den ökonomischen Charakter hingewiesen worden, den die Zwangsdeportationen in sibirische Lager aufwiesen - zuweilen wurden angebliche Staatsfeinde und Spione ausschließlich zur Planerfüllung "entlarvt" und verschickt.

Innerhalb der BSSR wurden neue Siedlungen gegründet, die oben schon erwähnten pasjolki (russisch: poselki). Diese wurden auf den Böden der ehemaligen "nichtarbeitenden" Landgutsbesitzer, aber auch anderswo errichtet und umfaßten in der Regel 10-15 Höfe.<sup>101</sup> Was hat es mit den pasjolki auf sich? Da viele Dörfer in Weißrußland und besonders in Polesien<sup>102</sup> groß waren, und da (besonders in Polesien) ein hoher Anteil der Bodenfläche zum Ackerbau unbrauchbar war, lagen viele Flure weit vom Dorf entfernt<sup>103</sup>. Hatte nun eine Familie aufgrund der Landverteilung zusätzlichen Boden erhalten, wurde diese Tendenz noch verstärkt, da das ehemalige grundherrliche Landstück auch wieder abseits lag.

Um diesem unökonomischen Zustand abzuhelpen, wurden vom Landwirtschaftskommissariat unter Zmitrok Pryscepau die pasjolki begründet: einige Familien bildeten abseits vom Dorf neue Siedlungspunkte. Der nichtsoawjetischen Historiographie zufolge entsprach diese Politik den Bedürfnissen der Landbevölkerung<sup>104</sup>. Die sowjetweißrussische Geschichtsschreibung hat jedoch bis in die 80er Jahre hinein diese Politik Pryscepau's als "rechtsabweichlerisch" verurteilt<sup>105</sup> und als "Chutorisierungspolitik" diffamiert; letzteres ist allerdings eine bewußt unpräzise Formulierung, da ja nicht Einzelhöfe, sondern Kleinsiedlungen geschaffen wurden.

97Pjatiletnyj plan 1929:17

98Perspektivnyj plan 1927:162f

99Itogi raboty 1929:8

100Zjamel'nyj kod,ks BSSR (Pra,kt) 1929:#360

101Perspektivnyj plan 1927:129; vgl. Istorija BSSR 1961 II:205; Lubachko 1972:73;

Krushinsky 1953:10 spricht von 12-20 Höfen; Kabysch 1959:102 von 5-7 Höfen

102Zutkevic 1959:22 103vgl. Kabys 1959:102 104Kabysch 1959:102; Krushinsky

1953:10f 105Ocerki istorii KP(b)B II 1967:120; Provedenie 1973:406, Anm.24

Auch ein Exil-Weißrusse, der in den 30er Jahren seine Heimat als Tourist bereiste, fand in Pryscepa's Politik nicht nur Gutes: Sie sei von Moskau befohlen gewesen, habe die Dörfer auseinandergerissen und somit ihrer Lebendigkeit beraubt<sup>151</sup>: "Die Bolschewisten brgerten die Stolypin-Reform ein".<sup>152</sup>

Ein besonderes Programm wurde für die jüdische Bevölkerung durchgeführt. 20% der jüdischen Bewohner der Stetl hatten erklärt, Landwirtschaft betreiben zu wollen.<sup>153</sup> Am 25.7.1925 wurde eine besondere Verordnung herausgebracht, nach der die jüdische Bevölkerung Boden zugeteilt bekommen konnte.<sup>154</sup> Innerhalb von 4 Jahren wurden 3000 jüdische Familien mit Boden aus dem Fond des GosZemlmustestvo versorgt und so "zur Bodenbearbeitung herangezogen". "Durch Beschluß des SovNarKom der BSSR vom 18.1.1929 wurden für die jüdische Bodenbewirtschaftung für den nächsten Fünfjahresplan 50.000 ha Sumpf- und 30.000 ha Waldboden zugeteilt".<sup>155</sup> Auch im okrug Mazyr wurden solche Siedlungen - sei es nun als Einzelhofdrfer, sei es als Kolchose - eingerichtet, Ende der 20er Jahre waren es 17156. U.Ihnatouski, ein 1931 in den Selbstmord getriebener Wissenschaftler und Politiker<sup>157</sup>, versprach sich davon die "Lösung der nationalen Fragen durch eine ökonomische Einheit"<sup>158</sup>. Tatsächlich sollen die jüdischen Ackerkolonien erfolgreich gewesen sein<sup>159</sup>. Die weißrussischen Bauern waren dagegen nicht unbedingt begeistert. Der Sekretär des CIK, Cernusevic, berichtete aus eigenem Erleben: "Die Bauern umkreisten mich und sagten: @Was ist das für eine Politik [...] hier reicht der Boden nicht für die landlosen und landarmen Bauern - und ihr teilt ihn an die Juden auf, die hier früher saßen und handelten".<sup>160</sup> Man wagte sich also mit Experimenten vor und glaubte an die Machbarkeit und den Erfolg tiefgreifender Änderungen in der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur. Später wurde diese Politik gegenüber den Juden wohl wieder rückgängig gemacht; allgemein waren sie unter den Hauptleidenden der stalinistischen Repression; zu dem Thema Kolonien jedenfalls versiegen die Quellen.

#### 6.1.7. Die Rajonierung der BSSR

Sowohl die die technische als auch die die soziale Seite der ländlichen Produktion betreffenden Maßnahmenkataloge gingen auf regionale Besonderheiten ein. Weißrussische Landwirtschaftspolitiker und Agronomen stellten in Rechnung,

<sup>151</sup>Minskij Muzik 1937:102 <sup>152</sup>ebd 96 <sup>153</sup>Itogi raboty 1927:7

<sup>154</sup>Pjatiletnyj plan 1929: 59f; laut Itogi raboty 1927:6 am 25.7.1924 <sup>155</sup>Pjatiletnyj plan 1929:59 <sup>156</sup>Karte am Ende in Itogi raboty 1927 <sup>157</sup>Krushinsky 1953:34f; Engelhardt 1943:175; Kipel 1988: 323f <sup>158</sup>Itogi raboty 1927:34 <sup>159</sup>Itogi raboty 1927:36 <sup>160</sup>Itogi raboty 1927:38

daß für Polesien spezifische Maßnahmen zu ergreifen waren.<sup>161</sup> Es gab dabei grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Zielsetzung: entweder Polesien wird als Sondergebiet eine Sonderfunktion zugeordnet, oder es wird versucht, eine Angleichung der Regionen zu erreichen. Konkret: in Polesien könnte entweder die Viehhaltung und der Anbau technischer Kulturen oder eine Forcierung des Ackerbaus propagiert und in Angriff genommen werden. Letzteres brächte ein höheres Maß an Autarkie mit sich; dies wäre zwar schwierig zu bewerkstelligen gewesen, wäre aber nicht nur dem Selbstversorgungsdenken der Poleschuken entgegengekommen, sondern auch aus staatlicher Sicht insofern ökonomisch gewesen, als weniger Getreide von einer ländlichen Region in eine andere hätte transportiert werden müssen.

Man schlug den anderen Weg ein. Die bestehende Produktionsweise sollte weiterentwickelt werden, Polesien wurde zu einem Fleisch-Milch- und Hanf-Gebiet erklärt.

\*

Insgesamt wurde in der Landwirtschaftspolitik der 20er Jahre ein gar nicht ungewöhnliches Modernisierungsprogramm verfolgt; aus den Quellen ist herauszulesen, daß sich die weißrussischen Politiker wirklich darum bemühten, die Landwirtschaft zu entwickeln. Messen sollte man deren Programme aber nicht nur am Erfolg, sondern auch daran, wie sie von der Bevölkerung aufgenommen wurden. In den 30er Jahren hatten Staatsverwaltung und Kolchosleitung hauptsächlich mit den Problemen zu kämpfen, die sie selbst hervorgerufen hatten.

## 6.2. DIE AGRARSTRUKTUR IN OSTPOLESIEN

### 6.2.1. Die Bevölkerung

Allein die absolute Bevölkerungszahl einzelner Teile der BSSR ist schon schwer zu ermitteln. Zuverlässige Daten gibt es aus der Volkszählung vom 17.12.1926, die nächste ausgewertete allgemeine Volkszählung fand erst 1959 statt, über die Volkszählung am 17.1.1939 liegen nur oberflächliche Daten vor. Auf dem Gebiet der gesamten damaligen BSSR lag die Einwohnerzahl bei:

1913	4.757.700 (22 uezde)
17.12.1926	4.983.200
1. 1.1930	5.178.253 (offizielle Schätzung)
[Statystyka 1930,8:12f]	
17. 1.1939	5.569.000
[Rakov 1969:16; Bevölkerungsstatistik 1942:3; Guthier 1977:271]	

<sup>161</sup>Lajko£ 50-52; vgl. Pjatiletnyj plan 1929:15; eine Übersicht über die Geschichte der Rajonierung der weißrussischen Landwirtschaft bringt Martinkevic 1961:76-81

Wegen der häufigen Verwaltungsreformen [siehe Anhang] ist die Entwicklung der Bevölkerungszahl im östlichen Polesien sinnvollerweise über Werte der Bevölkerungsdichte zu ermitteln. Diese lag bei (Einwohner/km<sup>2</sup>):

1897	uezd Mazyr	12,8
	uezd R,cyca	20,8
1926	okrug Mazyr	21,1 (330057:15660)
	okrug R,cyca	30,7 (254965: 8294)
1930	15 rajony	26,3 (616773:23470)

[berechnet nach Tabelle #65 im Anhang]

Auch in Ostpolesien war die Bevölkerungszahl also gestiegen. Es ist auch eine Urbanisierungstendenz nachzuweisen.<sup>162</sup>

In der BSSR stagnierte in den Jahren 1913 bis 1926 der prozentuale Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (Urbanisierungsgrad) bei 17%; bis 1939 steigerte er sich auf 25%.<sup>163</sup> Die 115 städtischen Siedlungen (der BSSR) waren schneller (8,9%) angewachsen als die ländlichen Gebiete (2,9%).<sup>164</sup>

Die Bevölkerungsdichte in Ostpolesien lag gemäß Tabelle #65 im Anhang Ende 1926 bei 24,5 Einwohner/km<sup>2</sup>, Tendenz steigend. Damit war die Bevölkerung gegenüber 1897, als in den uezden Mazyr und R,cyca 12,8 bzw. 20,0 Einwohner/km<sup>2</sup> lebten (s.o.), erheblich gestiegen.

Die größeren Städte am Rande Polesiens wie Homel' und Babrujsk wuchsen schnell an, während aus den kleinen Stetln die Menschen zum Teil abwanderten. Die Einwohnerzahl Chojnikis war sogar in wenigen Jahren von 4889 (1926) auf 1889 (1931) Einwohner gesunken. Auch in Zytkavicy, Kapatkevicy, Loe£ und Tura£ ging die Einwohnerzahl von 1926 bis 1931 zurück.<sup>165</sup>

Wie aber kam dieser allgemeine Bevölkerungsanstieg zustande? Wenn die folgenden Zahlen für 1930/31 zutreffen, so gab es in Polesien - wahrscheinlich in der ganzen Zwischenkriegszeit - mit 37 auf 1000 Einwohnern nach wie vor eine sehr hohe Geburtenrate, besonders in den abgelegenen Kreisen im Südwesten (Tura£, Lel'cicy, El'sk).<sup>166</sup> Die Kindersterblichkeit war auf 10% der Lebendgeburten gesunken, die Todesrate insgesamt mit 14 auf 1000 Einwohnern auch niedrig, so daß das natürliche Bevölkerungswachstum anhielt. Während also die Bevölkerung gemäß dem natürlichen Bevölkerungszuwachs jährlich um mehr als 23 auf Tausend hätte zunehmen müssen, gab es tatsächlich nur einen jährlichen Zuwachs von 0,7 bis 1,3%.<sup>167</sup>

<sup>162</sup>Tabelle #66, ostpolesische Städte      <sup>163</sup>Bevölkerungsstatistik 1942:3

<sup>164</sup>Absolute Werte nach Statystyka 8 (1930):12f; Werte für einzelne Regionen Polesiens siehe Anhang #65      <sup>165</sup>vgl. die Städteliste im Anhang, Tabelle #66

<sup>166</sup>Die Werte für die einzelnen Regionen Polesiens siehe Anhang, Tabelle #67

<sup>167</sup>Berechnung dieser Werte im Anhang, Tabelle #68; für die gesamte BSSR spricht Rakov 1969:16 von 14-26 Promille natürlichem und 8,5 Promille tatsächlichem Zuwachs zwischen 1926 und 1939



Dies kann nur an einem Auswanderungsüberschuß oder an einer überdurchschnittlichen Zahl von Toden liegen. Die Kindersterblichkeit könnte sich erhöht haben, es könnte Hunger- und Lagertote gegeben haben. Tatsächlich sind die Massenmorde in den Lagern von Kuropaty Ende der 30er Jahre fünfzig Jahre lang verschwiegen worden.

Genaueres kann nicht nur aufgrund des fehlenden oder noch unausgewerteten Zahlenmaterials nicht gesagt werden; denn der Übergang von Auswanderung zu Zwangsdeportation ist ebenso fließend wie der zwischen einem gewöhnlichen Tod und einem Mord im Lager.

#### 6.2.2. Grundbesitzstruktur und Genossenschaften in den 20er Jahren

Am 1.10.1925 stellte sich die Verteilung des Bodens der BSSR nach staatlichem und privatem Besitz folgendermaßen dar:

Tabelle 13

É»

In Desjatinen [Perspektivnyj plan 1927:30]

BSSR	Landw.	Wald	sonstiges	Summe	in %	
Staatlicher Waldfond	67620	2210912	346546	2625078	26,1	
Wald örtl. Bedeutung			358643	52469	411112	4,1
Staatl. Bodenvermögen	158608		0	170941	329549	3,3
Freier Bodenfond	437488		0	100264	537752	5,4
Moore	0		0	100000	100000	1,0
Verschiedenes			0	0	73404	73404
Stadt und Umgebung			0	0	100000	100000
Summe staatl. Land		663716	2569555	943624	4176895	41,6
Summe laut Quelle	669403		2569555	937572	4176530	41,6
in % gemäß Quelle		16,0	61,5	22,4		
Privatland					5873289	58,4
Gesamtsumme					10049819	100,0

É¼

58,4% des Bodens waren also nur offiziell nationalisiert, in der Praxis aber von den Bauernfamilien und den wenigen landwirtschaftlichen Genossenschaften bewirtschaftet.

Diese Zahlen müssen aber unter dem Aspekt gesehen werden, daß der staatlich genutzte Boden nur zu 16% aus landwirtschaftlicher Nutzfläche bestand. Bei den Bauern lag dieser Anteil wesentlich höher, sicherlich auch in Polesien bei über 50%. So stellte der Besitz von 5,9 Millionen Ds. in bäuerlicher Hand bei relativ geringer Besitzdifferenzierung und einer Bevölkerungszahl von 5 Millionen Einwohnern eine beachtliche Menge dar.

Doch wie nivelliert war die Grundbesitzstruktur unter den Bauern? Mangels umfassender und detaillierter Daten über die Grundbesitzstruktur des privat genutzten Bodens sei eine BSSR-weite, regional undifferenzierte Untersuchung des CSU der BSSR an 12.000 Bauernhöfen (das sind rund 2% aller Höfe) herangezogen. Die Höfe wurden in 8 Besitzgrößengruppen (zugrundegelegt ist die Saatfläche!) unterteilt:

Tabelle 14: Stückzahl, Bewohner und Saatfläche der Höfe in der BSSR 1925 nach Saatflächenklassen

É»

°[Perspektivnyj Plan 1927:39]

	Hofzahl		Bevölkerung		Saatfläche	
	in %	in %	in %	in %	pro Hof	
°Ohne Boden		1,3		1,0		0,0 0,00°
° < 1 Ds.	6,8		4,7		1,6	0,79°
° 1 - 2 Ds.	20,5		17,0		10,7	1,73°
° 2 - 4 Ds.	47,4		47,8		44,0	3,09°
° 4 - 6 Ds.	17,0		20,3		26,1	5,09°
° 6 - 8 Ds.	4,6		6,0		9,7	7,00°
° 8 - 16 Ds.	2,2		2,9		6,8	10,40°
° > 16 Ds.	0,2		0,3		1,1	20,30°
° Alle Höfe	100	100	100		3,32°	

È||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||¼

Die Tabelle zeigt, wie stark nivelliert die Grundbesitzstruktur in der BSSR war: Die etwas Wohlhabenderen mit über 6 Ds. Saatfläche stellten 7,0% der Höfe und besaßen nur 17,6% der Saatfläche.

Nur 0,2% der Bauernwirtschaften besäten also über 16 ha und waren auf außerfamiliäre Arbeitskräfte angewiesen; auf die BSSR umgerechnet wären dies ÷350 Höfe gewesen. Es gab also keine Kulaken mehr im eigentlichen Sinne des Wortes. 168 Im Perpektivplan wurden die 4. und 5. Gruppe mit 4-8 Ds. Saatfläche den Mittelbauern zugerechnet, davon ausgehend die ersten drei Gruppen den Bednjaken, die letzten drei den Wohlhabenden [zazitocnye]. Kriterium für diese Qualifizierung war ausdrücklich die relative Häufigkeit der 4. Gruppe. 169 Es wurde weder beachtet, ob Höfe der Größe 2-4 Desjatinen wirklich lebensfähig sind, noch die Familiengröße berücksichtigt, wo doch gerade in Realerbteilungsgebieten Familien- und Hofgröße zusammenhängen, wie auch ein Vergleich von Spalte 2 und 3 der Tabelle #14 ergibt. Die Rede von den Kulaken, die ab 1929 "als Klasse liquidiert" werden sollten, entbehrte jeglicher Grundlage.

### Genossenschaften

In der gesamten N□P-Periode blieb der Einfamilienhof in Polesien vorherrschend, daher ist auch nur diese Hofform für eine Untersuchung der Grundbesitzstruktur relevant. Rückwirkend wird aber von der sowjetweißrussischen Geschichtsschreibung für die NEP-Periode der genossenschaftliche und gemeinschaftliche (Genossenschaften, TOZe, Kooperativen, Artele, Kolchose und Kom-

168vgl. Auhagen 1929:194f für die gesamte UdSSR 169Perspektivnyj plan 1927:40; siehe auch dieselbe Gruppeneinteilung unten unter 6.3.1 und 6.3.4

munen)<sup>170</sup> sowie staatliche (Sovchose) Sektor der Landwirtschaft ungleich ausführlicher beschrieben als der viel wichtigere Privatsektor der Landwirtschaft, weil diese Produktionsformen als höherstehend, als Vorläufer der institutionalisierten Kolchoswirtschaft der 30er Jahre angesehen wurden.

Am 1.10.1925 befanden sich im okrug Mazyr 17.845 Anteilhaber in 43 Konsumgenossenschaften, 6075 in 13 Kreditgenossenschaften, 4643 in 32 Meliorationsgenossenschaften und 1276 in 38 Produktions-, Verarbeitungs- und Saatgutgenossenschaften.<sup>171</sup>

1925 waren 122.230 Bauernhöfe der BSSR oder 17,5% aller Höfe in einer Genossenschaft.<sup>172</sup> Erst 1927 waren über 20% der bäuerlichen Höfe in Genossenschaften aller Art organisiert. Zumeist handelte es sich um Kreditgenossenschaften, nur 5,4% der Höfe waren in anderen Arten von Genossenschaften organisiert<sup>173</sup>. Der Großteil der organisierten Bauern ging aus einem Sachzwang (Schulden) und nicht aufgrund von angenommenen Vorteilen genossenschaftlichen Handelns oder gar aufgrund entsprechenden Gedankenguts in Kooperativen: "Es wäre falsch zu denken, daß alle Anteilhaber dieser Organisationen freiwillige Anteilhaber im vollen Sinne des Wortes sind".<sup>174</sup>

Neben den Kreditgenossenschaften gab es viele Konsumgenossenschaften. Der Umsatz der Genossenschaften im BelKoopSojuz beruhte 1925/26 zu 30% auf dem Verkauf von Textilien, zu über 40% auf Kleidung insgesamt und zu 31% auf Fischwaren. Der Anteil landwirtschaftlicher Waren schnellte von 1925/26 bis 1926/27 um 9,1% auf 19,0% hoch<sup>175</sup>. Die Kredit- und Konsumgenossenschaften hatten aber keinen nennenswerten Einfluß auf die Ausstattung der Bauernhöfe mit totem Inventar; sie stellten keinen direkten Eingriff in das bäuerliche Wirtschaften dar. Die ersten, zwar staatlich geförderten, aber durchweg freiwilligen Zusammenschlüsse zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften besaßen keinesfalls Vorbildcharakter, sondern erregten eher Mitleid. Als z.B. im April 1924 ein ProvinzInstrukteur im uezd Mazyr einige der damals 20 bis 25 existierenden

<sup>170</sup>Definitionen im Anhang <sup>171</sup>Kooperacyja B.S.S.R.:100-102

<sup>172</sup>Kooperativno 1980:211,#107 <sup>173</sup>Kooperativno 1980:289,#127

<sup>174</sup>Kooperativno 1980: #107, S.213 <sup>175</sup>Osnovnye pokazateli 1928:9



Die Sovchose standen in der Kontinuität der privaten und staatlichen Gutswirtschaften aus der Zarenzeit und wiesen auch deren Form der Arbeitsorganisation sowie einen hohen Grad an Spezialisierung auf; sie sind daher nicht als ein Teil der bäuerlichen Wirtschaft zu betrachten. Obwohl die in der LitBelSSR gegründeten Sovchose größtenteils aufgelöst worden waren, bestanden sie in der BSSR in größerem Maße als in anderen Regionen der UdSSR fort.<sup>178</sup>

#### 6.2.3. Die Grundbesitzstruktur in den 30er Jahren (1930-1939)

Die Zwangskollektivierung bewirkte eine umfassende Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur im Agrarbereich. Für die Bauernfamilien stellte sich der Eintritt in einen Kolchos nicht nur als ein Verlust von Boden sowie lebendem und totem Inventar dar, sondern sie konnten sich auch ihre Arbeit nicht mehr selbst einteilen. Oft wurde der Vergleich mit der Leibeigenschaft gezogen, und tatsächlich gibt es viele Parallelen bis hin zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Obwohl die Kolchose formal nie staatlich waren, hatten de facto ihre Mitglieder, also die Bauernfamilien, nicht über Umfang, Art, Organisation, Ort und Zeit der Produktion zu entscheiden; es handelte sich also nicht um "echte" landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.

Zudem wurden durch die Errichtung zunächst von Maschinen-und-Pferde-Stationen [Masyno-konnyja stancyja], dann von Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) die kapitalintensiven Produktionsmittel in der Landwirtschaft durch staatlich zentralisierte Einrichtungen verwaltet. In Polesien konnte mit den MTS aber nur dann die Struktur verändert werden, wenn deren Maschinen auch in Anspruch genommen wurden. Dennoch stellten die Kolchose in den ersten 5 Jahren noch kein stabiles staatlich gelenktes System dar. Gerade aus diesem Grund traten auch die oben angeführten Schwankungen im Aufbau des Kolchossystems auf, mußten die Stoßkampagnen durchgeführt werden.

Statt "Hofgrößen" interessieren also neben der Ausstattung der Kolchose mit Land pro Hof vor allem das zum Hof gehörende private Hofland im Kolchos.

Um den Familien den Eintritt in den Kolchos schmackhafter zu machen und den Widerstand zu brechen, erlaubte das am 1.3.1930 von CIK und SNK der UdSSR errichtete Kolchos-Musterstatut den Verbleib von kleinen Hoflandparzellen [priusadebnoe ucastki] sowie von einer Kuh und einigem Kleinvieh in Privathand innerhalb der Kolchose<sup>179</sup>. Die Familien trachteten danach, das Privatland

<sup>178</sup>Genaue Werte im Anhang, Tabelle #69

<sup>179</sup>Lagun 1970:195



derselben Quelle zufolge:

1. Die Einzelhofwirtschaft der Höfe eines Dorfes mit Gemengelage der Felder.
  2. Die Otrubwirtschaft: Einzelhofwirtschaft der Höfe eines Dorfes ohne Gemengelage der Felder. Kein Flurzwang.
  3. Die Chutorwirtschaft, also Einzelhofwirtschaft außerhalb von Dörfern, ohne Gemengelage.
  4. Die pasjolki: ca. 10-15 Wirtschaften bilden eine Siedlung; es herrscht zwar Einzelhofwirtschaft, aber es gibt einen hohen Grad an Zusammenarbeit; es herrscht Flurzwang ("Gemeinsamer Fruchtwechsel"), die Flure waren aber, da es sich um ehemaliges Gutsland handelte, noch nicht sehr vermengt. Diese Siedlungs- und Flurform unterscheidet sich von der unter "1." aufgeführten nicht allzu sehr, sollte aber als quasi-sozialistische Siedlungsstruktur verkauft werden: "unter den Bedingungen Weißrußlands erwies sich die pasjolki-Form der Bodennutzung mit gemeinsamer Fruchtwechselwirtschaft [mnogopol'nyj sevoobo-rot] [...] als die beste. Diese Form verschwindet nicht bei einem optimalen Rahmen, sondern mildert die Gemengelage und bringt den Landwirt dem Boden näher. Außerdem schwächt diese Form - bei Einführung eines gemeinsamen Fruchtwechsels unter Bedingungen einer Einzelbodennutzung - den individualistischen Hang der Bauernschaft und ermöglicht die Kooperierung der Landwirtschaft".<sup>183</sup>
  5. Pasjolak mit otrub-Bodennutzung: Wie "4.", aber ohne Gemengelage der Felder und daher ohne Flurzwang.
  6. Zu einem Dorf ausgebaute Kleinsiedlung: unterscheidet sich von "1." (Einzelhofwirtschaft) nur durch den anderen Entwicklungsprozeß.
  7. Genossenschaftliche Form der Bodennutzung: Mehrere Höfe - im Idealfall alle Höfe eines Dorfes - haben gemeinsames totes Inventar (Maschinengenossenschaften), gemeinsamen Boden (TOZe), darüberhinaus totes und lebendes Inventar (landwirtschaftliche Artel', Produktionsgenossenschaft) oder zudem noch gemeinsame Haushalte (Kommunen).
- Obwohl in der Sowjetunion offiziell für einen früheren oder späteren Zeitpunkt die staatliche Verwaltung der landwirtschaftlichen Produktion vorgesehen war, konnten die Autoren des Perspektivplans kaum verhehlen, daß sie nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch prinzipiell für die einzelbäuerliche Wirtschaft

<sup>183</sup>Perspektivnyj plan 1927:129f; welchen Einfluß auf die Siedlungsstruktur die Schaffung kleiner Siedlungen hatte, wurde oben schon erwähnt. Die Siedlungsstruktur der pasjolki erforderte eine starke Solidarität, da die wenigen Höfe die mit der Neubesiedlung verbundenen Probleme lösen mußten.

- evtl. im Rahmen von Genossenschaften im ursprünglichen Sinne des Wortes als Selbstverwaltungsorganen - eintraten, wobei der Staat mit finanz-, struktur- und eben siedlungspolitischen Mitteln regulierend eingreifen sollte.<sup>184</sup>

Der die einzelne Familie in ihrer Entscheidung über die Produktion einschränkende Flurzwang herrschte bei den Siedlungsformen Nø 1, 4 und 6. Bei den "höheren" genossenschaftlichen Bodennutzungen wurde der Flurzwang durch Verallgemeinerung aufgehoben, indem nicht nur der Boden mit demselben Produkt besät, sondern auch in gemeinsamer Verantwortung bearbeitet wurde.

Weil der Boden nicht frei verkäuflich war, hatten die Bauern in der Sowjetunion eine andere Einstellung zur Gemengelage als in Polen (siehe unten). Denn es hatte für sie keinen Sinn, den Wert, den der Boden für Ortsfremde hatte, durch das Eintreten für die Beibehaltung der Gemengelage zu mindern.

Durch die Maßnahmen zur Verkleinerung der Dörfer und durch die Unverkäuflichkeit des Bodens waren also gute Voraussetzungen für eine Entflechtung, also eine Modernisierung der Flurstruktur gegeben.

#### Kolchosverfassung und Siedlungsstruktur

Kolchose hatten in den Augen ihrer Befürworter den Vorteil, daß durch ihre Schaffung eine rationellere Betriebsgröße erreicht wird, die Arbeitskräfte besser eingesetzt werden können. Als ideale Grundeinheit eines Kolchos hätte daher das Dorf erscheinen müssen. Die alten Selbstverwaltungsorgane des Dorfes hätten dann die Produktion organisieren können. Die bestehenden Siedlungsstrukturen wurden aber nicht zur Kolchosbildung benutzt.

Obwohl im Lauf der 30er Jahre immer mehr Höfe kollektiviert wurden, stagnierte die Zahl der Kolchose seit 1932 BSSR-weit bei 9600, auf dem Gebiet der ehemaligen okruge Mazyr und R,cyca demnach etwa bei höchstens 1200.<sup>185</sup>

Die Zahl der Siedlungen in diesen okrugen lag dagegen Ende 1926 bei über 2700 Siedlungen mit über 10 Einwohnern<sup>186</sup>. Die Kolchose wurden primär zur Kontrolle der dörflichen Sozial- und Wirtschaftsverhältnisse geschaffen, nicht zu deren Verbesserung.

Die Kolchose erwiesen sich aus vielen schon oft beschriebenen Gründen ganz im Gegensatz zu der modernistischen Erwartung als unrationell. Als dies von den Planern in der UdSSR erkannt wurde, wollten sie dem abhelfen, indem sie statt

<sup>184</sup>Ähnliches schreibt auch Krushinsky 1953:11

<sup>185</sup>Anhang, Tabelle #63

<sup>186</sup>Tabelle #61, Sp.3+4



dem ganzen Kolchos einzelnen Brigaden im Kolchos die Arbeit zuteilten. Hierbei handelte es sich nicht um konkrete Arbeitsteams von 5-10 Leuten; vielmehr gab es Anfang 1934 z.B. 7325 Kolchose mit 14.700 Brigaden, also ungefähr 2 Brigaden pro Kolchos. Eine Brigade umfaßte damit durchschnittlich 60 aktiv Arbeitende. Aber es gab immer noch viel weniger Produktionsbrigaden als Orte über 10 Einwohner (1926: 32.000). Auch diese Brigaden hatten also nichts mit der Siedlungsstruktur zu tun.<sup>187</sup>

Die Siedlungsstruktur - ein bedeutender Anteil an Chutorhöfen und neugeschaffenen kleinen Siedlungen - sowie die Flurstruktur mit den abgelegenen und zudem schwer zugänglichen Weide- und Waldweideflächen war sehr ungünstig für die Kontrollierbarkeit der Höfe durch die Kolchose. 20% der Höfe befanden sich in Chutor-Lage<sup>188</sup>; "Das Chutorsystem" aber "verhinderte die intensive Ausnutzung der Technik, die vollständige Unversehrtheit [sochrannost'] der Ernte und des gesellschaftlichen Vermögens"<sup>189</sup>, freier übersetzt, die Leute nahmen sich, was sie gesät, gepflügt und geerntet hatten, und was ihnen ihrer Meinung nach sowieso gehörte. Um dem abzuhelpen, wurde, da man nicht neben jeden Bauern einen Milizionär stellen kann, die Aussiedlung [sselenie] der Chutorhöfe im Juni 1939<sup>190(!)</sup> beschlossen; "Tausende von Arbeitern und Angestellten[!] gingen in die Dörfer, um den Bauern beim Hausbau in den neuen Orten zu helfen"<sup>191</sup>; auch der LKSMB wurde hierzu mobilisiert<sup>192</sup>; zudem wurden Baumaterialien und andere Mittel bereitgestellt.

#### 6.2.5. Die Einbindung in die Geldwirtschaft

Auch der Grad der Einbindung der Bauernhöfe in die Geldwirtschaft ist ein Faktor, der sich auf die Gestaltung der ländlichen Produktion auswirkt. Sowohl kleinere als auch größere Höfe der BSSR gingen von 1923 bis 1926 von Tauschgeschäften (Ware gegen Ware, Ware gegen Dienstleistung) auf Geldgeschäfte über:

<sup>187</sup>Razvitie II 1975:123    <sup>188</sup>Razvitie II 1975:127; vgl. Historyja III 1973:548

<sup>189</sup>Razvitie II 1975:127    <sup>190</sup>Kabysh 1959:110 nennt den 27.5.1939    <sup>191</sup>Razvitie II

1975:127;vgl. Kazakov 1953:20    <sup>192</sup>Ocerki istorii LKSMB 1975:204f



sion entsprach. Kleine Höfe mit einer Saatfläche bis zu 2 ha, zuweilen bis 4 Ds. mußten auch für den Kauf von Nahrungsmitteln und Saatgut Geld ausgeben<sup>198</sup>. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für Inventar, Reparaturmaterial für Inventar, Zugkraft und Industrieprodukte lag bei Höfen aller Größen zwischen 38% und 46% aller Ausgaben (Haushaltsjahre 1924/25 und 1925/26)<sup>199</sup>.

Die Einbindung in die Geldwirtschaft war in den 20er Jahren angestiegen, hatte aber noch nicht ein solches Niveau erreicht, daß die familiäre Subsistenzwirtschaft aktuellen Änderungen unterlag; jedoch wurden die Bedingungen für potentielle Änderungen geschaffen.

In den 30er Jahren erhielten die Familien im Lohnarbeitssektor (Zahlung per Arbeitstag [trudoden']) der Kolchoswirtschaft ihren Lohn zum Teil in Naturalien, zum Teil in Geld ausgezahlt. Geldausgaben für Steuern und Geräte wurden nicht mehr von den Einzelfamilien aufgebracht. Eine Einbindung der Bauern in die Geldwirtschaft ergab für die Verwaltung keinen Sinn mehr, da die Kontrolle der bäuerlichen Wirtschaft nun unmittelbar erfolgte.

#### 6.2.6. Die materielle Lage der Landbevölkerung

Es ist schwer zu beurteilen, in welcher materiellen Lage sich die ostpolesischen Bauern in den 20er Jahren befanden. Die durchschnittliche Saatfläche war sehr bescheiden geblieben, die geringen Steuern konnten lediglich dafür sorgen, daß das Landhunger-Problem nicht ernst wurde.

Die nivellierende Wirkung der Kollektivierung bestand darin, daß alle gleich arm wurden. Der schon erwähnte "Minskij Muzik" sah in seiner Heimat bei Sluck, daß "die Bauern ärmlich gekleidet sind, sie sehen müde aus"; "nur einige tragen Stiefel - der Rest geht barfuß"<sup>200</sup>. Dennoch war die Hungersnot in der Ukraine bedeutend stärker, denn von dort sollen Leute in die BSSR gewandert sein, um sich dort mit Spreu und Sauerampfer am Leben zu halten<sup>201</sup>. In Polesien ging es den Leuten dennoch besonders schlecht.

Über das ukrainische Polesien heißt es: "Die Kollektivierung verschlechterte noch die Lebensbedingungen der polesischen Bauernschaft, und nicht ohne Grund erwähnte ein Delegierter der Ukraine auf einem Parteitag 128 Gebiete in Polesien, in denen Einkünfte der Kolchose hinter denen aus anderen Gebieten der Republik zurückbleiben".<sup>202</sup>

<sup>198</sup>Byka£ 1928:181 <sup>199</sup>Byka£ 1928:182 <sup>200</sup>Minskij Muzik 1937:87

<sup>201</sup>Lubachko 1972:105 <sup>202</sup>Kazakov 1953:21







toren 1925 an, und 1926 war schon in jedem BSSR-okrug auf staatliche Initiative hin ein solches Wunderwerk der Technik vorhanden<sup>219</sup>. Die Traktoren wurden hinsichtlich ihrer Eignung auf verschiedenen Böden geprüft<sup>220</sup>. Als größtes Problem erwies sich die Reparaturanfälligkeit der Traktoren. Von den 59 untersuchten Traktoren 1926/27 waren:

Tabelle 22

É«»

°[Jasin 1928: 44]

° Saison im <sup>3</sup>		Zustand				
° Einsatz <sup>3</sup>	Summe	gut	schlecht	renovierungsbed		
° 1 <sup>3</sup>	30		20	7	3	
° 2 <sup>3</sup>	20		6	5	9	
° 3 <sup>3</sup>	9		1	1		7
° Summe <sup>3</sup>		59		27	13	19

È¼

Meist ging der Motor kaputt, "hauptsächlich wegen des unvermögenden Umgangs mit ihm"<sup>221</sup>.

Aber der Glaube an die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Entwicklung der Technik, blieb ungebrochen. Die Handhabung der Zugkraftfrage erwies sich als recht stalinistischer Hebel. Über sie sollte der Einbruch der modernen Welt in die bäuerliche auf dem Gebiet der Sowjetunion erfolgen, nachdem es über die Einbindung in die Geldwirtschaft nicht funktioniert hatte.

Aber die Erhöhung der Traktorenzahl wurde von einer dermaßen starken Verringerung der Pferde- und Ochsenzahlgelieitet<sup>222</sup>, daß die Zugkraft insgesamt verringert wurde. Zudem war es im sumpfigen Polesien, wo die Zugoehsen mit kleinen Kähnen zu den Feldern transportiert wurden und wo sich schmale Ackerflecken in Streulage befanden, unmöglich, einen Traktor oder einen Mähdrescher zu benutzen<sup>223</sup>. Um das Schlimmste zu verhindern, beschloß der 11.Kongreß der weißrussischen Sowjets im Januar 1935 wieder "die Zucht von Ochsen als Zugkraft, besonders in Polesien".<sup>224</sup>

Bei der Entscheidung, welcher okrug mit welchen Traktoren versorgt werden sollte, wurde entschieden, daß in Polesien nur der einfache Traktor "Fordzon F.P.10/20, nicht aber der besser ausgestattete Internacional 10/20 oder der Monarch 40/55 eingesetzt werden solle.<sup>225</sup>

Am 28.8.1930 beschloß das BelKalHasC,nter die Errichtung von Maschinen-Traktoren-Stationen<sup>226</sup>. Waren die Kolchose schon an sich eine Einrichtung zur

218Perspektivnyj plan 1927:858f 219Jasin 1928:8 220Jasin 1928:30f

221Jasin 1928:46 222Provedenie 1973:363 223vgl. Kabysch 1959:109

224S-ezdy sovetov 1964 V:645, Punkt 4.5.

225Provedenie 1973:162,#92 vom 3.11.30 226Provedenie 1973:#77,S.142





Der 2-3 Jahre später aufgestellte Fünfjahresplan spricht nurmehr allgemein davon, daß die verbesserte Dreifelderwirtschaft schon existiere oder nun eingeführt werde.<sup>230</sup> Dies kann sich kaum auf Polesien bezogen haben. Die Einführung von Nutzbrache oder Fruchtwechselwirtschaft war zwar möglich, aber nicht notwendig, denn es mangelte in Polesien nicht an Futterplätzen. Smolic<sup>231</sup> stellte denn auch heraus: "In Polesien haben wir keinerlei Brachesystem [poparnaja], also auch keine Dreifelderwirtschaft." Vielmehr werde Urwechselwirtschaft betrieben<sup>232</sup>. Auch Kotov stellt fest, daß die Ansicht, im okrug Mazyr herrsche eine Zweifelderwirtschaft, "ganz und gar nicht wahr" sei.<sup>233</sup> "Faktisch muß man sagen, daß hier eine regelrechte Reihenfolge in Wirklichkeit nicht existiert. Die Fruchtfolge verfügt hier über eine der höchsten Eigenschaften: Beweglichkeit und Dynamik".<sup>234</sup>

Auch aus den Tabellen # 25 und 26 sowie #71,72 und 73 im Anhang, die die einzelnen angebauten Ackerbaufrüchte erhellen, lassen sich Rückschlüsse auf etwaige Fruchtfolgesysteme ziehen. Der Roggen als Wintergetreide nahm laut allen diesen Tabellen in allen Jahren 41-52% der Saatfläche ein, Sommergetreide 30-37%, Kartoffeln 10-20%, Flachs und Hanf 2-6%, Saatgräser und sonstiges nur 0-4%. Das deutliche Überwiegen des Wintergetreides über das Sommergetreide, das in der Gesamt-BSSR sehr viel schwächer war (Tabelle #26), beweist, daß allenfalls ein Teil der polesischen Bauern zur klassischen oder verbesserten Dreifelderwirtschaft übergegangen war, wo ja im Modellfall gleich viel Sommer- und Wintergetreide angebaut wird. Die verbesserte Dreifelderwirtschaft kann schon aus dem Grund nicht allgemein verbreitet gewesen sein, weil der Roggenanteil bzw. Wintergetreideanteil 41-52% gewesen ist.

Die Frage, welche Fruchtfolge vorherrscht, ist oft allein aus begrifflichen Uneindeutigkeiten und Mißverständnissen schwer zu beantworten.<sup>235</sup> Es gibt z.B. für nicht besäte Felder im Russischen und Weißrussischen verschiedene Namen. Eindeutig ist nur der semantische Unterschied zwischen par (Brache im Rahmen geregelter Fruchtfolge für ein Jahr - kann Schwarzbrache und Grünbrache sein) einerseits und zalez', oblog, pereleg andererseits (kürzeres oder längeres Ruhen des Bodens, nicht im Rahmen einer geregelten Fruchtfolge). Druzilovskij unterscheidet zwischen zalez' und par. Danach gab es im Gebiet Mazyr pro Hof durchschnittlich:

230Pjatiletnyj plan 1929:4u,5o 231Smolic 1929:36 232Smolic 1929:39

233Kotov 1926:136 234Kotov 1926:138

235Im Anhang Definitionen einzelner Begriffe





Tabelle 27: ha-Erträge wichtiger Feldfrüchte in den okruzen Mazyr + Babrujsk  
Éii»

Nach Perspektivnyj plan 1927:69

Werte wurden von Pud/Desjatine in dt/ha umgerechnet

	1896-1904	1905-1913	1923-1924	[Seite]
dt/ha Roggen	5,82	6,01	6,42	[PP 68]
dt/ha Gerste	6,79	7,20	6,79	[PP 69]
dt/ha Hafer	6,40	7,18	7,41	[PP 69]
dt/ha Kartoffeln	69,43	68,26	73,72	[PP 70]
dt/ha Leinsamen	5,02	5,80	3,93	[PP 70]

Èii¼

Die ha-Erträge waren geradezu erschreckend niedrig.<sup>237</sup> In den Jahren 1924-1927 lagen die Werte in der BSSR gegenüber der Vorkriegszeit beim Getreide bei 92-100%, die der Kartoffel bei 123%, bei Flachs gar nur bei 73-76%. In den 30er Jahren konnten diese Werte kaum verbessert werden, zumindest konnten keine besseren Werte notiert werden.

Im rajon Lel'cicy wurden im Jahr 1931 oder 1932 zwar 9 dt/ha Gerste, aber nur 5 dt/ha Hafer, 4,5 dt/ha Roggen und 67 dt/ha Kartoffeln geerntet;<sup>238</sup> selbst diese Werte könnten noch "auf dem Halm", also einschließlich des Strohs, gemessen worden sein. Diese niedrigen Werte sind allerdings zu erwarten gewesen, da in diesen Jahren die Anbaufläche sehr stark erweitert worden war. Doch auch die in den folgenden Jahren erzielten Erträge blieben hinter denen Westpolesiens zurück.<sup>239</sup>

Das einzige Wintergetreide blieb der Roggen; auch 1925 noch machte die Roggenfläche nahezu 50% der Saatfläche aus. Der weiterhin hohe Roggenanteil wird nicht nur als Bestätigung der Hypothese interpretiert, daß der Wechsel von der Zweifelderwirtschaft zur Dreifelderwirtschaft in Polesien noch nicht beendet sei<sup>240</sup>; der hohe Anteil sei auch "das Ergebnis eines gewissen Natural-Konservatismus"<sup>241</sup>, womit wahrscheinlich gemeint ist, daß die Bauernfamilien keine Experimente liebten. Der Niedergang des Haferanbaus wird nicht erläutert; interessant ist das aus der Tabelle #73 ersichtliche nach wie vor beträchtliche Ausmaß des Buchweizenanbaus (vgl. Westpolesien).

Sehr viel versprach man sich in den 20er Jahren von der Getreidesortierung. 1924 wurden 704.238 Pud (oder 4% der gesamten Saatmenge), 1925 1.436.720 Pud (8%) sortiert. Diese Relation sollte bis 1930 auf 40% gesteigert werden.<sup>242</sup>

1925 gab es in der BSSR 150 entsprechende Sortierstellen, sowie 105 Stellen, bei denen gleichzeitig Inventar ausgeliehen werden konnte.<sup>243</sup>

Anhand der Getreideverarbeitung kann die Funktionsweise staatlicher Politik in den 30er Jahren beleuchtet werden, die bestimmt nicht zur Entwicklung der Produktivkräfte beitrug: da für das Mahlen in staatlichen Mühlen 5 funt pro Pud zu zahlen waren, in privaten sogar 7 funt pro Pud (entspricht rund 17% bzw.

<sup>237</sup>Dies bestätigen Vansecki 1930:6 und Margunskij 1966:192

<sup>238</sup>Provedenie 1973: #187,S.385 <sup>239</sup>Provedenie 1973:188; #93 Nø4,S.164;

#189,S.388; #184,S.359 <sup>240</sup>Perspektivnyj plan 1927:59f <sup>241</sup>Perspektivnyj plan 1917:60 <sup>242</sup>Perspektivnyj plan 1927: 365 <sup>243</sup>Perspektivnyj plan 1927:364

23%), mahlten die Bauern auf steinernen Handmühlen [zernov]. Da dies von der Verwaltung nicht vorgesehen war, verbot sie in einer Verordnung das private Mahlen kurzerhand. Als der schon zitierte Minskij Muzik einen Handmühlenbesitzer in einer kleinen Siedlung fragte, warum ihn die örtlichen KomSoMol-Angehörigen nicht verrieteten, bekam er zur Antwort: "Weil sie selber essen wollen". Mangels Aufträge hatten manche Windmühlen schon ihren Betrieb eingestellt. Dieses Beispiel zeigt, daß die polesische Bauernschaft einen geringen Grad von Technik und Arbeitsteilung und harte Arbeit einer Preisgabe der Verfügungsgewalt über ihre Produktion vorzogen. Nur mit nackter Gewalt konnte sie auf einen anderen Weg gebracht werden.<sup>244</sup>

Die Kartoffel hatte ihren festen Platz in der polesischen Produktion erobert. Zu Beginn des Perspektivplans, also 1925/26, gab es in der BSSR 26 Branntweinbrennereien und 14 Stärkemehlfabriken. Die Weiterverarbeitung der Kartoffeln sollte nach dem Perspektivplan gefördert werden.<sup>245</sup>

Nach Daten vom 1.10.1925 gab es in der BSSR 41 Maschinen zur Flachsbearbeitung<sup>246</sup>. Der Perspektivplan sah eine Förderung der Flachsverarbeitung und damit indirekt des Flachsbaus nur für die Regionen MahileŹ und Vicebsk, nicht für Polesien vor.<sup>247</sup>

In den Jahren 1927 und 1928 betrug der Saatanteil in den okrugon Mazyr und R, cyca 2,8 bis 5,2%, derjenige bei Hanf 1,0 bis 1,8%. Noch 1928 wurde in Ostpolesien mehr Flachs als Hanf angebaut.<sup>248</sup> Der geringe Anbau von Flachs und Hanf in den 20er Jahren läßt darauf schließen, daß die Bauern weiterhin hauptsächlich jene Produkte anbauten, die sie selbst gebrauchen konnten.

In den 30er Jahren wurde BSSR-weit die Flachsbaupflanzfläche von 140.500 ha (1928) auf 274.900 ha (1939) erhöht - nun wurde angebaut,<sup>249</sup> was die Staatsverwaltung befahl. In Polesien schwenkte man von Flachs- auf Hanfanbau um : 1933 stieg der Hanfanteil an der Saat auf 6,4%, der Flachsanteil fiel auf 1,0%.<sup>250</sup>

Im Perspektivplan wird auch dem Anbau von anderen Pflanzen wie Klee <sup>251</sup>, Wicke<sup>252</sup> - (auch als Wintergewächs) -, Timotheuspflanze<sup>253</sup> und der Seradelle<sup>254</sup> außergewöhnlich viel Raum gewidmet. Die Produktion für all diese Gewächse sollte mindestens verdoppelt werden, indem immer mehr Höfe vom Sinn des Aussäens

<sup>244</sup>Minskij muzik 1937:92; über Zerstörungen von Handmühlen in Weißrußland während der Zwangskollektivierung vgl. auch Bykov 1986 <sup>245</sup>Perspektivnyj plan 1927:350 <sup>246</sup>Perspektivnyj plan 1927:355 <sup>247</sup>Perspektivnyj plan 1927:357u <sup>248</sup>Smolic 1929:126 <sup>249</sup>Ocerki istorii KP(b)B II 242; Kabysch 1959:110 <sup>250</sup>Socyjalistyczna BudaŹnictva 1931,3-4:38 <sup>251</sup>Perspektivnyj plan 1927:341f <sup>252</sup>ebd. 343f <sup>253</sup>ebd. 344 <sup>254</sup>ebd. 345

dieser Pflanzen überzeugt werden sollten.

Auch die Lupine als Gewächs der Grünbrache wurde zu Ehren gebracht.<sup>255</sup> In den okrugnen Mazyr und Babrujsk wurden 1925 6652 Desjatinen angebaut<sup>256</sup> - erste Anfänge wurden also auch hier gemacht<sup>257</sup>. Auf den trockengelegten Sümpfen wurde auch die Kautschukpflanze Kok-saghys angebaut.<sup>258</sup>

Obwohl in der Zarenzeit Kunstdünger schon in Weißrußland bekannt gewesen war, "war in den Kriegsjahren, fast bis 1923/24 eine Nachfrage nach Mineraldünger seitens der örtlichen bäuerlichen Bevölkerung nicht zu beobachten".<sup>259</sup>

Die Versorgung mit Kunstdünger sollte in den 20er Jahren angekurbelt werden, doch das Problem war der Absatz, und dazu hielt man Aufklärungsarbeit für nötig<sup>260</sup>. Es war auch ausschließlich von Thomasmehl, Phosphoritmehl und Superphosphat, also nur von einer der drei bekannten Kunstdüngerarten (Stickstoff, Kali, Phosphor) die Rede.<sup>261</sup>

Im Zuge der Zwangskollektivierung wurde der Kunstdüngereinsatz von 4 kg/ha Saat (1928) auf 18 kg/ha (1932) erheblich erhöht. Es wurde schon bald der falsche Einsatz von Kunstdünger am falschen Ort und zur falschen Zeit kritisiert<sup>262</sup>.

Im okrug Mazyr wurden 1924/25 an Obst 162.300 Pud Äpfel (davon Export: 13.900 Pud), 44.900 Pud Birnen (7000), 5600 Pud Pflaumen und 3100 Pud Kirschen als Ernte statistisch erfaßt.<sup>263</sup> Bei 320.000 Einwohnern standen also jedem Menschen pro Jahr ca. 10 kg Obst zur Verfügung. Hiervon wurde noch ein Teil verkauft<sup>264</sup>. Die bäuerlichen Einzelhöfe hielten sich Obstbäume auf meist 1/8 bis 1/4 Desjatine<sup>265</sup>.

Im okrug Mazyr gab es (wahrscheinlich 1924/25) nur auf 384 Desjatinen bäuerlichen und auf 417 Desjatinen staatlichen Obstbau (zum Vergleich BSSR: 12753 bzw. 8447 Desjatinen)<sup>266</sup>. Es gab offensichtlich kaum Obstbaukenntnisse.

Auch Gemüse wurde in der Sowjetzeit wenig angebaut.<sup>267</sup>

\*

In den 20er Jahren fand weder eine Intensivierung noch eine Spezialisierung im Landbau statt; er wurde nur zur Selbstversorgung der Bevölkerung betrieben. Eine etwas größere, bewußt geförderte Spezialisierung gab es in den Kolchosen der 30er Jahre.

255vgl. Korcevoj 1954:4 256Perspektivnyj plan 1927:360 257Smolic 1929:37,119  
258Kazakov 1953:21; Gulejck 1940:19-21; vgl. Pavil'on 1939:9; Kabysch 1960:71  
259Perspektivnyj plan 1927:363 260ebd 261Perspektivnyj plan 1927:364  
262Provedenie 1973:362 263Perspektivnyj plan 1927: 385 264Perspektivnyj plan  
1927: 383 265Perspektivnyj plan 1927: 383 266Perspektivnyj plan 1927:384  
267Tabelle #74 im Anhang











Sowohl in Ost- als auch in Westpolesien hatten Krieg und Bürgerkrieg den Waldbestand merklich ruiniert.

Zum 1.1.1931 hatte sich offiziell die Waldfläche gegenüber den in Tabelle 33 ausgewiesenen Werten erhöht<sup>286</sup>. Auf einen Einwohner kam 1,6 ha Waldgebiet.

Das Ausmaß des Wildfrüchtesammelns wurde in der BSSR nicht statistisch erfaßt. Allen Ernstes wurde im Perspektivplan vorgeschlagen, das Sammeln von Pilzen und Beeren zwar grundsätzlich kostenlos zu gestatten, "aber in Bezug auf das Sammeln von Steinpilzen [kamnja] und das Ausheben von Ton und Sand die kostenlose Nutzung nur auf dem Gebiet des privaten Konsums des bäuerlichen Hofes", die sonstige Nutzung aber gegen Geld zuzulassen.<sup>287</sup>

"In der BSSR ist die Jagd kein Gewerbe für die örtliche Bevölkerung; nichtsdestoweniger dient sie einem Teil der Bevölkerung als Hilfe <Zubrot> im Hof"<sup>288</sup>. Das Ziel der Planung war eine Vergrößerung des Wildbestandes, die mehr Jagd und schließlich mehr Geldeinkünfte auf diesem Sektor ermöglichen sollte. Verschiedene Tiergattungen hatten sich schon rargemacht; 1924 gab es nurmehr in 9 von 163 Förstereien der BSSR Biber, Wildziegen in 28, Elche in 10, Wildschweine in 8, Marder in 17, Fischotter in 2, Luchse in 2 und Bären in 4 Förstereien. Nur über fünf Gebiete mit 14.380 Ds. wurde ein Jagdverbot verhängt, am 1.10.1925 über zwei weitere Gebiete. Auf Beschluß des SovNarKom vom 30.1.1925 wurde ein Naturschutzpark geschaffen.<sup>289</sup>

Im zu 34,7% mit Wald bedeckten okrug Mazyr gab es 26 Förstereien [lesnicestvo], was längst nicht ausreichte, um 7021 km<sup>2</sup> Wald zu bedienen. Der Wilderei konnte kein Riegel vorgeschoben werden.

In den okrugten Mazyr, Babrujsk und Sluck war Holz nach wie vor genug vorhanden, Schwierigkeiten bereitete aber der Transport aus den südlich der Prypjac' gelegenen Gebieten, in denen es keine Eisenbahnen gab<sup>290</sup>. Mazyr, Zytkavicy, Kalinkavicy und El'sk verfügten über Sägewerke, Mazyr auch über eine Furnierfabrik<sup>291</sup>.

<sup>286</sup>Jalovic 1955:112: Wald staatlicher (3142.000 ha) wie lokaler Bedeutung (550.000); ich beschränke mich auf Verarbeitung von Material über die 20er Jahre; über die 30er Jahre: Jalovic 1959:115f

<sup>287</sup>Perspektivnyj plan 1927:809 <sup>288</sup>ebd.,809 <sup>289</sup>Perspektivnyj plan 1927:810

<sup>290</sup>Perspektivnyj plan 1927: 791f <sup>291</sup>Perspektivnyj plan 1927:793

In den 30er Jahren war in Mazyr noch eine Möbelfabrik gebaut worden. "Die großen Wälder des Pripjetbeckens und die günstigen Verkehrsbedingungen haben die Entstehung einer ganzen Reihe von Betrieben der Holzindustrie in Mosyr begünstigt".<sup>292</sup>

Die Holzindustrie war also das Gewerbe, an dem man in eine vormals bäuerliche Nebenbeschäftigung einhakte. Ich fand jedoch kein Material, das auf die Frage, wie das Holz "abgebaut" wurde und wie es in die Fabriken kam, Antworten gegeben hätte. Auch von Konflikten zwischen Bauern und Staatsorganen um Fällrechte ist in diesem staatlich genehmigten Material keine Rede.

Das Grunddilemma bestand darin, daß die Nachfrage nach Holz (1926/27 in der BSSR: 11.314.000 m<sup>3</sup>) das Angebot bei weitem überstieg (5.156.000 m<sup>3</sup>)<sup>293</sup>. Im Perspektivplan wurde eine unabwendbare Lücke für die Holzverarbeitende Industrie vorhergesagt.<sup>294</sup> Der Plan empfahl, Bauten mit feuerbeständigem Material zu errichten<sup>295</sup>, Torf als Brennmaterial zu verwenden und die Waldbestände möglichst irgendwie zu erhalten.<sup>296</sup> Es gebe "zahlreiche Fälle, in denen hochwertiges Nutzholz, welches die Holzexportorganisationen und der Transport benötigen, nicht ihrer direkten Bestimmung gemäß, sondern kleinen Unternehmen ausgeliefert werden, was vom staatlichen Standpunkt aus unzweckmäßig ist" - so wird in diplomatischer Ausdrucksweise umschrieben, daß der Staat in der N□P-Periode Schwierigkeiten hatte, die Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten zu lenken, wenn er weder Zwangsmittel anwenden, noch teuer aufkaufen wollte.

Die 449.000 ha Waldes örtlicher Bedeutung, die die BSSR-Staatsverwaltung den Bauern schon kostenlos übergeben hatten, sollten genügen, fortan sollten Waldgebiete nur noch verkauft werden.<sup>297</sup>

Kopfschmerzen bereitete den Planern auch, daß in der BSSR von 2,4 Millionen Stück Vieh 1 Million im Wald ihr Futter fand. "Die Waldweide des Viehs ist vom Gesichtspunkt der Interessen der Forstwirtschaft vollkommen unzulässig"; solange aber die örtliche Bevölkerung die Wälder als Weide benötige, müsse man sich auf die Forderung beschränken, daß wenigstens der Nachwuchs nicht abgefressen werde; Die mit über 15 Jahre alten Bäumen bestückten Waldflächen sowie die Sumpfgebiete machten zusammen 1,6 Millionen ha aus; auf diesen sollten dann aber höchstens 800.000 Stück Vieh weiden.<sup>298</sup>

Der Fünfjahresplan projektierte die Kultivierung von 19.260 ha<sup>299</sup> mit einem

<sup>292</sup>SSR Weißruthenien 1942:37

<sup>293</sup>Perspektivnyj plan 1927:797 <sup>294</sup>Perspektivnyj plan 1927: 801 <sup>295</sup>ebd.:802u

<sup>296</sup>ebd.:803 <sup>297</sup>Perspektivnyj plan 1927:803 <sup>298</sup>Perspektivnyj plan 1927:808

<sup>299</sup>vermutlich ha, eine Einheit ist nicht angegeben; Pjatiletnyj plan 1929: 355

Aufwand von 401.000 Rubeln.

Bis zum Beginn der Kollektivierung hatte sich in Hausindustrie und Dorfgewerbe wenig geändert. "Fast jedes Dorf hatte seine Handwerksmeister, Müller, Leute, die sich auf diesen oder jenen Aspekt der handwerklichen Produktion spezialisiert hatten, ganz zu schweigen von der Fertigung jener im täglichen Leben notwendigen Dinge, die nahezu jeder Bauer machen konnte, wie einen Handkorb, einen Trog, einen Spaten, Griffe für Beil und Axt u.ä."<sup>300</sup> Weiterhin wurde fast nur zur Befriedigung des eigenen Bedarfs produziert, seltener auf Auftrag, noch seltener für den Markt.<sup>301</sup>

1917 betrieben 11,8% (von 7353 untersuchten) Höfe nebenbei noch ein Handwerk, 1924 waren es 12,4% und 1925 plötzlich 21,9% (von 9765 bzw. 10308).<sup>302</sup> So absurd die plötzliche statistische Steigerung auch ist, so zeigen die Werte doch das Fortbestehen der bäuerlichen Nebenbeschäftigungen.

In Polesien 1926 führten 24% der Höfe, ein Jahr später schon 60% der Höfe ein Nebengewerbe durch.<sup>303</sup>

Warum, so fragt sich Titov, wurde weiterhin soviel selbst hergestellt? Er führt an:

- a) Die Dörfer liegen ab vom Schuß (dies ist in Polesien besonders extrem gewesen),
- b) auf dem Land waren die Rohstoffe billig oder gratis,
- c) Tradition,
- d) im Herbst und Winter waren Arbeitskapazitäten frei,
- e) der staatliche Handel war unzureichend<sup>304</sup>.

In der BSSR war das Handwerk in der NEP-Phase ein Kleinhandwerk geblieben, was auch ungewollt durch die Gesetzgebung gefördert wurde. Erstens gab es Hindernisse, im Handwerk Lohnarbeiter zu beschäftigen: 1923 waren in der BSSR 72,7% der Arbeitskräfte städtischer Siedlungen selbst die persönlichen Eigentümer ihrer Unternehmen<sup>305</sup>. Und 1925/26 hatten die 63389 Unternehmen 100.374 Beschäftigte<sup>306</sup>. Zweitens waren die komplizierteren Handwerksprodukte genehmigungspflichtig.

Allgemein ging es mit dem Handwerk bergauf, besonders in ländlichen Orten<sup>307</sup>. Diese Entwicklung zog aber keinesfalls nach sich, daß die Bauernfamilien auf ihre Nebentätigkeiten verzichteten. Welche Zweige der Hausindustrie schon Gegenstand bestimmter Berufsausübung geworden und nicht mehr in Nebenbeschäftigung

<sup>300</sup>Titov 1976:40 <sup>301</sup>ebd. <sup>302</sup>Filipinov in Sovetskoe Stroitel'stvo 1927 Nø1 S.93, zitiert in Titov 1976:30f <sup>303</sup>Druzilovskij 1928:208; Dies beweist einmal mehr die Schwierigkeit der Definition und statistischen Erfassung von "Nebengewerben"  
<sup>304</sup>Titov 1976:40 <sup>305</sup>Titov 1976:25 <sup>306</sup>ebd.:26 <sup>307</sup>ebd.:29

ausgeführt worden waren, zeigt Tabelle 34.

Tabelle 34: Die Handwerkszweige der BSSR

É»

[Titov 1976:32]

Zweig	Städte	Stetl	Dörfer	Summe	
Holz	4,8	2,7	92,5	100	
Mineralrohstoffe			12,2	5,1	82,7
Metall	13,0	5,9	81,1	100	
Seide	10,7	13,3	76,0	100	
Kleidung, Schuhe, Toilette			24,1	7,8	68,1
Knochen		35,3	18,1	46,6	100
Flachs und Hanf			58,0	21,0	21,0

É¼

Überraschenderweise war gerade die Flachsverarbeitung schon in nichtbäuerlicher Hand konzentriert.

Trotz des Aufstiegs des Handwerks starben die Handwerksstetl allmählich, unter anderem deshalb, weil sie sich vorher durch die Ansiedlungsbeschränkungen für Juden in einer Unterfunktion mit versteckter Arbeitslosigkeit befanden. In Polesien gab es z.B. in dem Ort Scedrin im Rajon Parycy 1924 noch 118 Handwerker, 1930 nur noch 95308. Und in Davydo£ka (Rajon Azaricy) arbeiteten 1929 von 10 ortsansässigen Tischlern nur 6 und von 5 Schindelmachern nur 3.309 "Viele Handwerker gingen auf der Suche nach Lohnarbeit [zarabotka] durch die nahegelegenen Wälder. Aber im Dorfe selbst machte sich die agrarische Überbevölkerung bemerkbar, es wurden keine zusätzlichen Arbeitskräfte benötigt".<sup>310</sup>

So hatte das sterbende Handwerk zwei Erben: Die Industrie und das Nebengewerbe der Einzelhöfe. Auch Kolchose traten mit dem Anspruch auf, die bäuerlichen Nebengewerbe zu organisieren; meist hatte man dort aber andere Sorgen.

Bot Polesien, "eines der Gebiete mit den reichsten Sumpfeisenvorkommen Weißrußlands"<sup>311</sup>, noch der Landbevölkerung eine Nebenerwerbsquelle in diesem Gewerbebezweig? Schon Jäger<sup>312</sup> bemerkte: "das häufig vorkommende Rasenerz setzte im 19.Jahrhundert viele Eisenhütten in Tätigkeit, die aber in neuerer Zeit mehr und mehr eingegangen sind".

"Die Gewinnung von Sumpferz bereitet in Polesien [...] keine großen Schwierigkeiten, weil das Erz überhaupt nicht tief liegt, und oft liegt es sogar überirdisch."<sup>313</sup> Dieser weitreichenden potentiellen Ausnutzung stand aber eine nur geringfügige tatsächliche gegenüber: "Jetzt aber wird das Sumpferz in Polesien und in anderen Orten der BSSR von der Einwohnerschaft nur für die Fundamente der Behausungen verwandt" , "sie bauten sogar Fundamente

308Titov 1976:34 309Titov 1976:35 310ebd.

311Lja£danski 1933:5 312Jäger 1919:16 313Lja£danski 1933:5

für eine Kirche" damit.<sup>314</sup>

Auch der Torf wurde von der Verwaltung als wertvolles Gut angesehen.<sup>315</sup> Wieviel Fläche von verwertbarem Torf bedeckt war, wußte in den 20er Jahren in der BSSR niemand so genau. Schätzungen sprachen von 55.781 Desjatinen im okrug Mazyr (BSSR 1925 :198.021 Ds.)<sup>316</sup>. Der Perspektivplan sah vor, daß ein Gebiet von 5000 Desjatinen durch 660 in neuen Siedlungen lebende Familien (Höfe) bearbeitet, also 3300 Menschen der Lebensunterhalt gesichert werden sollte.<sup>317</sup> Die Siedlungen sollten eine komplette Infrastruktur erhalten, an Ärzte war genauso gedacht worden wie an Drillmaschinen.

Wozu der Torf dann verwendet werden sollte, war aber nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung unklar, sondern auch den Autoren des Perspektivplans, die nur sehr unpräzise von der Düngung durch Torf sprechen anscheinend war die Beschaffenheit der weißrussischen Torfe noch nicht genau untersucht worden.<sup>318</sup> Sowohl Sovchose (Torf als Dünger)<sup>319</sup>, als auch die Industrie (Torf als Brennstoff)<sup>320</sup> sollten Nutzer des Torfes werden.

Der Abbau war noch als ein handwerklicher projiziert, es sollten aber 4 Torfgenossenschaften gegründet werden, die auch maschinell Torf heben sollten.<sup>321</sup> Für den okrug Mazyr war ein Torfabbau von Staats wegen nicht vorgesehen.<sup>322</sup>

#### 6.3.5. Familienstruktur, Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung

Die Landaufteilungen in den Jahren 1917-1921 führten nicht zu einer neuen Form der Arbeitsorganisation. Im Gegenteil: durch die Landaufteilung und die damit verbundene Vergrößerung der Besitz- und damit der Anbaufläche konnte die familiäre Arbeitsorganisation mit ihren spezifisch polesischen Merkmalen traditioneller Arbeitsteilung stabilisiert werden, da so die Unterversorgung mit Land aufgeschoben wurde. Der Hang zur Subsistenzproduktion, der sich z.B. darin ausdrückt, im Winter weniger als im Sommer zu arbeiten,<sup>323</sup>

<sup>314</sup>Ljaŕdanski 1933:19; Detailliert beschreibt Ljaŕdanski über 100 Stellen in Polesien mit Eisenerzvorkommen und verweist auf die z.T. lange geschichtliche Tradition des Abbaus, der nun in der Zwischenkriegszeit brachlag.

<sup>315</sup>Perspektivnyj plan 1927:252-263 <sup>316</sup>Perspektivnyj plan 1927: 291

<sup>317</sup>Perspektivnyj plan 1927:252 <sup>318</sup>ebd.:292f <sup>319</sup>ebd.:306 <sup>320</sup>ebd.:307f

<sup>321</sup>ebd.:299; vgl. Jalovic 1956:63 <sup>322</sup>Perspektivnyj plan 1927:310-315

<sup>323</sup>Die jüdischen Bauern hatten im Gegensatz zu den weißrussischen das Bestreben, auch die Winterzeit zu nutzen, vgl. Itogi raboty 1927:10





Die Kolchosmitglieder verrichteten zweierlei Art von Arbeit: die von der Leitung organisierte und die selbstorganisierte - einerseits Lohnarbeit, andererseits Produktion für den eigenen Bedarf; der zweite Bereich war in Polesien auch vom zeitlichen Aufwand her nicht unbedingt ein nebensächlicher, aber letztendlich führte die Kolchosleitung das Kommando über die Arbeitskraft der Bauern. Die Kontrollmöglichkeiten waren aber deshalb begrenzt, weil ja die chutora und pasjolki örtlich abseits der Kontrollinstanz lagen. Die Bauernschaft versuchte, das Kommando über ihre eigene Arbeitskraft mit verschiedenen Tricks zurückzuerlangen.

A) Es wurden möglichst wenige Arbeitstage im Kolchos abgeleistet.<sup>326</sup>

B) Der Ehemann arbeitete innerhalb und die Frau außerhalb des Kolchos. Auf diese Weise sollte ein Teil der patriarchalischen familiären Arbeitsorganisation innerhalb des Kolchos aufrechterhalten werden<sup>327</sup>.

Ein beträchtlicher Teil der ideologischen Frauenarbeit der Parteiorganisationen bestand darin, die Arbeitskraft der Frauen direkt in die Arbeitsorganisation der Kolchose einzubinden. Dabei führten die Frauen auch hier weiterhin die ihnen traditionell im Rahmen der familiären Arbeitsteilung zufallenden Tätigkeiten durch. So wurden sie häufig als Melkerinnen abgebildet<sup>329</sup>, aber es gab keine Traktoristinnen.<sup>330</sup>

Um die Produktion überhaupt aufrechterhalten zu können - nicht nur um sie in die richtigen Bahnen zu lenken - mußten Arbeiter und Jugendliche auf das Land geschickt werden. Hauptfunktion blieb aber die Kontrolle über die bäuerliche Produktion.

Die neue Art der Arbeitsorganisation, die mit der Kollektivierung einherging, sollte die Planwirtschaft als eine Kommandowirtschaft verwirklichen. Deren negative Eigenschaften - Gleichgültigkeit der Produzenten gegenüber dem Produkt (Entfremdung), Bürokratisierung - traten sofort auf und sollten schon bald zu dem hilflosen Versuch führen, durch den "sozialistischen Wettbewerb"

<sup>326</sup>Lagun 1970:202 bringt ein Beispiel

<sup>327</sup>vgl. Lagun 1970:201; Das Fortbestehen patriarchalischer Traditionen wurde oben schon anhand des geringen Schulbesuchs der Mädchen thematisiert. Frauen mußten auch ihr Wahlrecht zu den Sowjets erst durchsetzen. "Durch die Verwaltung der RSK [Rajonnyj Sojuz Kolchozov] wurden die Wahlen in den Kolchosen Cyrvonaja zorka [Roter Stern] und Juny leninec [Junger Leninist] aufgrund der Nichtzulassung von Frauen zum Wahllokal annulliert." [Provedenie 1973:115 #197

<sup>329</sup>vgl. die Abbildungen in der Broschüre von Sybaca£

<sup>330</sup>Itogi 1959:#47, S.101+#48,S.108; vgl. Tabelle #76 im Anhang.

und durch eine Einteilung der Kolchose in ständige Brigaden<sup>331</sup> den Bauern Konkurrenzverhalten und Verantwortungsbewußtsein beizubringen. Dies hatte nichts mehr mit den traditionellen Formen gegenseitiger Hilfe zu tun. Letztere war unter den Bauern gerade in den 30er Jahren besonders wichtig. So gaben diejenigen, die Saatgetreide übrig hatten und daher Requisitionen befürchteten, dies denen, die ihren Boden nicht besäen konnten.<sup>332</sup>

\*

Zusammenfassung : die bäuerliche Wirtschaft in Ostpolesien  
Es schien zunächst, als könnte die BSSR einen anderen Weg aus der Ständegesellschaft weisen als den der Kapitalisierung, einer auf Kosten der Landwirtschaft betriebenen Industrialisierung und des Hofsterbens. Freilich machte hier die Trägheit der Sitten den Aktivisten zu schaffen. Alle Beschränkungen einer kapitalistischen Entwicklung durch die Agrarverfassung der BSSR sowie alle Besteuerungs- und Subventionsmaßnahmen der öffentlichen Hand bewirkten in Polesien nur das Festhalten an extensiver Wirtschaftsweise, Familieneigentum, geringer Marktproduktion und geringer Arbeitsteilung. Die Maßnahmen der Agronomie und andere Vorschläge der Staatsverwaltung griffen nicht, da sie nicht von der Bevölkerung aufgenommen wurden. Um so deutlicher hebt sich auf diesem Hintergrund der Erfolg (im Sinne des Urhebers) der Politik von Pryscepau ab - wohl nicht ohne Widerstand der Bauernschaft. Hier gelang ein beträchtlicher Einschnitt in die Siedlungsstruktur, der neben dem Ziel eines Abbaus der "ländlichen Überbevölkerung" den Flurbereinigungsprogrammen Rechnung trug und daher "trotz" seiner Dezentralisierungstendenzen als modernisierend einzustufen ist.

Materiell ging es den Menschen in den 20er Jahren allmählich besser. Zurückzuführen ist dies auf eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die den Familien zur Verfügung standen; diese kam durch die revolutionäre Umverteilung des Bodens, eine probäuerliche Preis-, Kredit- und Steuerpolitik und durch eine Verminderung des Bevölkerungsanstiegs zustande, letzteres begünstigt durch eine Abwanderung in nahe Städte und ferne Gebiete<sup>333</sup>.

<sup>331</sup>vgl. auch Schiller 1960:35; für Weißrußland: Provedenie 1973: #83, S.352

<sup>332</sup>Minskij Muzik 1937:113f      <sup>333</sup>vgl. auch Druzilovskij 1928:207

Die landwirtschaftliche Produktionsweise in Polesien hatte sich in der NEP-Zeit wenig geändert. Im 1928 beginnenden Fünfjahresplan wird die allgemeine wirtschaftliche Lage Polesiens folgendermaßen beschrieben:<sup>334</sup>

Grundlage sei eine extensive Weidewirtschaft und eine dementsprechend primitive Fleischviehzucht; es gebe keine Möglichkeiten zur Entwicklung der Warenproduktion im Bereich Ackerbau. Die Bevölkerung verbrauche ihre Produkte selbst.

Der Fünfjahresplan empfahl angesichts dieser Lage nicht eine Forcierung des Ackerbaus. Vielmehr gelte es, auf den Torfböden eine Futterbasis für das Vieh zu schaffen sowie durch extensive und intensive Melioration (der Böden) und den systematischen Einsatz von Kunstdünger, zumindest eine Selbstversorgung mit Getreide zu ermöglichen<sup>335</sup>.

Damit Polesien seinen rechtmäßigen Platz in der sowjetischen Wirtschaft einnehme, sollten Holz exportiert und Torfkombinate errichtet werden<sup>336</sup>.

Die BSSR als eine Agrarrepublik wurde in den 20er Jahren von Personen geleitet, die zwar nicht direkt die Interessen der Bauern vertraten, die aber dieser 80% der Bevölkerung stellenden sozialen Gruppe wohlgesonnen waren.

Das Mißtrauen gegenüber der (relativen) Unabhängigkeit der Einzelbauern, deren Wirtschaftsweise in Polesien fast autark geblieben war, ging nicht von der BSSR-Führung aus, sondern von den Strategen der VKP(b).

Das Ausschalten des Großgrundbesitzes in der Sowjetunion rief keine Notwendigkeit hervor, den Arbeitsprozeß und die Arbeitsorganisation zu ändern. Auch die Umsiedlung in Neudörfer brachte keine Veränderungen in der Arbeit selbst hervor, sondern nur kürzere Wege zum Arbeitsplatz (den Feldern und Weiden), oft aber längere Wege zum Markt.

Um so unvorbereiteter traf die erste Kollektivierungswelle von 1929/30 die ländliche Bevölkerung.

Die Bauern waren zu quasi leibeigenen Lohnarbeitern geworden, ihr Interesse an einer guten Ernte wurde nur durch den Hunger erzeugt, zumal mit dem Teil des Lohnes, der in Geld ausgezahlt wurde, wenig anzufangen war. Da es aber nicht in der Hand dieser Lohnarbeiter ohne Abzugsrecht lag zu bestimmen, wieviel ihnen von ihrer Ernte zugute kam, ließ ihr Interesse an einer ertragreichen Arbeit und Arbeitsorganisation merklich nach.

<sup>334</sup>Pjatiletnyj plan 1929:9    <sup>335</sup>Pjatiletnyj plan 1929:9f

<sup>336</sup>ebd:15

Außerdem gibt es Hinweise, daß unter einem anderem Etikett die traditionelle Arbeit und Arbeitsorganisation weitergeführt wurde. Dieses Beibehalten wurde dadurch, daß Polesien ein Zufuhrgebiet mit zudem wenig entwickelter Geldwirtschaft war, erleichtert. Anders als im Ackerbau, wo mit Traktoren und Dreschmaschinen eine Abhängigkeit der Kolchose von den Zentralinstanzen und den MTS erzeugt werden konnte, war in den Bereichen Viehzucht und bäuerliche Nebengewerbe diese technische Abhängigkeit nicht zu erzeugen: nur der Zwang zur Aufgabe von Vieh und Boden führte die Bauern in den Kolchos. Dies heißt aber auch, daß bei Wegfall dieses Zwanges die Bauernfamilien wieder sofort auf traditionelle Weise hätten wirtschaften können - innerhalb von 10 Jahren konnte die unbeliebte Wirtschaftsweise des Kolchossystems noch nicht so sehr in Fleisch und Blut übergegangen sein.

-----

## 7. DER ALLGEMEINE POLITISCH-KULTURELLE RAHMEN IN WESTWEISSRUSSLAND

### 7.1. Die Nationalitätenfrage in Westpolesien

Das Nationalitätenproblem kann hier nur gestreift, muß aber behandelt werden, da die soziale mit der nationalen Dimension verbunden ist:

Polen war weder ein Nationalstaat noch ein föderativer Staat geworden; in seinen 1923 vom Botschafterrat anerkannten Grenzen fanden sich Millionen von Angehörigen anderer Nationen, anderer Sprachen und anderer Religionen wieder, deren Rechte zwar durch die Verabschiedung des - im Rahmen des Versailler Vertragswerkes eingeforderten - Minderheitenschutzvertrages anerkannt waren, in der Wirklichkeit wurden diese Minderheiten jedoch benachteiligt. Die östlich der Curzon-Linie gelegenen Wojewodschaften (von Nord nach Süd:) Vilnius, Navahrudak (Novogrødek), Polesien, Wolhynien, Tarnopil' und Stanislaviv, in denen die Polen nur eine Minderheit stellten, wurden von polnischer Seite kresy wschodnie ("Ostgebiete") oder kurz kresy genannt; die drei erstgenannten Wojewodschaften wurden hauptsächlich von Weißrussen besiedelt und werden daher in dieser Arbeit mit Westweißrußland bezeichnet.

In Westweißrußland entsprachen die ethnischen Bevölkerungsgruppen der Weißrussen, Juden und Polen nach wie vor ständisch geprägten sozialen Gruppen; soziale Konflikte blieben als nationale und religiöse deutbar und umgekehrt. Daß in Polesien das Nationalbewußtsein der ortsansässigen Bevölkerung wenig entwickelt war, wollte die polnische Verwaltung nutzen, und sie wußte es zu nutzen. Es bestand die Absicht, aus den Poleschuken möglichst reibungslos Polen zu machen. Dies war auch gerade in der Wojewodschaft Polesien aus polnischer Sicht "nötig", da hier selbst nach offiziellen Angaben nur 14,5% Polen lebten.<sup>1</sup> Um die autochtone Bevölkerung der Wojewodschaft Polesien, die zunächst 42.278 km<sup>2</sup> groß war und 880.898 Einwohner zählte, weder als Ukrainer noch als Weißrussen bezeichnen zu müssen, wurde in den beiden Volkszählungen von 1921 und 1931 eine zusätzliche Rubrik tutejszy ("Hiesiger") in den Listen mitaufgeführt. Zwar pflegten sich die Bauern in Polesien tatsächlich als tutejsi bzw. als "miejscowy"<sup>2</sup> zu bezeichnen (oder sie gaben ihre Religion, das orthodoxe Christentum, als Nationalität an<sup>3</sup>), aber dieser Begriff wurde von polnischer Seite bewußt verwendet, um die Stärke der Weißrussen und der Ukrainer im polnischen Staat zu bagatellisieren.<sup>4</sup>

1Zählung 1931; siehe unten Tabelle #38 2vgl. Tomaszewski 1963:32  
3auch heute nennt sich eine Literatengruppe in Weißrußland tutejsi; Küppers  
1989:Sp.7; In Balesy Polis'sja 1(5), April 1989, S.6 führt man die damalige  
Volkszählung als Beweis für ein eigenes ethnisches Bewußtsein der Poluschuken an  
4KorusKabacinska 1961:161 u.v.a.m.; auch bei der polnischen Volkszählung von  
1919 wurde die Kategorie tutejszy verwandt [Har,cki 1928:90]

Bei der Volkszählung von 1921 wurden z.B. folgende Daten ermittelt:

Tabelle 36 Religionen in der Wojewodschaft Polesien 1921

É»

°[Skorowidz 1924: S.X - XI ]

°[Niezbrzycki 1930:304 führt 3897 Evangelische auf, wohl weil

°er die Baptisten hier subsummiert]

°	Polesien	Stadt	Land	Polesien	Stadt	Land			
°Orthodoxe	697373		48774	648599	79,17	32,46	88,77		
°Unierte	93	31	62	0,01	0,02	0,01			
°Katholiken	68698	21149	47549	7,80	14,07	6,51			
°Evangelische	3804	301	3503	0,43	0,20	0,48			
°Mosaisch	110639		79925	30714	12,56	53,19	4,20		
°Andere Christen	194	34	157	0,02	0,02	0,02			
°Andere	91	46	45	0,01	0,03	0,01			
°Summe	880892		150260		730629		100,00	100	100
°unbekannt	6	0	6						

É»

Tabelle 37: Die Verteilung nach Nationalitäten soll dabei so  
ausgesehen haben:

É»

° Nationen in der Wojewodschaft Polesien 1921 [Skorowidz Xf:] °

°	Polesien	Stadt	Land	Polesien	Stadt	Land	°		
°Polen	214052	46556	167496	24,3	31,0	22,9	°		
°Weißrussen	375220		25007	350213	42,6	16,6	47,9	°	
°"Ruthenen"	156142		6325	149817	17,7	4,2	20,5	°	
°"Hiesige"	38565	2214	36351	4,4	1,5	5,0	°		
°Deutsche	905	91	814	0,1	0,1	0,1	°		
°Juden	91251	67522	23729	10,4	44,9	3,2	°		
°Russen	4303	2407	1896	0,5	1,6	0,3	°		
°Andere	459	138	321	0,1	0,1	0,0	°		
°Summe	880897		150260		730637		100,0	100,0	100,0 °
°Unbekannt	1	0	1						°

É»

Daß sich 38.565 Einwohner als "Hiesige", "Polesier", "Örtliche" o.ä. bezeichnet hatten, ist nicht ungewöhnlich. Aber daß es zwar nur 68.698 Katholiken, aber 214.052 Polen gegeben haben soll, läßt auf Manipulationen schließen. Aus dem Index ist auch erkennbar, daß jeweils ganze Dörfer mit orthodoxen Bewohnern als Polen eingetragen worden waren.

Laut gewissen Daten von 1924, deren Herkunft nicht näher erläutert wird, gab es in der Wojewodschaft 412.506 Weißrussen und 441.702 Poleschuken<sup>6</sup> (86614 Polen, 2203 Ukrainer, 125043 Juden, 2451 sonstige).

Bei der Volkszählung im Jahre 1931 wurde nach der Sprache gefragt:

Tabelle 38:

É»

°[nach Tomaszewski 1963:24]

°Volkszählung 1931	in % <sup>3</sup>	in %°
°Polen	164106	14,50 <sup>3</sup>
°Weißrussen	75338	6,66°







Organisationen lauteten: 1. Kostenlose Übergabe des Bodens an die Bauern, 2. Muttersprachlicher Schulunterricht, 3. Territoriale Autonomie.<sup>11</sup> In der Wojewodschaft Polesien mit ihren hohen Prozentsätzen an Orthodoxen (79%) und Juden (13%) erhielt diese Liste von 235.165 Stimmen 84.156, also 35,8%<sup>12</sup>. Allerdings hatten bei über 800.000 Einwohnern nur weniger als die Hälfte der Erwachsenen vom Wahlrecht Gebrauch machen können oder wollen. Für die polesischen Wahlkreise Brest und Pinsk zogen 4 Vertreter von der PPS, 2 für die damals mit einem radikalen Programm auftretende Bauernpartei Wyzwolenie, und 4 für den Minderheitenblock in den sejm.<sup>13</sup>

Die Weißrussen erhielten zusammen rund 10 sejm- und 2 Senatssitze<sup>14</sup>. Die weißrussischen Vertreter blieben aber im politischen Geschehen der jungen Republik außen vor.

Nachdem sich die Spannungen zwischen Polen und Weißrussen ausgeweitet und die weißrussischen Sejmabgeordneten für Weißrußland eine kulturelle Autonomie gefordert hatten<sup>15</sup>, die Premier Grabski ablehnte,<sup>16</sup> begannen 1924 Repressionen gegen die weißrussische Minderheit. "Im gleichen Jahr wurden 300 weißrussische Volksschulen geschlossen und 240 Lehrer in das Krakauer Gebiet versetzt".<sup>17</sup> Auch die Herausgabe von Zeitungen wurde jetzt beschnitten. Es lassen sich Spekulationen darüber anstellen, ob dies schon eine unangemessene Reaktion darauf war, daß die weißrussische Bewegung erstarkt war und sich nach Bündnispartnern in Litauen und der CSR umsah. Und je autonomer die BSSR im Zuge der belorussizacija wurde, je mehr Nichtkommunisten aus dem Exil in die BSSR gingen, um so wohlgesonnener wurden auch die Weißrussen in Polen diesem Staat<sup>18</sup>, um so gefährlicher und unheimlicher wurde er aber vom polnischen Standpunkt aus.

Die weißrussische Sejmfraktion beschwerte sich meist ergebnislos im sejm über Amtsanmaßungen und Gesetzesübertritte der lokalen und regionalen Verwaltung<sup>19</sup>. Nachdem es zwischen den weißrussischen Sozialrevolutionären, Sozialdemokraten und Kommunisten verschiedene Spaltungen, Vereinigungen und Auflösungen ge

<sup>11</sup>Bergmanowa 1968:50

<sup>12</sup>absolute Werte nach Elski 1931:pl.59f,dt.29    <sup>13</sup>Ajnenkiel 1989:289+295+299

<sup>14</sup>Elski 1931:pl.60,dt.30; Horak 1961:172 spricht von 7 sejm-Abgeordneten und drei Senatoren. Engelhardt 1943:197 meint, zusammen mit den weißrussischen Vertretern polnischer Linksparteien habe es 16 weißrussische sejmabgeordnete gegeben    <sup>15</sup>Horak 1961:173; Vakar 1956:123

<sup>16</sup>im August 1924; vgl. Dokumenty IV,#227    <sup>17</sup>Horak 1961:173

<sup>18</sup>Hlybinny 1959:46

<sup>19</sup>vgl. Int,rp,ljacyi 1927

geben hatte<sup>20</sup>, schälte sich im Juli 1925<sup>21</sup> aus der sejm-Fraktion der Weißrussen [Belaruski Pasjol'ski Kljub] die Weißrussische Bauern- und Arbeitergemeinde [Belaruskaja Sjaljanska-Rabotnicka Hramada] heraus. Diese kurz Hramada genannte Organisation unter den sejm-Abgeordneten Taraskevic, Rak-Michajlo£ski, Valosyn und Mjatla war die einzige während der Zwischenkriegszeit, die einen breiten und auch in Polesien<sup>22</sup> nicht nur oberflächlichen Kontakt zur Bauernschaft besaß, zu der ja nach wie vor 90% der Weißrussinnen und Weißrussen gehörten. In kürzester Zeit schrieben sich 100.000 Mitglieder, zuweilen jeweils die ganze Bevölkerung eines Dorfes<sup>23</sup> in die Hramada ein.<sup>24</sup>

Das nach dem Putsch vom Mai 1926 von Pilsudskis Anhängern gebildete Regierungslager griff im Januar 1927 hart gegen die Hramada durch. Es gab etliche Hausdurchsuchungen und Festnahmen, 56 Führer wurden ins Gefängnis gebracht und unter Anklage gestellt<sup>25</sup>, darunter auch die sejm-Abgeordneten, die ja eigentlich Immunität genossen. In Kosava (Wojewodschaft Polesien) protestierten am 3.2.1927 3000 Bauern gegen die Verhaftungen, die Polizei eröffnete auf sie das Feuer.<sup>26</sup> Der Hramada-Prozeß endete mit empfindlichen Strafen: Am 22.5.1928 wurden die 4 sejm-Abgeordneten "zu je 12 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat in Tateinheit mit Spionage verurteilt"<sup>27</sup>, es erhielten 39 Personen zusammen 161 Jahre Gefängnis<sup>28</sup>. Die Angeklagten traten z.T. offen für eine unabhängige weißrussische Republik ein<sup>29</sup>. Im April 1930 kamen Rak-Michajlo£ski und Taraskevic persönlich wieder frei<sup>30</sup>, im Juni der spätere Nationalsozialist F.Akincic<sup>31</sup>.

Die weißrussische Intelligenz des polnischen Staates sollte sich von diesem Schlag nicht mehr erholen, zumal es auch in der BSSR für "nationale" Kräfte schwieriger wurde, Unterstützung zu geben; der Preis der Politik Pilsudskis war jedoch der, daß die Weißrussen nicht mehr zur Kooperation mit der polnischen Macht bereit waren, die Dörfer nur autoritär regiert werden konnten.

<sup>20</sup>Engelhardt 1943:193

<sup>21</sup>Elski 1931:pl.62,dt.31; laut Horak

1961:230,Anm.134 im Juli 1926 gegründet; laut Engelhardt 1943:195u am 24.6.1924 gegründet; Bergman 1962:622 spricht vom 24.6.1925; ähnlich Jackson 1966:191; laut Interpeljacyi 1927 trat die Hramada am 3.7.1925 zum ersten Mal als Fraktion auf <sup>22</sup>vgl. Bor'ba trudjasciesja I 1962:#288, S.396f <sup>23</sup>Bergman 1972:265

<sup>24</sup>folgende Angaben über die Mitgliederzahl existieren: nach Bor'ba trudjasciesja I 1962:554,#402 betrug sie im April 1926 950, im September 45.000, im November 68.000, am 1.2.1927 117.000; im Januar 1927 soll sie "mehrere 10000" [Elski 1931:dt.31,pl.63], "annähernd 100.000 [Engelhardt 1943:196] betragen haben <sup>25</sup>Horak 1961:172; Engelhardt 1943:196 <sup>26</sup>Kosman 1979:330f <sup>27</sup>Engelhardt 1943:197 <sup>28</sup>Horak1961:172; laut Engelhardt 1943:197 erhielten 37 Leute insgesamt 212 Jahre <sup>29</sup>Horak 1961:172 <sup>30</sup>Naperad!, 7.5.30, S.1 <sup>31</sup>Naperad!, 19.6.30,Nr.21, S.1; wie stark die Kommunisten in der Hramada vertreten waren, kann nur eine genaue intensive Forschung in Archiven ergeben

Die polnische Exekutive griff aber - auch vor dem Mai 1926 - nicht nur gegenüber Linksintellektuellen zu dem Mittel strenger Repression, sondern auch gegenüber den Bauern (siehe auch unten) und dem orthodoxen Klerus. "Zu Beginn des Jahres besuchte der Abgeordnete Taraskevic Polesien: er konnte kein Dorf finden, wo es wenigstens einen Mann gab, der den unbarmherzigen polnischen Schlägen entkommen war... die polnische Polizei bleibt nicht bei Schlägen mit Gewehrkolben, Schlagringen oder der Faust stehen... Sie hat ein System ausgereifter Tortur entwickelt".<sup>32</sup> Die Bevölkerung zog es manchmal vor, in die Wälder zu fliehen.<sup>33</sup> In der polnischen Presse dagegen hörte sich das z.B. so an: "Im Dorf Surewicze, powiat Slonim wurde am 1.8. eine kommunistische Zelle aufgedeckt. Alle Anwesenden wurden hinter Schloß und Riegel gebracht"<sup>34</sup> - inwieweit es sich wirklich um Kommunisten handelte, ist nicht in Erfahrung zu bringen. Insbesondere die gehobenen Kreise in Vilnius wurden aber zunächst noch in Ruhe gelassen.<sup>35</sup> So wurden also solche Personen sanfter angefaßt, die eine Gegenöffentlichkeit hätten schaffen können.

Schließlich klagten die weißrussischen Organisationen ohne Erfolg - beim Völkerbund die Minderheitenrechte ein<sup>36</sup>.

Bei den Wahlen zu sejm und Senat von 1928 gewann der Regierungsblock BBWR 5 von 10 Abgeordnetensitzen in Polesien.<sup>37</sup>

Die Zersplitterung der weißrussisch-nationalen Kräfte war nach der Zerschlagung der Hramada noch weiter gegangen. Einige Strömungen seien vorgestellt:

- Eine größere Strömung neben der Hramada blieb die Belaruskaja Chryscijanskaja Demakratyja (BChD)<sup>38</sup> mit dem katholischen Pfarrer Adam Stankevic<sup>39</sup> an ihrer Spitze.

- Unabhängig von der Hramada wirkte auch der Sjaljanski Sajuz um F.Jaremic und B.Rahula (auch: Rahulja), der für eine radikale Agrarreform, aber gegen die BSSR auftrat.<sup>40</sup>

- Ähnliches gilt für die teilweise aus Hramada-Mitgliedern hervorgegangene Gruppe um die Zeitschrift "Naperad!" unter Luckevic<sup>41</sup>, die

- dem eigenwilligen Abgeordneten Jan Stankevic Vertretung der Kulakeninteressen vorwarf.

<sup>32</sup>Horak 1961:174; vgl. Vakar 1956:123 <sup>33</sup>Horak 1961:174 <sup>34</sup>Polesie 12.8.28, S.16; ähnlich Ziemia Pinska 26.1.1928 Nø2,S.5 <sup>35</sup>Vakar 1956:128 <sup>36</sup>Die weißrussische Völkerbundklage; in : Nation und Staat 3(1929/30):406-410; wieder abgedruckt in: Za dzjarda£nuju nezaleznasc' 1960:S.71 <sup>37</sup>ansonsten: PPS 1, Sel-Rob 1, Russische Liste 1, Ukrainische sozialistische Bauern- und Arbeitervereinigung 2; Ajnenkiel 1989:289,296,300f <sup>38</sup>Tomaszewski 1985b:88; Engelhardt 1943:195 <sup>39</sup>Kipel 1988:352 <sup>40</sup>Bergman 1972:82 <sup>41</sup>Bor'ba trudjasciesja II 1972: #42, S.86

- Als eine Nachfolgeorganisation der Hramada verstand sich das von Kommunisten unterwanderte oder gegründete "Zmahanne za intar,sy sjaljan i rabocych" ab 1928<sup>42</sup>, während
- die innerlich gespaltene<sup>43</sup> KPZB selbst illegal operieren mußte.
- Auch der undurchsichtige F.Akincic und seine Partyja Belaruskich Nacyonal-Socyalista<sup>44</sup>, beriefen sich auf ihre frühere Zugehörigkeit zur Hramada.

Angesichts dieser auch von Moskau nicht ungerne gesehenen Zersplitterung<sup>45</sup> fiel es Pilsudski und seinen Nachfolgern leicht, mit "unmodernen" und autoritären Mitteln in Westweißrußland zu herrschen. In den 1930, 1935 und 1938 gebildeten Parlamenten erlangte ein bzw. gar kein Weißrusse einen Sitz<sup>46</sup>, womit die 1.000.000 bis 2.000.000 Angehörigen dieser Nation ohne parlamentarische Vertretung blieben. In der weißrussisch-nationalen wie auch der kommunistischen Literatur wird dieser autoritäre ("großpolnische", "faschistische") Regierungsstil dafür verantwortlich gemacht, daß die polesischen und weißrussischen Bauern keine soziale und nationale Bewegung bilden konnten.

Aber inwieweit spielte das alles überhaupt für die polesischen Bauern eine Rolle? Nahmen sie an den politischen Querelen denn teil oder nahmen sie wenigstens von ihnen Notiz? Ihre politischen Orientierungen waren schon für die Zeitgenossen nicht einfach zu ergründen, eine polnische Quelle spricht undeutlich von monarchistischen und bolschewistischen Kräften<sup>47</sup>.

In Polesien waren die weißrussischen Organisationen stets bedeutend schwächer vertreten als in den Wojewodschaften Vilnius und Navahrudak. Dies lag zumindest zum Teil daran, daß hier keine weißrussische Identität bestand. In den Kreisen Brest, Kobryn und Drahicyn hatte sogar eher die ukrainische Sel'Rob einen Einfluß, das Zmahan'ne verzichtete hier z.B. zugunsten dieser Partei 1928 auf eine eigene Kandidatur<sup>48</sup>.

Überhaupt waren ja nicht nur, wie oft betont wird, die unter Monarchien entstandenen politischen Parteien selbst noch nicht mit den Sitten der parlamentarischen Demokratie vertraut; auch die Bauern hatten sich noch nicht darauf eingestellt, was dieser neue Staat bedeutete und wie sie in der sich modernisierenden Gesellschaft ihre Interessen vertreten könnten. Das Verhältnis

<sup>42</sup>hierzu siehe Polujan 1978:58-103 <sup>43</sup>vgl. Ladyse<sup>43</sup> 1985,5:68-75, hier S.69; Polujan 1978:61+67 <sup>44</sup>Naperad! 21 (19.6.30); Engelhardt 1943:197

<sup>45</sup>Kipel 1985:67 spricht sogar von einer indirekten sowjetischen Hilfe für Polen

<sup>46</sup>Engelhardt 1943:197, Horak 1961:106f <sup>47</sup>Ossendowski 178f <sup>48</sup>Polujan 1978:66

zu politischen Parteien - auch zu Bauernparteien - drückte sich z.B. in einer niedrigen Wahlbeteiligung aus. Daß es Bauernparteien aber gelingen konnte, ihre Klientel zu "Bürgern der Gesellschaft", zu "Teilen der Öffentlichkeit" zu machen, dafür legt die hohe Mitgliederzahl der Hramada Zeugnis ab. Hramada und Sel'Rob wurden von den Poleschuken unterstützt, und zwar - nach Obrebski<sup>49</sup> - eher aus sozialen als nationalen Motiven. Die Verbindung zwischen Bauern und Intelligencija war um so leichter zu schaffen, als viele von den letztgenannten aus bäuerlichen Familien stammten. Aber eine dauerhafte Verbindung gelang in der Praxis nicht, und die polnischen Regierungen wußten gut, daß es gerade auf die Verhinderung dieser Verbindungen ankam.

Die polesischen Bauern gingen, dies stellt Obrebski heraus, noch immer von einer vormodernen Vorstellung aus, nach der das Verhältnis zum Staat sich möglichst auf einige Notwendigkeiten zu beschränken habe: Die Bauernschaft zahlt Steuern und stellt Soldaten - der Staat sorgt im Gegenzug für gewisse Sicherheiten, wobei den Bauern begrifflicherweise gerade beim polnischen Staat oft nicht klar war, ob er diesen Aufgaben gerecht werden könne.

Die Poleschuken unterschätzten ihre politischen Möglichkeiten, im Grunde betraten sie die politische Bühne gar nicht. Sie verharrten in der Rolle der Betroffenen. Dennoch ist es schwer, diese These stichhaltig zu untermauern: zwar gibt es verschiedene Anhaltspunkte wie das Analphabetentum, die von anderen beobachtete Ehrfurcht und sogar Unterwürfigkeit der Poleschuken, die geringe Wahlbeteiligung, das Akzeptieren polnischer Gemeindevorsteher und anderes. Andererseits aber führten Bauern in Polesien bis etwa 1924 noch aussichtslose Partisanenkämpfe<sup>50</sup>, eine Situation, wie wir sie von der BSSR schon kennen. Gleichwohl gab es auch solche Poleschuken, die in polnische Dienste traten.

### 7.3. Die kulturelle Infrastruktur: Kirche, Schule und Presse

Die orthodoxe Kirche wurde noch weniger als die politischen Parteien zum Anwalt der bäuerlichen Interessen. Ohne rechten Rückhalt aus Moskau, wollte oder vermochte es der orthodoxe Klerus nicht, kirchliche und sozialpolitische Ziele zu verknüpfen. Die polnischen Regierungen und der Vatikan forcierten eine Trennung der orthodoxen Kirche vom Moskauer Patriarchat, und am 17.9.1925 wurde die Autokephalie erklärt, was den Bauern offensichtlich gleichgültig blieb<sup>51</sup>. Ein Gesetz [statut] von 1922 hatte schon eine Höchstgrenze an Landbesitz [holdings]

49Obrebski 1936a:442 50Bor'ba trudjasciesja I 1962:#216 u.v.a.m. 51Horak 1961:175

für orthodoxe Priester festgelegt<sup>52</sup>. Während zunächst die katholische Kirche in der Verfassung wie in der Wirklichkeit bevorzugt wurde, wurden ab 1935 regelrechte Feldzüge gegen die Orthodoxie und gegen die - in Polesien allerdings unbedeutende unierte Kirche unternommen, bei denen 140 Kirchen zerstört wurden<sup>53</sup>. Es durfte nur noch in polnischer Sprache gepredigt werden.<sup>54</sup>

Genauso wie die Sowjetunion hatte auch Polen den Kampf gegen den Analphabetismus auf seine Fahnen geschrieben, und auch hier gab es gewisse Erfolge: Während in der Wojewodschaft Polesien 1921 noch 60,6% der Männer und 80,6% der Frauen weder lesen noch schreiben konnten, waren dies im Jahr 1931 nur noch 31,1% bzw 64,2% <sup>55</sup>. Aber auf polnischem Gebiet sollten weißrussische Schulen keine dauerhafte Lebenschance haben. Schon im August 1921 protestierte der Chef des CIK der BSSR, Carvjaka£, bei Polens Außenminister Skirmunt gegen die Nichterrichtung weißrussischer Schulen<sup>56</sup>. Diejenigen weißrussischen Schulen, die anfangs noch existierten, wurden aufgrund eines Gesetzes vom 31.7.1924<sup>57</sup> nach und nach in zweisprachige Schulen umgewandelt. Wer weißrussischen Unterricht für seine Kinder wollte, mußte beim Notar eine Unterschrift hinterlegen<sup>58</sup>. Behörden verschleppten Anträge. Genehmigungen zur Indienstnahme weißrussischer Privatschulen wurden aus hygienischen Gründen nicht erteilt. Weißrussenische Lehrer wurden versetzt. Lehrerinnen und Lehrer, die heimlich weißrussenisch unterrichteten, wurden mit Geld und kleinen Arreststrafen belegt<sup>59</sup>, sie hatten Angst<sup>60</sup>.

1926 gab es schon in der Wojewodschaft Polesien gegenüber 792 polnischen Schulen keine einzige weißrussische und nur eine ukrainische Schule.<sup>61</sup> Im Schuljahr 1936/37 gab es in ganz Polen noch 8 allgemeinbildende weißrussische Schulen, 1937/38 überhaupt keine mehr.<sup>62</sup>

Die Zahl weißrussischer Gymnasien schwankte zwischen 4 und null<sup>63</sup>.

Um diesen Zuständen abzuhelpfen, versuchte die weißrussische Nationalbewegung, selbst ein Schulsystem auf die Beine zu stellen. Am 1.7.1921 hatte sich eine

<sup>52</sup>Horak 1961:174

<sup>53</sup>vgl Horak 1961:175; Ostland-Berichte, Reihe A, Nr.5/6, 1938:222-228

<sup>54</sup>Horak 1961:175 <sup>55</sup>RZW 1938:9 <sup>56</sup>Dokumenty IV #37,S.52f <sup>57</sup>Engelhardt 1943:203; Gesetz zitiert in Za dzjarza£nuju 1960:74 und in Engelhardt 1943:357/58

<sup>58</sup>Engelhardt 1943:204u <sup>59</sup>Engelhardt 1943:205f; vgl. Int,rp,ljacyi 1927:202 (10.2.1925) und andere <sup>60</sup>Hepke 1934:16 <sup>61</sup>Bor'ba trudjasciesja I 1962:#57,S.97 = Rocznik Statystyczny 5(1927):408 <sup>62</sup>Maly rocznik statystyczny 10(1939):319; vgl. Tomaszewski 1963:148f <sup>63</sup>Za dzjarza£nuju 1960:74; Rhode 1941:77; Rappaport 1927:248 behauptet fälschlicherweise, es habe überhaupt kein weißrussisches Gymnasium gegeben

"Belaruskaja Skolnaja Rada", am 7.12.1921 das "Tovaryscestva Belaruskaj Skoly" (TBS) gegründet; die beiden Organisationen vereinigten sich bald unter dem Namen der letzteren Organisation<sup>64</sup>. Bis 1926 trat die Organisation sehr gemäßigt auf. Nach Neuwahlen von Vorstand und Kontrollrat am 8.9.1926 kam die Organisation unter die Leitung der Hramada-Führer Rak-Michajlouskij und Taraskevic.<sup>65</sup> Interessanterweise existierte die Organisation eher auf dem Land als in der Stadt<sup>66</sup>. In den Jahren 1927 bis 1929 schwankte die Mitgliederzahl zwischen 10.000 und 20.000; sie waren in 350 bis 450 "Kreisen" organisiert.<sup>67</sup>

In ganz Polen zeigte das Schulsystem wenig Wirkung, aber in Polesien blieb die Analphabetenrate aus verschiedenen Gründen besonders stark. Erstens war - wie in Ostpolesien - bei der dünnen Siedlungsdichte der durchschnittliche Schulweg für die Kinder viel länger als anderswo<sup>68</sup>. Zweitens waren manche Siedlungen ja in bestimmten Jahreszeiten von der Außenwelt abgeschlossen, oder zumindest nicht für alle passierbar. Drittens war es für die Schüler ein Hindernis, daß der Unterricht auf polnisch gehalten wurde. Dieser dritte Punkt ist allerdings schwer zu bewerten. Zum einen war das Polnische für die Poleschuken - als Sprache der Herren - bekannt und einigermaßen zu verstehen; zudem gab es Eltern, die für ihre Kinder ausdrücklich polnische Schulen forderten, da man mit polnisch eben im polnischen Staat und in der polnischen Gesellschaft weiter kam als mit weißrussisch oder ukrainisch.<sup>69</sup> Der Wunsch, den Horizont der bäuerlichen Gesellschaft zu überschreiten, war für nicht wenige das Motiv, eine Schule zu besuchen.<sup>70</sup> Viele Eltern aber arbeiteten mit den Schulbehörden nicht zusammen<sup>71</sup>, sie hielten ihre Kinder zu Hause. 1937 gingen von den 236.000 Kindern im schulpflichtigen Alter nur 183.000 wirklich zur Schule<sup>72</sup> (77,5%).

Auch das weißrussische Pressewesen konnte sich nicht entfalten. Da die verschiedenen Parteien versuchten, über eine eigene Presse die Bauern zu erreichen, wurden die betreffenden Organe oft verboten. Gründe zur Beschlagnahme von einzelnen Ausgaben oder zum Verbot ganzer Titel gab es immer wieder, war es doch verboten, von der Abtrennung der weißrussischen Gebiete von Polen zu sprechen. Neben der sowieso illegalen KPZB-Presse<sup>73</sup> mußten alle kompromißloseren Organisationen mit Beschlagnahmungen rechnen; die Titel der Zeitungen der

64Polujan 1978:103 65Polujan 1978:104 66Polujan 1978:106 67Polujan 1978:107

68Boyd 1936:390 69vgl. Tomaszewski 1963:63; Engelhardt 1943:207

70vgl. die Autobiographie eines polesischen Bauern bei Obrebski 1977:78-91

71Boyd 1936:390 72Dega 1986:12 73vgl. Kabjak 1978:84-93



Hramada änderten sich im Lauf von 3 Jahren 11 mal.<sup>74</sup> Die christdemokratische Zeitung Krynica wurde mehrmals konfisziert, zuerst im Juni 1924.<sup>75</sup>

#### 7.4. Die soziale Entwicklung in Westpolesien

Die östlichen Wojewodschaften blieben als ehemals zaristische in Polen unterentwickelt, besonders gegenüber den ehemals preußischen Gebieten. Da sich die Kluft zwischen den Regionen eher vertiefte als verringerte, führte schließlich der damalige Vizepremier E.Kwiatkowski am 28.2.1936 die Begriffe "Polska A" und "Polska B" ein, die sofort in den Sprachgebrauch eingingen.<sup>76</sup>

Einen Urbanisierungsprozeß hat es in der Wojewodschaft Polesien in der Zwischenkriegszeit nicht gegeben. Aus den Daten der Volkszählungen läßt sich errechnen, daß 1931 gegenüber 1921 die Bevölkerung insgesamt zwar um 51,1%, in den Städten über 2000 Einwohnern aber nur um 8,9% zugenommen hatte<sup>77</sup>. Diese Nicht-Entwicklung verlief nicht in allen Regionen von Westpolesien gleichmäßig: in den östlichen Kreisen, also den Randgebieten, gingen die Einwohnerzahlen mancher Städte zurück, dagegen zählte im Westen 1931 allein die Stadt Brest 50.706 Einwohner, während sie 1921 noch zusammen mit 2 anderen Städten des Kreises Brest nur 34.001 Einwohner hatte. In anderen größeren Städten wie Pinsk, Pruzany, Bjarozza Kartuska hatte sich die Bevölkerungszahl überall um mindestens 20% erhöht. Dem geringen Urbanisierungsgrad entsprechend gaben bei der Volkszählung 1921 81,9% der Befragten an, von Landwirtschaft und Gartenbau zu leben - und 1931 waren es immer noch 81,3%<sup>78</sup>. In dieser Zeit war gleichwohl die Bevölkerung um 51,1% gestiegen.

Die polesische Wirtschaft blieb im wesentlichen eine bäuerliche Wirtschaft, die soziale Welt blieb in eine ländliche und eine städtische getrennt.

Am 31.12.1926 gab es in Polesien kein einziges Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten<sup>79</sup> und nur 2000-3000 Arbeiter waren in Unternehmen mit über 20 Beschäftigten tätig. Dies blieb auch in den 30er Jahren so. Die Arbeiterschaft setzte sich vor allem aus Holzarbeitern (2646 Arbeitende) und Mühlenarbeitern (485 Arbeitende) zusammen.<sup>80</sup>

<sup>74</sup>Bergman 1962:Anm.87,97,99,101

<sup>75</sup>Int,rp,ljacyi 1927:89,144-147,159-161 bringt die zensierten Artikel

<sup>76</sup>Grodzicki 1937:20-22 <sup>77</sup>vgl. Tabelle #77 im Anhang, wo für 1921 noch der Wert vom Kreis Sarny abgezogen werden muß, da dieser später ausgegliedert wurde

<sup>78</sup>RZW 1938:9 <sup>79</sup>Im einzelnen siehe Bor'ba trudjasciesja I 1962:#56,S.96

<sup>80</sup>Rzepecki 1937:23-40

In Westpolesien blieb mit der nationalen und wirtschaftlichen auch die gesellschaftliche Struktur erhalten. Weiterhin standen sich polnische Grundherren, zu denen sich nun auch aus Polen kommende polnische Verwaltungsangestellte, Lehrer, Rechtsanwälte, Eisenbahner, Handwerker, Unternehmer, Händler, Techniker und Ärzte<sup>81</sup> gesellten, jüdische Händler und Handwerker und die überwältigende Mehrheit der ostslavischorthodoxen Bauernschaft gegenüber. Die zaristischen, meist großrussischen Beamten, Lehrer usw. waren durch polnische ersetzt worden, was nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis der Einheimischen zu den Polen und dem Polentum bleiben sollte.

Die Juden waren die am stärksten differenzierte Bevölkerungsgruppe<sup>82</sup>, unter ihnen gab es Vertreter aller Schichten - von Reichen über Arbeiter im Kran-kenwesen<sup>83</sup> bis zu Tagelöhnern.

Die vormodernen nationalen und standesgemäßen Berufs- und Mobilitätsschranken konnten nur geringfügig aufgehoben werden.

Von den 168.975 Hofstellen des Jahres 1931 waren nur 967 oder 0,6% jüdisch<sup>84</sup>.

Beim Handwerk liegen Zahlen nur für 1929 vor: hier standen 4332 jüdische Handwerker 1013 nichtjüdischen gegenüber.<sup>85</sup>

#### 7.5. Die öffentliche Hand in Westpolesien

Angesichts dieser Struktur verwundert es nicht, daß die Bevölkerung sich nicht mittels der schlecht ausgestatteten Organe der örtlichen Selbstverwaltung gegen die von der Zentrale in Warschau bestimmten Verwaltung durchsetzen konnte.

Der wiedererstandene polnische Staat besaß eine administrative Einteilung in 15 Wojewodschaften; diese waren in einzelne Kreise [powiat], die Kreise wiederum in Gemeinden [gmina] unterteilt; eine Gemeinde umfaßte dann in ländlichen Gebieten einige Dörfer. Grundsätzlich wurde die politische Szene Polesiens von den polnischen und dem Polentum wohlgesonnenen Kräften beherrscht. In Pinsk wurden stets Industrielle, Gutsherren oder Militärs Bürgermeister<sup>86</sup>. Auf Kreis und Gemeindeebene wurden polnische Verwaltungsangestellte eingesetzt, allenfalls die unterste Ebene der Dorfvorsteher wurde von unten nach oben bestimmt<sup>87</sup>. Jaremic meint sogar: "Nicht einmal die Dorfvorsteher sind von der Bevölkerung gewählt; sie werden alle ernannt".<sup>88</sup> Wenn doch einmal ein Weißrusse gewählt wurde, wie z.B. 1926 im Kreis Pruzany vorgekommen, dann wurde er "umgedreht" und von der Obrigkeit kooptiert<sup>89</sup>.

81Bienkiewicz 1927:33+49; Mondalski 1927:230 82Tomaszewski 1963:46

83Rocznik Statystyki 7(1929):461f 84Bierzanel 1939:68 85Bierzanel 1939:70

86Netylkin 1961:39

87Korus-Kabacinska 1961:182

88Jeremicz 1927:22

89Sjaljanskaja Niva 5.5.1928:4

Die sejmiki, die eine regionale Selbstverwaltung und eine größere Beachtung der regionalen landwirtschaftlichen Probleme hätten erwirken können, nahmen von 1924/25 an ihre Arbeit auf<sup>90</sup>, und hatten weder Geld noch eine Organisationsstruktur. "Die Arbeit an der Entwicklung der Landwirtschaft begann tatsächlich erst im Jahr 1925" dank der Initiative Einzelner. Das Geld beschafften sie sich dann durch zusätzliche Steuern, wodurch ein weiterer als fremd empfundener polnischer Verwaltungskörper finanziert wurde.<sup>91</sup> Gerichtsstellen gab es nur in Brest und Pinsk<sup>92</sup>; das für Polesien zuständige Eichamt befand sich in Warschau.<sup>93</sup>

#### 7.6. Die Grenze

Wie durchlässig war eigentlich die Grenze zur UdSSR? Welche Rolle spielte sie? Von einem Dorf in Grenznähe wird berichtet: "Das Dorf steht auf der Seite der Bolschewisten. [...] Es gibt viele, die freiwillig zur russischen Armee gehen und gegen Polen auftreten. Die Bewohner von Cudzin engagieren sich jedoch nicht in dieser Kampagne in dem Maße, wie das in den näher oder weiter gelegenen anderen Dörfern geschah"; dort hatten bewaffnete Bauern kleine Abteilungen der polnischen Armee in Schwierigkeiten gebracht und nicht nur einmal das Stetl Hancewicy mit bewaffneter Hand eingenommen.<sup>94</sup> Die polnische Presse schrieb, daß niemand wußte, ob seine "bescheidene Habe bis zum nächsten Tag erhalten bleibt": "Raub, Mord und Brandstiftung waren an der Tagesordnung".<sup>95</sup> Solche Aktionen kamen nur in den frühen 20er Jahren vor, als die BSSR noch beliebter, die Grenze noch nicht endgültig international anerkannt und vor allem der polnische Staat noch nicht gefestigt war. Gerüchten zufolge sollen manche ihre kleinen Parzellen aufgeben und in die BSSR emigriert sein, andere, besonders Jugendliche, für einen kürzeren oder längeren Aufenthalt dorthin gewandert sein.<sup>96</sup>

Aber auch auf der anderen Seite der Grenze war es keineswegs ruhiger, wie die Aufstände von Sluck 1920 und 1924 gezeigt hatten.

Um die 1412 km lange gemeinsame Grenze mit der UdSSR besser unter Kontrolle zu bekommen, wurde in Polen am 17.10.1924 eigens der Grenzschutz KOP [Korpus Ochrony Pogranicza] in den Dienst genommen<sup>97</sup>, der für einen Grenzstreifen von 25 km Breite zuständig war. Dieser Grenzschutz hatte übrigens auch die Nebenaufgabe aufgetragen bekommen, auf die weißrussische und ukrainische Bevölkerung durch landwirtschaftliche Aufklärung, katholische Missionierung

<sup>90</sup>Bienkiewicz 1927:39    <sup>91</sup>vgl. Za dzjarzaŋnuju 1960:72    <sup>92</sup>RZW 1938:258

<sup>93</sup>RZW 1938:261    <sup>94</sup>Tomaszewski 1963:137    <sup>95</sup>RZW 1935:278

<sup>96</sup>Tomaszewski 1963: 138    <sup>97</sup>Ostland-Berichte 1938,1:23ff, hier S.23

und Filmvorführungen bis hin zu Flugzeugausstellungen "zivilisierend" einzuwirken<sup>98</sup>.

Sowohl auf sowjetischer als auch auf polnischer Seite wurden hölzerne Wachtürme errichtet, auf polnischer Seite alle 5 bis 6 km.<sup>99</sup> Laut den "Ostland-Berichten" sollte in Polen mit den Wachen "gegen das Eindringen verschieden-artigster <!> Elemente aus dem Osten, in Sowjetrußland gegen die eigenen flüchtenden Bauern" vorgegangen werden<sup>100</sup> - es ging um "Abwehr des Schmuggels und der Spionage".<sup>101</sup>

\*

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen trafen in Westpolesien auf ein eigentlich schon aus der Zarenzeit bekanntes politisches Spannungsfeld: auf der einen Seite ein Staat, dem seine Raison wichtiger war als seine Modernisierung und die Mitwirkung seiner Bürger, auf der anderen Seite eine Intelligenzschicht aus Radikalen und oppositionellen Geistlichen, die nur zeitweise zur Aktion fähig war. Die Bauernschaft, die die überwältigende Mehrheit ausmachte, und neben der es eine gesellschaftlich nicht integrierte kleinstädtische, vorwiegend jüdische Handwerks- und Händlerschicht gab, interessierte sich weniger für die großen sozialen und nationalen Projekte und war für solche Ziele nur schwer mobilisierbar. Doch wenn es um ihre eigenen Interessen ging, sah das anders aus. Wie verhielten sie sich zum und im sie unmittelbar betreffenden Bereich der bäuerlichen Wirtschaft?

98Ostland-Berichte 1938,1:25 99ebd. 23 100ebd. 101ebd. 24

---

## 8. DIE BÄUERLICHE WIRTSCHAFT IN WESTPOLESIEN

### 8.1. Agrarpolitik und Agrarverfassung

#### 8.1.1. Die Agrarreform

Die Auseinandersetzungen um das Gesetz

Im jungen Staat Polen gab es keinen radikalen Einschnitt in die Agrarverfassung wie in der BSSR. Nachdem der sejm am 10.Juli 1919 mit nur einer Stimme Mehrheit<sup>1</sup> einen Grundsatzbeschuß über die Agrarreform gefaßt hatte<sup>2</sup>, beschloß er am 15.Juli

1920 unter dem Eindruck der erfolgreich in Richtung Warschau marschierenden Roten Armee hastig ein Gesetz zur Bodenreform. Danach sollten die Großgrundbesitzer grundsätzlich allen Besitz über 180 Hektar gegen eine angemessene Entschädigung abtreten; falls jedoch wie in Polesien die Bodenflächen zu einem erheblichen Teil aus Wald beständen, so war die Grenze auf 400 ha festzulegen.<sup>3</sup>

Was wurde als angemessene Entschädigung betrachtet? Nach Ludwig wurden durchschnittlich nur ein Drittel des tatsächlichen Wertes als Entschädigungsbetrag angesetzt.<sup>4</sup> Die mit dem Projekt der Bodenreform befaßten Stellen teilten die Böden in den Regionen Polens in 5 Wertstufen auf, wobei die Böden in Stufe I mit 300 Zl/ha, diejenigen in Stufe V mit 120 Zl/ha taxiert wurden.<sup>5</sup> Stufe V war ausschließlich für die Wojewodschaft Polesien vorbehalten, mit Ausnahme des Kreises Brest (Stufe IV mit dem Wert 170 Zl/ha). Dadurch wurde der Boden in Polesien der billigste in ganz Polen.

Die Entschädigungsfrage wurde aber angesichts der Tatsache weniger bedeutend, daß nach dem "Wunder an der Weichsel" (16.8.20) und der Stabilisierung des polnischen Staates keine großzügige Landaufteilung durchgeführt wurde. Vielmehr gab noch am Tag der Unterzeichnung des Waffenstillstands, am 12.10.1920, der Gebietsvorsteher [starosta] des Bezirks Hrodna (Grodno) in einer Verordnung bekannt, daß binnen 10 Tagen "alles fremde Eigentum [...] sowohl das von den Bolschewisten erhaltene, als auch das eigenmächtig in Besitz gebrachte [...] den rechtmäßigen Besitzern" zurückzugeben sei.<sup>6</sup>

Im Rahmen des Abkommens von Landskron verständigten sich im Jahr 1923 das PSL Piast und die Nationaldemokratie auf eine Jahresquote von 200.000 zu parzellierenden Hektar für Polen. Aber selbst diese bescheidene Quote wurde

1Ludwig 1934:16 2Korus-Kabacinska 1961:171 3Korus-Kabacinska 1961:171; Ludwig 1934:17 4Ludwig 1934:23 5Ludkiewicz 1923:44 6Bor'ba trudjasciesja I 1962:#2, S.27; Übersetzung aus dem Polnischen über das Russische



Das den Grundherren abgekaufte Land bestand nur zum Teil aus Ackerland (sie besaßen vorwiegend Wald, s.u.), oft wechselten gerade die schlechtesten Böden die Besitzer<sup>12</sup>. Meist waren die Großgrundbesitzer selbst mehr an einer "gütigen" Regelung bei der Veräußerung von Land interessiert als die Behörden<sup>13</sup>. Die Übertragung des Bodens ging - gerade in den Ostgebieten - nicht nur durch behördliche Vermittlung vonstatten.<sup>14</sup> Selbst dann, wenn die Behörden eine tiefgreifende Umverteilung forciert hätten, wäre sie durch die verfassungsmäßig garantierte Unverletzlichkeit des Eigentums und aufgrund anderer höchstrichterlicher Entscheidungen nicht durchführbar gewesen<sup>15</sup>. Parzellierung war, wenn der Adel Geld brauchte; das hatte sich seit der Zarenzeit nicht geändert.

Daß allerdings die Agrarfrage ohne eine schnell greifende Bodenreform schlecht zu lösen war, sahen sehr wohl auch polnische Politiker ein. 1924 äußerte Premier Grabski weitreichende Vorstellungen zur Bodenreform in den Ostgebieten, vielleicht unter dem Eindruck anhaltender Partisanentätigkeit. Er sah eine 100-km-Zone an der Grenze vor, in der den Großgrundbesitzern der Boden enteignet werden sollte - die Entschädigung sollte der Staat regeln, der Boden aber den Bauern übergeben werden.<sup>16</sup>

Wincenty Witos, Chef der größten Bauernpartei, des gemäßigten PSL "Piast" und ebenfalls zeitweise Premier, hatte auf eine bescheidene Agrarreform gedrängt, konnte aber während der Koalition aus Piast und Endecja kein Reformgesetz durchbringen.<sup>17</sup> Zudem hatte Witos bei der Reform seine hauptsächlich im Süden Polens beheimatete Klientel im Auge.

Die Diskussion um die Agrarreform wurde unter Polen oft so geführt, als seien die kresy nur nebenbei zum Staate gehörig. Dort war die soziale und politische Macht der Großgrundbesitzer ungebrochen. Polnische Reformer hatten es schwer, Gehör zu finden. Sie beklagten, daß "das Gesetz über die Parzellierung [...] die private Parzellierung erschwert"<sup>18</sup>, die "große Fortschritte hätte bringen können". Was aber genau unter Fortschritt verstanden wurde, und welche Motive solche Autoren hatten, wird nicht ganz deutlich. Sicher ist, daß sie nicht im Sinn hatten, den Boden unter Marktwert oder gratis umzuverteilen.

Bienkiewicz meinte immerhin: "Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die örtlich verwurzelte Bevölkerung das Recht auf Bevorzugung bei der Versorgung mit Boden haben muß, und das muß bei der Bodenreform berücksichtigt werden".<sup>19</sup>

<sup>12</sup>Korus-Kabacinska 1961:172    <sup>13</sup>Ludwig 1934:20    <sup>14</sup>Laeuen 1934:18-21;  
siehe obige Tabelle #40    <sup>15</sup>Ludwig 1934:25    <sup>16</sup>Tomaszewski 1963: 156f  
<sup>17</sup>Roos ý1961:107f    <sup>18</sup>Bienkiewicz 1927:48r    <sup>19</sup>Bienkiewicz 1927:49

Die weißrussischen politischen Strömungen propagierten allesamt ein radikaleres Programm zur Agrarreform. Selbst die Christdemokraten [Belaruskaja Chryscijanskaja Demakracyja] traten seit 1926 für eine Bodenübertragung ohne Entschädigung ein<sup>20</sup>. Die Zeitschrift "Naperad!" führte die Forderung im Zeitungskopf, Jan Stankevic ging damit auf Wählerfang. Für die Hramada war die Enteignung des Großgrundbesitzes eine Kernfrage<sup>21</sup>. Auch das Zmahan'ne führte diese Losung<sup>22</sup>, verschwieg allerdings, daß es das Land nicht "nur" aufzuteilen, sondern kollektivieren wollte. Diese parteiübergreifende Einigkeit der weißrussischen Organisation in der Agrarfrage ist darauf zurückzuführen, daß sie das Kernstück dessen darstellte, was die überwältigende Mehrheit der weißrussischen Bevölkerung von der Politik erwartete.

Die Auswirkungen der Agrargesetze auf die Agrarverfassung in den "kresy"  
Die Agrargesetze verfuhrten mit den einzelnen Elementen der zaristischen Agrarverfassung unterschiedlich. Das Privatland blieb unangetastet in den Händen der alten Besitzer. Das private Anteilland wurden den Bauern zugeschrieben. Hier und da gab es Höfe, die besitzerlos geworden waren, vor allem dann, wenn sie vor 1914 russischen Adeligen gehört hatten.

Das Staats-, Kron- und Kirchenland der orthodoxen Kirche sowie der Besitz der ehemaligen russischen Bauernbank aber ging zum großen Teil ins Eigentum des neuen Staates über: 384.000 ha oder 10% der Gesamtfläche der Wojewodschaft gehörten dem Staat.<sup>23</sup>

Komplizierter verhielt es sich bei Böden, auf die unter dem Zaren kollektive Rechte bestanden hatten.

Die Allmende blieben als solche bestehen. Bis 1925 waren in ganz Polen nur 4624 ha Gemeinheiten aufgelöst worden.<sup>24</sup>

Einen ständigen Streitpunkt bildeten bis in den 30er Jahre hinein die Servitutenrechte.

Nach der Zählung von 1921 gab es in der Wojewodschaft Polesien 22.007 Höfe, die von Servitutenrechten auf 148 Landgütern Gebrauch machten, darunter nutzten 2.895 Höfe (13%) nur Wald, 14.995 (68%) nur Weiden, 4.089 (18%) sowohl Wald als auch Weiden und 28 (1%) sonstige Böden.<sup>25</sup> Vom rechtsstaatlichen Denken her bedeutet die Auflösung der Servitute eine erwünschte Entflechtung komplizierter rechtlicher Bindungen. Die Grundherren waren keinesfalls gewillt, auf den formal

20Polujan 1978:93      21Programm IV 8; Bor'ba trudjasciesja I #266, S.361; nach Jackson 1966:191 lag das Hramada-Programm auf der KomIntern-Linie

22Polujan 1978:73      23Grodzicki 1936a:36      24Ludwig 1934 25

25Absolute Angaben nach Bor'ba trudjasciesja I 1962: #12, S.45



ihnen gehörenden Bodenbesitz zu verzichten. Ein erstes Gesetz zur Abschaffung der Servitute vom 7.5.1920 wurde am 10.1.1922 geändert; danach sollten die Bauernfamilien ein Drittel der Fläche der Waldservitute und 15% der Weideservitute nach deren Auflösung erhalten.<sup>26</sup> Bei brachgelassenen gemeinsamen Flächen von Grundherren und Bauern, die der Gesetzgeber "sogenannte talaka-Flächen" nannte, sollten die Bauern 25% erhalten.<sup>27</sup>

Für die Bauern hingegen zählte das praktische Nutzungsrecht mehr als das formale Besitzrecht. Sie standen auf dem Standpunkt, die Gebiete gehörten ihnen. Um ihren Ansprüchen Nachdruck zu verleihen, warfen sie Geldbeträge zur Finanzierung eines Anwalts zusammen oder zerstörten Marksteine.<sup>28</sup> Oft gab es wegen der Servitutenfrage Auseinandersetzungen mit der Polizei, wie die folgenden vier Beispiele zeigen:

In dem Ort Hanna (Brest) wollte z.B. der Grundherr auf einem Servitut Wald abholzen lassen, aber die Bauern waren schneller, sie kamen ihm zuvor und schleppten das Holz weg.<sup>29</sup> Der Pinsker Kreisvorsteher schrieb 1932 an die Wojewodschaftsverwaltung, daß es auf verschiedenen Landgütern mit Servituten zu scharfen Konflikten komme, die zu "direkten Zusammenstößen mit der Verwaltung" führten. Auf dem Landgut Bogdanowka (Kreis Luninec) hatte der Besitzer einen Teil des Bodens, der von den Dorfbewohnern als Servitut genutzt wurde, verkauft; der neue Besitzer wurde an der Nutzung des Stücks gehindert, erreichte sein Ziel aber mit Polizeischutz. Im Dorf Zahor'e machten die Bauern trotz eines Gerichtsentscheides weiter von einem Servitut Gebrauch. Der Kreisvorsteher berichtete, daß die Bauern den betreffenden Boden als ihnen gehörig betrachteten.<sup>30</sup>

Auf Dauer saßen die Bauern aber am kürzeren Hebel. Zwar war die Auflösung der Servitute bis 1925 langsam vorangekommen; in diesem Jahr hatte es einen "Rekord" von 18.928 aufgelösten Servituten in ganz Polen gegeben, bis 1929 waren aber in Westpolesien 51.228 ha, bis 1933 118.780 ha<sup>31</sup> Servitutflächen liquidiert worden; hiervon waren 14.283 Höfe betroffen,<sup>32</sup> also rund zwei Drittel aller Höfe, die überhaupt Servitute genutzt hatten.

Auch hinsichtlich anderer Bereiche der Agrarverfassung kam es zu Konflikten. Parzellierung [parcelacja] war zu einem Begriff geworden, der sich für die polesische Bauernschaft mit negativem Inhalt füllte. Zwar war sie nicht gegen Umverteilung von Boden zugunsten des Kleinbesitzes an sich - im Gegenteil, sie

26Bor'ba trudjasciesja I 1962:#14,S.46-50, hier S.47 27ebd.:49 28Polujan 1978:156 29Polujan 1978:157 30Alles Polujan 1978:157f 31Laeuen 1934: 20f 32Bor'ba trudjasciesja I 1962: #77, S.126

forderte sie ja; aber die Art, wie diese durchgeführt und mit der Flurbereinigung [komasacja] verquickt wurde, war für die ortsansässige ostslawische Landbevölkerung meist ungünstig, sie blieb nicht ohne Grund mißtrauisch. Die Bauern befürchteten nämlich nicht nur, den schlechteren Boden zu bekommen.<sup>33</sup> Sie waren oft auch schon allein deshalb die tatsächlichen Verlierer, weil eine Entflechtung der komplizierten rechtlichen Beziehungen bei den Bodenrechten den Boden zu leicht kaufbarem und verkaufbarem Kapital machte. Und da es nicht gerade wertvoll gehandeltes Kapital war, wäre es für Ortsfremde leicht möglich gewesen, hier Boden zu erwerben. Hier ging es um einen der Grundkonflikte zwischen Bauerntum und eindringendem Kapitalismus: Die Angst der Bauern davor, gezwungen zu sein, den Boden unter den Füßen zu verkaufen, war nur allzu berechtigt; was als rückständig erscheint, und was von Obrebski<sup>34</sup> psychologisiert wird, war eine ganz gewöhnliche Reaktion. Da waren den Bauern die bisherigen komplizierten "postfeudalen" Bindungen der Bodennutzung lieber. Außerdem hatten die Bauern Angst vor einer Besteuerung. Solange ihnen der Boden nicht selbst gehörte, war die Situation für die Bauern auch deshalb günstiger.

Eng mit der Auflösung der Servitute und der Parzellierung sind die Änderungen in der Flurverfassung, also die Flurbereinigungen, oder allgemeiner, die Zusammenlegungen von Grundstücken [komasacja] verknüpft. Die Beseitigung der Servitute stellt die Entflechtung von Rechtsansprüchen verschiedener Parteien auf einem Flecken dar, die Flurbereinigung wiederum die Entflechtung verschiedener Parzellen eines Besitzers; aus aufgeklärter Sicht war es daher günstig, beides in einem Gang zu erledigen.

Schon allein diese Verknüpfungen machten die Bauern auch hinsichtlich der Flurbereinigung argwöhnisch. Aber selbst die immer wieder genannten Vorteile der Flurbereinigung - weniger Flurzwang, größere Anbaufläche, kürzere Wege - hatten für die Bauern negative Eigenschaften, da sie die Kapitalisierung des Bodens förderten.

9-13% der Haushalte konnten gar nicht genau ihren Grundbesitz angeben<sup>35</sup>. Oft waren die Grenzen der zugehörigen Parzellen nicht bekannt<sup>36</sup>. So erforderte eine Flurbereinigung zunächst die Vermessung der Grundstücke. Durch die Vermessung wurden aber gerade die geheimen Flächen erfaßt, die dann besteuert werden konnten.

<sup>33</sup>vgl. Polujan 1978:160; vgl. Int,rp,ljacyi 1927:387 <sup>34</sup>Obrebski 1936a  
<sup>35</sup>Grodzicki 1936a:3; vgl. Tomaszewski 1963:37 <sup>36</sup>Bürgener 1939:58

So gab es immer wieder Aktionen gegen Landvermessungen. In den Dörfern Kobyl'nik und in Kostomoloty (Kreis Brest) vernichteten die Bauern im Jahre 1931 Grenzmarkierungen, die Landvermesser zur Durchführung der Grundstückszusammenlegung angefertigt hatten.<sup>37</sup>

In der Zeit von 1936 bis 1938 stellten sich die Bauern des Dorfes Podles'e, Gemeinde Cernavcic, Kreis Brest gegen die Zusammenlegung: als 1936 die Behörden zu diesem Zwecke eine Versammlung einberufen hatten, verließen die Bauern nach und nach die Versammlung. Auch ein zweiter Versuch zwei Jahre später hatte nicht mehr Erfolg. Daraufhin versuchten die Behörden, das Land unter Schutz zweier Polizisten zu vermessen. Als sich nun 150 Bäuerinnen und Bauern dem weiterhin entgegenstellten, führte die Polizei am nächsten Tag eine Pazifizierungsaktion durch.<sup>38</sup>

Warum die Bauern sich gegen Flurbereinigung wandten, obwohl sie vom ökonomischen Standpunkt aus nur Vorteile zu bieten schien, blieb den polnischen Modernisierern unklar, sie machten politische Beweggründe oder den Konservatismus der Bauern dafür verantwortlich.

Auch auf polnischer Seite beklagte man sich, die bestehenden Verordnungen seien, wie die Praxis zeige, so schwerfällig und reich an Formalitäten, "daß sie nur die Leute entmutigen".<sup>39</sup>

Bis 1933 waren in der Wojewodschaft Polesie aber immerhin 328.816,7 ha (etwa ein Fünftel der Fläche der Höfe, die bis zu 50 ha besaßen) Grundstücke zusammengelegt worden, wovon 29.736 Wirtschaften betroffen waren<sup>40</sup>.

Der Landhunger bestand jedoch weiterhin. Die Bauern erwarteten eine weitere Reform<sup>41</sup>. Sie nahmen lohnende Angebote neuen Bodens gerne an. Zuweilen konnten Betrüger diese Situation des Landhungers ausnutzen.

So fand sich z.B. am 18.4.1927 In der Gemeinde Pohost-Zahorodzka im Dorf Seliscy ["Sieliszczce"] ein junger Mann ein, der sich als Sekretär der Bodenkommission von Pinsk ausgab. Nach Sichtwechsel mit dem Dorfschultheiß [soltys] machte er sich an die Arbeit. Ein als "unglücklich" bekannter Gutshof sollte parzelliert werden; die Bauern hätten einen Betrag von 2 Zl. 50 an ihn oder die Gemeinde zu zahlen, um in den Segen einer neuen Parzelle zu gelangen. Nachdem schon 100 Leute zusammen 250 Zl bezahlt hatten, kam die Polizei...<sup>42</sup>

37Polujan 1978:160 38Polujan 1978:304 39Bienkiewicz 1927:40 40Laeuen 1934:18 41Obrebski 1936a:430 42Ziemia pinska 25.9.27,H.19-20,S.13; eine ähnliche Geschichte mit Beteiligung der Verwaltung in : Int,rp,ljacyi 1927:23f.

Das Verhältnis der polesischen Bauern zu Fragen der Agrarverfassung und des Eigentums

Die Bauern Polesiens hatten eine eigene Vorstellung vom Bodenrecht. Obrebski gibt ihre Haltung folgendermaßen wieder: "Nur Boden, der ständig bearbeitet wird (also Acker und Heumagd), ist ein ständiger und ausschließlicher Besitz des Nutzens"43. Bei Wald, Sumpf und Wassergebieten dagegen kam es darauf an, wie es die Vorfahren geregelt hatten; aber auch hier gab es ungeschriebene Gesetze in Form von Kurzformeln wie: "Der Wald gehört dem Herren, das Futter den Bauern", anders gesagt, der Wald steht den Bauern zur Nutzung als Waldweide zur Verfügung.

Da die Grundherren neuerdings aber selbst ihre Wälder und Gewässer nutzen wollten, verstärkten sie die Kontrolle44, es konnte kein Nebeneinander mehr ohne Streit um die Rechtstitel geben.

Aber nicht immer berief sich die Bauernschaft auf alte Rechte, oft hackte sie Holz in fremden Wäldern; vor allem dann, wenn sie keine andere Möglichkeit zur Selbstversorgung sah, trieb sie das Vieh auf grundherrliche Wiesen.

So geschehen im Juni 1931 in Rakitnica (Kobryn); als der Grundherr Malaszewski daraufhin einen Polizisten holte, wurden sie alle beide verjagt. Schließlich ging eine starke Polizeieinheit schroff vor: sie "schlug die Bauern, riß Dächer von Häusern, zerbrach Gerätschaften [utvar], beschädigte Kleidung, schüttete Getreide und Mehl auf die Erde und übergieß <die Nahrung> mit Petroleum"45.

Wie das heimliche Weidenlassen konnte auch das heimliche Holzhacken in grundherrlichen Wäldern schlecht entdeckt werden. Im Herbst 1931 und im Winter 1932 hackten die Bauern in der Gemeinde Vysoko (Kreis Brest) in einem grundherrlichen Wald, im Juni 1932 wurde in Orechov (Brest) dasselbe bei einem Wald entdeckt, der der Bodenbank von Vilnius gehörte. Als der zuständige Förster die Nachnamen der Betroffenen erfragen wollte, wurde er von den Bauern verjagt.46

Dieses aus dem Rechtsbewußtsein der Bauern entspringende Verhalten hatte schon Tradition. Während aber "ein, zwei, drei Generationen früher" die Grundherren ein Auge zudrückten, verteidigten sie nun in der Zwischenkriegszeit offensiv ihre aus der Agrarverfassung abgeleiteten Rechte.47

43Obrebski 1936a:429 44Obrebski 1936a:431 45Polujan 1978:158

46Polujan 1978:159 47Obrebski 1936a:429

Ein typisch vormodernes Mittel bäuerlicher Interessenvertretung blieb die Brandstiftung. Die Provinzzeitungen der Wojewodschaft Polesien führten immer wieder Brandfälle an. Aller Aufklärungsarbeit zum Trotz gingen immer wieder Häuser in Flammen auf. Beobachter, die die häufigen Brände nur auf die nach wie vor dieser Gefahr nicht vorbeugende Bauweise zurückführten, waren da eher als gutwillig zu bezeichnen.<sup>48</sup> Bürgener unterstellt, daß es den Bauern um das Kassieren von Versicherungssummen ging, eine Erklärung, die immerhin plausibel anmutet, da die Poleschuken ja oft in Bargeldnöten steckten.

Aber auch fremde Häuser wurden angezündet, aus welchen Gründen, das bleibt im Einzelfall unaufgeklärt, da die Brandstifter sich auch anonym nicht zu ihrer Tat bekannten. In den Jahren 1931 bis 1932 "waren allein im westlichen Teil der Wojewodschaft Polesien mehr als 20 Fälle von Brandstiftung an Gutshöfen zu verzeichnen".<sup>49</sup>

\*

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die staatliche Politik, durch die die Agrarverfassung ja modernisiert, entflochten werden sollte, nicht die grundsätzlichen Besonderheiten der Agrarverfassung der ehemaligen zaristischen Gebiete und auch nicht die aus den natürlichen Gegebenheiten von Polesien als Naturraum entspringenden Besonderheiten in ausreichendem Maße in Rechnung stellte. Gewiß war es keine leichte Aufgabe, aus den Agrarverfassungen der drei ehemaligen Teilgebiete Polens ein einheitliches System zu formen. Es entsteht jedoch der Eindruck, daß nicht der Versuch gemacht wurde, diese Besonderheiten zu erkennen, zu verstehen oder sie gar bei Erstellung des Gesetzeswerkes zu berücksichtigen. Es wurden einzig quantitative Unterscheidungen vorgenommen, die aus einer unterschiedlichen Beurteilung des Wertes des Bodens an sich entsprangen. Die Bauern achteten darauf, was ihnen die einzelnen Änderungen der Agrarverfassung konkret einbrachten. Sie waren bei der Verteidigung ihrer Interessen und ihrer Rechtsauffassungen zwar nicht zimperlich, beschränkten sich jedoch auf althergebrachte Aktionsformen, die nun aber keinen Erfolg mehr einbrachten. Sie mußten sich auf defensive Strategien zurückziehen.

8.1.2. Agrarpolitik als monetäre Politik: Marktquote, Kreditvergabe, Steuerpolitik  
Daß eine Einbindung der Bauernwirtschaften in die Geldwirtschaft anzustreben sei, war in Polen theoretisch kein Thema. Aber es wurde keine Politik zur Förderung der Einbindung in die Geldwirtschaft betrieben. Eine Möglichkeit hätte in

48Bürgener 1939:53

49Polujan 1978:159

einem staatlichen Aufkauf der Nahrungsmittel zu höheren als den Marktpreisen bestanden. Dieses Mittel wurde nicht angewandt, es wäre für den Staat auch zu kostspielig gewesen. In der Rezessionszeit bewirkten die niedrigen Agrarpreise, daß die Bauern dem Markt ganz fernblieben; dadurch wurden die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Bauern weiterhin zu fast autarker Wirtschaftsweise tendierten.

Auch die Modernisierung des toten Inventars oder die Begünstigung des Kaufes von zusätzlichem Land hätte durch Subventionen oder zumindest durch die Gewährung von Krediten gefördert werden können. Aber "es fehlt an langfristigen Krediten für Landwirte"<sup>50</sup>. Auch auf dem Kreditsektor herrschten die freien Kräfte des Marktes mit dem Ergebnis, daß die Bauern mangels anderer Gelegenheit Kredite quasi indirekt durch Nichtbezahlen von Steuern aufnahmen.

Bei einer KostenNutzen-Rechnung ergab sich für den Staat, daß die östlichen Wojewodschaften, die kresy, sich nicht rentierten. Dies lag nicht an seinen hohen Ausgaben in diesen Gebieten, sondern an seinen geringen (Steuer-)Einnahmen. In den Jahren 1925 bis 1928 z.B. lag das Pro-Kopf-Aufkommen an direkten Steuern in den Wojewodschaften Navahrudak und Polesien ca. bei einem Drittel des Aufkommens in Polen<sup>51</sup>. Angesichts der geringen Einbindung der Bauernwirtschaften in die Geldwirtschaft wurden dennoch die Steuerbeträge als zu hoch empfunden. Im April 1924 wird über Unzufriedenheit angesichts von Steuererhöhungen im Kreis Pruzany berichtet<sup>52</sup>. Ende 1927 hatte der polnische Staat in Westpolesien 2.293.899 ZI und die Kommunen 1.209.470 ZI Grundsteueraußenstände. Landwirtschaftliche Betriebe aller Größen waren verschuldet.<sup>53</sup>

Als der Fiskus keine anderen Möglichkeiten der Steuereintreibung mehr sah, befahl er die zwangsweise Abarbeitung von Verpflichtungen beim Brücken- und Wegebau [szarwark].<sup>54</sup>

Die szarwark-Dienste waren den Bauernfamilien zuwider; daher gab es Verweigerungen, wie folgende drei Beispiele zeigen:

- Im September 1929 wurden die Verpflichteten in Muravicy (Gemeinde Kostomel', Kreis Brest) für solch eine Verweigerung mit Strafgeldern belegt. Als aber die Strafgelder eingezogen werden sollten, verjagten die Bauern den Vollstreckungsbeamten [sekvetator] und die Polizei. Erst im nächsten Anlauf besorgte dann eine verstärkte Polizeieinheit die "Abrechnung"<sup>55</sup>.

<sup>50</sup>Bienkiewicz 1927:49 <sup>51</sup>Tomaszewski 1963:186 <sup>52</sup>Bor'ba trudjasciesja I 1962:#25, S.60 <sup>53</sup>Bor'ba trudjasciesja I 1962:#60, S.100 <sup>54</sup>Polujan 1978:21 <sup>55</sup>Cyrvony Sciah, laut Polujan 1978:101

- Ende April 1931 bestreikten in Hanna (Gemeinde Damaceva, Kreis Brest) die Bauern solch eine Arbeitsverpflichtung. Dem schlossen sich nach und nach die Bauern von Kuzae£ (Gemeinde Damaceva, Kreis Brest), Zales'e, Volcyn und Vysoko-Litovsk an; schließlich waren 600 Leute beteiligt. Als die Polizei verschiedene Rädelsführer festnahm, bekam die Angelegenheit einen politischen Charakter<sup>56</sup>.

- Auch im Juni 1932 gab es in Volcyn (Brest) und im Sommer 1932 in Poljaticy Andronovo, Mar'jany (Kobryn) solche Arbeitsverweigerungen.<sup>57</sup>

Es ist ebenso schwer, das Repräsentative solcher Beispiele festzustellen, wie zu untersuchen, ob es bestimmte Perioden gab, in denen sich solche Verweigerungen häuften.

Die szarwark-Dienste wären vielleicht nicht eingeführt worden, wenn eine geldliche Besteuerung mehr Erfolge zu verzeichnen gehabt hätte. Aber besonders in der "Krisenzeit" von 1929 bis 1933, als die Preisschere zwischen billigen Agrar- und teuren Industrieprodukten am weitesten auseinanderklaffte und die Bauernschaft aufgrund der geringen Warenrate wenig Bargeld besaß, wurden die Steuern nicht bezahlt. In solchen Fällen wurden Zwangsvollstrecker und Polizei in die Dörfer geschickt, die die Befugnis hatten, bäuerliches Vermögen zu beschlagnehmen.

- Am 7.5.1930 ließen die Bewohner von Vorotno (Pruzany) solch einen Zwangsvollstrecker abblitzen. Dieser kam am nächsten Tag mit vier Polizisten ins Dorf zurück, woraufhin 300 bis 400 Bauern diese mit Steinen bewarfen. Nun rückte ein Aufgebot von Soldaten und Polizei heran und verhaftete einige Leute.<sup>58</sup>

- Auch in Nepli-Motykowski (Brest) wurde der mit dem Einziehen bäuerlichen Vermögens Beauftragte zusammen mit zwei Polizisten zunächst verjagt; die Bauern wählten ein Antisteuerkomitee und begründeten ihre Verweigerung so: "Wir haben schon alles Mögliche zusammengesammelt, aber die letzte Kuh und das Geschirr werden wir nicht abgeben"<sup>59</sup>. Ähnlich wie in der BSSR wurden die Bauern in dem Moment militant, in dem die Staatsgewalt sie unter das Existenzminimum drängen wollte.

- Komitees gegen die Steuerschraube wurden auch in anderen Gebieten Westpolesiens gegründet<sup>60</sup>. In Kovaliki (Gemeinde Vysoko-Litovsk, Kreis Brest) hatten die Behörden wieder mal kein Glück beim Einziehen der Steuern gehabt und von den

56Polujan 1978:163 57Polujan 1978:163 58Polujan 1978:164 59Polujan 1978:166 60Polujan 1978:166

Bewohnern eine Abfuhr erteilt bekommen: sie wurden gezwungen, "sich aus dem Dorf zu entfernen. Nach einigen Tagen, als viele von den Männern zum Basar gefahren waren, kam der Kreisvorsteher [wçjt] mit Polizisten zurück. Die Frauen und Jugendlichen bewarfen jene mit Steinen, jagten sie aus dem Dorf und nahmen den Wagen mit dem konfiszierten Vermögen an sich. Erst, als sechzig Polizisten nach Kovaliki geschickt wurden, konnte die Exekutive den Widerstand niederschlagen"<sup>61</sup>. Viele wurden geschlagen, sieben Leute verhaftet.

- Auch in Sosnovka (Pruzany) mußten der Zwangsvollstrecker dreimal und die Polizei zweimal erscheinen, ehe sie gegen die versammelte Bauernschaft nach Verhaftung von drei Führern etwas ausrichten konnten.<sup>62</sup>

- Am 25.7.1933 hinderte in Leplevka (Brest) eine Bauernmenge einen Steuereintreiber und drei Polizisten daran, einem Bauer eine Kuh wegzunehmen, um so die Besteuerung durchzuführen; sie warfen sich auf die vier. Der Rest ist bekannt: die Exekutive holte Verstärkung und rächte sich mit Zerstörungen und Verhaftungen.<sup>63</sup>

Die schärfsten Auseinandersetzungen fanden in den Jahren 1931 bis 1932 in Damaceva (Brest), Malaryta (Brest), in Marianopol' (Gemeinde und Kreis Kobryn) sowie anderen Orten im Kreis Kobryn statt, in denen Dächer zerstört, Alte und Kinder geschlagen oder ganze Dörfer nach Steuerverweigerungen übel zugerichtet wurden.<sup>64</sup> Es handelte sich hierbei um Dörfer, die wahrscheinlich ohnehin nicht zur Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden bereit gewesen waren; die öffentliche Hand agierte bei der Steuereintreibung mit unmodernen Mitteln, und so eskalierten die Konflikte bis zu dem Punkt, an dem sich zeigte, wer der Stärkere war: die staatliche Exekutive.

Der Staatsmacht blieb - wie in der BSSR - kein anderes Mittel zur Eintreibung bäuerlicher Abgaben als die "Überraschungstaktik". Im Gegensatz zur BSSR waren die bei einer Verweigerung durchgeführten Pazifizierungsaktionen nicht ideologiegeleitet, ihr Motiv war die Durchsetzung der Finanzhoheit und des Gewaltmonopols des Staates; dieser Unterschied spielte für die Bauern aber keine Rolle.

In den späten 30er Jahren hingegen verweigerten - soweit das aus den Materialien ersichtlich ist - die Bauern in Polesien nicht mehr so oft die Steuern. Sie nahmen auch nicht am polnischen Bauernstreik im Jahr 1937 teil, zu dem die immer radikaler auftretende Bauernpartei [Stronnictwo Ludowe] aufgerufen hatte. Das wesentliche Kampfmittel dieses sogenannten Bauernstreikes (eigentlich war es

61Polujan 1978:166f 62Polujan 1978:168 63Macko 1963:113 64Polujan 1978:169



ein Embargo) stellte die Nichtbelieferung des Marktes mit landwirtschaftlichen Produkten dar; dieses konnte im ohnehin kaum für den Markt produzierenden Polesien kein wirksames Vorgehen sein. Aber die Auseinandersetzungen waren nicht beendet, im Oktober 1935 gab es Erhebungen gegen Steuerforderungen im Dorf Bul'ka (Kreis Pinsk).<sup>65</sup>

Übrigens waren die Steuereintreiber durchaus nicht nur Vertreter einer anonymen Macht. Die Landwirtschaftskammern [Powiatowe Związki Rolnicze] führten auf Kreisebene dort, wo sie dies politisch durchsetzen konnten, einen Aufschlag zur Grundsteuer von 20 - 25% ein. Mit diesen Beträgen wurde der Gemeindespeicher aufgehäuft; von den so angehäuften Vorräten wurde den Bauern in der Vorerntezeit, also dann, wenn die Nahrung knapp war, oder bei Naturkatastrophen Korn verliehen: Außerdem wurden von den Beträgen kostenlose Landwirtschafts- und Rechtsberatungen durchgeführt.<sup>66</sup> Die Absichten, die mit der Erhebung solch einer Zusatzsteuer verbunden waren, waren keine negativen. Weil aber diese Institutionen von oben eingesetzt worden waren (und weil sie zudem polnisch waren), sahen die Poleschuken solche dezentralen Zusatzsteuern mit anderen Augen.

Zudem gab es noch die indirekten Steuern. Diese spielten für die polesische Landbevölkerung aber keine bedeutende Rolle, da sie ohnehin nicht in größeren Mengen Waren gegen Geld kaufte. Nur das Salz war ein unverzichtbares Gut, das ausschließlich auf dem Markt erhältlich war.

### 8.1.3. Landwirtschaftliche Beratung und Agronomie

Anders als in der BSSR, wo etwaige Unterschiede in den Zielen und Wegen der Agrarpolitiker nur begrenzt öffentlich gemacht wurden, gab es in Polen nicht nur eine polnische gegenüber einer weißrussischen und einer jüdischen Position, sondern auch innerhalb der polnischen und weißrussischen Organisationen Gegensätze über Ziele und Wege der Agrarpolitik, die sehr plakativ vorgetragen wurden, um Wählerstimmen zu erhalten. Hier soll aber die sich aus diesen Positionen ergebende Agitation nicht eingehend dargestellt werden; vielmehr sollen die Versuche der "Zuständigen" aus der Verwaltung geschildert werden, agronomische und andere für objektiv gehaltene Erkenntnisse unters Volk zu streuen.

Das praktische Verhalten der in irgendeiner Weise im öffentlichen Leben engagierten Polen entsprang dabei grundsätzlich zwei - mehr oder weniger

<sup>65</sup>Polujan 1978:303 <sup>66</sup>alles Tomaszewski 1963:174f

präzise formulierten und nicht bestimmten politischen Richtungen zuzuordnenden - Grundeinstellungen zu der Frage, was mit den kresy geschehen solle. Die einen betonten die Wichtigkeit stabiler Ostgrenzen als "Grenzen Europas"<sup>67</sup> und wollten die dortige Bevölkerung möglichst schnell polonisieren: es müsse den Bauern gezeigt werden, daß "Polen für sie nicht eine Stiefmutter, sondern eine Mutter ist"<sup>68</sup>. In Westweißrußland, besonders aber in der Wojewodschaft Polesien sah man dies als am besten verwirklicht an, da man hier ja ein leicht assimilierbares Völkchen vor sich zu haben glaubte.<sup>69</sup> Man gründete die "Gesellschaft zur Entwicklung der Ostgebiete" [Towarzystwo Rozwoju Ziemi Wschodniej], das die "zivilisierenden" Tätigkeiten koordinieren sollte. Immer wieder wurde gemahnt, die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen und moderne Methoden der Landwirtschaft zu propagieren. Und eine Garantierung des Existenzminimums sei "eine der sanftesten Formen der Kolonisierung Polesiens"<sup>71</sup>. Auch Bürgener als Ausländer glaubt, daß für Polen hier eine eigentlich leichte Aufgabe gelegen habe, die aber verspielt worden sei. Andererseits gab es, hauptsächlich in der Verwaltung die Ansicht, daß Geldbeträge und agronomische Aufklärungsarbeit für die kresy sinnlos ausgegeben würden: "Ach, dieses bolschewistische Dorf, dort wohnen die Kommunisten, und für die soll man arbeiten?" - so zitiert ein Artikelschreiber einen Verwaltungsangestellten.<sup>72</sup> Aber auch in Warschau hatte man - z.B. mit dem Bau des Hafens in Gdingen und einer Eisenbahnlinie dorthin - eindeutig andere strukturpolitische Schwerpunkte gesetzt und verlachnässigte die Ostgebiete, was ja durchaus ein typisches Schicksal von Randgebieten ist. Die weite Verbreitung dieser zweiten Haltung war weniger programmatisch, sie wurde hauptsächlich durch die praktische Erfolglosigkeit der ersten genährt.

Diejenigen aber, die mit dem Ziel praktischer agronomischer Arbeit und Volksaufklärung landwirtschaftliche Kreise gründeten und Kurse veranstalteten, sahen sich immer wieder im Stich gelassen und versuchten, übergeordnete Stellen von der Sinnhaftigkeit und dem Polonisierungseffekt ihres Tuns zu überzeugen. 1925 gab es 7 Kreis-Landwirtschaftsgesellschaften mit 40 einzelnen Zirkeln.<sup>73</sup> Sie organisierten Ausstellungen landwirtschaftlichen Inventars und von Produkten der Hausindustrie, verbreiteten Zeitschriften; "energisch wurde mit Aufklärungsarbeit angefangen". Seit Anfang 1926 wurde die Arbeit intensiviert, als die sejmiki in der Mehrzahl <!> für Zusammenarbeit eintraten. Aus Warschau wurde die Arbeit mit 50.000 Zl unterstützt, was als zuwenig angesehen wurde.<sup>74</sup>

67Ormicki 1929:7

68Bienkiewicz 1927:40 69vgl. ebd.

71Wochanka 1938:201 72Ziemia pinska 24.3.29, H.2, S.4

73Bienkiewicz 1927:39 74Bienkiewicz 1927:40; vgl. auch 45

Man schwärmte - wie in der BSSR - von Dänemark, wo auf einem Gebiet, das "etwas größer als Polesien" ist, 60 Volksuniversitäten existierten; solch eine "Melioration der Seelen" wollte man auch in Polesien durchführen.<sup>75</sup>

Ob, und wenn ja, wie solche Einrichtungen von der örtlichen Bevölkerung wahrgenommen wurden, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Manchmal muteten die Anliegen der Reformen weltfremd an, etwa, wenn der Grundsatz der Volkswirtschaftslehre "Zeit ist Geld" den Bauern nahegelegt werden sollte: "Jede verschenkte Minute ist für den Bauern sehr teuer".<sup>76</sup>

Allerdings wurden auch den Fachkreisen selbst die Grenzen der Propaganda klar: "Denn die hiesige Bevölkerung, die dunklen, armen und mißtrauischen Bauern haben keinerlei Mittel und meiden jedwedes Risiko, und überzeugen kann man sie nicht mit theoretischen Vorträgen, sondern mit sinnfälligen Beispielen"<sup>77</sup>. Ohne lebendiges Beispiel "wird die Tasche des armen Poleschuken stets geschlossen bleiben", wird er nicht investieren.<sup>78</sup>

Doch wie sah die Praxis agronomischer Hilfe denn aus? Handelte es sich nur um gutgemeinte Ratschläge, wenn die zeitgenössischen polnischsprachigen Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbücher voll von Anregungen und Tips zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion waren, bei denen es um Schädlingsbekämpfung und Bienenzucht, Hygiene und neue Feldfrüchte ging und in denen erklärt wurde, was ein Wechsel ist?<sup>79</sup>

Es fragt sich, ob die bäuerliche Bevölkerung überhaupt willens und in der Lage war, Experimente zu machen; wahrscheinlich hat sie aber solche Periodika sowieso nur wenig gelesen: In einem Leitartikel des Wochenblatts Polesie wird den Kleinbauern versucht zu vermitteln, daß die Zeitschrift doch gerade für sie gedacht sei.<sup>80</sup>

Es wurde aber keine gezielte Agrarstrukturpolitik durchgeführt, die technische Verbesserungen förderte. Die Hilfe zur Selbsthilfe wurde vom Staat nicht gefördert, auch daher griffen die Kampagnen nicht. Außer Samenkredit und Pferdeverleih unternahm die polnische Regierung nichts zur Entwicklung der Region.<sup>81</sup>

#### 8.1.4. Agrarpolitik als Melioration

Wie in Ostpolesien weckten auch in der Wojewodschaft Polesie die riesigen Sumpf- und Ödlandflächen den Wunsch der Agrarpolitiker und zum Teil auch der

<sup>75</sup>Ziemia pinska 24.3.29, Heft 2, S.2 <sup>76</sup>Polesie 7.2.37,H.5,S.3 <sup>77</sup>Bienkiewicz 1927:40 <sup>78</sup>Bienkiewicz 1927:45 <sup>79</sup>Polesie 9.9.28,Heft 6,S.11 <sup>80</sup>Polesie 21.10.28, Heft 12, S.1 <sup>81</sup>Bienkiewicz 1927:39

Betroffenen nach Flußregulierung und Melioration der Gebiete; sowohl die Acker- als auch die Weideflächen sollten dadurch vergrößert werden. In der Wojewodschaft Polesien stellte sich diese Aufgabe in noch stärkerem Maße als im okrug Mazyr, weil hier die Bevölkerung in den Jahren 1921 bis 1924 stark gestiegen war (siehe unten), andererseits nicht die Möglichkeit bestand, den Landhunger durch Aufteilung der Gutsländereien vorübergehend teilweise zu befriedigen. Der lange Krieg hatte die ersten Ansätze zur Melioration zerstört<sup>82</sup>.

Grundsätzlich lassen sich hier auf polnischer Seite wieder die zwei "Lager" der Aktions- und Integrationswilligen auf der einen und der Desinteressierten auf der anderen Seite erkennen, während die weißrussische Intelligenz wenig Kommentare zur Meliorationsfrage abgegeben hat. Die Hramada schrieb in ihrem Programm kurz, daß sie dafür sei<sup>83</sup>.

Erkundungen, wie eine Melioration sinnvoll durchgeführt werden könne, wurden schon früh angestellt. Die Fachleute liebten es, den potentiellen Flächenzuwachs an landwirtschaftlich nutzbarem Boden groß herauszustellen. Niedzwiedz hätte gerne 1.700.000 ha melioriert gesehen, immerhin 48% der gesamten Wojewodschaftsfläche<sup>84</sup>.

Es wurde sehr richtig erkannt, daß alle Meliorationsarbeiten nur auf der Basis eines einzigen Planes erfolgen könnten<sup>85</sup>. Tatsächlich wurde daher gemäß einer Verordnung vom 15.2.1928 das Biuro Projektu Melioracji Polesia in Brest eingerichtet.<sup>86</sup> Internationale Fachleute wurden zu Rate gezogen. Die Arbeit war nicht einfach zu bewerkstelligen, da Karten nur im Maßstab 1:100.000 (für das westliche Gebiet auch 1:25000) und nur ungenaue Triangulationspunkte aus der Zarenzeit zur Verfügung standen. "Auch das Finden von Wohnungen und Versorgung mit Lebensmitteln stößt auf Schwierigkeiten".<sup>87</sup> Neue Karten wurden mit Hilfe der "aerophotogrammetrischen Methode" angefertigt, auch die Triangulationsmessungen nach moderner Methode durchgeführt.<sup>88</sup> Vor der Errichtung des Büros hatte ein Ingenieur die Kosten mit 420 Millionen Zl errechnet, die sich wie folgt zusammensetzen würden:

Flußregulierungen	75.000.000
Trockenlegungen	90.000.000
Einzelne Meliorationen	225.000.000
Allgemeine Kosten	30.000.000 <sup>89</sup>

<sup>82</sup>Niezbrzycki 1930:302 <sup>83</sup>Bor'ba trudjasciesja I 1962: #266 S.362 <sup>84</sup>Niedzwiedz, Konstanty: Polesie a sprawa meljoracji in: Polesie 7.2.37,H.5,S.1 <sup>85</sup>Ludkiewicz 1927:215; Pruchnik 1932:303 <sup>86</sup>Tomaszewski 1963:168o; vgl. Pruchnik 1932:304 <sup>87</sup>Pruchnik 1932:303f <sup>88</sup>Pruchnik 1932:305f <sup>89</sup>Ludkiewicz 1927:214; etwas andere Zahlen bei Pruchnik 1932:307

Diese Summen schreckten Warschau zwar ab, aber man rechnete vor, daß die Kosten mit 280 Zl pro ha sehr gering seien<sup>90</sup>. Die dann vom Büro selbst veranschlagten Kosten zur Verwirklichung eines umfassenden Meliorationsprojekts betrug 470 Millionen Zl<sup>91</sup>; allein die Ausarbeitung des Projekts kostete 6.700.000 Zl<sup>92</sup>. Mit der UdSSR wurden Unterhandlungen wegen der Regulierung der Prypjac' und der Grenzflüsse begonnen<sup>93</sup>. Das Wissenschaftliche Staatsinstitut für Agrikultur in Pulawy wurde mit einbezogen. Den Leitern der Arbeit standen Automobile zur Verfügung<sup>94</sup>. Man war fest entschlossen; jedoch investierten die polnische Regierung und Staatsverwaltung vorrangig in anderen Regionen Polens. Außer dem Staat kam aber für diese Tätigkeit niemand in Frage. Ludkiewicz favorisierte 1927 zwar eine gemeinsame Finanzierung durch den Staatshaushalt und die Nationale Staatsbank [Bank Gospodarstwa Krajowego]<sup>95</sup> unter Beteiligung der PKO und der staatlichen Versicherung [Polska Dyrekcja Ubezpieczen' Wzajemnych] über Pfandbriefe. Eine Beteiligung der Großgrundbesitzer hielt er aber für illusorisch: "auf der einen Seite die schwache Energie und Unternehmertätigkeit [przedsiebiorczosc] der polnischen Grundherren, auf der anderen das Fehlen von Kapital in ihren Händen" behindere dies.<sup>96</sup> Außerdem gab es die technischen Bedenken, ob nicht "eine Erniedrigung[!] des Flußspiegels [...] der Landwirtschaft und den Wäldern zum Schaden gereichen würde"<sup>97</sup>; diese Bedenken wurden zum Teil zurückgewiesen<sup>98</sup>, zum Teil stellte man als ein ernsthaftes Problem in Rechnung, daß die Nutzung von künstlichen Wasserwegen, Fischteichen und Mühlen "bei einer unverantwortlichen Ausrichtung" durch die Melioration beeinträchtigt werden könnte.<sup>99</sup> Noch 1937 aber war kaum etwas passiert: die "Trägheitspartei" in Regierung und Verwaltung hatte "gesiegt". Aber auch die Ortsansässigen schienen größtenteils "unvernünftig" zu bleiben: "Die Gesellschaft sollte bei der Meliorationstätigkeit hilfreich sein, statt diese weitreichende Arbeit zu erschweren, wie dies gegenwärtig geschieht."<sup>100</sup> Gleichwohl war Besserung in Sicht: "Das zur Zeit bearbeitete Arbeitsdienstgesetz [ustawa szarwarkowa] [...] erlaubt die Erwirkung von Sanktionen gegenüber widerstrebenden Personen, deren Menge in der letzten Zeit schon merklich zu steigen begann." Und in der letzten Zeit würden "immer mehr Bitten an die Meliorationsreferate von einzelnen polesischen Dörfern

90Ludkiewicz 1927:215 91Tomaszewski 1963:168 92Pruchnik 1932:306  
93Pruchnik 1932:307 94Pruchnik 1932:317 95Ludkiewicz 1927:215  
96Ludkiewicz 1927:216 97Pruchnik 1932:308 98Pruchnik 1932:314 99vgl.  
Bürgener 1939:87 100Niedzwiedz in Polesie 7.2.37, H.5,S.1

herangetragen, mit der Meliorationstätigkeit auf ihren Dörfern zu beginnen".<sup>101</sup> Anderer Meinung war ein Herr Zelen: "Die Presse beschränkt sich grundsätzlich darauf, den Bedarf an Trockenlegung und Kultivierung [uzyznienie] einfach zu behaupten. Herr Niedzwiedz macht sich für den sogenannten Arbeitsdienst stark." Aber der Wegebau ginge mit solchen Arbeitskräften sehr langsam voran, und "der Bauer, nicht nur der Poleschuk" wolle solche Aktionen nicht.<sup>102</sup>

Die geringe Begeisterung der Bauern läßt sich als ein Teil ihrer passiven Strategie erklären, der Verwaltung keinen Überblick über die bäuerliche Produktion oder überhaupt die bäuerliche Lebenskunst zu geben.

#### 8.1.5. Agrarpolitik als Siedlungspolitik

Die Landwirtschaft sollte auch durch die polnische Siedlungspolitik verbessert werden. Man schickte Siedler [osadniki] polnischer Nationalität, die zum Teil für militärische Verdienste belohnt wurden, in die Ostwojewodschaften, ab 1923 versuchten manche auch auf eigene Faust hier ihr Glück.<sup>103</sup> Nicht erst der autoritär regierende Pilsudski, auch die Regierungen, an denen zeitweise die polnischen Bauernparteien PSL Piast und PSL Wyzwolenie beteiligt waren, förderten diese Bewegung zunächst.<sup>104</sup> Am 12.1.1921 wurde ein Gesetz über Soldatensiedlungen angenommen<sup>105</sup>, dessen Grundgedanke es war, in den an Litauen und die Sowjetgebiete grenzenden Regionen wehrhafte Kräfte anzusiedeln. Die Aktion hatte zudem den Hintergrund, daß ja erst ein Waffenstillstand und noch kein Friedensschluß die Kampfhandlungen an Polens Ostfront beendet hatten; Soldaten hatten inzwischen "eigenmächtig Bauernhöfe oder Landgüter in Betrieb genommen"<sup>106</sup>. So wurden zur besseren Ordnung ab 1921 Kolonnen gebildet<sup>107</sup>, die sich auf Landgütern offiziell ansiedelten. Nun sollten sie ganz offiziell bis zu 45 ha zugeteilt bekommen.<sup>108</sup>

Später war es manchen zu gemächlich gegangen: Die Gesetze und Verordnungen mußten neu geschrieben werden, um "den verschiedenen Kolonisten den Erwerb von Boden zu erleichtern".<sup>109</sup>

Die Neusiedler hatten, insofern sie Landwirtschaft betrieben, gegen verschiedene Widrigkeiten anzugehen. Es begann damit, daß sie "mit der Möglichkeit geködert wurden, auf einer großen Fläche Land zu leben".<sup>110</sup> Danach wurden beim Grunderwerb schon einige übers Ohr gehauen: "Man muß bekräftigen, daß aufgrund

<sup>101</sup>ebenda <sup>102</sup>Polesie 28.2.37, H.8,S.4 <sup>103</sup>Bergman 1962:76

<sup>104</sup>Leblang 1977:300 <sup>105</sup>Dz.U.R.P.1921 Nr.4 Pos 17&18 , abgedruckt in Bor'ba trudjasciesja I #4, S.28-30; vgl. Tomaszewski 1963:158 ; Korus-Kabacinska behauptet 12.12.1920 <sup>106</sup>Korus-Kabacinska 1961:174 <sup>107</sup>Tomaszewski 1963:158 <sup>108</sup>Bor'ba trudjasciesja I 1962: #4,Par.5,S.29 <sup>109</sup>Bienkiewicz 1927:40 <sup>110</sup>Bienkiewicz 1927:34

der hiesigen Rechtsbeziehungen eine gewisse Menge von Kolonisten beim Bodenerwerb empfindlich betrogen wurde, weil u.a. illegal verkauft wurde"111.

"Gewissenlose Bodenverkäufer konnten das Vertrauen der Kolonialisten ausnutzen".112 Es sei Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, die Interessenten über Böden und Preise zu informieren.113

Kritiker, die sich über das künstliche Einpflanzen von Siedlern beschwerten, sollten erst einmal bedenken, daß deren Einfluß noch größer wäre, wenn es nicht das Gesetz über die Agrarreform gäbe; denn so sei der Großgrundbesitz ja gezwungen, seine Güter zu parzellieren und nicht en gros zu veräußern.114 Daß das Gesetz allerdings überhaupt nichts darüber aussagte, an wen zu verkaufen sei, zeigt aber, daß in dieser Argumentation zwei völlig verschiedene Gesichtspunkte miteinander verknüpft wurden: Gewiß würden Bodentransaktionen noch häufiger vorgenommen worden sein, wenn das Agrargesetz dies nicht behindert hätte; das kann aber keine Begründung für die Einsiedlung von Kriegsveteranen sein.

Die Neusiedler wurden von der einheimischen Bevölkerung meist feindlich aufgenommen115. Nur der örtliche Kleinadel konnte mehr Sympathie aufbringen116. Es spielte auch eine Rolle, wie die Neusiedler sich aufführten: "Die örtlich verwurzelte Bevölkerung empfindet keine Abneigung zu denjenigen osadniki, die Boden gegen Geld erwerben."117 Und: "Die Beziehungen zwischen diesen Neusiedlern [przybyszami] und der örtlichen Bevölkerung, welche jene sehr ungern annimmt, fangen sich gegenwärtig an auszugleichen"118.

Oft hatten die Siedler keine Ahnung von Landwirtschaft: "Die Siedler waren vor allem politisch zuverlässige Legionäre, hatten jedoch oft keinen Begriff von der Arbeit auf dem Acker".119

Die Hauptwelle der Neusiedler schwappte in den frühen 20er Jahren in die "kresy": In den Wojewodschaften Wolhynien, Polesien, Navahrudak und in geringerem Maße auch in Vilnius und Bialystok waren bis 1925 schon 6754 Hofstellen mit 121.823,0 ha geschaffen worden, durchschnittlich besaß eine solche Stelle circa 18 ha. In Polesien waren bis 1933 1116 Stellen mit 27.565,5 ha, durchschnittlich also mit 24,7 ha geschaffen worden120, darunter allein in den Jahren 1921 und 1922 22.544 ha.121 Dies sind keine allzu hohen Zahlenwerte; allerdings handelte es sich hierbei nur um die staatlich übereigneten Flächen und Stellen

111Bienkiewicz 1927:35 112Bienkiewicz 1927:49 113ebd.

114Bienkiewicz 1927:35 115Int,rp,ljacyi 1927:29; Ziemia Pinska 3(6.1.1928),Nø1, S.1l; Niezbrzycki 1930:294; u.v.a.m. 116Tomaszewski 1963:145 117Bienkiewicz 1927 35+49l

118Bienkiewicz 1927:34 119Tomaszewski 1963: 145, 159

120absolute Werte nach Laeuen (1934/35):20f 121Tomaszewski 1963:159

für Soldatensiedler, nicht auch um Grund und Boden der auf eigene Faust ihr Glück versuchenden Neusiedler. Bedenkt man zudem, daß hier vorwiegend Ackerland den Besitzer wechselte, erscheint die Menge nicht mehr ganz so gering.<sup>122</sup> Dennoch ist es eher das Politikum als die wirkliche Beeinträchtigung der Befriedigung des Landhungers der autochthonen Bevölkerung gewesen, die die Konflikte zwischen ihnen und den osadniki, die mit einer anderen Sprache und einer anderen Religion in die bisher noch von Ständen geprägte Gesellschaft "eindringen", heraufbeschwor.<sup>123</sup>

1926 wurde dann die programmatische Besiedlung Polesiens durch Polen abgebrochen; nur in kleinerem Umfang wurde noch Land an Neusiedler vergeben, so daß 86% der vergebenen Stellen wie der insgesamt an Neusiedler vergebenen Fläche schon in den Jahren bis 1925 den Besitzer gewechselt hatten<sup>124</sup>. Inwieweit mittelbar die unwillige Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Soldatensiedlern an Anteil an dieser Änderung hatte, ist schlecht zu ermessen. Im Vordergrund jedenfalls standen andere Argumente: die Siedler verstünden nichts von Landwirtschaft, zum Teil würden sie aus diesem Grund ihre Böden wieder heimlich verkaufen - dies war nicht vorgesehen.

\*

Das Dilemma der polnischen Agrarpolitik in Polesien als einem auch für polnische Verhältnisse unterentwickelten Gebiet lag darin, daß das Vertrauen der ortsansässigen Bevölkerung nur gewonnen werden konnte, wenn ihr handfeste Vorteile geboten wurden. Da aber der junge polnische Staat aufgrund seiner nationalistischen Ausrichtung mit den Minderheiten nicht souverän und moderat umgehen konnte, da er den Großgrundbesitzern nicht weh tun wollte und da er selbst die Landwirtschaft eher als Einnahmequelle betrachtete, als daß er an das Wohl seiner Bauern dachte, konnten die politischen Voraussetzungen zu einem Aufbrechen der vormodernen Agrarstruktur nicht geschaffen werden.

Die Voraussetzungen zur Erhöhung der Anbaufläche (extensive Steigerung der Produktion) hatten in Gestalt der Flurbereinigung und der Auflösung der Servitute Erfolg, was aber von den Betroffenen anders beurteilt wurde. Die Parzellierung hielt sich in Grenzen. Melioration war beabsichtigt, aber die Aufgabe wuchs der mäßig interessierten polnischen Verwaltung über den Kopf.

Die Funktionäre vor Ort mühten sich vergeblich ab, die Einheimischen jedoch blieben der neuen Macht gegenüber so mißtrauisch wie der alten.

Erneuerungen der Agrarstruktur waren - ganz im Gegensatz zu den ostpolesischen Verhältnissen - weniger politisch als wirtschaftlich und sozial bedingt,

<sup>122</sup>vgl. Bürgener 1939:92 <sup>123</sup>vgl. Marquardt 1936:49 <sup>124</sup>vgl. Tabelle #85 im Anhang



Modernisierungen im demographischen Verhalten, "Regeln" der Markt- und Geldwirtschaft dürften auf "unpolitische" Weise über Veränderungen der geographischen und sozialen Mobilität in die bisherige Produktion eingedrungen sein. Dies soll nun untersucht werden.

## 8.2. DIE AGRARSTRUKTUR IN WESTPOLESIE

### 8.2.1. Die Bevölkerung

Der natürliche Bevölkerungszuwachs auf 1000 Einwohner betrug in Westpalesien im Jahre 1923 noch 29,7 und sank bis 1935 wegen der Verringerung der Geburtenrate auf 17,7. Damit glichen sich die Werte für die Wojewodschaft denjenigen für Polen (18,2 im Jahre 1923; 12,1 im Jahre 1935) an. Allein dieser natürliche Zuwachs hätte die Zahl der Bevölkerung beträchtlich erhöht, denn sie stellte ihr Verhalten erst allmählich auf die neue Situation ein, daß mehr Kinder überlebten und daß überhaupt die Sterblichkeitsrate gesunken war. Die Geburtenrate (Geburten auf 1000 Einwohner) war in den östlichen Wojewodschaften von 45,7 im Durchschnitt der Jahre 1882/83 über 35,3 (1909/12) auf 32,9 (1919/22) gesunken dann aber wieder auf 37,9 (1925/29) gestiegen. Die Todesrate (Tode auf 1000 Einwohner) fiel - wie überall in Europa - rapide von 31,8 (1882/83) über 20,6 (1909/12) und 24,8 (1919/22, zum Teil handelt es sich um die Zeit des polnischsowjetischen Krieges!) auf 17,1 (1925/29).<sup>126</sup>

Nach diesen Werten hätte allein der natürliche Bevölkerungszuwachs von 1923 bis 1930 ähnlich wie in Ostpalesien 22,7% betragen müssen, bei einer Ausgangszahl von 749.506 Einwohnern (ohne Kreis Sarny) im Jahre 1921 hätte sich die Bevölkerung bis 1930 auf 919.703 Einwohner vermehrt. Tatsächlich wurden 1931 aber 1.131.939 Einwohner gezählt, über 212.000 Bürger mußten also, - bei einer konstant angenommenen Bevölkerungszahl von 1921 bis 1923 - durch einen Einwanderungsüberschuß zustande gekommen sein.

Es ist wichtig herauszubekommen, wo diese 212.000 Einwohner herkamen, da es um diese Frage Auseinandersetzungen gab. Zu einer Einwanderung und schließlich einem Einwanderungsüberschuß in die Wojewodschaft Polesien führten zwei Faktoren. Zum einen kehrten die Heimkehrer [repatrianci] in jene Gebiete zurück, aus denen sie während des ersten Weltkrieges evakuiert worden waren. In der polnischen Presse ist keine Textstelle zu finden, in der in Zweifel gezogen wird, daß die Betreffenden wirklich aus Westpalesien stammten. Ihre Rückkehr wurde nicht in erster Linie damit in Zusammenhang gebracht, daß sie sich in Polen

125 Tomaszewski 1963:100

126 Rocznik Statystyczny 8(1930):16f

wohler oder freier als in der BSSR oder RSFSR gefühlt hätten.

Es waren mehr Leute nach Rußland gefahren als zurückkamen, viele waren an Typhus oder auf andere Weise im Krieg gestorben; es hieß, es handele sich um diejenige "Bevölkerung, die 1915 ausgesiedelt wurde, und derer sich dann nach dem Friedensschluß in Riga die sowjetische Regierung zu entledigen versuchte, namentlich in der Hungerzeit von 1921"; außerdem sei im Sowjetgebiet die Hoffnung gehegt worden, daß die Weißrussen und Ukrainer für kommunistische Agitation zu gewinnen gewesen seien.<sup>127</sup> Diese Hoffnung sei aber enttäuscht worden.<sup>128</sup> Die Zahl der Rückkehrer war nirgends so hoch wie in der Wojewodschaft Polesien: Vom 1.6. bis 31.12.1921 wurden 97.085, im Jahr 1922 noch einmal 60.066 Rücksiedler erfaßt.<sup>129</sup>

Besonders die westlichen, also die dichter besiedelten Kreise<sup>130</sup> verzeichneten hohe Einwanderungsraten (Drahicyn, Pruzany, Brest).<sup>131</sup> Die Hauptwelle der Heimkehrer fand sich in den Jahren 1921 bis 1922 ein; "Inoffiziellen Daten zufolge" kamen bis zum 1.1.1924, als 1.070.929 Bewohner registriert waren, insgesamt 190.000 Menschen in die Wojewodschaft, d.h. 21,6% mehr, als 1921 gezählt wurden.<sup>132</sup>

Nach 1924 wurde die Aktion für beendet erklärt.<sup>133</sup> Ein Teil der zunächst Obdachlosen wurde in Zelten untergebracht<sup>134</sup>.

Von den oben rechnerisch ermittelten 212.000 Einwanderern waren also 160.000-190.000 Rückkehrer; es bleibt somit ein Einwanderungsüberschuß von rund 45.000 bis 15.000 Menschen.

Von diesen Einwanderern wurde nur die Militärsiedlung, nicht aber die "zivil" aus Polen gekommenen Neusiedler statistisch erfaßt: bis 1933 wurden 1100 Stellen für die osadniki eingerichtet.

Geht man von je rund 5 Familienangehörigen aus, so wird klar, daß selbst dann die Einwanderung aus dem Osten bedeutender war. Dies spiegelt sich auch darin wider, daß 1931 in der Wojewodschaft nur 56.202 Katholiken mehr als 1921 gezählt wurden - und selbst dieser Zuwachs war zum Teil durch Konvertierung, natürlichen Zuwachs oder vielleicht auch Fälschung zustande gekommen.

Beide Einwanderungsbewegungen waren also 1926 nahezu abgeschlossen. Und

127Bienkiewicz 1927:32    128Bienkiewicz 1927:33    129Rocznik Statystyczny 2(1924):29; Bor'ba trudjasciesja I #17, S.52    130siehe Tabelle #77 im Anhang  
131Alles Bienkiewicz 1927:32    132Niezbrzycki 1930:303, bezieht sich auf  
Bienkiewicz 1927 S.32; vgl. Ormicki 1929:77    133vgl. Rocznik statystyczny 8(1930):29; Maly rocznik statystyczny 10(1939):52    134Bild in Bienkiewicz 1927:34

1931 erst wurde in Westpolesien die Bevölkerungsdichte von 1897 erreicht, die damals 33,6 Einwohner/Vý betragen hatte - eine Tatsache, auf die in dem Schrifttum nicht hingewiesen wird. Die bäuerliche Wirtschaft Polesiens war also nicht aus diesem Grund einem ständig steigenden Druck ausgesetzt.

Die Wojewodschaft war aber auch in Zukunft als ein Einwanderungsland vorgesehen, da die "agrарische Überbevölkerung" in anderen Regionen Polens, insbesondere in Galizien, noch drastischer war. "500.000 Menschen können noch aufgenommen werden", wurde 1926<sup>135</sup> verkündet. Die Ortsansässigen waren ob solcher Aussichten nicht begeistert. Auch hierdurch wurde vielleicht ein psychologisches Klima geschaffen, durch das die Bauernschaft gegen Flurbereinigung, Landvermessung und auch Melioration eingestellt war, vielleicht verfocht sie die uralte Strategie, das eigene Land (aus Angst vor Steuereintreibern und Kriegen) möglichst unattraktiv auf andere wirken zu lassen.

Gab es auch Auswanderungen aus Polesien? Spektakuläre Berichte gibt es darüber nicht.

Die Zahlen der offiziell aus der Wojewodschaft Polesien Ausgewanderten betrug:

Jahr	1925	1926	1927	1928	1929
Auswanderer	2041	2907	3768	5142	5984136

Ein bedeutender Teil der Auswanderer - 1929 z.B. 1818 Menschen - war mosaischen Glaubens, also Bewohner von Städten und Stetln. Wanderziel war bei den Orthodoxen - anders als bei den Polen aus Polen - fast ausschließlich Übersee, und zwar hauptsächlich Nord- und Südamerika (1929: 3836 von 3854

Auswanderern).<sup>137</sup> In den 30er Jahren ging die Auswanderung aus Polen insgesamt wegen der Beschränkungen der Einwanderungsländer rapide zurück.<sup>138</sup> In dieser Zeit blieb auch die Auswanderung aus Polesien ohne Bedeutung. Von 1927 bis 1938 wanderten insgesamt 29.200 Menschen aus der Wojewodschaft aus, darunter 18.200 in die Länder Argentinien, Kanada und USA sowie 4.600 nach Palästina.<sup>139</sup> Keine Zahlen gibt es jedoch über Wanderungen in andere zu Polen gehörende Wojewodschaften.

Die Auswanderung wird von Tomaszewski<sup>140</sup> als logisches Ergebnis der ländlichen Überbevölkerung nur behauptet, aber nicht belegt. Wenn jemand wegging, verkaufte er seinen Boden nicht, sondern überließ ihn Verwandten, besonders dann, wenn sie zu seinen Emigrationskosten (Schiffsreise) Geld beigesteuert hatten<sup>141</sup>. Die Rede ist zuweilen von Rückkehrern aus Amerika: "Es

<sup>135</sup>Bienkiewicz 1927:49f <sup>136</sup>Rocznik statystyczny 1930:33 <sup>137</sup>ebd.

<sup>138</sup>Landau 1986:115 <sup>139</sup>Maly rocznik statystyczny 10(1939):54

<sup>140</sup>Tomaszewski 1963:113 <sup>141</sup>Tomaszewski 1963:113

gibt wohl nicht ein Dorf, in dem es nicht einen Reemigrant aus Amerika gab, der nicht eine hübsche, breite und hygienische Hütte aufgerichtet hätte."<sup>142</sup>  
Ungeachtet dessen, daß die 51,1%ige Erhöhung der Bevölkerungszahl zwischen 1921 und 1931 nur den Vorkriegsstand wiederhergestellt hatte, stellte sich wieder das Problem, wie diese Menschen mit Nahrung, und das hieß mit Boden versorgt werden konnten.

#### 8.2.2. Die Grundbesitzstruktur

Zur Entwicklung der Struktur des Grundbesitzes in Westpolesien gibt es im wesentlichen Daten aus den Jahren 1921 und 1931. Während für 1921 die Werte der Volkszählung entnommen sind, gibt es für 1931 außer den aus dem Zensus gewonnenen Zahlen diejenigen einer Agrarstatistik [Statystyka Produkcji Rolnej; in dieser Arbeit als "rejestracja" geführt] aus dem gleichen Jahre.<sup>143</sup>

Da es in Polen nicht einen solch tiefen Einschnitt in die Agrarstruktur gegeben hatte, konnten sich zunächst die Vorkriegsverhältnisse behaupten. Der Großbesitz verfügte weiterhin über seine zum Teil riesigen Latifundien, die sich zum Großteil aus Wäldern und Sümpfen zusammensetzten<sup>144</sup>.

Die allergrößten Ländereien in Westpolesien besaß Karol Radziwill: von seinem 142.250,38 Desjatinen großen Besitz galten allerdings nur 1481 Desjatinen als Ackerland, und auch zusammen mit Wiesen und Weiden machte es nur 7567 Desjatinen aus.<sup>145</sup> Die Gutsherren wolten allerdings möglichst viel Land als Wald und Ödland ausweisen, damit es nicht bei der Landaufteilung in Rechnung gestellt würde. Den Großgrundbesitzern ging es nicht immer prächtig. Radziwills Gut Agarkowa gelangte bei einem Zwangsverkauf für einen Spottpreis an die Wittgensteins.<sup>146</sup>

Aus einer Gegenüberstellung der Werte von 1921 und derjenigen von 1931 (Tabelle #41) lassen sich die Veränderungen der Grundbesitzstruktur ablesen.

<sup>142</sup>Marczak 1935:31; Tomaszewski 1963:113

<sup>143</sup>falls in diesem Jahre keine Daten erhoben werden konnten, wurde für die Agrarstatistik auf entsprechende Statistiken von 1930 oder 1934 zurückgegriffen [Grodzicki 1936a:4]; diese Statistik scheint mir die zuverlässigere für 1931 zu sein; in ihr ist die Vergleichbarkeit mit den Daten von 1921 hergestellt worden, indem die Ausgliederung des Kreises Sarny berücksichtigt, der städtische Grundbesitz ausgeklammert wurde u.ä. Dennoch seien mehrere Angaben über die Grundbesitzstruktur nebeneinandergestellt, auch um zu zeigen, welche große Unterschiede sich ergeben; vgl. aber auch Horak 1979:136, welche Gruppen wieviel Boden in Polesien besaßen

<sup>144</sup>Bienkiewicz 1927: 38;Grodzicki 1936a:18-20; vgl. vgl. Tabelle #81 im Anhang

<sup>145</sup>Bor'ba trudjasciesja I #39, S.76; Dokument vom 28.2.1925; vgl. Bürgener 1939:85

<sup>146</sup>Bienkiewicz 1927:38







Die 184.629,7 ha Land, die bis 1933 parzelliert worden waren, wirkten sich mit rund 5% der Gesamtfläche der Wojewodschaft wenigstens signifikant auf die Grundbesitzverteilung aus. Die langsam durchgeführte Bodenreform konnte jedoch einer Verkleinerung der durchschnittlichen Hofgröße nicht entgegen wirken, weil ja die Bevölkerung der Wojewodschaft von 1921 bis 1931 von 770.000 auf 1.100.000 Einwohner angestiegen war, die auf 118.000 (1921) bzw. 212.800 (1933) Höfen lebten<sup>147</sup>.

Wie schon in der Vorkriegszeit reichte eine Verkleinerung der Flächen des Großgrundbesitzes nicht dazu aus, den Landhunger auch nur auf gleicher Stufe zu halten.

Eine nach den geltenden Bestimmungen wirklich durchgeführte Umverteilung des Bodens hätte die Besitzstruktur bedeutend verbessert. Anfang der 20er Jahre wurde z.B. folgende Rechnung aufgestellt: von den 3926.546 ha Land der Wojewodschaft seien 1136.546 ha bei einer Bodenreform zu berücksichtigen, von denen 470.487 ha Wiesen, Weiden und Sümpfe und 665.771 ha Ackerland seien. "Auf diese Fläche haben ca. 145.000 Höfe Anrecht", von denen ein Teil noch Servitute nutzen könnte.<sup>148</sup>

So aber mußten die landarmen Bauern hart um ihr täglich Brot kämpfen. Diejenigen Bauernfamilien, die unter 10 ha Boden besaßen, hatten zwar z.T. genug Land: es handelte sich aber durchschnittlich nur um 50 - 60% Ackerland,<sup>149</sup> und wenn man bedenkt, daß ein Teil des Ackerlands brachlag, so wird offensichtlich, daß die ärmere Bevölkerung entweder hinzupachten mußte oder wie seit eh und je Nebenbeschäftigungen nachgehen mußte.

Die Sitte der Realerbteilung wurde auch beibehalten, so daß nach den Parzellierungen im Erbgang in manchen Familien bald kaum Land übrigblieb. In dem Dorf Cudzin hatte sich z.B. von 1861 bis 1931 die Bevölkerung vervierfacht, die Hofzahl war in diesem Zeitraum von 40 auf 248 gestiegen. Manche Höfe besaßen nur noch 1/48 des ursprünglich 1861 erhaltenen Anteillands [nadel], d.h. unter 0,5 ha; 19 Familien waren landlos. Manche Familien konnten nur deshalb Getreide für die neue Saat behalten, weil sie sich hauptsächlich von Kartoffeln ernährten.<sup>150</sup>

Auch die Flächen der Landgüter waren von 1921 bis 1931 kleiner geworden: 250 Höfe hatten 1921 noch über 1000 ha Land besessen und 47% der gesamten Fläche der Wojewodschaft unter sich aufgeteilt; aufgrund von Verkauf und Parzellie

<sup>147</sup>Polujan 1978:22 <sup>148</sup>Bienkiewicz 1927:49r

<sup>149</sup>Grodzicki 1936a:18-20; vgl. Tabelle #81 im Anhang <sup>150</sup>Tomaszewski 1963:97



ung hatten im Jahr 1931 aber 202 solcher Höfe nurmehr ein Drittel der Fläche inne. Oder: 1921 besaßen unter 1% der Höfe (mit mehr als 50 ha) 68,7% der Fläche, 1931 nur noch ≈40%.

Für die Bauernfamilien war dies jedoch kein Trost. Die Grundbesitzstruktur blieb milde gesagt "ungesund", dies wollte eigentlich niemand bestreiten. Auf dem Lande existierten zwei Schichten - eine dünne Schicht von Grundherren und die breite Masse der Bauernschaft, deren Mehrheit unter 4 ha Ackerland plus 3 ha sonstigem Land besaßen, wovon sie sich schlecht oder nicht ernähren konnten. Eine großbäuerliche Mittelschicht, eine Schicht von Kulaken im eigentlichen Sinne des Wortes hatte sich nicht herausgebildet. Selbst jene Höfe, die 15 - 50 ha besaßen, nahmen nur zu 11,6% Arbeitende auf ihrem Hofe an.<sup>151</sup> Sie sind daher als mittelbäuerlich, nicht als großbäuerlich zu bezeichnen.<sup>152</sup>

Aus den Tabellen ergibt sich, daß die Grundbesitzstruktur sich nicht verbessert, aber auch nicht verschlechtert hatte. Nach wie vor nannten 25% der Höfe unter 3 ha ihr eigen und ca. 48% besaßen unter 5 ha. Bei steigender Hofzahl gab es eine Fläche von rund 500.000 ha, die an die neuen Stellen nur vom Staat oder dem Großgrundbesitz gekommen sein konnte.

Die Bauernfamilien verhielten sich durchaus traditionell, wenn sie den Mehrbedarf an Nahrung durch eine Vergrößerung der Besitz- (und Pacht)fläche und damit bald auch der Anbaufläche befriedigen wollten, statt zu intensivieren. Ebenso wenig waren sie bereit, den neuen Mitbürgern aus Ost und West etwas von ihrem spärlichen Land zu verkaufen.

Wir werden allerdings herausarbeiten müssen, ob die stark gewachsene Fläche, die vom Kleinbesitz gehalten wurde, auch entsprechend mehr besät wurde.

### 8.2.3. Genossenschaften

Da eine Einzelfamilie in Bedrängnis kommen konnte und da viele Höfe verschuldet waren, liegt die Frage nahe, ob sich nicht Bauern zu Genossenschaften zusammenschlossen. Die Weißrussen oder die autochthone Bevölkerung stellten nur in geringem Maße Genossenschaften auf die Beine<sup>153</sup>. Es gab nur wenige Anzeigen von Genossenschaften in weißrussischen Zeitschriften. Eine weißrussische Bienengenossenschaft gab es in Vilnius.<sup>154</sup> Es ist schwer zu sagen, wie repressiv der polnische Staat gegen Versuche von Seiten der Weißrussen zur Gründung

<sup>151</sup>Zahlen nach dem Zensus von 1931; vgl. RZW 1938, S.12 <sup>152</sup>Mieszczankowski 1961:186 <sup>153</sup>vgl. auch Horak 1979:152; im Rocznik Statystyczny bleiben sie unerwähnt <sup>154</sup>Naperad! 2(29.1.1930), Nø3, S.4

von Genossenschaften vorging. Nach Kaval' wurde die Zentrale der weißrussischen Kooperativen in Polen 1923 zerschlagen.<sup>155</sup>

Einige Impulse gingen "von oben" aus: 1925 "verbanden sich die existierenden Landwirtschaftsgesellschaften und bildeten die Rada Wojewódzka Towarzystw Rolniczych mit Sitz in Brest"; das Landwirtschaftsministerium half. "Es wurden keinerlei Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbesitz gemacht"; es herrschte der "Grundsatz, daß es nur eine Landwirtschaft gibt und daß nur die vereinte Arbeit der Bauern und Grundherren" "das Niveau der Landwirtschaft heben kann"<sup>156</sup>. Zusammenschlüsse wurden immer wieder aus der Taufe gehoben, aber sie fanden keine große Verbreitung. Ende 1928 gab es in Polesien 29 Molkerei- und Eier, 21 landwirtschaftliche Handels- und 2 weitere landwirtschaftliche Genossenschaften. Ähnlich wie in der BSSR in den 20er Jahren beteiligte sich die Bevölkerung fast ausschließlich an Kredit- (176) und Konsumgenossenschaften (56)<sup>157</sup>. 1932 wurde z.B. erneut ein Anlauf gemacht; es wurde eine Milchgenossenschaft in Motol und eine Meliorationsgenossenschaft in Brasevicy geschaffen. Hier sollte "gleichermaßen der kleine und der große Grundbesitz, die Eingeborenen und die Neusiedler" mitwirken. Andere geplante Gesellschaften "wurden bedauerlicherweise aus Kapitalmangel nicht verwirklicht"<sup>158</sup>.

#### 8.2.4. Die Einbindung in die Geldwirtschaft

In der Zeit bis 1929 schuf die Möglichkeit, sich mit Gelegenheitsarbeiten Geld zu verdienen, für das polesische Dorf eine neue Situation. Es war geteilter Meinung, wie diese neue Situation zu bewerten sei. Für die junge Generation war es faszinierend und verlockend, die Alten waren dagegen. Mit der Krise in den 30er Jahren verringerte sich wieder die Möglichkeit zur Lohnarbeit, und die alten Zustände traten wieder ein.<sup>159</sup>

Das Vertrauen der polesischen Bevölkerung, die zum großen Teil noch nicht weit herumgekommen war, in die polnische Währung konnte in den ersten Jahren aufgrund der Inflation bestimmt nicht geweckt werden.

Die Regierungen des polnischen Staates sahen seit seiner Entstehung in der Bedienung der Notenpresse eine Möglichkeit, den Staatshaushalt vor dem Bankrott zu bewahren. Die Papiergeldmenge war schon von Ende 1918 bis Ende 1921 auf das 229fache erhöht worden und nahm bis 1923 kaum noch faßbare Ausmaße an. Erst als Grabski stabilisierende Maßnahmen ergriff und am 14.4.1924

<sup>155</sup>Kaval' 1953:48 <sup>156</sup>Bienkiewicz 1927:39 <sup>157</sup>Vierteljahrshefte für polnische Landwirtschaft 1929/30:83 <sup>158</sup>Marczak 1935:39 <sup>159</sup>Obrebski 1936:432

eine Währungsreform (1.800.000 Mark gegen 1 Zloty) durchgeführt wurde, stabilisierte sich die Währung.<sup>160</sup>

Für Menschen wie die Poleschuken, die keine Möglichkeit hatten, erspartes Geld nötigenfalls schnell und sinnvoll zu verwerten, wird der Schock der Inflation so tief gesessen haben, daß sie bis 1939 Vertrauen allenfalls in den Dollar<sup>161</sup>, aber eigentlich kaum mehr in irgendwelche Kreditwährung besaßen, so sehr die Deflationspolitik der Regierungen seit 1924 auch ihren Zweck erfüllt haben mag. Als kurzfristig umlaufendes Zahlungsmittel wurde der Zloty zwar unabwendbarerweise angenommen, als beständige Geldanlage akzeptierten die polesischen Bauern aber nur Kurantgeld, konkret: den Goldrubel<sup>162</sup>. Er kursierte weiter, seine Wechselkurse wurden in der Zeitschrift Polesie angegeben.<sup>163</sup>

Besser bewertbar erschienen den Einheimischen Tauschhandelsgeschäfte, und deshalb wurden sie auch die ganze Zwischenkriegsperiode hindurch in Polesien - hauptsächlich in den östlichen Kreisen<sup>164</sup> - praktiziert, sei es nun der Handel Ware gegen Ware, Ware gegen Dienstleistung oder Ware gegen Arbeit; konkret ging es bei größeren Transaktionen um Boden gegen Tiere oder Tiere gegen Tiere<sup>165</sup>. Die Jahrespacht für ein Haus galt als 5 pud Roggen gleichwertig<sup>166</sup>. So wurde z.B. das Abholzen von 1 m<sup>3</sup> Baum mit 20 funt Hafer aufgewogen<sup>167</sup>. Wodka wurde für Pflügen "bezahlt".

Es hatte sich eine Roggenwährung herausgebildet: alles wurde in das Grundmaß 1 funt Roggen umgerechnet und dann bewertet. Gewiß, der Roggen unterlag damals noch starken jahreszeitlichen Preisschwankungen, aber der Hunger der Menschen schwankte nicht so stark: den polesischen Familien war es wichtiger zu wissen, wieviel sie für Arbeit, Dienstleistungen oder andere Waren an Nahrung bekamen, als wieviel Geld sie bekamen.

Der polnische Staat hatte zwar ein großes Interesse sowohl an einer größeren Einbindung der Bauernfamilien in die Geldwirtschaft allgemein, als auch an einer Einbindung speziell in die Zloty-Währung; denn nur so war eine Besteuerung sinnvoll durchzuführen. Aber sie setzte sich, wie oben beschrieben, nicht durch. Selbst die örtlichen staatlichen und halbstaatlichen Organe gingen manchmal auf Roggenwährung über: so warb ein Fortbildungsseminar für Landwirtschaft um Teilnahme an einem 1«jährigen Kurs; wer das angegliederte Internat nutzen

160Roos ý1964:109f    161Bienkiewicz 1927:45    162vgl. Bienkiewicz 1927:45;  
Tomaszewski 1963:78    163Polesie, Jahrgänge 1928 und 1929  
164Mondalski 1927:219    165Bienkiewicz 1927:45    166Tomaszewski 1963:74  
167Tomaszewski 1963:76

wollte, hatte als Kursgebühr "monatlich 100 kg (6 pud) Roggen bzw. den entsprechenden Wert" zu entrichten<sup>168,169</sup>.

Die zweitwichtigste Naturalwährung nach dem Roggen wurde der Wodka. Denker und Schreiber bezeichneten dies als verwerflich und gefährlich, weil es den Alkoholismus förderte: "Die Trunksucht ist weit verbreitet, wozu in bedeutendem Maße die Tatsache beiträgt, daß die die Wälder ausbeutenden Firmen und Industrieunternehmen die Bauern sehr oft mit Wodka auszahlen"<sup>171</sup>.

#### 8.2.5. Siedlungsform und Flurverfassung

In der Literatur über Westpolesien in der Zwischenkriegszeit sind zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Äußerungen zur Siedlungsform zu finden. Die einen betonen, daß die Hauptsiedlungsform das Straßendorf sei, welches die Poleschuken ungern verlassen, auch wenn es eine wirtschaftlich unrationelle Dorfform sei; "Der polesische Bauer ist so stark mit seinem Straßendorf verbunden, daß selbst die sporadischen Feuersbrünste ihn nicht von dieser Form dicht beieinanderstehender Häuser abschrecken"<sup>172</sup>. Auch Mondalski<sup>173</sup> spricht von Straßendörfern; allerdings sollen sie nur nördlich der Prypjac' überwogen haben, und die Häuser sollen auch nicht dicht beieinander gestanden haben, sondern, ganz im Gegenteil, stark voneinander abgeschieden gewesen sein; im Süden sei überhaupt keine vorwiegende Dorfform erkennbar<sup>174</sup>. Ossendowski erkennt keine Ordnung<sup>175</sup>. Andere meinen, die Chutorwirtschaft habe vorgeherrscht, was sich auf die bäuerlicher Psyche als Eigenbrödlerei auswirke. Aus dem statistischen Material lassen sich die Dörfer nach Größenklassen zusammenfassen. Aus den Werten der Volkszählung von 1921 ergibt sich für den beispielhaft herausgegriffenen Kreis Pinsk (Tabelle #43) ergibt sich, daß zwar 26% der Orte nur bis zu 25 Einwohnern hatten (das entspricht rund fünf Familien), daß aber in diesen Orten nur etwa 1.600 Menschen lebten (in Orten bis zu 50 Einwohnern insgesamt nur 5.000). Über die Hälfte der Einwohner des Kreises wohnten in Dörfern mit 200 - 700 Einwohnern. Es läßt sich aus den Werten auch keine Dichotomie hier Chutor, dort großes Dorf ausmachen.

Ehemalige Meierhöfe [folwark] hatten sich selten zu größeren Siedlungen entwickelt: von den 87 folwark-Siedlungspunkten wiesen nur 4 mehr als 9

<sup>168</sup>Ziemia pinska 2(25.9.1927) Nø 19-20, S.16

<sup>169</sup>1923 wurde in Deutschland in Bankierkreisen diskutiert, der Inflation mit einer Roggenwährung Herr zu werden [vgl. Henning,: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1978, 51979:77]

<sup>171</sup>Niezbrzycki 1930:296

<sup>172</sup>Boyd 1936:387; für Ostpolesien

behauptet dies Titov 1983:139

<sup>173</sup>Mondalski 1927:214

<sup>174</sup>Zaborski in Ziemia laut Mondalski 1927:214 <sup>175</sup>Ossendowski 119f



#### 8.2.6. Die materielle Lage der Landbevölkerung

Die Armut drückte sich in Polesien nicht wie sonst in Polen als Preisschere zwischen billigen Agrar- und teuren Industrieprodukten aus. Diese Schere war zwar im abseits liegenden Polesien wegen der hohen Frachtraten und der nicht vorhandenen Industrie besonders groß. Für die Bauernfamilien war dies aber insofern nicht so schlimm wie für die Bauernschaft anderer Gebiete des damaligen Polen, weil noch ein hohes Maß an Autarkie bestand und durch die geringe Warenquote (Marktquote) die Abhängigkeit von der Geldwirtschaft gering geblieben war.

Aus der Grundbesitzstruktur läßt sich ersehen, daß die materielle Lage für die beträchtliche Zahl der Ackerlandarmen nicht gerade rosig ausschaute. Der Wojewode W.Kostak-Biernacki, sonst nicht gerade zimperlich, beschrieb in einem vertraulichen Brief, durch den er bescheidene Subventionen für Polesien erbat, daß die Armen vor Ende Juli "gemahlene Rinde, Wurzeln und Peitzker" äßen. Und "jeder Zloty von staatlicher Seite ist eine polnische Propaganda", weil wenig Geld schon viel helfe.<sup>182</sup>

Nicht wenige Bauernfamilien hungerten, besonders in der Zeit von 1929-1935. "Der Hunger hilft den Bolschewiken", so schrieben diejenigen, die Polesien modernisieren wollten; daher müsse der Staat den materiellen Standard der Bevölkerung heben.<sup>183</sup>

Die elende Armut<sup>184</sup>, die in den späten 30er Jahren auch in anderen Teilen Polens herrschte, war allgegenwärtig, aber es verhungerte kurzfristig niemand - jedenfalls ist darüber nichts zu lesen.

Die Bettelei war gut organisiert und hatte schon eine lange Tradition.<sup>185</sup>

\*

Die in Westweißrußland herrschende Gesellschaftsstruktur wurde einmal von Bronisla£ Taraskevic im sejm als "Leibeigenschaft [panszczyzna] in der vollen Bedeutung dieses Wortes"<sup>186</sup> bezeichnet; weiterhin verstand es der Magnat Radziwill, Dorfvorsteher nach seinem Willen einzusetzen. Wenn Taraskevic auch Elemente der Leibeigenschaft und der Ständegesellschaft mit dieser selbst verwechselte, so zeigte doch eine unmoderne und ungesunde Agrarstruktur, Ausdruck einer unzureichend reformierten Agrarverfassung, ihre konservierende Wirkung auf Verfassung und Gesellschaft. Die Kreise schlossen sich. Dennoch konnten im 20. Jahrhundert durch solche Herrschaftsmethoden keine stabilen Verhältnisse mehr geschaffen werden.

<sup>182</sup>Tomaszewski 1963:95; vgl. Tomaszewski 1985b:94

<sup>183</sup>Ziemia pinska 16.1.28, Heft 2, S.2                      <sup>184</sup>vgl. Marczak 1935:35

<sup>185</sup>Tomaszewski 1963:109f <sup>186</sup>Poslowie rewolucyjne 1961:285, #50, 16.11.1926

### 8.3. DIE BÄUERLICHE PRODUKTION UND ARBEIT

Was, wie und wieviel produzierten die Bäuerinnen und Bauern angesichts dieser Verhältnisse? Betrachten wir zunächst die einzelnen Bereiche der bäuerlichen Wirtschaft und dann allgemeine Veränderungen im Arbeitsleben.

#### 8.3.1. Anteile einzelner Bodennutzungsarten

Ob die Ackerbaufläche ausgedehnt wurde, davon können die Statistiken nur ein ungefähres Bild geben; denn die Statistiker waren auch in Westpolesien bei der Festlegung dessen, was z.B. "Ödland" sei, ziemlich willkürlich, wozu ihnen die schwer registrierbare Sumpflandschaft ja Gelegenheit genug bot. So wurde der Ödlandanteil 1924 mit 556.518 ha von 42.286 km<sup>2</sup> oder 13,2% beschrieben, 1930 sollen es viel mehr, nämlich 786.000 ha von 39.580 km<sup>2</sup> oder 19,9% gewesen sein.

Nicht ganz so unterschiedlich waren die Angaben darüber, wie groß die Landbaufläche war, sie schwankten zwischen 22 und 24%.<sup>187,188,189</sup>

Der Ackerbau reichte weiterhin nicht zur Selbstversorgung der Bevölkerung aus. Um wenigstens ihre Versorgung mit Ackerbauprodukten sicherzustellen, mußten bei steigender Einwohner- und Hofzahl mehr Menschen mehr Flächen - hauptsächlich mit Getreide - besäen. Dies wurde auch getan: wurden im Wirtschaftsjahr 1924/1925 in der Wojewodschaft 348.800 ha besät, so waren es 1932-1936 durchschnittlich 555.500 ha. Dies stellt einen noch größeren Anstieg der Anbaufläche als der Bevölkerung dar. Die Bevölkerung zeigte also das typische Verhalten, bei einer Wahl zwischen Ausdehnung der Saatfläche und Intensivierung der Wirtschaft die erste Möglichkeit zu wählen.

Aber auch diese 555.500 ha Saatfläche machten nur 68,2% der als Ackerbaufläche ausgewiesenen Böden aus (die 22% aus den oben auf dieser Seite angeführten Statistiken entsprechen 806.696 ha im Jahr 1931). Dieser Wert verleitet dazu, von einer Verbreitung der klassischen Dreifelderwirtschaft mit Schwarzbrache auszugehen, bei der ja 66,7% der Fläche besät sind. Flächenbesitz, der nicht zum Ackerbau geeignet war, wurde aber nicht etwa als geringwertig angesehen. Dies ergibt sich auch daraus, daß auch kleine Wirtschaften immerhin verhältnismäßig viel Wald besaßen. Wälder wurden als Reichtum angesehen. "Die Landwirtschaftsprodukte sind im allgemeinen nicht zur Ernährung der Bevölkerung ausreichend,

<sup>187</sup>Bienkiewicz 1927:38 Niezbrzycki 1930:gibt 24% an, aus dem Rocznik statystyczny 1930 lassen sich 22,1% errechnen <sup>188</sup>Vierteljahreshefte für polnische Landwirtschaft 19: sagen 27% <sup>189</sup>vgl. Tabelle #80 im Anhang







Das Getreide wurde "gewöhnlich in Garben aufbewahrt", und es wurde nur soviel gedroschen und gemahlen, wie es der Bedarf verlangte. "Gemahlen wird hauptsächlich in Windmühlen, von denen es gewöhnlich 1 - 3 <Stück> in großen Dörfern gibt"; die Mahlleistung betrug meist 240kg/Tag. "Dampfmühlen befinden sich nur in größeren Städten und Stetln"<sup>203</sup>. "An den Flüssen des wolhynischen Polesien <Wojewodschaft Wolhynien, Nordteil> gibt es viele Wassermühlen, sie sind ziemlich primitiv gebaut, und ihr Leistungsvermögen ist bedeutend kleiner als das der Windmühlen". Alte Mahlmethode bestanden nebenher: "In den Dörfern wird oft grobes Mehl und kasza" "mit Handmühlen (zarna) gemahlen".<sup>204</sup>

"Weizen ist nur in sehr fruchtbaren Gegenden anzutreffen, Kartoffeln hingegen überall".<sup>205</sup>

Ganz eindeutig war der Anteil und erst recht die absolute Aussaat an Kartoffeln gestiegen. Waren es 1924/25 noch 59.300 ha, so stieg der Wert bis 1930 auf 157.400 ha besäeter Fläche.<sup>206</sup>

Im Norden der Wojewodschaft wurde eher Flachs, im Süden eher Hanf angebaut<sup>207</sup>. Die Leinpflanze "wird fast ausschließlich auf kleinen Parzellen gezogen, die sich in Privatbesitz befinden"<sup>208</sup>. Der Flachs aus den nordöstlichen Regionen Polens wurde am Markt schlecht notiert; "der Grund dafür ist die Uneinheitlichkeit [niejednolitosc] der Ware, die sich schon aus der Produktion der Ware selbst ergibt, welche ungeheuer zersplittert ist"<sup>209</sup>. Die Flachsproduktion blieb deshalb in der Hand der Bauern, weil sie billiger verkaufen konnte als eine Wirtschaft mit Lohnarbeit; sie mußten zu einem solch niedrigen Preis verkaufen, weil sie im Winter auf andere Art keine höheren Einkommen erzielen konnten.<sup>210</sup> Die Verarbeitung dieses Stoffes blieb aber nicht aus diesem Grund zersplittert - mechanische Verarbeitung zu Leinstoff wäre vielleicht sogar billiger gewesen - sondern deshalb, weil ein einheitlicheres Material, also eine mehr organisierte, zentralisierte und kontrollierte Produktion nötig gewesen wäre.

Die Benutzung von Kunstdünger war "wenig entwickelt", "und stellenweise ist er vollkommen unbekannt". "Zudem ist er <der Kunstdünger> im Zusammenhang mit den Transportschwierigkeiten als teuer zu kalkulieren und nicht für alle erschwinglich".<sup>211</sup>

203ebd 204Alles Niezbrzycki 1930:313 205Niezbrzycki 1930:311 206siehe Tabellen #44, oben 207Orynzyna 1937:66 208Orynzyna 1937:71 209Baranski 1934:12 210Nähere Erörterung dieses Phänomens einige Seiten weiter unten 211alles Niezbrzycki 1930:309; vgl. auch Bienkiewicz 1927:38

"Auch Gründünger wird wenig gebraucht"<sup>212</sup>. Vor allem in den Gutshöfen wurden Klee, Seradellen und Lupinen angebaut.

"So wird eine Menge bearbeiteten Bodens mit naturalem Dung <Mist, D.S.> kultiviert, jedoch ist trotz einer verhältnismäßig hohen Viehzahl die Erde im allgemeinen in hohem Grade unzureichend". Folgende Düngung "wird bis heute in vielen Orten verwandt": "Ein Feld, das zum Herbst gepflügt werden soll, dient [...] im Sommer hindurch als Weide [pastwisko], als sog. wygon für das Vieh".<sup>213</sup> Wie wir unten noch sehen werden, war die Mistproduktion einer der Gründe für die Viehhaltung überhaupt.

Gemüse wurde nur zum Eigenbedarf angebaut, und zwar "Kohl, Rüben, rote Rüben, Knoblauch, Gurken, Rettich, Mohn und verhältnismäßig wenig Möhren, Petersilie, Erbsen und Bohnen" und wohl auch Linsen.<sup>214</sup>

Mais, der nach Niezbrzycki im polesisch-wolhynischen Übergangsgebiet angebaut wurde,<sup>215</sup> wurde laut Statistiken in Westpolesien überhaupt nicht angebaut<sup>216</sup>. Es wurden auch fast überhaupt keine Sonnenblumen und kein Hopfen gezüchtet. Raps wurde in der ganzen Wojewodschaft auf 1.400 ha, Zuckerrüben nur auf 200 ha gezogen. Es findet sich auch Tabakbau für den Eigenbedarf.

Auch der - statistisch nicht erfaßte - Obstbau wurde in Polesien weniger betrieben als möglich gewesen wäre. Es wurde festgestellt, daß "unsere Obstgärten nicht richtig in ihrem Wert eingeschätzt werden", obwohl gerade in der Krisenzeit der Obstbau wichtig sei.<sup>217</sup> "Obstgärten existieren ausschließlich in den Gutshöfen des Großbesitzes".<sup>218</sup> Das polesische Dorf sehe daher ärmlich aus (im Gegensatz zum ukrainischen). Selten waren an einem Hof Kirsch- oder wenigstens halb verwilderte Apfel- und Birnbäume zu sehen.<sup>219</sup>

Die Tips der Obstkundekommision würden nicht richtig beachtet werden, das Obst werde ohne fachliche Begutachtung gezüchtet. Folge: "Im Winter ist es schwer, Obst zu kaufen und wenn doch, dann ist es sicherlich nicht aus Polesien selbst". Die Kleinlandwirte gingen deshalb davon aus, Obst ließe sich nicht verkaufen; dies sei ob der schlechten Qualität allerdings kein Wunder<sup>220</sup>. Auch hier ist wieder zu erkennen, daß die Poleschuken den Landbau aus einer vormodernen Sicht betrachteten, daß sie zuerst auf die Eigenversorgung und erst in zweiter Linie auf Vermarktung Wert legten.

<sup>212</sup>Niezbrzycki 1930:309 <sup>213</sup>Alles Niezbrzycki 1930:309 <sup>214</sup>Niezbrzycki 1930:311+317 <sup>215</sup>Alles Niezbrycki 1930:317 <sup>216</sup>Rocznik Statystyczny 8(1930):46f <sup>217</sup>Polesie, 7.2.37, H.5 ,S.3 <sup>218</sup>Niezbrzycki 1930: 317 <sup>219</sup>Niezbrzycki 1930:317 <sup>220</sup>Polesie, 7.2.37, H.5 ,S.3

### 8.3.3. Die Viehhaltung

Heu gab es nach wie vor reichlich; jedenfalls sieht der aus militärischen Gründen an Polesien interessierte Niezbrzycki die Versorgung der Kavalleriepferde als gesichert an, obwohl zu wenig Hafer da sei. "Das Heu wird hier schlecht konserviert und getrocknet"<sup>221</sup>; das übersumpfte und durchnäßte Wiesenheu, das mit sauren Gräsern überwachsen ist, sei kein guter Weideplatz. "Der polesische Bauer unterscheidet verschiedene Heuartentypen" - Sumpfheu, Waldheu und Wiesenheu. Da die Pferde der Poleschuken dennoch das saure Heu fraßen, bekamen sie ganz dicke Bäuche<sup>222</sup>. Nur das Wiesen- und Gartenheu, das ca. 22% des Heus ausmache, eigne sich zur Pferdeweide. Die Ernteerträge beliefen sich auf "701 - 1200 kg pro ha".<sup>223</sup> Das polesische Heu war mit einem Preis von 4,75 Zl/dt das billigste in ganz Polen (durchschnittlich 6,73 Zl/dt). Die Heumahd fand hauptsächlich Mitte Juni bis Mitte Juli statt, aber je nach Umgebung und je nach Ausmaß des Hochwassers auch früher oder später. In der Zeit der Heumahd fuhren alle, die dazu in der Lage waren, mit Booten oder Wagen hinaus, und weil die abzumähenden Parzellen oft weit ab vom Dorf lagen, blieben die Schnitter in dieser Zeit "in den Wiesen" [na luhach] und bauten sich dort provisorische Hütten.<sup>224</sup> Das Heu wurde oft an Ort und Stelle getrocknet. Manche Heuschober standen auf Stelzen<sup>225</sup>. Im Winter erst wurde das Heu nach Hause [zagród] geführt, weil dann wegen des Frostes die Transportmöglichkeiten besser waren.<sup>226</sup> In sehr wasserreichen Gebieten wurde das Heu mit Kähnen oder auch speziell gebauten Flößen transportiert<sup>227</sup>. Ansonsten wurde das Vieh weiterhin in den Wald getrieben.<sup>228</sup> Heu ist auch der einzige Exportschlager Westpolesiens gewesen: 1922/23 wurden 15.000 Waggon Heu ausgeführt.<sup>229</sup>

Die Viehzucht war kein Bereich der bäuerlichen Wirtschaft, der mit zunehmender Bevölkerungszahl eingeschränkt wurde. Besonders im Osten der Wojewodschaft wurde "hauptsächlich Viehzucht betrieben, wenn auch im allgemeinen sehr urtümlich"<sup>230</sup>. Vor dem Krieg soll die Viehzucht noch mehr verbreitet gewesen sein, aber der Krieg habe hier einschneidend gewirkt. Im Osten der Wojewodschaft seien die Tiere besser versorgt gewesen, weil sie öfter in den Wald geschickt werden konnten.<sup>231</sup>

<sup>221</sup>Niezbrzycki 1930:313 <sup>222</sup>Pull, 1935:235 <sup>223</sup>Alles Niezbrzycki 1930:316; vgl. Librowicz 1923:375, der 820 kg/ha angibt; nach Trockenlegung von Sümpfen könnten es angeblich 6500 oder gar 12.000 kg/ha sein <sup>224</sup>Alles Niezbrzycki 1930:316 <sup>225</sup>Abbildungen in Boyd 1936:388 und Ossendowski 22 <sup>226</sup>Niezbrzycki 1930:316f <sup>227</sup>Niezbrzycki 1930:317 <sup>228</sup>Ossendowski 59 bildet Kühe im Wald ab <sup>229</sup>Bienkiewicz 1927:39: <sup>230</sup>Bienkiewicz 1927:41 <sup>231</sup>Bienkiewicz 1927:41

Der Zustand des Nutztviehs wurde als beklagenswert bezeichnet. Dabei wurde leider wenig differenziert, weder nach Tierarten noch nach den unterschiedlichen Zwecken der Nutztierhaltung.

Die Viehhaltung unterlag weiterhin den Bedingungen der natürlichen Vegetation<sup>232</sup>, Futterimport war unbezahlbar.

Wir haben gesehen, daß die Viehhaltung aus unterschiedlichen Gründen durchgeführt wurde: um Nahrungsmittel und Kleidungsrohstoffe zu erhalten, als Zugvieh und als Dungproduzent.

Viele Bauernfamilien nutzten das Vieh hauptsächlich als Dungproduzenten<sup>233</sup>, denn sonst hätten sie nicht vor allem versucht, die Stückzahl zu erhöhen, sondern sie hätten die Fleischmenge und daher auch den Fleischanteil an einem Stück Vieh erhöhen wollen. Die Viehhaltung, auch die Schweinehaltung war hier keine "Veredlungswirtschaft", die auf Kraftfutter basiert, das zumeist auch noch importiert werden muß. Das Vieh wog in Polesien durchschnittlich 25% weniger als in Polen.<sup>234</sup>

Welche Verschiebungen lassen sich in dem Gefüge der Viehhaltung erkennen? Wie veränderte sich die Zahl der zum Bauernbetrieb notwendigen Nutztiere gegenüber den Tieren, bei denen es nur auf das Fleisch ankam?

Die Stückzahlentwicklung in der Wojewodschaft ist in Tabelle #46 abzulesen.

Ein beträchtlicher Teil wurde nicht erfaßt. In Wirklichkeit soll die Stückzahl bei den Vieharten wohl "60% mehr als registriert" betragen haben. Z.B. gab es in der Stadt Brest offiziell 900 Stück Vieh, aber allein die tierärztliche Aufsicht "ermittelte dort über 2000".<sup>235</sup> "Was wird dann erst auf den Dörfern los sein, wo die Bauern beständig den Viehbestand aus Angst vor Besteuerung verstecken?"<sup>236</sup>

Im Osten der Wojewodschaft gab es viele Dörfer, in denen "in einzelnen Bauernhöfen" 20, 30 oder sogar 40 Stück Vieh pro Hof unterhalten wurden. "Solch eine Menge können die Bauern halten, weil sie die Servitute benutzen und sich das Heu in den großen Gutsländereien holen, welche die Wiesen zum Mähen aus der Hälfte oder aus einem Drittel geben"<sup>237</sup>, also ein Drittel der Ernte von den Bauern als Pacht abgeführt bekommen. Westpolesien zeigte die ganze Periode hindurch noch das typische Verhältnis der einzelnen Nutztierarten, wie es vormoderne Wirtschaften aufweisen. Es gab - gegenüber Polen - relativ viele Schafe und Ziegen, dagegen wenig Pferde und Schweine.

232vgl. Niezbrzycki 1930:320 233Tomaszewski 1963:119f 234ebd. 1963:120

235Bienkiewicz 1927:41 236Bienkiewicz 1927:41f 237Bienkiewicz 1927:41



Pro km<sup>2</sup> hatte das dünn besiedelte Polesien einen geringeren Viehbestand als  
238 siehe Tabelle #83 im Anhang

Polen im Durchschnitt. Dies zeigt, daß in Polesien die Viehwirtschaft noch extensiver hätte betrieben werden können - ein wichtiger Hinderungsgrund blieb neben der Armut der Landbevölkerung die Unwegsamkeit des Geländes.

Der Viehbestand stellte aus der Sicht von außen "bedeutendes Kapital" dar, in Geld ausgedrückt 160.000 Zl.<sup>239</sup>

1921 entfielen noch 12,3 Pferde auf 100 Einwohner. Der Krieg hatte - wie in Ostpolesien - eine große Dezimierung des Pferdebestands verursacht<sup>240</sup>. "Großen Schaden richteten auch die in den letzten Jahren grassierenden verschiedenen Tierkrankheiten an."<sup>241</sup> Aber dies wirkte sich nicht auf die Stückzahl aus; den Statistiken zufolge nahm die Pferdezahl erst zwischen 1929 und 1934 sehr rapide ab.

"Gegenwärtig befinden sich fast alle Pferde in Polesien in den Händen der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten", nur 20% gehörten den Grundeigentümern, Kolonisten und Städtern [mieszczan].<sup>242</sup>

"Der hiesige Bauer drängt dahin, das Pferd so früh wie möglich zur Arbeit zu nutzen, was eine schnelle Verkümmern der Rasse" bewirkt haben soll<sup>243</sup>. Es hieß, der Staat helfe nicht, meist würden die Hengste der Bauern zur Nachwuchsproduktion benutzt. Die Kreuzungen würden demnach ohne jeden Plan durchgeführt, oft wurden schon zweijährige Stuten gedeckt.<sup>244</sup> Die Weide wurde ohne jede Auswahl, eben so oft wie möglich durchgeführt. Die Ställe waren "eng, niedrig, dreckig und stickig".<sup>245</sup>

Auch das Rindvieh gehörte vor allem den Kleinlandwirten; es wurde als Nutz- und Arbeitstier verwandt, um die Zucht kümmerte man sich wenig. Ziel der Rinderhaltung war vor allem der Verkauf des Viehs gegen Bargeld.<sup>246</sup> Die Viehhaltung geschah "auf primitive Weise". Das Vieh wurde den ganzen Sommer über auf der Weide gelassen, und nur für einige Stunden wurden Kühe zum Melken geführt. Der Mist wurde nur einmal im Jahr, im Frühjahr herausgeholt, vielleicht ein zweites mal im Herbst.<sup>247</sup>

Die Kühe gaben, besonders in den Ostprovinzen, wenig Milch; diese besaß allerdings einen hohen Fettgehalt von 4,5 - 5,5% oder maximal sogar 7,7% Fett.<sup>248</sup> Das Rindvieh hätte in seiner Qualität durch Einkreuzung anderer Rassen noch sehr verbessert werden können; dies war jedenfalls die einhellige Meinung der Fachkräfte. Andererseits wurde aber hervorgehoben, daß sich importierte Rassen

<sup>239</sup>Bienkiewicz 1927:42 <sup>240</sup>Niezbrzycki 1930:320 <sup>241</sup>ebd. <sup>242</sup>Niezbrzycki 1930:320 <sup>243</sup>Niezbrzycki 1930:320f <sup>244</sup>ebd.; vgl auch Bienkiewicz 1927:42 <sup>245</sup>Niezbrzycki 1930:321 <sup>246</sup>Niezbrzycki 1930:321 <sup>247</sup>ebd. <sup>248</sup>Bienkiewicz 1927:45



nicht an die neue Umgebung gewöhnen würden.<sup>249</sup>

Das Vieh wurde "seit Hunderten von Jahren auf den Mooren gehalten, wo es oft bis zum Bauch im Wasser stehend weiden und den Fluß durchwatet muß, und im Winter hungert es nicht selten in kalten und häßlichen Ställen; es ist im Kampf sehr entartet".<sup>250</sup>

Die Bauern hielten sich im Sommer so viel Rindvieh wie möglich, egal ob sie es durch den Winter bringen konnten oder nicht; dies soll zwar das Ergebnis dessen gewesen sein, daß die Bauern hauptsächlich auf Mist aus gewesen seien - bei schlechter Fütterung wurde aber auch dieses Ziel nicht erreicht.<sup>251</sup>

Auch andere waren an der schlechten Entwicklung der Viehwirtschaft Schuld: Es hieß, die Bol'seviki hätten 1920 die Rinderpest mit eingeschleppt. Trotz des Einsatzes von Tierärzten in den Jahren 1921-1923 sei das Vieh noch [1926] nicht wieder auf der vollen Höhe.<sup>253</sup>

Davon, daß Ochsen weiterhin als Zugtiere eingesetzt wurden, war oben schon die Rede.

Auch die Zahl der Rinder sank in der Krisenzeit. Insgesamt war 1934 wieder der Stand von 1921 mit 42-43 Stück Rindvieh pro 100 Einwohner erreicht.

Aus den Statistiken ist errechenbar, daß hier 34,0 Schafe auf 100 Einwohner kamen (in Polen nur 9,3) und mit 9,1 Schafen/km<sup>2</sup> sogar das dreimal so dicht besiedelte Polen überflügelt wird.<sup>254</sup> Schafe wurden also, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in Ostpolen, wegen der Wolle und des Schafspelzes in großer Stückzahl gehalten. Das Fleisch galt jedoch stets als nebensächlich.<sup>255</sup>

Tatsächlich erwies sich die Schafhaltung als die einzige und wesentliche Neuerung in der polesischen Viehhaltung: ohne daß dieser Trend den Zeitgenossen aufgefallen wäre, steigerte sich die Schafzahl sogar in der Krisenzeit. Allerdings entfiel auf eine Familie durchschnittlich nur ein Schaf, die Schafhaltung hätte sogar noch ausgedehnt werden können - sie erreichte in den Jahren 1934 bis 1936 erst wieder das Niveau von 1897 (Schafe pro 100 Einwohner).

Die Ursache für diesen Trend lag wohl unter anderem darin, daß die kleinbäuerlichen Familien sich die Schafe hielten, wenn eine Kuh zu halten aufgrund der materiellen Lage nicht mehr möglich war. Da die Schafe kleinere, billigere, leichter

<sup>249</sup>Bienkiewicz 1927:42 <sup>250</sup>Bienkiewicz 1927:42

<sup>251</sup>Bienkiewicz 1927:43; manchmal konnten die Bauern ihren Beschreiber schier zur Verzweiflung bringen: er hörte, daß die Deutschen, die im Krieg Butter requiriert hatten, sich im Kreis Kamjanec-Kasyrsk besser nicht blicken lassen sollten; denn dort hatte man nichts vergessen und rechnete vor, "daß die Deutschen die Kühe füttern müssen". [Bienkiewicz 1927:44]

<sup>253</sup>Bienkiewicz 1927: 41 <sup>254</sup>Siehe Tabelle #83 im Anhang; nach Rocznik Statystyki 1930 <sup>255</sup>Niezbrzycki 1930:322; Bienkiewicz 1927:42

zu transportierende und weniger fressende Tiere als Rinder sind, waren sie auch leichter kauf- und verkaufbar, besser "portionierbar".

Besonders günstig war die Schafhaltung ja in Polesien mit seinen verstreuten, versteckten und schwer zugänglichen, kleinen Parzellen. Dies kann aber noch nicht der ganze Grund für die zunehmende Schafhaltung der Poleschuken gewesen sein. Die in Westpolesien verbreitete Schafrasse wurde als recht vorteilhaft beschrieben, da sie den örtlichen Bedingungen angepaßt sei und gutes Fleisch biete.<sup>256</sup>

Die einzige Großschafzucht gab es bei Moraceva im Bezirk Pruzany.<sup>257</sup>

Ziegen führten die Deutschen im ersten Weltkrieg mit. Sie verbreiteten sich deshalb, weil sie viel Milch gaben.<sup>258</sup>

Schweine wurden in Westpolesien nicht in allen Gebieten in gleichem Umfang gehalten. Sie befanden sich in halb wildem Zustand.<sup>259</sup> Die am meisten verbreitete Rasse hatte lange Ohren und war einst importiert worden.<sup>260</sup> Die in den östlichen Bezirken vorkommenden Schweine sollen sehr klein und spätreif, aber gut kreuzbar gewesen sein und ähnlich wie Wildschweine große Borsten gehabt haben. Das Fleisch schmeckte dem Beschreiber.<sup>261</sup>

Auch die Daten über die Schweinehaltung sind zu lückenhaft, als daß die Hypothesen belegt werden könnten: die Stückzahl dieses vorwiegend wegen des Fleischertrages gehaltenen Nutztieres ging bis 1924 sogar zurück, wohl weil viele Esser hinzugekommen waren. In der Zeit von 1924-1930 stieg sie an, hielt sich dann, um nach 1934 erneut anzusteigen.

Trotz des allgemein "traurigen Zustands" konnten oder mußten aus der Viehhaltung noch Geldeinkünfte erzielt werden. Sowohl lebendige Tiere (1921: 189 Pferde, 12.677 Rinder, 2000 Kälber, 110 Schafe, 5197 Schweine) als auch Fleisch, Haut, Knochen, Talg, Borsten und Pferdehaare hatten einen Exportüberschuß zu verzeichnen<sup>262</sup>. Gänse und Hühner wurden auch auf dem Markt verkauft.<sup>263</sup>

Die Verwaltung versuchte durch verschiedene Vorhaben und Bauten die Verarbeitung von Tierprodukten anzukurbeln.

Sehr wichtig sei die Entwicklung der Milchwirtschaft, "welche zur Zeit fast überhaupt nicht existiert"; es gebe nur einige Käsereien und Buttereien bei Gutshöfen und Juden. Die Stadt Brest importiere die Butter aus Wolhynien oder anderswoher. In den Dörfern gäbe es Hunderte oder Tausende Stück Vieh, aber

<sup>256</sup>Bienkiewicz 1927:42 <sup>257</sup>ebd. <sup>258</sup>Bienkiewicz 1927:43 <sup>259</sup>Niezbrzycki 1930:322 <sup>260</sup>Bienkiewicz 1927:43 <sup>261</sup>Bienkiewicz 1927:43 <sup>262</sup>Bienkiewicz 1927:44 <sup>263</sup>Boyd 1936:394

keine Buttereie. Eine Verbesserung dieses Zustands würde den Bauern "Bargeld bringen"; der Bauer wäre dann auch darum bemüht, die Milchmenge der Kühe zu erhöhen.<sup>264</sup>

Immer wieder wurde auch das Fehlen von Schlachthäusern bemängelt. Der Fleischhandel habe große Chancen. 1926 beklagte man sich, daß in Luninec seit zwei Jahren ein Schlachthof geplant sei; es geschehe aber nichts.<sup>265</sup> Dieses Schlachthaus scheint 1938 fertiggestellt worden zu sein. Zudem befanden sich in Brest, Drahicyn, Kobryn, Kamjanec-Kasyrsk Schlachthäuser in der Planung oder im Bau.<sup>266</sup>

Außerdem wurde die Verbesserung des Veterinärwesens gefordert, "welches zur Zeit keine Möglichkeit hat, dem Züchter zu garantieren, daß er <das Vieh> vor der nächstbesten Epidemie bewahrt".<sup>267</sup>

#### 8.3.4. Bäuerlicher Fischfang

Über den Fischfang gibt es widersprüchliche Aussagen. Polesien blieb reich an Fischen, in den Seen handelte es sich jedoch zum größten Teil um weniger wertvolle kleine Fische wie Plötzen, Barsche und Alande. Größere Fische wie Hecht, Blei, Schleie und Karausche wurden bedeutend seltener gefangen.<sup>268</sup> Es gab ca. 40 verschiedene Fischarten<sup>269</sup>. Eine bedeutende Rolle spielte der Schlammpeitzker, der in großen Mengen gefangen wurde; gerade die Ärmsten mußten auf diese Nahrung zurückgreifen.<sup>270</sup> Sogar Krebse waren im Prypjac'-Becken zu Hause<sup>271</sup>, sie wurden das Schock für 1 Zl verkauft.<sup>272</sup>

Fischwirtschaften gab es sehr wenige, und diese ausschließlich in staatlichen Seen sowie auf größeren Privatgütern. "Ein künstliches Aussetzen von Fischbrut wurde wenig durchgeführt, und infolge der unsystematischen Wirtschaft wird die Zahl der Fische ständig vermindert"<sup>273</sup>. Die Wirtschaften waren mit wenig Kapital ausgestattet. Es waren 100-400 pud Fisch pro ha zu "ernten".<sup>274</sup> Ob für manche Einzelfamilien das Fischen die Hauptbeschäftigung wurde, ist schwer zu sagen. Boyd<sup>275</sup> behauptet dies, hat aber den Blickwinkel der Städterin und zudem Ausländerin. Einer anderen Quelle zufolge "betrachtet nur ein kleiner Teil von ihnen den Fischfang als Hauptbeschäftigung"<sup>276</sup>.

Seit 1926 gab es eine Fischabteilung in der Landwirtschaftsfachschule in Duboi (Pinsk), die auch eigene Fischteiche unterhielt.

Doch hauptsächlich kam es weiterhin auf Fähigkeiten an, die nicht in einer Fachschule erlernt werden konnten. Es galt, durch die oft schier undurchdring-

<sup>264</sup>Alles Bienkiewicz 1927:45 <sup>265</sup>Bienkiewicz 1927:46 <sup>266</sup>Wochanka 1938:203

<sup>267</sup>Bienkiewicz 1927:46 <sup>268</sup>Niezbrzycki 1930:323; vgl. Wantowski in Brodacki

1936:34 <sup>269</sup>Wantowski 1936:34 <sup>270</sup>Wantowski 1936:34 <sup>271</sup>Bienkiewicz 1927:46

<sup>272</sup>Hepke 1934:15 <sup>273</sup>alles Niezbrzycki 1930:323 <sup>274</sup>Bienkiewicz 1927:46

<sup>275</sup>Boyd 1936:382 <sup>276</sup>Niezbrzycki 1930:324

liche Sumpfvvegetation mit den flachbödigen Booten zu staken und ohne Kompaß oder Bojen zu navigieren<sup>277</sup>. "Die Poleschuken sind in ihrer Mehrzahl mit dem Wasser so verbunden wie die Fische selbst, und deshalb sind sie geborene Fischer".<sup>278</sup>

In der Literatur wird immer wieder betont, daß die Polesier verschiedene Netze zum Fischen besaßen<sup>279</sup>. "Die polesischen Fischer gebrauchen für ihre Industrie eine riesige Menge von Geräten, die verschiedene Namen tragen, "oft einen ausschließlich in einer bestimmten Gegend. Manche Netze waren 1,20 m bis 1,60 m lang und kegelförmig - zum Ende hin verjüngte sich das Netz, in dem die Fische gefangen wurden. Andere waren rechteckig, mit Innenfallen<sup>280</sup>. In den späten 30er Jahren wurden in Davidharadok auch baumwollene ausländische Netze meist deutscher Herkunft gehandelt, die die einheimischen leinenen zu verdrängen drohten<sup>281</sup>.

Die besten Fänge, nämlich bis zu 600 kg aufs Mal, konnten im Dezember bis Februar erzielt werden,<sup>282</sup> also in einer Zeit, in der im Landbau nichts zu tun war.

Ein Großteil der Fischerei wurde in überfamiliärer Gemeinschaftsarbeit durchgeführt. In Sommernächten fuhr man zu dritt zum Fischen hinaus<sup>283</sup>. Aber es gab auch kompliziertere Arbeitsgemeinschaften: "Berühmt sind die Fischer-Artele, die auf der Prypjac', dem Horyn usw. operieren, sie sind vollkommen mit dem Gegenstand vertraut und von großer innerer Disziplin"<sup>284</sup>.

Im Sommer wurden häufig "Räuchereien" gebaut; "manchmal stoppeln sich die Fischer, die sich eine längere Zeit lang außer Haus aufhalten, provisorische Hütten auf bewohnten Flößen zusammen".<sup>285</sup> "Um die Fische im Frühjahr in den fließenden Gewässern (auf)zuhalten, werden sogenannte "Fischwehre aus Stäben gebaut".

Rund 1.700 t/Jahr wurden in der Wojewodschaft gefangen<sup>286</sup>. Um so mehr wurde aber bedauert, daß der Fischfang keine moderneren Formen annahm.

Staatliche wie private Seen wurden meist an "jüdische Unternehmer und örtliche Bauern" vermietet.

Bei dieser sogenannten Pacht handelte es sich aber in Wirklichkeit um eine Art Vorkaufsrecht der "Pächter": sie fischten nicht selbst, organisierten auch nicht den Fischfang, sondern besaßen durch die Pachtzahlung das Recht, als einzige

277Boyd 1936:382f    278Bienkiewicz 1927:46    279Bild bei Ossendowski 60  
280Boyd 1936:382    281Wantowski 1936:36    282Niezbrzycki 1930:324  
283Ossendowski 79f    284Bienkiewicz 1927:46    285Niezbrzycki 1930:324  
286Wantowski 1936:34

die von der verpachtenden Bauerngemeinde gefangenen Fische zu kaufen. Der Handel hatte also auch im Bereich Fischfang noch nicht von der Produktionssphäre Besitz ergriffen. Es hatte sich aber ein Verlagssystem herausgebildet: die Bauern bekamen Fischereiwerkzeuge von den Händlern als Kredit und mußten diesen in Fischen abzahlen.<sup>287</sup>

Boyd steht mit ihrer Behauptung alleine, daß die gefangenen Fische frisch und vor Ort verzehrt und weder getrocknet, noch gesalzen, nicht einmal mit Birkenholz geräuchert wurden<sup>288</sup>. "Die gefangenen Fische werden meist beim Abtransport getrocknet, wobei die Ausfuhr bedeutend durch die Transportbedingungen, das Fehlen geeigneter Waggons, Kühlhäuser usw. behindert wird".<sup>289</sup>

"Der Fischhandel konzentriert sich in Westpolesien auf zwei wichtige Handelszentren, Pinsk und Davidharadok, und befindet sich vor allem in jüdischen Händen". Dies wurmte die polnischen Beschreiber, die vorrechneten, daß "im allgemeinen der Fischer für ein kg Fisch nicht mehr als 30 groszy, ausnahmsweise höchstens 60 groszy erhält, während der Konsument das vier- oder fünffache bezahlt".<sup>290</sup>

Auch die Städter verstanden sich auf Fischfang, Netz- und Bootsbau<sup>291</sup>. Aber "den Fischfang betreiben vor allem alle Einwohner der an den Flüssen und Seen gelegenen Dörfer".<sup>292</sup>

#### 8.3.5. Andere bäuerliche Gewerbe

Über die Bienenzucht brachte die Zeitschrift Polesie fast regelmäßig Artikel. Die Bienenzucht wurde in Westpolesien "kein getrennter Wirtschaftszweig"<sup>293</sup>. Nahezu alle Dörfer und Einzelhöfe [futor] hielten sich Bienenstöcke. Am seltensten waren Bienenstöcke in Kosawa, am häufigsten in Sarny und Luninec verbreitet. Durchschnittlich gab es 1 Stock/km<sup>2</sup>, also rund 40.000 Stöcke, die meist auf Kiefernstämmen gehalten wurden. Ein Bienenstock gab jährlich 3 - 5 kg Honig, im Einzelfall konnten es, falls sich Obstgärten oder honigtragende Pflanzen in Waldnähe befanden, bis zu 12 kg sein.<sup>294</sup> Die Poleschuken sollen die Stöcke mit Liebe, aber sehr urtümlich gepflegt haben.

In der Wojewodschaft gab es 1.275.814 ha (etwa 1/3 der Gesamtfläche) Wald<sup>295</sup>. Die Waldbestände waren zu 23,3% staatlich, zu 71,6% privat. Die Waldflächen hatten sich zwar trotz Kolonisierung und Siedlerei nicht verringert, aber der

287Tomaszewski 1963:106f 288Boyd 1936:383 289Niezbrzycki 1930:324  
290Niezbrzycki 1930:324; Wantowski 1936:35 291Wantowski 1936:34  
292Niezbrzycki 1930:324 293Niezbrzycki 1930:323 294Niezbrzycki 1930:323  
295Niezbrzycki 1930:324

Holzbestand unterlag bedeutenden Änderungen nach unten.<sup>296</sup> "Ein ernsthafter Zweig der Dorfwirtschaft" blieb nicht zuletzt dank der natürlichen Umgebung das Sammeln von Wildfrüchten<sup>298</sup>. Es fanden sich verschiedene Graspflanzen (hauptsächlich Sauerampfer, Brennesseln, Kalmus und Hopfen) und Beeren. Außerdem wurden Eichenblätter und von wilden Früchten Birnen, Äpfel und Nüsse sowie Eicheln gesammelt.<sup>299</sup>

"Echtes" Sammeln begann aber erst in der Pilzzeit; hieran "nehmen alle Bewohner des Dorfes ohne Ausnahme teil."<sup>300</sup> Außer den eßbaren Pilzen wurden auch einige giftige zu Heilzwecken gesammelt<sup>301</sup>. Getrocknete Pilze wurden von philanthropischen Organisationen bis nach Amerika exportiert<sup>302</sup>. Die Wildfrüchte blieben eine ernstzunehmende Nahrungsmittelquelle. "Im Lauf der Zeit erhielt das Sammeln den Charakter einer Art Volksfeierlichkeit"; es bildeten sich gewisse Rituale heraus, und es entstand sogar "eine gewisse Art Gewohnheitsrecht am Sammeln von Wildfrüchten".<sup>303</sup>

Bäuerliche Jagd lohnte sich durchaus noch. Noch in der Zwischenkriegszeit soll es neben Füchsen, Wildschweinen und Rehen auch Wölfe gegeben haben<sup>304</sup>, sogar Bären sind noch gesehen worden. Die Biber hinterließen überall die Spuren ihres Werks. Geradezu ein Markenzeichen von Polesien stellten die "Milliarden von" Wildenten dar.<sup>305</sup>

Auch ein Hobbyjäger von auswärts konnte auf seine Kosten kommen, er mußte allerdings ein wirkliches Risiko eingehen und auf Komfort verzichten<sup>306</sup>; dafür wurden ihm "viel mehr Emotionen als in Afrika" versprochen, "wohin unsere wohlhabenden Jäger fahren"<sup>307</sup>. Über die Jagd in Polesien konnten Legenden erzählt werden<sup>308</sup>. Die Jagd hatte aber kein große Bedeutung "für die breiten Massen", sie war für die Bauernschaft keine Hauptbeschäftigung.

Jedoch betrachteten die Bauern und Stetlbewohner [mieszczanie] die Jagd als Nebenbeschäftigung. "Die Wilddieberei wurde in Polesien stets allgemein betrieben, und nach dem Krieg nahm sie in einigen Gegenden geradezu erschreckende Ausmaße an".<sup>309</sup>

"Die Wilddieberei, das Fehlen eines organisierten Schutzes für die Wildtiere, eine

<sup>296</sup>Niezbrzycki 1930:325; die Kiefer bildete mit 60%, die Eiche mit 3% und andere Laubbäume (Birke, Erle) mit 37% den Bestand, Rottannen gab es hier nicht. Neben der Eiche gab die Erle das wertvollste, festeste und schwerste Holz, es wurde "polnisches Mahagony" genannt. [ebd.] <sup>298</sup>Niezbrzycki 1930:317 <sup>299</sup>ebd.:317 <sup>300</sup>Niezbrzycki 1930:317; vgl. auch Ossendowski 125 <sup>301</sup>Niezbrzycki 1930:317 <sup>302</sup>Bienkiewicz 1927:47 <sup>303</sup>Niezbrzycki 1930:320 <sup>304</sup>Niezbrzycki 1930:322; <sup>305</sup>Bienkiewicz 1927:47 <sup>306</sup>ebd. 47 <sup>307</sup>ebd. 48 <sup>308</sup>Mondalski 1927:215 <sup>309</sup>Niezbrzycki 1930:322

chaotische ungeplante Forstwirtschaft - das alles zusammen bewirkt, daß der Wildtierbestand [...] sich von Jahr zu Jahr verringert"; einige Arten würden schon in naher Zukunft ausgerottet sein.<sup>310</sup> Das Ökosystem geriet also nicht nur durch Einwirkungen "von außen" ins Wanken; allein die steigende Bevölkerungszahl sorgte schon für ein Ungleichgewicht.

Im Wald gab es fast nichts, was nicht verwertet werden konnte. Selbst Schilf konnte in Geld umgesetzt werden, wenn auch 60 Bund nur 7 Zl einbrachten<sup>311</sup>. Dazu mußte erst einmal das Schilf geschnitten, im Winter aussortiert, zurechtgeschnitten, gebündelt und zur Stadt gebracht werden. All diese Tätigkeiten waren aber nicht kommerzialisierbar, sei es mangels Nachfrage, sei es aufgrund von Verboten.

Nicht so das Holzgewerbe. "Das Holzgewerbe ist nach der Landwirtschaft die Hauptbeschäftigung der einheimischen Bevölkerung, wenn auch hier die Wälder hauptsächlich teils staatlich, teils - auf dem westpolesischen Gebiet - in Großgrundbesitz befindlich sind."<sup>312</sup> Hier wird wieder angedeutet, daß es die Poleschuken mit dem Eigentum nicht so genau nahmen.

Im Krieg wurde der Baumbestand "abgebrannt und abgeholzt".<sup>313</sup> Die Deutschen hatten viel Holz weggeführt oder als Bauholz verwandt<sup>314</sup>. Wie bedeutend der Verlust in der Okkupationszeit war, ließ sich aber nicht genau ermitteln.

Die Waldwirtschaft stand auf "einem sehr niedrigen Niveau"<sup>315</sup>. Rechtmäßiges und fachgemäßes Abholzen geschehe angesichts der sehr schwierigen Anfahrt (weit abgelegen von Siedlung, defekte Kanäle und Flüsse) nur in einigen Teilgebieten Westpolesiens, "aber die große Nachfrage nach Holz ruft Mißbrauch hervor".<sup>316</sup> Ohne forstwirtschaftliche Gesichtspunkte zu beachten, wurde einfach das dem Dorf oder der Ladestation am nächsten gelegene Holz gelegt. Mangels eines Gesetzeswerks zur Walderhaltung wurden besonders die bäuerlichen und gemeindlichen Wälder schonungslos geplündert.<sup>317</sup>

Machtlos und mit wenigen Arbeitskräften und Geldern ausgestattet, hatte die Staatliche Waldaufsicht [Panstwowa Ochrona Lasów] keine Möglichkeiten, dagegen vorzugehen.<sup>318</sup> Hier zeigt sich wieder das typisch vormoderne Dilemma staatlicher Aufsicht: Die Bewachungskosten lagen höher als der Betrag des Schadens, den sie begrenzen sollten.

Im besten Zustand waren noch die staatlichen Wäldereien<sup>319</sup>, deren Verwaltung

310Niezbrzycki 1930:322f 311Hepke 1934:15 312Niezbrzycki 1930:302  
313Niezbrzycki 1930:326 314Bienkiewicz 1927:46 315Niezbrzycki 1930:326  
316ebd. 317Niezbrzycki 1930:326 318Bienkiewicz 1927:46 319ebd. 1927:46

nicht effektiv war. Es wurde gefordert, daß wenigstens das Waldamt von Brest nach Pinsk verlegt werden sollte, um näher am Geschehen arbeiten zu können. Daraus wurde jedoch nichts.<sup>320</sup>

Wer aber baute denn das Holz ab? Die Waldwirtschaft war der eigentliche Punkt, an dem die Modernisierung ländlicher Wirtschaft begann; und hier gab es folgerichtig auch Konflikte, die mit den Auseinandersetzungen um die Servitute zusammenhingen. Die Gutsbesitzer brauchten Bargeld<sup>321</sup> und plünderten die Wälder wie die Bauernschaft nicht nur ohne jegliche Berücksichtigung forstwirtschaftlicher Grundsätze, sondern betrieben dies auch im Gegensatz zu den Bauern in betriebswirtschaftlicher Rationalität - sie plünderten systematisch. Die meisten Betriebe, die in Westpolesien existierten, waren holzverarbeitende, sie unterhielten 2646 offiziell Beschäftigte<sup>322</sup>. Die Ausbeutung staatlicher und großer privater Wälder erfolgte vor allem durch nationale und internationale Aktiengesellschaften, und nur zu 20% durch die Staatsverwaltung (hier besonders für Militär- und Eisenbahnzwecke).

Denn mit dem Holzverkauf ließen sich nach wie vor "ziemlich beträchtliche Einkünfte" erzielen. Die Bauernschaft wurde durch diesen Abbau im Großmaßstab vom Verbraucher abgeschnitten; aber weiterhin wurde das Holz als Floß dem Händler näher herangeführt. Und immer noch standen Leute auf dem Markt herum, die einige Bretter loswerden wollten.

Der Holzhandel hatte jedoch sein Hauptabsatzgebiet, die holzarme Ukraine, verloren. Zudem scheiterte der Transport hier in ganz besonderem Maße an den fehlenden und schlechten Wegen.<sup>323</sup> Hinzu kamen zunächst (1924 und 1925) hohe Eisenbahntransportkosten.<sup>324</sup> Daher wurde auch in der Zwischenkriegszeit noch soviel Holz wie möglich direkt an Ort und Stelle verarbeitet. Womit wir beim nächsten Kapitel wären.

Wir stellten eben fest, daß die landwirtschaftliche Produktion im engeren Sinne im wesentlichen keiner Modernisierung unterlag, die Bauernschaft "innerberuflich" nicht aufsteigen konnte. Aber drängte sie vielleicht - durch Spezialisierung auf ihre angestammten Nebengewerbe - ins Handwerk?

Es gibt einen Anhaltspunkt dafür, daß einige Familien von der Hausindustrie zum Gewerbe übergingen. So beschwerte sich die Verwaltung, daß "fast keiner der Handwerker sich hat registrieren lassen"; nun würden Strafen

320Polesie 14.2.37, H.6, S.7 321Bienkiewicz 1927:46 322Rzepecki 1937:23-40  
323Bienkiewicz 1927:46; Niezbrzycki 1930:326 324Bienkiewicz 1927:47



verhängt<sup>325</sup>. Ob es zu diesen Strafen kam, bleibt unklar; jedenfalls wird auch 1937 noch über "die Plage des illegalen Handwerks" geklagt<sup>326</sup>. Die Statistik der "industriellen" [przemysł] Betriebe weist eine äußerst geringe Beschäftigtenzahl auf<sup>327</sup>. Mit anderen Worten: selbst wenn einige Teile der bäuerlichen Bevölkerung begonnen haben sollten, ihre Hauptbeschäftigung von landwirtschaftlicher Tätigkeit auf die Verarbeitung von Stoffen zu verlagern, so übten sie diese Tätigkeit unterhalb der offiziellen Ebene aus, um der Besteuerung zu entgehen; an eine etwas kompliziertere Produktion war also nicht zu denken.<sup>328</sup>

Die Holzbearbeitung war der erste Produktionszweig, der schon aus der bäuerlichen Wirtschaft ausgegliedert und zu einem handwerklichen und industriellen Gewerbe geworden war. In Polesien gab es Anfang der 20er Jahre 50 Sägewerke mit einer Tagesproduktion von 2700 m<sup>3</sup>. Die Holzbearbeitung wurde aber von den Bauern nicht verlernt. Einerseits verstand es sich von selbst, daß jede Familie mit Holz umgehen können mußte, andererseits gab "es Dörfer, die sich traditionell damit befassen"<sup>329</sup>.

Das fing schon bei dem Hausbau an: in abseits gelegenen Gebieten, "wo die Waldarbeit angesichts des Überwiegens von Ödland und der Unzulänglichkeit der Landwirtschaft" oft die Grundexistenz ist, wurden Häuser nicht nur für den Eigenbedarf gebaut: "Die Behausungen wurden denkbar groß gebaut, um dann die Hälfte weiterverkaufen zu können" (Hier finden wir einen Anhaltspunkt dafür, daß zuweilen zwei Familien in einem Haus lebten<sup>330</sup>). Oder sie wurden an den Wegen gebaut, "um sie leicht überführen zu können".

Die Häuser waren also groß und wurden solide gebaut; Ausnahmen gab es in in sumpfigen und waldlosen Gegenden gelegenen Dörflein; nach dem Krieg waren viele Häuser nur provisorisch errichtet worden.<sup>331</sup>

Beim Hausbau nutzten die Poleschuken die natürliche Gestalt der Äste, Wurzeln und Stämme. Ähnliches gilt für den Wagenbau: Wagen wurden zuweilen noch ganz aus Holz, ohne Eisen gebaut.<sup>332</sup> Auch Schlitten, Boote und andere Transportmittel<sup>333</sup> wurden selbst gefertigt.

<sup>325</sup>Polesie 7.10.28,H.11,S.13    <sup>326</sup>Polesie 7.2.37,H.5,S."3" (eigentlich S.6)

<sup>327</sup>RZW 1937,S.23-40

<sup>328</sup>In den Städten und Stetln waren also weiterhin wenig Handwerks- und Industriebetriebe angesiedelt. Dies ist ja auch der Grund dafür, daß mehrere, besonders deutsche Autoren von Pseudostädten sprechen - für sie gehört zu einer echten Stadt das Handwerk dazu.; vgl. Bürgener 1939:63f

<sup>329</sup>Orynzyna 1937:78    <sup>330</sup>vgl. Obscestvennyj 1987:13    <sup>331</sup>Alles Niezbrzycki 1930:295    <sup>332</sup>Grodzicki 1936b:248    <sup>333</sup>Boyd 1936:381

Ein anderes holzverarbeitendes Dorfhandwerk, die Böttcherei, steckte dagegen in der Krise: Kohlfässer wurden zwar noch benötigt, die Brauereien hatten jedoch keinen Bedarf an Holzfässern.<sup>334</sup>

Es scheint, daß Holzindustrie und bäuerliches Holzgewerbe deshalb nebeneinander leben konnten, weil die Bauern sich selbst als Kunden hatten, die Unternehmen hingegen außerpölesische oder städtische Abnehmer.

Die Kleidung fertigten die Bauernhaushalte selbst. "Die Be- und Verarbeitung von Flachs findet fast ausschließlich (90%) in bäuerlichen Höfen statt". Es wurden die alten primitiven Geräte verwendet. Ein Leinenhemd wurde "soroczka" genannt, weil es 40 Arbeiten enthielt.<sup>335</sup>

Wolle wurde mit der Hand geschnitten und gewaschen. Da ein zweimaliges Waschen der Wolle selten durchgeführt wurde, wies die Wolle einen unangenehmen Geruch auf.<sup>336</sup>

Das Spinnen blieb Frauenarbeit; es wurde auf zum Teil sehr alten Spinnrädern durchgeführt. Da dies eine sehr anstrengende Arbeit ist, gaben jene Frauen, die es sich leisten konnten, das Material gerne in die Spinnerei. Mechanische Spinngeräte waren eine sehr teure Investition, es wurde grundsätzlich manuell gesponnen.<sup>337</sup>

Das Weben wurde zwar auch in Nebenbeschäftigung, aber nicht in allen Dörfern durchgeführt. Die Breite des Webeblatts betrug im Allgemeinen 65-80 cm. Als Werkstatt diente das Wohnhaus.

Das Weben konnte bei der Nachbarin beinahe für die Hälfte des Marktpreises besorgt werden. "Eine echte Weberin schafft 5 m am Tag"<sup>338</sup>. Diese schwere Arbeit wurde aber schlecht bezahlt. Mehr Verdienst war für dekorative Webereiarbeiten zu erhalten.<sup>339</sup>

So blieben Wolle und Leinen die Grundmaterialien, aus denen die Hosen der Männer und die Röcke und Schürzen der Frauen hergestellt wurden. Socken und Strümpfe blieben ungebräuchlich. Viele liefen barfuß herum, oder man verwandte die traditionellen Fußlappen, um die Bastschuhe mit Schnüren gezogen wurden.<sup>340</sup>

Auch das Schuhwerk wurde autark hergestellt: "Statt Schuhen benutzen sie vorwiegend Bastschuhe aus Rinde, die sich zum Begehen des Terrains besonders eignen, da sie kein Wasser einziehen und leicht trocknen"<sup>341</sup>. Wohlhabendere Männer trugen Lederstiefel, die z.B. auf dem Pisker Markt zu erwerben waren<sup>342</sup>. Die Bauernschaft scheint selbst keine Stiefel hergestellt zu haben.

<sup>334</sup>Orynzyna 1937:78; vgl. auch Bienkiewicz 1927:47 <sup>335</sup>Orynzyna 1937:71

<sup>336</sup>ebd. <sup>337</sup>Orynzyna 1937:72 <sup>338</sup>ebd. <sup>339</sup>Orynzyna 1937:73 <sup>340</sup>Boyd 1936:394 <sup>341</sup>Grodzicki 1936b:248 <sup>342</sup>Boyd 1936:394

Eines der verbreitetsten Gewerbe in Davidharadok war das Schuhmachergewerbe<sup>343</sup>.

Die Eigenproduktion von Kleidung war ein Ausdruck der mangelnden Einbindung in die Geldwirtschaft. Sie hielt sich aber auch deshalb aufrecht, weil die örtliche Bevölkerung ihre eigenen Bedürfnisse am besten kannte, und wußte, wie man sie befriedigen konnte.

Gewaschen wurde die Kleidung, wie es eben ging. Böswillige Beobachter reden davon, daß die Poleschuken ihre Kleidung nie wechselten und daher stanken.<sup>344</sup> Boyd beobachtete, wie Frauen die Kleidung in den kalten Gewässern wuschen<sup>345</sup> und sie mit einem Holzpaddel auf flache Steine schlugen<sup>346</sup>.

Die Polesische Gesellschaft für Dorfindustrie [Poleskie Towarzystwo Przemyslu Ludowego] bemühte sich darum, den Absatz von Stickereien zu fördern; einen Markt gab es dabei nur für Touristen. Die Überproduktion an dem wenig nachgefragten Stickwerk trieb die Preise in den Keller<sup>347</sup>, und dieser Umstand wirkte sich verschlechternd auf die Qualität aus.

Accessoires wurden selten verkauft; runde und ovale Strohhüte wurden für den eigenen Bedarf geflochten, ebenso Weidenkörbe aus Korbweide und Kiefernwurzeln<sup>348</sup>.

Etwas spezialisierter war das Töpfereigewerbe; die sich hiermit Beschäftigenden betrieben den Landbau meist nur als Zuerwerb vor allem in den Gebieten Horodno und Pruzany. Ganze Familien beschäftigten sich mit dem Drehen und dem Brennen des Tons<sup>349</sup>. Gewöhnlich wurde in einem normalen Brotofen gebrannt, aber immer häufiger waren Eisen- und Emailleöfen anzutreffen. Geschirr, Vasen, Urnen und dergleichen wurden zwar immer gebraucht, aber das Töpfereiwesen war ein sterbendes Gewerbe, der Absatz war unbefriedigend. Absetzbar wurden die Töpfereiprodukte immer mehr als Kunsthandwerks- und weniger als Gebrauchsgegenstände.<sup>350</sup>

\*

Die ersten Fabriken, so befürchtet Orynzyna,<sup>351</sup> würden das Dorfhandwerk zerstören. Zur Stützung handwerklicher Nebentätigkeiten der bäuerlichen Bevölkerung sollten Basare eingerichtet, Kollektionen gesammelt und Subventionen von der Regierung bereitgestellt werden<sup>352</sup>. Die Frage, wie das Dorfhandwerk erhalten werde könne, stellt sich für Orynzyna aber eher aus einem kulturellen,

343Wantowski 1936:32f 344Bürgener 1939:53 spricht von "halbjährigem Tragen"  
345vgl. Bild bei Ossendowski 127 346Boyd 1936:389  
347Orynzyna 1937:73 348ebd.:80 349Orynzyna 1937:77  
350ebd.:78 351Orynzyna 1937:81 352Orynzyna 1937:82f

fast touristischen als einem ökonomischen Blickwinkel. Die bäuerliche Arbeit im Bereich Hausindustrie steckte in allen Zweigen in einem typisch vormodernen Dilemma, welches für Deutschland anhand des Verlagswesens im 18. Jahrhundert aufgezeigt wurde: die Bauernfamilien haben genug Zeit, um sich dieser und jener Tätigkeit hinzugeben - besonders im Winter - und auf ein Zubrot zu hoffen. Da sich aber alle Bauernfamilien in derselben Situation befinden, wird das Warenangebot im Verhältnis zur Nachfrage groß und der Preis niedrig. Die Familien können dabei sogar einen dermaßen niedrigen "Arbeitslohn" veranschlagen, der, würden sie die Tätigkeit als einzige Beschäftigung durchführen, nicht einmal zum Überleben reichen würde. Nur deshalb, weil sie hauptsächlich von der Landwirtschaft leben und weil sie sonst - aus der Sicht der Ökonomen - "nichts zu tun" haben, lohnt diese Tätigkeit überhaupt.<sup>353</sup> Dieser Mechanismus verhinderte sowohl eine stärkere Industrialisierung als auch die Bereitschaft von Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Ersteres fällt auch Orynzyna auf; sie hält es aber für besser, die Industrialisierung zurückzustellen, damit die Bevölkerung aus Polen B überleben könne. So plädiert sie dafür, daß Krankenhäuser, Haftanstalten und die Schutzinstitutionen [ochrona] den Bedarf an Leinenbekleidung bei der Dorfindustrie befriedigen sollten.<sup>354</sup>

Die Wojewodschaft Polesien war die am meisten versumpfte Polens, wies somit die größten Torfvorkommen auf.<sup>355</sup>

Ähnlich wie in Ostpolesien wurde der Torf als Rohstoff und Energieträgerquelle erst entdeckt. Die Poleschuken konnten Torf weiterhin nur in begrenztem Maße einsetzen: "Zudem kannte die Bevölkerung selbst nicht die Wirtschaftlichkeit und Eigentümlichkeiten [wlasciwosci] der Torfböden, sie konnte sie nicht wirtschaftlich nutzen, interessierte sich nicht für die durchgeführten Arbeiten".<sup>356</sup>

Die "Eröffnung" eines neuen Produkt- und Produktionszweiges konnte nicht so schnell in Angriff genommen werden, da die wissenschaftlichen Vorarbeiten noch nicht durchgeführt worden waren: Die Torfnutzung konnte ja nur im Zusammenhang mit Flußregulierungen und Meliorationen projektiert werden.

Es wurde zwischen Niedrig-, Übergangs- und Hoch(=Sphagnum)-Mooren unterschieden, wovon letztere schlecht in der Landwirtschaft als Dünger einsetzbar, aber gut entzündbar sind.<sup>357</sup> Andere Forscher unterschieden fünf Torfgruppen.<sup>358</sup>

353vgl. Medick 1977, besonders S.104-108 354Orynzyna 1937:75 355Dabowska 1939:92 356Sobolewski 1935:212 357Dabowska 1939:87 358Sobolewski 1935:213f

Zur industriellen Ausbeutung der polesischen Torfvorkommen waren die Bedingungen jedoch ungünstig, da die Torfe schlechte Qualität und eine geringe Tiefe aufwiesen.<sup>359</sup> So ergab sich auch von dieser Seite her kein Einschnitt in die bäuerliche Produktions- und Lebensweise.

### 8.3.6. Transport und Handel als bäuerliche Arbeit

Die in der Zarenzeit nicht gewarteten und in Krieg und Bürgerkrieg z.T. zerstörten Kanäle wurden nicht richtig renoviert, z.T. existierten sie nur noch auf der Landkarte<sup>360</sup>. Der Oginski-Kanal, der dem "Großbesitz gehörte",<sup>361</sup> verschlammte in der Zwischenkriegszeit. Der Königskanal (Dnepr-Bug-Kanal) mußte dringend modernisiert werden, da auf ihm nur relativ kleine Frachtschiffe fahren konnten und dabei 19 Schleusen zwischen Prypjac' und Bug passieren mußten. Es gab viele Pläne:<sup>362</sup> u.a. sollte der Königskanal auf elf Schleusen reduziert werden, Querverbindungen zum Njeman und nach Wolhynien verbessert bzw. geschaffen werden. Es wurde aber nichts daraus.

Aus dem Bereich des Wassertransportes interessiert in Rahmen dieser Arbeit die Flößerei, die von den Bauern als Nebenerwerb betrieben wurde. Für diesen Wirtschaftszweig existierte bezüglich Westpolesien seit 1921 eine Statistik. Danach wurden 1923 und 1924 in der Wojewodschaft 120.000 t Holz geflößt. 1925 und 1926 lag die Flößerei mit 60.000 bis 80.000 t jährlich darnieder, weil in Deutschland der Holzmarkt eine Depression zu verzeichnen hatte.<sup>363</sup> 1928 war wiederum ein Rekordjahr mit 200.000 t geflößtem Holz. Die Depression 1930 bis 1932 (je 30.000t) wirkte sich scharf aus, 1935 wurde wieder die 200.000-t-Marke erreicht<sup>364</sup>. Ähnlich wie die Menge des geflößten Holzes entwickelten sich auch die Preise für dieses zur Ware gewordene Naturgut. Die Flößerei wurde nach wie vor als konjunkturabhängiges Gelegenheitsgewerbe betrieben, einen ständigen Ein-Mann-Betrieb (es flößten nur Männer) konnte man daraus nicht machen, da die Flößerei ja nur zu bestimmten Jahreszeiten möglich war (Überflutung, Vereisung). Die Grenze zu BSSR und USSR soll ein großer Hemmschuh für den Holzabsatz und damit für Holztransport und Holzproduktion gewesen sein. "Rußland, Rußland, murmeln die Holzhändler, das ist der Schlüssel". Die Städter wünschten sich eine Belebung des Absatzes. "Von den sieben Sägewerken, die Pinsk besitzt, arbeiten eins oder zwei"<sup>365</sup>. Das Transportgewerbe florierte nicht, und es gab somit keine Möglichkeit für die Bauern, aus einem Transport ihrer eigenen Produkte ins Transportgewerbe hinüberzuwachsen.

<sup>359</sup>Dabowska 1939:92 <sup>360</sup>Sobolewski 1935:212 <sup>361</sup>Sobolewski 1935: 215

<sup>362</sup>Ausbaupläne 1937:14-17 <sup>363</sup>Alles nach Tochtermann 1936:13 <sup>364</sup>ebd.

<sup>365</sup>alles Hepke 1934:19

Aber bis die Ware erst einmal auf einem größeren Schiff geladen werden konnte, mußte sie erstmal dort angekommen sein. Und dazu - wie auch zum "innerbetrieblichen Transport" - wurden die von alters her verwendeten kleinen Bötchen benutzt, auf denen Pferde<sup>366</sup>, Ochsen, Kühe, Pflüge, Heu, kurz alles transportiert wurde. Sogar die Polizei benutzte sie für ihre Patrouillen. Die Bauernschaft mußte selbst für den Transport von Gütern und Personen sorgen, sie baute auch selbst die Boote, Wagen und Schlitten. Auch zu Lande beschränkte sich die bäuerliche Transporttätigkeit auf Fahren in eigener Sache und auf Gelegenheitsaufträge. Die Wege waren nicht verbessert, neue Eisenbahnen nicht gebaut worden, so daß die bäuerliche Wirtschaft in diesem Bereich keinen Änderungen unterlag.

Bäuerlicher Handel setzt nicht nur entsprechende äußere Bedingungen, sondern auch die Möglichkeit und den Willen der Bauern zu handeln voraus. Einen Überschuß an Grundnahrungsmitteln und damit eine Möglichkeit zur Ausfuhr im größeren Maßstab gab es aber allenfalls bei größeren Landgütern<sup>367</sup>. Ein großes "Hindernis" für das Hineinwachsen der Bauernfamilien in die Geldwirtschaft wurde darin gesehen, daß sie ihre Produkte nicht selbst vermarkteten.

Es gibt allerdings unterschiedliche Angaben darüber, wo sich der orthodoxe Bauer und der zumeist jüdische Händler begegneten.

Einerseits gingen die Bauern selbst auf den Markt (Boyd beobachtete den Markt in Pinsk am 3.10.1934), und zwar oft von 30 km weit her, nur um z.B. Holz zu verkaufen und dafür etwas Petroleum zu erwerben. Anlässlich eines Jahrmarktes kamen die Bäuerinnen und Bauern nicht nur für einen Tag nach Pinsk, sondern übernachteten in ihren Booten<sup>368</sup>.

Andererseits fuhren die jüdischen Händler auf dem Land umher. "Der ganze Handel befindet sich in der Hand von Juden, sie kaufen das Vieh in den Dörfern und Gutshöfen vor Ort"; in den östlichen Kreisen habe sich "die Bevölkerung in einem Ausmaß an diese Form des Handels gewöhnt, daß sie nicht einmal die Jahrmärkte benutzt"<sup>369</sup>. Die jüdischen Händler zahlten einen willkürlichen Preis, da sie die Bedingungen kannten.

Wie beim Viehhandel wird auch in der Fischbranche den Juden vorgeworfen, sie würden einen geregelten Handel unmöglich machen, ganz so, als wäre ihr Handel gar kein Handel, ihr Produkteinkauf kein Produkteinkauf und als hätten nur

366Abb. b Boyd; auch mit Wagen bei Ossendowski 42/43 367Niezbrzycki 1930:313  
368Boyd 1936:391 369Bienkiewicz 1927:45

Polen und polnische Firmen Transportkosten. Zudem wurde erwähnt, daß die Transportkosten zu hoch seien und absurderweise die Waggonn leer aus Polesien abfahren.<sup>370</sup>

Auch das Einkaufen war für die polesische Landbevölkerung nicht einfach: "Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß es auf den Dörfern keine Läden gibt, in denen die Bauern Artikel des täglichen Bedarfs wie Zigaretten, Petroleum, Nadeln, Nieten usw. erwerben könnten"<sup>371</sup>. Als Grund wird angegeben, daß "die Gemeinderäte" "sie gedankenlos mit Steuern knebeln".<sup>372</sup>

### 8.3.7. Familienstruktur, Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung

Obrebski beobachtet eine "Rückbildung der Institutionen der gesellschaftlichen Selbsthilfe, solcher wie der gewohnheitsrechtlichen talaka, der gegenseitigen nachbarschaftlichen Hilfe, der Hilfe der Reichen für die Armen, der Selbsthilfe der Stammesgenossen". Als Ursache hierfür sieht er nicht nur eine Verdinglichung [orzeczowienie] "oder, genauer gesagt, eine Kommerzialisierung der innerdörflichen Beziehungen"; auch verursahe eine allgemeine Verarmung des Dorfes "eine Verunmöglichung der Anwendung traditioneller Bräuche der Hilfe".<sup>373</sup> Obrebski geht also davon aus, daß gegenseitige Hilfe ein Luxus ist, den sich jemand nur dann leistet, wenn er selbst versorgt ist, und nicht weil der Brauch es zwingend vorschreibt, eine für einen Ethnologen (besonders für einen Schüler B.Malinowskis) ungewöhnliche Sicht.

Die grundsätzlich herrschende Lebensform und Grundeinheit der Arbeitsorganisation in Westpolesien blieb weiterhin die Kleinfamilie. Dies war jetzt für die Forscher durch eigene Anschauung verifizierbar; Obrebski, der sich für die massenpsychologischen Seiten des Wandlungsprozesses im Leben der westpolesischen Bauernschaft interessierte, schloß daraus, daß die früher existierende Großfamilie "zerfallen" sei und baut auf dieser These einige weitere Thesen auf<sup>374</sup>.

Die Familien hatten zumeist ein eigenes Haus. Diese These ergibt sich - genauso wie für Ostpolesien - daraus, daß nach der Zählung von 1921 auf die 730.638 nichtstädtischen Einwohner 126.251 Wohngebäude entfielen, durchschnittlich 5,6 Personen je Wohngebäude<sup>375</sup>. Auf Kreisebene schwanken die durchschnittlichen Zahlen der Hausbewohner zwischen 5,2 (Pruzany) und 6,7(Brest).

<sup>370</sup>Bienkiewicz 1927:46 <sup>371</sup>Polesie 26.8.28,Heft 4, S.8 <sup>372</sup>ebd.

<sup>373</sup>Alles Obrebski 1936a:419 <sup>374</sup>Obrebski 1936a:418; überhaupt hat sich ja erst in letzter Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Rede von der bäuerlichen Großfamilie eher eine Legende war

<sup>375</sup>absolute Angaben nach Skorowidz X; vgl. Tabelle #84 im Anhang

Aus der Familiengröße oder, was ja nicht immer dasselbe ist, aus der Anzahl der Hausbewohner darf jedoch nicht schematisch auf die Organisation der bäuerlichen Wirtschaft geschlossen werden. Die Familie blieb zwar die Einheit, in der besprochen wurde, wie die Arbeit zu organisieren sei. Die Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit im Dorf bedurfte aber nicht des Zusammenwohnens in einem Haus, da ja alle Dorfbewohner ständig erreichbar und Absprachen über die Organisation der Arbeit möglich waren.

Wenn Zeitgenossen der 20er und 30er Jahre ihre Gegenwart beschrieben, so suchten sie die Ursachen für die Arbeitseinstellung der Poleschuken nicht in aktuellen Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern unhistorisch in der Tradition bäuerlicher Lebenskunst. Geradezu unheimlich wirkt hierbei der deterministische Biologismus der Schädelformvermesser<sup>376</sup>, aber auch der einfache Hinweis auf die "spezifischen Terrainbedingungen" bleibt unbegründet: die "schwere, ertragsarme Arbeit" führe zu "Melancholie" und "Konservatismus"; "Ausdauer und Widerstandskraft kollidieren hier ziemlich merkwürdig mit einer geradezu unbegrenzten Faulheit und Trägheit"<sup>377</sup>. Aber daß harte Arbeit den Wunsch nach Faulheit hervorruft, ist nichts spezifisch polesisches.

Die steigende Bevölkerungsziffer war es vielmehr, die - unter Aufrechterhaltung vormoderner Schranken der Mobilität - das Verharren in einer extensiven Wirtschaftsweise erzwang; von einem modernen Blickwinkel wurde das Prinzip Subsistenzwirtschaft nun aber als Faulheit ausgelegt, weil eine Marktproduktion als gesellschaftlich nützlich angesehen wurde.

376Mydlarski 1939

377alles Niezbrzycki 1930:294

---

## 9. VERGLEICH UND SCHLUSS

Eine stark sinkende Sterberate hatte seit der Zarenzeit in den Gesellschaften Ost- wie Westpolesiens eine Bevölkerungsexplosion hervorgerufen, die in der Zwischenkriegszeit anhielt und nun zu einer sowohl extensiveren als auch intensiveren Wirtschaftsweise zwang. Denn obwohl die Region weiterhin dünn besiedelt war, gab es wegen des geringen Anteils der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche Landhunger bzw. - in Begriffen der Verwaltung



monarchistischer, kapitalistischer oder sozialistischer Staaten gesprochen - ländliche Überbevölkerung.

Ost- und Westpolesien gehörten - seit 1920 vertraglich abgesichert - zwei unterschiedlichen Staaten an, in denen unterschiedliche Agrarverfassungssysteme herrschten. Während in der BSSR das komplizierte späzaristische Bodenrecht durch die Revolution mit einem Schlag beseitigt worden war und die Bauern (nach staatswirtschaftlichen Experimenten in den Jahren 1919 und 1920) zusätzliche Weide- und Ackerböden zur ständigen Nutzung erhalten hatten, blieben in Polen alte Rechte geltend; die Nutzung der Wald- und Weideservitute blieb dort ein langjähriger Streitpunkt zwischen Bauern und Großgrundbesitz, die Durchführung einer Landaufteilung in geringem Ausmaß und gegen Entschädigung blieb vom guten Willen der polnisch-katholischen Großgrundbesitzer abhängig.

Während in Ostpolesien die Kapitalisierung des Bodens gesetzlich verboten war und die Bauernfamilien nur in der Verwaltung und in anderen Bauernfamilien einen Gegner sahen, konnte in Westpolesien die Bauernschaft froh sein, daß ihr Boden für Ortsfremde uninteressant blieb.

Allerdings konnte in der BSSR allein die Landaufteilung, die dort pro Hof durchschnittlich 1,3 ha einbrachte, den Landhunger nicht befriedigen; vielmehr ergriffen die Behörden unter dem Volkskommissar für Landwirtschaft, Zmitrok Pryscepaß, Maßnahmen zur Aussiedlung in entfernte Gebiete und vor allem zur Umsiedlung innerhalb der heimischen Gegenden, es wurden neue Kleinsiedlungen - auch für ehemals nichtbäuerliche Juden - geschaffen. So konnte nicht nur altes grundherrliches und neues Land eingerichtet werden, es konnten auch die in Polesien langen "innerbetrieblichen" Transportwege verkleinert werden. Diese Gesundung der Siedlungsstruktur wurde gegen Ende der 30er Jahre wieder um der besseren Kontrollierbarkeit der Höfe willen zurückgenommen: mit Gewalt wurden Einzelhöfe in Dörfer verpflanzt.

In Westpolesien hingegen wurde die ungesunde Siedlungsstruktur nicht nur konserviert, es wurden auch militärisch verdiente Kräfte als Neusiedler in die Wojewodschaft Polesien geschickt und mit reichlich Land ausgestattet; dieses osadnictwo stellte aber keinen wirtschaftlichen Faktor dar, die Angelegenheit war

eher ein Politikum. Durch eine hohe Zahl von Familien, die im 1. Weltkrieg ins Innere des Russischen Reiches geschickt worden waren und nun nach Westpolesien heimkehrten, wurde die alte Bevölkerungsdichte von 1897 im Jahre 1931 wieder erreicht; der Landhunger wurde durch die Heimkehrer verstärkt.

\*

So sind denn in beiden Teilen Polesiens die Maßnahmen der Regierungen und Verwaltungen im Bereich der Steuer- und Kreditpolitik, der agronomischen Beratung und der Sumpfmelioration allesamt als Absicht deutbar, den Landhunger zu stillen. In der BSSR sollten die bäuerlichen Einzelhöfe durch eine niedrige landwirtschaftliche Direktsteuer, einen hohen Anteil der staatlichen Ausgaben für Landwirtschaft und eine Versorgung mit Krediten auf dem Wege der Errichtung eines flächendeckenden Netzes von Kreditgenossenschaften in die Geldwirtschaft hineinwachsen. Jedoch gelang dies ebensowenig wie in Polen, da die Bauern hier wie dort kein Interesse an einer Erhöhung der Warenrate hatten - in Ostpolesien freuten sie sich über niedrige Steuern, Kredite nahmen sie aber nur auf, um Schulden zu bezahlen oder Konsumgüter zu erwerben.

In Westpolesien gerieten die Bauern, da sie keine Kredite bekamen oder aufnehmen wollten, in Steuerschuld und wurden vom Staat zur Abarbeitung der Steuern gezwungen.

In Ostpolesien ging die Staatsverwaltung zuerst zu einer Zwangsabgabe ("Kontrahierung"), dann zu einer grundsätzlichen und ideologisch begründeten Befehlswirtschaft über, um die Austauschverbindungen zwischen Dorf und Staat in ihrem Sinne zu gestalten: mit der Zwangskollektivierung ab 1929 wurde der Hang der Familienwirtschaften zur Subsistenzproduktion, den ausgerechnet lediglich die zum Feind erklärte mittelbäuerliche sogenannte Kulakenschicht überwunden hatte, durch wirtschaftliche, finanzielle und paramilitärische Gewalt aufgebrochen und durch staatlich bewertete Lohnarbeit ersetzt - ein Prozeß, der im sumpfigen Polesien erst 1939 abgeschlossen war.

Eine Einbindung der Bauernwirtschaften in die Geldwirtschaft und einen Anreiz zur stärkeren Marktproduktion hätten die staatlichen Verwaltungen nur durch eine Förderung des Absatzes der Produkte der bäuerlichen Wirtschaft, also durch einen Aufkauf dieser Produkte zu überhöhten Preisen oder durch andere Arten der Subventionierung bewirken können. In den 20er Jahren war dies in der BSSR Ziel der Landwirtschaftspolitik. Aber sowohl Polen als auch die BSSR hätten sich solch eine Politik aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Zudem wurden in der BSSR spätestens seit 1929 im Gegenteil niedrige Preise für landwirtschaftliche Güter als der Arbeiter- und Bauernmacht dienlich angesehen, eine Idee, auf die auch arme Bauern nicht kamen. Den Bauernfamilien war es

egal, ob ein "Hungerpreis" für ihre Waren von den Gesetzen des Marktes oder der Willkür der Staatsverwaltung (des sogenannten Planes) diktiert wurde.

Die Bauernfamilien waren sozial immobil geblieben: im Westen aufgrund ihrer weiterhin fast autarken Produktion, im Osten ab 1930 auch noch wegen eines von oben verordneten Verbots zur freien Bewegung für Kolchosangehörige. Der Urbanisierungsgrad, der in der gesamten BSSR 1939 25% (in Ostpolesien also weniger) und in der Wojewodschaft Polesie 18% (1931) betragen hatte, blieb gering und konnte den Landhunger nicht verringern. Beide Teile Polesiens hatten mit dem Erbe des Russischen Reiches zu kämpfen, in dem die geographische und berufliche Mobilität der die Stetl [mjastecki] bewohnenden Juden stark eingeschränkt war, wodurch nun in der Zwischenkriegszeit die soziale Mobilität der Bauernschaft in Richtung Handel und Handwerk verhindert wurde. In beiden Teilen Polesiens wurde aber auch das Wasserstraßen-, Eisenbahn- und Wegenetz kaum gewartet oder gar verbessert, es wies einen kümmerlichen Zustand auf, auch ein Kanalisations- und Elektrizitätsnetz wurde nicht geschaffen.

Auch mit technischen und agronomischen Mitteln wurde das Landproblem weder in Ost- noch in Westpolesien gelöst. Es wurden zwar hier wie dort Anstrengungen unternommen, nach dänischem und niederländischem Vorbild die Anbau- und Weideflächen durch Flußregulierungen und Sumpftrockenlegungen zu erhöhen und die Boden- und Viehnutzung durch institutionell gestützte Maßnahmen zu intensivieren, doch blieben ebenso in beiden Teilen diese modernen Ziele staatlicher Planung nicht nur mangels Personal, Geld und knowhow dürftig und unbefriedigend, sondern auch aufgrund der Einstellung der Bauernfamilien. In der Wojewodschaft Polesie stieß die agronomische Beratung auch aufgrund nationaler Gegensätze und einer Nichtberücksichtigung örtlicher Besonderheiten auf Hindernisse; in beiden Regionen konnte die agronomische Organisation keinen Fuß fassen. In der Sowjetunion wurden in den 30er Jahren vollkommen absurde Maßnahmen wie das Schweinedekret, die Zerstörung von Handmühlen und die Versendung von Traktoren in Sumpfgebiete ergriffen.

In Westpolesien wurde allmählich die Weiterverarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte in Kühl- und Schlachthäusern sowie die Verbesserung der veterinären Aufsicht organisiert, doch die Klagen, daß dies allein die Struktur und Organisation der bäuerlichen Wirtschaft nicht aufbrechen könne, blieben unüberhörbar.

1vgl. die Klagen in Militärgeographische Angaben 1941:54,56,59

\*

Schon im Bürgerkrieg hatte die ortsansässige Bevölkerung einen negativen Eindruck von den offiziellen und selbsternannten Vertretern des polnischen wie auch des sowjetischen Staates bekommen. Hatte sich dieses negative Verhältnis stabilisiert, so verfolgten die Bauernfamilien die alte Strategie, sich von den Staatsverwaltungen möglichst wenig in die Karten schauen zu lassen, eine Strategie, die im polesischen Natur- und Infrastrukturräum erfolgversprechend war. Dasjenige, was den modernen und zivilisierten Außenstehenden als "urgesellschaftliche Elemente enthaltend" und "steinzeitlich" erschien, läßt sich als folgerichtiges Handeln deuten.

Die Poleschiken wollten nicht preisgeben, wieviel Land und was für Land sie besaßen, und verhielten sich daher negativ gegenüber Landvermessern und anderen Landeinrichtern - egal, ob sie aufgrund der Vermessungsergebnisse befürchteten, gemäß einer in Minsk oder Moskau ausgebrüteten Norm als Kulaken abgestempelt zu werden (Ostpolesien), oder ob sie befürchteten, der Boden würde durch seine Vermessung zu Kapital (Westpolesien).

Sie wollten keine regelrechte Fruchtfolge einführen, damit die Behörden keine regelmäßigen Steuerpflichten berechnen konnten.

Sie wollten nicht preisgeben, wieviel Vieh sie besaßen und versuchten, es zu verstecken - egal, ob sie der Besteuerung oder der Beschlagnahmung (beides kam in beiden Gebieten vor) entgehen wollten.

Sie zögerten, die Kinder zur Schule zu schicken, Kredite aufzunehmen, in echte und falsche Genossenschaften einzutreten, um der Staatsverwaltung keine Möglichkeit zur Beeinflussung ihrer Sphäre zu gewähren.

Sie wollten - unter den jeweiligen äußeren Bedingungen - selbst entscheiden, wann, wo und wie sich der Gütertausch vollziehen sollte; und falls ihnen diese Bedingungen nicht zusagten, tauschten sie ihre Produkte eben in geringerem Maße aus. Daher bauten sie möglichst solche Produkte an, die sie auch selbst gebrauchen konnten.

Kurz, sie verfolgten jene für sie typischen Strategien, die Spittler unter dem Stichwort Passivität beschreibt, und an der sich die Verwaltungen die Zähne ausbissen.

Als letzte Möglichkeit sahen die Bauern an, mit der Geste der Verzweiflung gegenüber den Staatsgewalten militant vorzugehen. In beiden Teilen verwandten sie dabei traditionelle Methoden wie Mord und Brandstiftung, riskierten sie den Konflikt mit der Exekutive. Solche Aktionen waren jedoch nie von dauerhaftem Erfolg.

\*

Nachdem reformerische Kräfte, die in beiden Republiken von Anfang an einen schweren Stand hatten (dies war in Westweißrußland auch eine Nationalitätenfrage), in Polen ab 1926, als Pilsudski sich mit Radziwill kurzschloß, und in der BSSR ab 1929, als die sogenannten Nationaldemokraten inkriminiert wurden, keinen Platz mehr zur Verwirklichung ihrer Ideen hatten, reagierte die jeweilige öffentliche Hand auf diese alte bäuerliche Strategie mit alten Methoden.

Als eine Aufweichung der fast autarken Wirtschaftsweise und eine Modernisierung nicht gelungen war, wurden in West- wie in Ostpolesien wie zu Zarens Zeiten kleine Strafen verhängt oder größere Pazifizierungsaktionen durchgeführt. Während aber in Polen und in den 20er Jahren auch in der BSSR solche schubweisen und letztlich von Hilflosigkeit zeugenden Maßnahmen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes betrieben wurden, verselbständigte sich die stalinistische Maschinerie, die anfangs in dem nachvollziehbaren - aber nicht zu billigenden - Auftrag in Gang gesetzt worden war, mit der Gewalt des Stärkeren die Kontrolle der Staatsverwaltung über die geschlossene Familien- und Dorfwirtschaft zu erringen, in Kürze zu einer irrational erscheinenden Terrorherrschaft. Nicht die Tatsache, daß die Exekutive den Bauern gegenüber spontane und unberechenbare Gewalt entfesselte, war an der Kollektivwirtschaft neu, sondern die Tatsache, daß sie auch für den Staat offensichtlich kontraproduktiv war.

\*

Selbst die Entwicklung der Bevölkerungszahl wurde durch diese Entwicklungen beeinflußt. Die natürliche Bevölkerungszunahme lag in den 20er Jahren in Ost- wie in Westpolesien noch äußerst hoch bei 22 Promille. Während sie in der Wojewodschaft Polesie in den 30er Jahren wegen der nun doch sinkenden Geburtenrate abnahm, sind für Ostpolesien keine Daten zu erhalten; in der gesamten BSSR nahm die Bevölkerung nur noch geringfügig zu, unter anderem deshalb, weil es Hunger- und Lagertote gegeben hatte.

\*

Bei steigender Bevölkerungs- und damit Konsumentenzahl hatte nicht nur die noch nach Ständegegensätzen differenzierte Grundbesitzstruktur Westpolesiens, sondern auch die nivellierte Struktur Ostpolesiens eine stabilisierende Wirkung auf die traditionell vielseitige bäuerliche Wirtschaftsweise. Denn da selbst nach den Landumverteilungen den Poleschuken im Osten noch nicht genug Land zum Besäen zur Verfügung stand und beide Teile Polesiens Getreidezufuhrgebiete blieben, mußten die Bauernfamilien weiterhin ihre Fähigkeiten in Viehhaltung, Bootsbau, Wagenbau, Hausbau, Spinnen, Weben, Fischen, Jagen und Sammeln un

2vgl. Poslownie rewolucyjne1961:285

ter Beweis stellen. Die bäuerliche Wirtschaftsweise blieb in Westpolesien und in den 20er Jahren auch in Ostpolesien mit all ihren Aspekten stark festgelegter familiärer, aber geringer innerdörflicher Arbeitsteilung, ausgeprägter gegenseitiger dörflicher Hilfe und Zusammenarbeit [talaka] und einer ländlichen Produktion in verschiedensten Bereichen erhalten. Geld wurde nur für Steuern, Salz und Naphta benötigt. Nur die Gutshöfe und grundherrlichen Wirtschaften (Westpolesien) bzw. Sovchose (Ostpolesien) sowie die Holzwirtschaft (in beiden Teilen) wurden zu Sektoren der ländlichen polesischen Volkswirtschaft, in denen die Bauernfamilien nicht in Gestalt von Produzenten für den Eigenbedarf oder von kleinen Warenproduzenten, sondern als Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter beteiligt waren. Letzteres änderte sich in der Kolchoswirtschaft, es fehlen aber leider konkrete Informationen darüber, was auf welche Weise in den Kolchosen produziert wurde.

\*

Doch blieben die einzelnen Faktoren der ländlichen Produktion Polesiens nicht unverändert starr. Die Saatfläche vergrößerte sich in Westpolesien stetig, während sie in Ostpolesien bis 1932 stieg, für die Zeit danach jedoch niedrigere Werte angegeben wurden. Für beide Teile Polesiens lassen die hohen Anteile der mit Roggen besäten Flächen darauf schließen, daß - aus gutem Grund - eine verbesserte Dreifelderwirtschaft nicht eingeführt wurde; nur die Kolchose schienen damit begonnen zu haben. Schnellreifende Sommergetreide wie Buchweizen und Gerste blieben in Gebrauch. In Ostpolesien konnte die Kommandowirtschaft eine Erhöhung der Anbaurrate von technischen Kulturen wie Hanf und Kok-saghys bewirken, was über den Markt und die Subsistenzproduktion - siehe Westpolesien - nicht funktioniert hätte. Der Anbau von Futterpflanzen als Grünbrache oder auch im Rahmen einer Fruchtwechselwirtschaft ergab in Polesien wenig Sinn, da es beträchtliche natürliche Heuschläge gab. In Ostpolesien wie in Westpolesien lagen die Heuerträge bei rund 1200 kg/ha.

Die Brutto-Ernteerträge für Getreide lagen in Westpolesien - laut Statistiken - mit 6-11 dt/ha stets höher als in Ostpolesien (6-8 dt/ha). Der Pflug hatte auf den Bauernhöfen neben dem Hakenpflug [socha, sacha] einen Stammplatz erhalten. Als Zugkraft wurde der Ochse, in Westpolesien immer häufiger das Pferd eingesetzt, während in Ostpolesien die Ochsen, obwohl sie offensichtlich an die natürlichen Gegebenheiten gut angepaßt waren, schon ab 1925 verdrängt werden sollten. In der Kollektivierungszeit kontrollierte die Staatsverwaltung den bäuerlichen Ackerbau durch die Konzentration in MTS und durch die Aufstellung spezieller Traktoristenbrigaden auch über den "Hebel Zugkraft"; dies wirkte sich katastrophal auf die Produktion aus. Die Verwendung von Kunstdünger erfolgte ausschließlich durch die Kolchose.

Im Bereich Viehhaltung gab es in West- wie auch anfangs in Ostpolesien eine Steigerung sowohl der absoluten Stückzahl des Viehs wie auch der Stückzahl pro Einwohner. Nach 1930 ging - wie in der Sowjetunion überhaupt - die Stückzahl der Tiere durch Notschlachtungen dramatisch zurück. Besonders betraf dies die Schafhaltung. Ganz im Gegensatz dazu konnte die Versorgung mit Schafen und auch mit Schweinen pro Kopf der Gesamtbevölkerung in der Wojewodschaft Polesie sogar verbessert werden.

Grob die Hälfte der Nutztiere blieb in Ostpolesien auch in den 30er Jahren in privater Nutzung außerhalb und vor allem innerhalb der Kolchose.

Dennoch brachte die Zwangskollektivierung einen Einschnitt in die bäuerliche Wirtschaftsweise, wie ihn weder Revolution noch Stolypinreform erwirkt hatten. Jetzt wurde angebaut, was die Behörde bzw. die Kolchosleitung befahl, und dabei wurde der jahreszeitliche Rhythmus, die ökologische Balance der Produktion und der Organisation der produktiven und unproduktiven bäuerlichen Tätigkeiten zerschlagen.

\*

Die Statistiken weisen also für Westpolesien - auch für die Jahre 1930 bis 1934, die in Polen wie in der BSSR als Jahre der Nahrungsmittelkrise galten - bessere Werte auf. Allerdings handelt es sich nur um Durchschnittswerte. Während in Ostpolesien nach der Zwangskollektivierung alle gleich arm waren, gab es auch in Westpolesien hungernde Familien, die sich wie ihre östlichen Nachbarn von Peitzkern, Spelz, Wurzeln, Rinden und Gräsern ernähren mußten.

Ein Vergleich der materiellen Lage der ländlichen Bevölkerung Ost- und Westpolesiens sollte nicht anhand des leicht manipulierbaren statistischen und nichtstatistischen Materials über die bäuerliche Produktion und des bäuerlichen Konsums erfolgen, zumal für das Wohlbefinden die materielle Lage nicht das einzige Kriterium ist, wiewohl die Vermeidung von Hunger zum Hauptziel des Lebens der ärmeren Bevölkerung wurde. Das Augenmerk sollte vielmehr auch darauf gerichtet werden, wie die Poleschuken selbst die unterschiedliche Situation in West- und Ostpolesien beurteilten. Da ihnen die sprachliche, schulische, politische und religiöse Betätigung nicht nur von oben beschränkt wurde, sondern Bauernfamilien auch von sich aus keinen rechten Bezug zur bürgerlichen Öffentlichkeit (Presse, Memoiren) hatten, kann die Bewertung der Poleschuken ihrer eigenen Lage am ehesten durch ihr Abstimmungsverhalten "mit den Füßen" bewertet werden:

\*

In dem Anfang der 20er Jahre von beiden Staaten geduldeten Schmuggelhandel über die noch unbefestigte Grenze mit Waren des täglichen und besonderen Bedarfs wurde Getreide nach Polen, hingegen Salz, Petroleum und Landwirtschaft

liche Geräte in die BSSR geschmuggelt<sup>3</sup>. Als dieser Handel größeren Umfang annahm und seit 1922 von polnischer Seite aus legalisiert worden war, wurden auch Kerzen, Werkzeuge, Haushaltsgegenstände, Textilien, Farben und Schuhwerk in die BSSR geschafft; die Händler vertauschten dafür "Gold, Platin, Schmuck, Pelzwaren und Bodenprodukte"<sup>4</sup>. Die terms of trade waren also so beschaffen, daß sie zu einem Nahrungsmittelexport aus Weißrußland führten. Später wurde der Handel institutionalisiert und die Grenze befestigt. Diese Struktur des Güteraustausches bestand zwischen Weißrußland und Polen (ethnische Grenzen) in etwa auch schon 1913/14, als aus Weißrußland Wald-, Acker- und Viehprodukte, aus Polen landwirtschaftliche Geräte, Steinkohle, Erdöl, Zucker, Phosphor und Seide exportiert wurden.<sup>5</sup>

In den 20er Jahren war die BSSR bei der ostslawischen Bevölkerung beliebter als das zu Polen gehörende Westweißrußland. Hlybinny spricht von "Massen-Grenzübergängen der weißruthenischen Jugend in östlicher Richtung".<sup>6</sup> Es fragt sich allerdings, ob es sich nur um Menschen aus der dünnen Intelligenzschicht oder auch um Bauern handelte. In den östlichen Kreisen der Wojewodschaft Polesien waren in den 20er Jahren ganze Dörfer prosowetisch<sup>7</sup>, während auf der anderen Seite der Grenze Aktivitäten gegen die Sowjetmacht in Gang gebracht wurden. Es ist aber nicht möglich, diese Aktivitäten genau zu beurteilen.

Nach der Zwangskollektivierung flohen Menschen in die umgekehrte Richtung - von Ost nach West. Laut Elski (=Laniewski) sollen einige tausend Weißrussen aus der BSSR nach Polen geflohen sein.<sup>8</sup> Im Jahr 1932 ist in der Provinzzeitung Polesie über die große Hungersnot in der Sowjetunion zu lesen. Im Vergleich mit der Lage in Westpolesien führt das Blatt an: "Auch bei uns gibt es Hunger auf dem Dorf, besonders in den Kreisen Luninec und Stolin. Aber hier tun die Regierung und der BBWR alles, um diesen Leuten zu Hilfe zu eilen".<sup>9</sup> Wie jedoch diese Hilfe aussah, wurde nirgends beschrieben. Die Grenze wurde von beiden Seiten befestigt und von Spezialeinheiten des NKVD bzw. der KOP bewacht.

Mit Genugtuung werden in der Zeitschrift Polesie<sup>10</sup> die Preise für verschiedene Nahrungsmittel in der Sowjetunion und in Polen verglichen (es wurden 100 Rubel als 30 Zloty bewertet). Danach kostete dunkles Roggenbrot in der Sowjetunion 4 bis 6 mal so viel wie in Polen, Kartoffeln das 10fache, Eier das 3fache. Dies veranschaulicht einerseits gut, daß durch das administrative Wirtschaftssystem der Sowjetunion das Warenangebot auf den Märkten knapp und die Preise entsprechend hoch waren. Andererseits scheint der Autor, der diese Tabelle in

<sup>3</sup>Jena 1980:141f

<sup>4</sup>Schlesischer Kurier Nø 36 vom 3.5.1922, zitiert in Jena 1980:146f <sup>5</sup>Junggerc 1926:66 <sup>6</sup>Hlybinny 1959:47 <sup>7</sup>Tomaszewski 1963:138 <sup>8</sup>Elski 1931:pl.105,dt.539 <sup>9</sup>Polesie 5(17.3.1932,Nø2,S.1 <sup>10</sup>Polesie 31.1.1937,H.4,S.6; ausführliche Tabelle #85 im Anhang



der Absicht erstellt hat, den Vorzug der polnischen Landwirtschaft zu begründen, gar nicht zu merken, daß seine Perspektive eine andere als die der Lebensmittelproduzenten, also der Bauernfamilien ist: jene können sich über niedrige Preise gewiß nicht freuen.

\*

Trotz der Fluchtbewegung hatte die BSSR sich in Westweißrußland noch nicht einen so schlechten Ruf erworben, daß sich auch die nichtpolnische Bevölkerung der Wojewodschaft Polesie 1939 gegen die im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes einrückende Rote Armee gewandt hätte.

Die Haltung der Bauernschaft in Westpolesien wurde durch die Zeitschrift *Belaruski Front* charakterisiert, die neben drei politischen Strömungen eine vierte, unpolitische kannte: "The fourth group consists of the mass of peasantry whose philosophy is "say nothing, know nothing, do nothing". These, countless in numbers, are like cattle. They can be driven anywhere by a capable leader speaking with authority... Hungry, destitute, illiterate farmers, they are not interested in politics or social ideas of any sort. They are used to obeying the ecclesiastical and secular authorities, but they would enthusiastically follow anyone who promises them bread, and more land to produce bread."<sup>11</sup>

Gewiß, manche Jubelfeier zur Begrüßung der Rotarmisten im September 1939 wurde nur aus opportunistischen Gründen abgehalten; andere hatten geglaubt, daß die Rote Armee gegen Hitlers Truppen kämpfen wolle<sup>12</sup>; und die Wahlen zum Anschluß an die BSSR waren in Westpolesien genauso wie in anderen Regionen ein groteskes Trauerspiel<sup>13</sup>, aber viele Bauernfamilien sahen in der Roten Armee wirklich ihre Befreier, während die Gutsbesitzer es vorzogen, in den von den Deutschen besetzten Gebieten Zuflucht zu suchen. So mußte sich ein Großgrundbesitzer (4500 ha) von seinem Förster empfehlen lassen: "®Ich bin der letzte, der hier wegwill, aber ich meine, daß in jedem Falle Sie dann nicht länger bleiben können. Die Bauern aus der Umgebung könnten gefährlich werden!"<sup>14</sup>, worauf der Gutsherr zu sich selbst sprach: "Und du trägst die Schuld daran! Du mit deinen ständigen Berichten über Wilddiebe und Holzdiebstahl"<sup>15</sup>.

Und als voriges Jahr die "fünfzigjährige Ungültigkeit" des Hitler-Stalin-Paktes begangen wurde, fanden Kundgebungen im Baltikum und in Lemberg statt, die auf das geheime Zusatzprotokoll aufmerksam machten - nicht aber in Weißrußland.

<sup>11</sup>Belaruski front, 1.2.39, ins Englische übersetzt in *Vakar* 1956:136 <sup>12</sup>Gross 1988:34f <sup>13</sup>Gross 1988:71-103 <sup>14</sup>Orwid-Bulicz 1967:17 <sup>15</sup>ebd.

ANHANG

## 12.1. WICHTIGE ABKÜRZUNGEN UND GLOSSAR

artel'	1. allgemein: Genossenschaft, oft mit konkreter gemeinschaftlicher Arbeit 2. im Sprachgebrauch der frühen Sowjetunion: Genossenschaften, die außer den Eigenschaften der TOZe gemeinsames totes und lebendiges Inventar aufweisen
BBWR	Bezpartijny Blok Współpracowania z Rzadą = Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung
Bednjaken	bäuerliche Unterschicht
BelKoopSojuz	Belorusskij Sojuz Kooperativov = Weißrussischer Verband der Kooperativen
BNR	Belaruskaja Narodnaja Respublika = Weißrussische Volksrepublik, *1918
BSH	Belaruskaja Sacyjalistycznaja Hramada = Weißrussische Sozialistische Gemeinschaft, *1903
BSSR	Belaruskaja Saveckaja Sacyjalistycznaja Respublika, *1919
Bund	Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland, *1897
chutor	Vom Dorf abgelegener Einzelhof; unpräzise für "Einzelhof" grundsätzlich
CIK	Centralnyj Iсполnitel'nyj Komitet = Zentrales Vollzugskomitee
CKK	Central'nyj Kontrol'nyj Komitet = Zentrales Kontrollkomitee
CSU	Central'noe Statisticeskoe Upravlenie = Zentralamt für Statistik
DIN	Deutsche Industrienorm
Ds.	1 Desjatina = 1,0925 ha
dt	1 Dezitonne = 1 Doppelzentner = 1 russ. Zentner = 100 kg = 1q (kwintal) <polnisch>
□KOSO	Ekonomiceskoe sovescanie = Ökonomische Beratung, Abteilung des NarKomZem
Feldgraswirtschaft	Eine Fläche wird abwechselnd als Acker und Weide genutzt
Flurzwang	Gemeinsame Fruchtfolge mehrerer Höfe (bei Gemengelage)
Fruchtwechselwirtschaft	Fruchtfolge in langjährigem regelrechtem Rhythmus
funt	Russisches Pfund = 409,5 Gramm
GosZemImuscestvo	Imuscestvo Gosudarstvennych Zemlej = Amt für Staatliches Bodenvermögen
groszy	Groschen (pl.); 1 Zl. = 100 groszy
ha	Hektar
Hausindustrie	Be- und Verarbeitung verschiedener Stoffe im Familienhaushalt

InBelKult

Industrie

Instytut Belaruskaj Kultury = Institut für  
weißrussische Kultur  
Verarbeitung von Rohstoffen und  
Halbfabrikaten auf mechanischem oder  
chemischem Wege

IspolKom	Ispolnitel'nyj Komitet = Vollzugskomitee KKO Komunalna Kasa Oszczednosci
Klassische Dreifelder- wirtschaft	Fruchtfolge, bei der auf drei Bodenparzellen jeweils in einem 3-Jahres- Rhythmus nacheinander Wintergetreide, Sommergetreide und Brache wechseln
KSM=KomSoMol	Kommunisticeskij Sojuz Molodezi = Kommunistischer Jugendverband
kolchoz	kollektivnoe chozjajstvo 1. bis ca. 1929: Sammelbegriff für TOZe, Artele und Landkommunen 2. ab ca. 1930: formalrechtlich wie artel' #2, in Wirklichkeit nach staatlichen Vorgaben tätige Produktionseinheit
Kommune (landwirtsch.)	Boden, Betriebsmittel und Vieh sind vergesellschaftet; die Ernte wird nicht aufgeteilt
KOP	Korpus Ochrany Pograniczna = Grenzschutzkorps
KP(b)B	Kommunisticeskaja Partija (bol'seviki) Belorussii
KP(b)U	Kommunisticeskaja Partija (bol'seviki) Ukrainy
KPLiB	Kommunisticeskaja Partija Belorussii i Litvy
KPZB	Kamunistycznaja Partyja Zachodnjaj Belarusi
Landarbeiter(in)	Lohnarbeiter(in) in der Landwirtschaft
Landlose Bauernfamilie	Familie mit eigenem totem und lebendigem Inventar, aber ohne Landbesitz
LKSMB	Leninskij KSM Belorussii
MTS	Masinno-traktornaja Stancija = Maschinen- Traktoren-Station
NarKomZem=NKZ	Narodnyj Kommissariat Zemledelija = Volkskommissariat für Landwirtschaft
NEP	Novaja ,konomiceskaja politika = Neue ökonomische Politik (in der UdSSR, *1921)
NKVD	Narodnyj Kommissariat Vnutrennych Del = Volkskommissariat für Inneres
ObllsKomZap	Ispolnitel'nyj Komitee Zapadnoj Oblasti = Vollzugskomitee der Westregion [d.i. Weißrußland + Westrußland]
Otrub	auf eigene Rechnung wirtschaftender Einzelhof, der aus der obscina austrat, aber im Dorf lag (in Polesien mangels obscina ungebräuchlich)
PKO	Powszechny Kasa Oszczednosci = Allgemeine Sparkasse
PPS	Polska Partia Socjalistyczna = Polnische Sozialistische Partei

PSL

Polskie Stronnictwo Ludowe = Polnische  
Bauern- (oder Volks-) Partei

Realerbteilung	Erbfolge, bei der im Gegensatz zum Anerbenrecht der Boden und anderes Vermögen zu gleichen Teilen unter den Söhnen [!] aufgeteilt wird
RKP(b)	Russkaja Kommunisticeskaja Partija (bol'seviki)
RSFSR	Russkaja sovjetskaja federativnaja socialisticeskaja Respublika
RZW	Rocznik Ziem Wschodnich ("Jahrbuch der Ostländer", erschien 1935-1939)
Sel'sovet	Sel'skij sovjet = Gemeinderat
Serednjaken	bäuerliche Mittelschicht
sovchoz	sovetskoe chozjajstvo = "Rätewirtschaft", d.h. staatliches Landgut
SovNarKom=SNK	Sovet Narodnych Komisarov = Rat der Volkskommissare
t	Tonne = 1000 Kilogramm
TOZ	Tovariscestvo po sovместnoj obrabotke zemli = Gesellschaft zur gemeinsamen Bodenbearbeitung; Gemeinschaft mit gemeinsamem Bodenbesitz, aber familiärem Besitz von Inventar
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Urwechselwirtschaft	Ein Boden wird solange zum Ackerbau genutzt, bis er keine ausreichenden Erträge mehr liefert, dann auf Jahre brach gelassen
USSR	Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik
Verbesserte Dreifelderwirtschaft	wie ~Klassische Dreifelderwirtschaft, aber mit genutzter Brache
VKP(b)	Vsesojuznaja Kommunisticeskaja Partija (bol'seviki)
Wirtschaftsjahr	Zeitraum vom 1.10. bis 30.9. des folgenden Jahres
Zl	Zloty (Polnische Währung seit 1924)
Zweifelderwirtschaft	Fruchtfolge mit jährlich alternierender Besäung und Brache

#### Maße und Gewichte

- 1 Verst = 500 Slazen = 1,067 km
- 1 Faden = 3 Arsin = 48 Versok
- 1 Verstý = 1,138 kmý = 10421 Desjatinen
- 1 Desjatine = 2400 Fadený = 1,0925 ha
- 1 Cetvert' = 2,099 hl
- 1 Pud = 40 Funt = 16,38 kg
- 1 Funt = 0,409 kg

## 12.2. ZUR ORTHOGRAPHIE UND UMSCHRIFT

Orts- und Flußnamen und andere Begriffe wurden, falls sich ein deutscher Name eingebürgert hat, in dieser Version geschrieben, z.B. Brest, Moskau, Warschau; Polesien, Wolhynien; Dnepr; Sowjet, Zar.

Sonstige Orts- und Flußnamen wurden in der Sprache geschrieben, die heute auf dem Territorium vorherrscht, in dem diese Orte und Flüsse liegen, z.B. Bialystok, Vilnius, Kyiv, Homel', Smolensk. Hierbei wurden die Namen auch in Bezug auf alte Zeiten benutzt, was manchmal anachronistisch wirkt ("Gouvernement Vicebsk"). Nicht immer konnte der weißrussische Name einiger Orte herausgefunden werden. Manche Orte wurden von verschiedenen Autoren unterschiedlich geschrieben (Navahrudok und Novohradok; Horadnja und Hrodna). Auch die unterschiedliche Schreibweise vor und nach der stalinistischen Orthographiereform (vorher: Mensk, nachher: Minsk) konnte nicht immer in Rechnung gestellt werden; in der Regel wird die heutige Orthographie verwendet.

Für die weißrussischen Namen wurde nicht das schon vor dem ersten Weltkrieg entwickelte lateinische weißrussische Alphabet, sondern die wissenschaftlichen Transliteration des kyrillischen weißrussischen Alphabets nach DIN 1460 verwendet. Die Buchstabenverbindung *sc* gibt dabei nicht den kyrillischen Buchstaben *щ*, sondern die Buchstabenverbindung *шч* wieder.

Abweichend von den Gepflogenheiten einiger Bibliotheken mit wissenschaftlichem Auftrag wurde das weißrussische *г* gemäß der DIN 1460 sowie entsprechend dem tatsächlichen Lautwert [vgl. Randow 1987:478] nicht mit *g*, sondern mit *h* wiedergegeben.

Bei den für die Sowjetunion typischen Abkürzungen von Körperschaften, bei denen ein Wort auf eine Silbe reduziert wird, wurde zur besseren Erkennbarkeit der jeweils erste Buchstabe der Silbe groß geschrieben, z.B. KomSoMol, NarKomZem, es sei denn, die Begriffe sind eingebürgert (Kolchos).

---